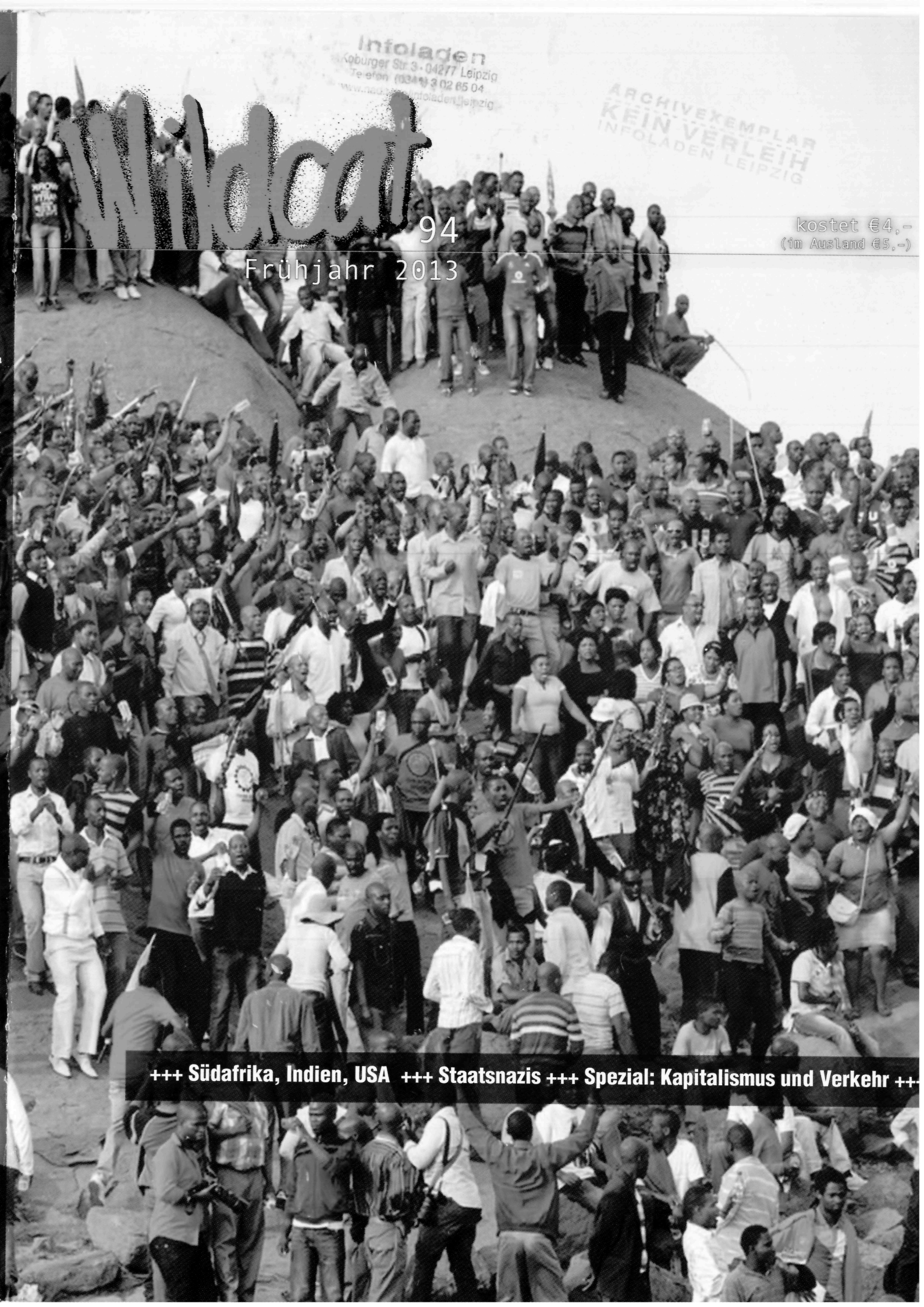
Infoladen
Coburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen/leipzig

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Wildcat

94
Frühjahr 2013

kostet €4,–
(im Ausland €5,–)



+++ Südafrika, Indien, USA +++ Staatsnazis +++ Spezial: Kapitalismus und Verkehr +++

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Die Elefanten sind wir

Das folgende ist ein Ausschnitt aus einem Roman, der uns bei der Arbeit am Artikel über Südafrika in die Hände fiel. Mbuleo Mzamane beschreibt darin seine Erlebnisse im Aufstand in Soweto.
Am 16. Juni 1976 verübten die Bullen in Soweto ein Massaker an demonstrierenden Schülern und Studenten. Danach explodierte Soweto. Wochenlang kam es zu Aufständen, die sich über große Teile Südafrikas ausbreiteten. Es starben allein in den ersten zwei Tagen 500 Schwarze (genaueres lässt sich auf wildcat-www.de nachlesen: Südafrika: ›Jammert nicht, organisisert euch!‹) Die Szene spielt in der Nacht des 17., draußen gehen nach und nach alle öffentlichen Gebäude in Flammen auf. Für die SchülerInnen ist es gleichzeitig die erste Nacht im Untergrund. Sie werden alle von der Polizei gesucht und finden Unterschlupf bei Bra P., einem reichen Schwarzen. Sie wollen einen Rundbrief veröffentlichen und dazu aufrufen, das normale Leben in Soweto lahmzulegen (eine Woche streiken, alle öffentlichen Veranstaltungen absagen, weiße Händler boykottieren...).

»Könnten wir nicht zuerst unseren Rundbrief tippen?«

»Nicht bevor ihr gegessen habt. Mazwi, komm und hilf mir in der Küche.«

[...] Nach dem Essen schleppte Bra P. eine Schreibmaschine an, einen Karton mit Matrizen und sonstiges Zubehör. Nachdem er uns gezeigt hatte, wie alles funktionierte, sagte er gute Nacht, und bevor er das Wohnzimmer verließ noch: »lasst die Matrizen auf dem Tisch liegen«.[...]

Wir brauchten einen großen Teil der Nacht und beinahe einen halben Karton Matrizen, um unseren zweiseitigen Rundbrief sauber zu tippen.

Am folgenden Morgen weckte uns Micky. Seine Augen waren rot unterlaufen, die Haare verklebt. Er hatte Rußflecken im Gesicht und auf den Klamotten, als habe er sich die ganze Nacht an brennenden Feuern gewärmt.

Er war mit einer Bande von Burschen [...] übereingekommen – natürlich ohne einen von uns zu Rate zu ziehen –, eine Streitmacht gleichgesinnter Draufgänger zusammenzutrommeln.

Sie sammelten sich an vorher festgelegten Punkten und warteten weitere Anweisungen ab. Währenddessen zog eine ausgesuchte Truppe los, um Benzin zu besorgen. Dann wurden die Gruppen durch einen »geborgten« Lastwagen mit dem Benzin versorgt, mit der Anweisung, ausgewählte Ziele anzugreifen. Micky hatte die *Hazels* [eine kriminelle Jugendgang] eingespannt.

»Ich ging dann schlafen. Auf dem Glockenturm der Nazarener-Kirche in Rockville [...] Habt ihr gewusst, dass auf dem Glockenturm Wildtauben nisten? In der Frühe haben sie mich geweckt. Ich sollte jetzt vielleicht ein bißchen schlafen.«[...]

Duke suchte aus Bra P.s Sammlung ein paar Schallplatten heraus und spielte eine, auf der die verbannte Miriam Makeba zusammen mit Harry Belafonte singt. Den ganzen Morgen lang spielten wir Platten. Bra P. besaß die größte und aufregendste Plattensammlung, die ich je gesehen hatte. Wir spielten Miles Davis, Louis Armstrong, Oscar Peterson, Quincey Jones, Ray Charles, Bessie Smith, Ella Fitzgerald, Sarah Vaughan und Diana Washington. Wir entdeckten sogar eine afro-amerikanische Gruppe, die sich »The Last Poets« nannte. Vor einem pulsierenden Hintergrund aus afrikanischen Rhythmen und weichem, gelassenen Jazz trugen sie revolutionäre Gedichte vor. Wir spielten die Platte immer wieder, bis wir die meisten Texte fast auswendig konnten.

Gegen zwei Uhr kam Bra P. zurück. Bis dahin hatten wir uns noch nicht gewaschen, nichts gegessen, sondern nur tassenweise starken Filterkaffee getrunken.[...] Im Kofferraum seines Autos fanden wir nicht weniger als zwanzig ordentlich in braunes Papier eingeschlagene Pakete. Jedes enthielt etwa tausend Exemplare unseres Rundschreibens... die ersten greifbaren Zeugnisse, dass der Kampf im Gange war.[...]

Er sprach über die Zerstörung von Regierungseigentum. Seiner Meinung nach waren die Verwüstungen größer als das, was der Tornado angerichtet hatte, der über Albertina gewütet hatte. Wir wussten nicht, was oder wo Albertina war, also hielten wir den Mund. Aber seinen Blicken konnten wir entnehmen, dass er uns verantwortlich und auf seine Art ein Kompliment machte.

Mbuleo Mzamane: *The Children of Soweto* (1982); dt. *Die Elefanten sind wir. Der Schüleraufstand von Soweto.* Anrich Verlag 1983; hier in eigener Übersetzung.

FRUEHLING 2013

»Seit Juli vorigen Jahres schon suche ich (...) die Bewegung zu stärken (...) Ich habe sehr tüchtige junge Leute auf die Beine gebracht. Ein Herr Hitler z.B. ist eine bewegende Kraft geworden...«

Mitte März 2013 – zehn Jahre nach Verkündung der »Agenda 2010« – hat Belgien Beschwerde bei der EU-Kommission gegen die »Ausbeutung« im Niedriglohnsektor der BRD eingelegt. Arbeiter aus Osteuropa, vor allem aus Bulgarien und Rumänien, arbeiten massenhaft in der deutschen Fleischindustrie für Stundenlöhne von drei bis fünf Euro. Das treibt die Fleischindustrie in anderen europäischen Ländern in den Ruin.

In den Wochen davor hatten die Fälschungen am Armutsbericht zu Aufregung geführt. Die Bundesregierung rechnet die Zahlen zur Armut in der BRD runter und die Zahlen zu den armen Einwanderern hoch oder fälscht sie einfach. Mit der Hetze gegen die bulgarischen und rumänischen MigrantInnen sollen die Krisenauswirkungen sozial kanalisiert werden; die von der Schuldenkrise gebeutelten Ruhrgebietsstädte wurden dabei zum Vorreiter.

In der Dortmunder Nordstadt kam alles zusammen, der Zuzug vor allem türkischsprachiger Rumänen und Bulgaren, Immobilienspekulanten, die auf schnelle Renditen setzen, und die »kommunale Verschuldung«, die im Leben der Stadt ziemlich spürbar ist.

Für viele Vermieter waren die Bulgaren vor allem eine Möglichkeit, mit völlig heruntergekommenen Häusern viel Geld zu verdienen (Überbelegung, Vermietung von einzelnen Betten...). Stadtwerke und Ordnungsamt verschärften die dadurch entstehenden Müllprobleme durch Arbeitsverweigerung.

Viele der Frauen arbeiten als Prostituierte. Solange es einen legalen Straßenstrich gab, konnten sie als Selbstständige arbeiten und sich beispielsweise relativ leicht krankenversichern, seit der Illegalisierung der Straßenprostitution nimmt das Elend massiv zu (Arbeit im Sperrbezirk unter Repressionsdruck, viel niedrigere Preise, deutlich mehr Gewalt). Die SPD schlug mit ihrer rassistischen Kampagne zur Schließung des Straßenstrichs noch politisches Kapital aus der Situation. Damit konnte sie bei der absteigenden deutschen Mittelschicht und auch bei vielen aus der türkischen Mittelschicht punkten.

Die Situation in Duisburg, aber auch in Städten außerhalb des Ruhrgebiets wie München, Mannheim, Frankfurt, Hamburg... ist ziemlich ähnlich. In Hamburg bspw. versuchte die SPD, obdachlose osteuropäische Arbeiter per Zwangs-»beratung« von der Winternothilfe auszuschließen, was allerdings am Widerstand einiger Träger scheiterte. All das erinnert an 1992 (Rostock-Lichtenhagen). In den Zeitungen ist wieder mal »das Boot voll«. Die Probleme werden als rein »ordnungspolitische« dargestellt, was gut in die Strategie der polizeilichen Aufrüstung in »gefährlichen Vierteln« passt.

Auf Druck der BRD verzichtete die EU dann im März auf die volle Freizügigkeit für Leute aus Rumänien und Bulgarien ab 1. Januar 2014 – die Leute können also weiterhin in halblegalen Bedingungen ausgebeutet werden. Daraufhin kam dann die Klage aus Belgien...

Sehr gut ins Bild dieses März 2013 passten dann auch die Bullenangriffe auf die Flüchtlingskarawane in Karlsruhe und Köln.

Wildcat 94 – Frühjahr 2013

Inhalt

Slowenien: Ende der Transformation 6

Südafrika: Marikana und Streikwelle 10

Griechenland: Kämpfe in der Krise 22

Staatsnazis: Ein Zwischenstand 28

Schwerpunkt: Kapitalismus und Verkehr

- Untergang der Titanic 31
- Die Geschichte des Staus 33
- Umschlagspunkte: Die neue Massenarbeit 44
- USA: Ende der Blockade 48
- Erkundung im Inland-Empire 53
- Der neue Blaumann 56
- »Revolution« bei Ikea 60

Indien: Bewegung gegen Vergewaltigungen 70

Buchbesprechungen:

- Seeck: Das Begehren, anders zu sein 76
- Bayat: Leben als Politik 80
- Wallerstein: Das modernes Weltsystem IV 82
- Braeg: Wilder Streik in Pierburg 84
- P.M.: Kartoffeln und Computer 85
- Clemens: Punching Out 86

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag, V.i.S.d.P.: P. Müller – Wildcat

Einzelheft: 4 Euro

Neue Abopreise:
Abo: 6 Hefte (incl. Versand)
Deutschland und Österreich: 20 Euro, Förderabo: 40 Euro
Abo sonstiges Ausland: 30 Euro
WeiterverkäuferInnen: 8 Expl. der aktuellen Nummer 16 Euro

Bestellungen:
Brief: Wildcat, Postfach 80 10 43, 51010 Köln
eMail: versand@wildcat-www.de
oder per Abo-Formular auf unserer Website.

Konto:
Shiraz e.V.; Kto.-Nr. 7064509
Postbank Köln; BLZ 370 100 50

Kontakt: redaktion@wildcat-www.de

Archiv und Aktuelles: www.wildcat-www.de

Zitat auf S. 3:
Ausschnitt aus einem Brief des V-Mann-Führers Mayr der Reichswehr vom September 1920; zit. nach Gideon Botsch: *Adolf Hitler: »V-Mann der Reichswehr«.* In: *Spitzel. Eine kleine Sozialgeschichte*, hrsg. von Markus Mohr und Klaus Viehmann; Assoziation A, 2004)

Titelbild:

Versammlung in Marikana nach einer Trauerfeier für die Opfer des Massakers www.bit.ly/ZISNX3

BILDER, ZUSCHREIBUNGEN UND SOZIALE REALITAETEN

In den Auseinandersetzungen um die neuen MigrantInnen wurden die ganzen Zigeunerklischees wieder hervorgeholt. Dagegen einen korrekten Begriff zu verwenden ist erst mal richtig (»Zigeuner« ist ein Hetzbegriff). Wenn nun aber auch die bürgerliche Presse von »Roma« statt »Rumänen und Bulgaren« schreibt, ist nicht viel gewonnen. Denn »Roma« ist größtenteils eine Zuschreibung von außen, die ein falsches Bild vermittelt.

Die Leute sind Ex-IndustriearbeiterInnen, die aus den Plattenbaughettos in Plovdiv, Stoliponowo, Pazardjik usw. kommen – Städte, in denen es in den letzten Jahren mehrfach Pogrome gegen »Türken« und »Zigeuner« gab. Weil sie türkischsprachig sind, finden sie hier in den türkisch geprägten Vierteln Jobs, bei denen keine Deutschkenntnisse vorausgesetzt sind.

»Roma« ist womöglich der politisch korrekte Begriff, aber soziale Differenzierungen und letztlich die soziale Realität bleiben dabei auf der Strecke. Vor ein paar Jahren konnten sie sich noch offensiv gegen diese Zuschreibung wehren – inzwischen ist auch das schwieriger geworden.

Zuschreibungen und Opferrollen gab es auch im Februar...

AUSGELIEFERT??

... da hatte ein Film über »Leiharbeiter bei Amazon« für Empörung gesorgt. Wenn sich die Öffentlichkeit nicht mehr über »Florida Rolf«, sondern über die schlechten Arbeitsbedingungen und die Fascho-Security bei Amazon empört, ist das in mehrerer Hinsicht ein Fortschritt gegenüber dem elenden Begriff »Dönermorde« oder der sogenannten »Sarrazin-Debatte« im Sommer 2010. Man empört sich über den Unternehmer und nicht über das Proletariat; man tut nicht mehr so, als würde dieses Proletariat nicht arbeiten; man hat sogar auf dem Schirm, dass es migrantisch ist...

Aber der Film, der diese Empörung auslöste, hieß nicht von ungefähr »Ausgeliefert!«. Er reihte sich ein in die Skandalberichterstattung zur Leiharbeit. Die ArbeiterInnen sind Opfer, können nichts machen. Der Staat (bzw. der Sozialrechtsexperte und der Gewerkschafter) muss für Ordnung sorgen. Über die Arbeit erfuhr man fast nichts, über die ArbeiterInnen nur, dass sie schlecht behandelt werden.

Derweil wachsen auch die Ängste der Herrschenden. Angesichts von 15 000 DemonstrantInnen gegen den EU-Gipfel Mitte März in Brüssel äußerte der ehemalige Eurogruppen-Chef Juncker seine »großen Sorgen« vor einer »sozialen Revolution, einer sozialen Rebellion«. Sicherlich nicht wegen 15 000 Leuten, sondern weil die Lunte am Pulverfass der sozialen Misere in vielen Teilen Europas glimmt.

TIPPING POINTS?

Ende Oktober 2005 fliehen im Pariser Vorort Clichy-sous-Bois drei Jugendliche vor der Polizei. Sie verstecken sich in einem Transformatorenhäuschen, zwei werden von Stromschlägen getroffen und sterben. Über die Banlieues breiten sich bürgerkriegsähnliche Unruhen aus. Der Präsident der Republik ruft den Notstand aus. Sarkozy, damals Innenminister, will die Vorstädte mit einem »Kärcher« säubern. (siehe *Wildcat* 75)

Am 4. August 2011 wird im Londoner Stadtteil Tottenham ein junger Farbiger von einem Polizisten erschossen. Zwei Tage später versammeln sich Leute vor der örtlichen Polizeiwache und verlangen Aufklärung. Die Situation eskaliert: Autos brennen; etliche Fensterscheiben gehen zu Bruch; in den folgenden Nächten verbreiten sich die Riots u.a. auf Liverpool, Manchester und Bristol. Der Staat erstickte die Aufstände mit massiven Polizeikräften und hammerharten Schnellgerichten. (siehe *Wildcat* 91)

Am 16. Dezember 2012 steigt in Neu-Delhi eine Studentin mit ihrem Freund abends in einen Bus. Sie wird mehrfach brutal vergewaltigt, aus dem Auto geworfen und überfahren. Tage darauf stirbt sie. Durch die indische Gesellschaft geht ein Ruck, tagelang verleihen machtvolle Demonstrationen ihrer Wut, ihrem Ärger, ihrer Verzweiflung und ihrem Mitgefühl auf den Straßen machtvoll Ausdruck. (siehe Seite 70)

Wilhelm Heitmeyer, Direktor des Instituts für Konfliktforschung an der Uni Bielefeld, will die Herrschenden dabei beraten, wie sie solche »tipping points«, solche Tropfen, die das Fass zum Überlaufen bringen, verhindern können. Er

analysiert dazu die »Mechanismen« solcher »Krawalle« und sucht nach Ähnlichkeiten. Herausgefunden hat er, dass am Anfang ein »Signalereignis« stehe, mit einem »hohen emotionalen und moralischen Entrüstungspotential«. Dadurch entstehe ein »kollektives Gefühl«, das die Menschen mobilisiert. Zweitens brauche es ein »wechselseitiges Feindbild« (so beschreibt er es, wenn an den Rand gedrängte Jugendliche die Bullen richtigerweise als Rassisten bezeichnen). Und drittens müsse man sich als Opfer definieren, weil man dadurch »eine Art moralischen Vorsprung« gewinne, der es einem erlaube, »das Recht in die eigene Hand zu nehmen. Und sei es mit Gewalt.« wird Heitmeyer in der FAZ vom 16. Januar 2013 zitiert. (»Der Funke am Pulverfass«) Interessant die Reaktion der Autorin des Artikels: Wende man das »auf die derzeitige Situation in Europa an, kann einem schwindlig werden. Wir alle kennen die Zahlen, wir alle wissen, dass in von der Krise besonders gezeichneten Ländern wie Griechenland oder Spanien mehr als fünfzig Prozent der Jugendlichen arbeitslos und ihrer Zukunft beraubt sind... Der Unmut wächst, über die Krise, das politische System, die Finanzmärkte. Die Frage, wann es dieser betrogenen Generation endgültig reicht und sie zu einer Generation von Aufständischen wird, liegt auf der Hand.«

UMSCHLAGSPUNKTE!

Am 20. Februar trat nach heftigen Demos und Straßenkämpfen der bulgarische Premierminister zurück. Neben Bulgarien gab es in den letzten Jahren in Rumänien, Albanien, Kroatien, der Slowakei und in Slowenien starke Mobilisierungen gegen die Austeritätspolitik. Diese P roteste finden in den Medien keinen Widerhall wie Griechenland, Spanien, Portugal oder Italien (wobei auch bezüglich dieser Länder wenig über Proteste berichtet wird). Aber in Südosteuropa bereitet sich offensichtlich eine soziale Explosion gegen die »Balkanpolitik« der EU vor. Die sogenannte »Transformation« bricht in sich zusammen, und mit ihr das »Ende der Geschichte«, das uns allen beim Kollabieren des Ostblocks angedroht worden war. Wir sind nach Slowenien gefahren und haben Kontakte zu knüpfen versucht. (Einen kleinen Bericht findet Ihr im Anschluss, einen Artikel aus Griechenland ab Seite 22)
Während wir in Druck gehen, droht das kleine Zypern als erster Staat in der EU öffentlich damit, sich nicht »retten« zu lassen – während die EU klar macht, dass inzwischen per Knopfdruck aus Brüssel Konten eingefroren und/oder per »Sonderabgabe« geplündert werden können. Die EZB als Waffe, um überall die richtige Politik durchzudrücken. Das geht jedenfalls alles zackzack, während es an vielen anderen Stellen doch mächtig klemmt. S21, BER, Jade-Weser-Port, Nord-Ostsee-Kanal... Im Heftschwerpunkt machen wir uns auf die Suche nach »Umschlagspunkten« der Mobilität (»Umschlagspunkte der Verkehrsentwicklung sind Umschlagspunkte in der Menschheitsgeschichte.«), und zwar auch im ganz technischen Sinn, denn die Verkehrsprobleme liegen »im exponentiell steigenden Arbeitsaufwand an den Umschlagspunkten.« Der Schwerpunkt arbeitet den Klassenkampf hinter den Verkehrsproblemen heraus, deshalb haben wir unsere Thesen dazu ebenfalls mit »Umschlagspunkte« überschrieben. (im Mittelteil des Hefts)

Diesbezüglich ein wunderbar passender Nachtrag zu unserem langen Südafrika-Artikel (Seite 10): Die Pendler in Pretoria sind dermaßen zornig über die schlechten und überfüllten Züge, dass sie mit Feuer drohen: »Bis zum 28. März müsst Ihr unsere Forderungen erfüllen. Wir haben entschieden, dass es nicht gut für uns ist, unsere eigenen [*Metrorail*] Züge anzuzünden. Stattdessen werden wir den *Gautrain* [Hochgeschwindigkeitszug zwischen Pretoria und Johannesburg] anzünden. ... der ist nicht für uns, er ist für die Reichen, die Bourgeoisen. Die Investitionen in *Gautrain* waren sinnlos. Diese schönen Züge, in denen Englisch gesprochen wird, werden wir abfackeln!«

Im März 2013 jährte sich auch zum 80. Mal die Vereidigung Hitlers durch Hindenburg in der Potsdamer Garnisonskirche. Zwölf Jahre danach beendete der ehemalige Reichswehrspitzel Hitler seine politische Karriere durch Selbstmord – »eine Karriere, die wohl nicht begonnen hätte, wenn nicht die Reichswehr Adolf Hitler zum V-Mann gemacht hätte.« (Botsch, a.a.O.) Der NSU hielt fast 14 Jahre in etwas durch, das wir je mehr wir erfahren desto weniger »Untergrund« nennen können. Was sagt uns das über den Staat BRD? (siehe Seite 28)

20. März 2013

Slowenien: Das Ende der Transformation

Wilde Streiks und Proteste im EU-Modellstaat

Seit Ausbruch der globalen Krise hat sich die soziale Situation in Osteuropa verschärft. In vielen Ländern protestieren die Menschen gegen die Sparpolitik und gegen die Eliten. Die Arbeiterklasse hat das Warten auf ein versprochenes Paradies durch »Transformation« satt, die seit zwei Jahrzehnten als Dauerbegründung für immer neue Wellen der Verarmung dient.[1] Kürzlich stürzte die Regierung in Bulgarien. Schon 2011 fragte ein Paper: »Ist der Balkan ein neues Maghreb?«[2] Als stille Ausnahme erschien bis zuletzt Slowenien, das mit seinen zwei Millionen EinwohnerInnen bisher nicht mit wütenden Arbeiter- und Straßenprotesten aufgefallen war. Nun aber sind diese auch im ehemaligen EU-Modellstaat angekommen. Wie in Ägypten und Tunesien bereitete eine Welle von Arbeiterkämpfen die Revolte auf der Straße vor. Sie markiert das endgültige Scheitern der »Transformation«.

[1] Siehe vor allem die Artikel zu Rumänien in den letzten *Wildcats*.

[2] S. Horvat/I. Štiks: *Is the Balkans a new Maghreb?* http://nutopia2sergiofalcone.blogspot.co.at (Wir haben eine deutsche Rohübersetzung. Schreibt uns, wenn ihr eine wollt!)

Das »Spanien Mitteleuropas«

Slowenien trat 2004 der eu bei und 2007 der Währungsunion. Bemerkenswert schnell konnte es die Maastricht-Kriterien erfüllen. Der Schein hielt nicht lange. Im Sommer 2012 stuften die Ratingagenturen das Land knapp über Ramschniveau herab. Der Rettungsschirm schien die einzige Chance zu sein, eine Staatspleite abzuwenden. Slowenien war von zwei Seiten in Bedrängnis gekommen.

Exporte

Schon in Jugoslawien war Slowenien die am weitesten industrialisierte Teilrepublik und produzierte vor allem Kraftfahrzeuge und Textilien für den Binnenmarkt und für die Armee. Beides kam in den 90ern an ein Ende, die Arbeitslosigkeit stieg massiv. Aber aufgrund der vergleichsweise schnellen Gründung eines eigenen Staates, dessen Infrastruktur statt zehn Jahren nur zehn Tage Krieg überstehen musste, konnte in den Fabriken die Produktion auf vergleichsweise hohem Niveau wieder aufgenommen und der schon unter Tito versuchte Weg der verstärkten Export-Orientierung fortgesetzt werden.[3] Seither gehen zwei Drittel der Warenexporte in die EU, was seit Ausbruch der Eurokrise zu einem Wachstumseinbruch geführt hat. Die Industrieproduktion und die Auslastung der Anlagen haben das Vorkrisenniveau nicht wieder erreicht. Letztere fiel auf unter 80 Prozent und stagniert seitdem, ebenso gehen die Auftragseingänge seit dem ersten Quartal 2012 zurück.

[3] Die Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung ab den 50ern im Norden und der Unterentwicklung im Süden, die mitunter auch den Krieg in den 90ern erklärt, ist hier nicht Thema. Aktuell findet sich ein schöner Abriss von Goran Musić im neuen Buch zur Geschichte der Selbstverwaltung von Azzelini/Ness: *»Die endlich gefundene politische Form«*, ISP 2012.

Blase im Banken- und Bausektor

2012 war für die slowenischen Banken das dritte Verlustjahr in Folge. Der noch größtenteils staatliche Bankensektor ist stark überakkumuliert und der Kern der Krise. Nach dem EU-Beitritt hatte ein Bauboom eingesetzt, der durch niedrige Zinsen getrieben war. Die Banken vergaben massenhaft Kredite. Von 2005 bis 2007 stieg der Anteil des Bausektors am BIP um 1,1 auf 7 Prozent. So wie in den USA oder in Spanien wuchs das BIP nur aufgrund des boomenden Immobiliensektors.[4] Als die Blase platzte, gingen viele Baufirmen in Konkurs. Seit 2009 schrumpft der Bausektor jährlich um 20 Prozent, die Auftragseingänge gingen in der ersten Jahreshälfte 2011 um 52 Prozent zurück. Mittlerweile ist er bei zwei Drittel des Niveaus von 2007 angekommen – wobei auch 2011 Hypothekenkredite noch immer 60 Prozent aller Kredite an Haushalte und Unternehmen ausmachten. Ende 2011 schätzte die slowenische Zentralbank, dass 18 Prozent der Unternehmenskredite, die zwei Drittel des gesamten Kreditvolumens ausmachen, und die Hälfte aller Kredite im Bausektor faul sind. Die slowenische Regierung macht keine genauen Angaben über den Geldbedarf der Banken, aber aktuelle Meldungen reden von sieben Milliarden Euro – 15 Prozent des BIP.

[4] Siehe Robert Brenners Vorwort zur spanischen Ausgabe seines Buches *Boom & Bubble: What is good for Goldman Sachs is good for America*, 2009. Wir haben es in der *Wildcat* 87 sehr lobend besprochen, weil er fundiert die Krisendynamik rausarbeitet.

Zudem beschleunigt sich die Verschuldungsdynamik. Seit 2008 haben sich die Staatsschulden verdoppelt, das Budgetdefizit ist von 0,1 Prozent auf 6,4 Prozent gestiegen. Als im Oktober die Zahlungsunfähigkeit drohte, musste der Staat für neue Anleihen 6,9 Prozent Zinsen bezahlen (sieben gelten als nicht rückzahlbar, Spaniens Anleihen waren gerade auf 6,8 Prozent). Slowenien wird 2013 zusammen mit Spanien und Portugal unter den Ländern mit der höchsten Neuverschuldung sein (5,1 Prozent; EU-Schnitt: 2,8). Die Arbeitslosigkeit verdoppelte sich seit 2007 auf 13 Prozent, von den unter 25-jährigen ist jeder fünfte arbeitslos. Aktuell gibt es mehr Arbeitslose als in der ersten Hälfte der 90er Jahre.

Diese Entwicklung wollte die Regierung mit einem Trick stoppen. Der mittlerweile abgewählte Minis-

terpräsident Janez Janša sagte im September, dass »jede slowenische Regierung viel sozialer sein wird als das mildeste Diktat der Troika«. Aber niemand glaubte ihm, dass sich seine Politik von jener der EU-Troika unterscheiden würde. Auch sein Programm sah Privatisierungen, Einsparungen im Staatshaushalt und den Verkauf von Staatseigentum vor. Zudem wollte die Regierung nach dem Vorbild Spaniens eine staatliche *bad bank* gründen, in der die faulen Wertpapiere gesammelt werden sollten. Die Gewerkschaften versuchten mit einer Klage dagegen zu punkten, aber auch sie wurden wie die Regierung von den Protesten überrollt.

Wilde Streiks kündigen die Bewegung an

Seit 2009 gab es eine Reihe von Streiks in Industriebetrieben, im Transportsektor, im Dienstleistungssektor und im gewerkschaftlich dominierten Öffentlichen Dienst. Die zwei Generalstreiks in diesem Sektor im April 2012 und im Januar 2013 standen völlig unter gewerkschaftlicher Kontrolle – und die Gewerkschaften selber genießen kein Vertrauen unter den ArbeiterInnen. Zudem ist die slowenische Arbeiterklasse stark gespalten, weil ein Teil noch in halbstaatlichen Unternehmen mit entsprechenden (Job-)Garantien arbeitet, bei rein privaten Unternehmen vor allem im Dienstleistungssektor aber befristete Verträge und schnelle Kündigungen vorherrschen.

Dieser Unterschied spielt vor allem bei Streiks eine wichtige Rolle. So hatten die *Security*-ArbeiterInnen von **Sintal** im September 2011 zum »Picknick« aufgerufen, um sich zu organisieren – sie wollten öffentlich machen, wie das Management sie betrug. Damit erhielten sie zwar die unbezahlten (Über-)Stunden nachbezahlt, aber das Unternehmen schickte einen Spitzel zum Picknick, der die Namen der Anwesenden aufschrieb. Deren auf drei Monate befristete Verträge wurden dann nicht mehr verlängert. Ein Genosse kommentiert: »Alle, die den Job noch haben, sind ziemlich verzweifelt und haben einfach zu viel Angst, um irgendwas zu tun. Sie könnten natürlich streiken, aber dann stellen sie einfach neue Leute ein.«

Die zwei wichtigsten Streiks fanden in halbstaatlichen Unternehmen statt. Und zwar 2009 und 2012 beim Hausgerätehersteller Gorenje und 2011 im Hafen von Koper. Der Streik bei **Gorenje** war der erste *wildcat* überhaupt seit Staatsgründung und das slowenische »Pierburg Neuss«. »Was die Gewerkschaften in jahrelangen Verhandlungen nicht erreicht hatten, erreichten die Arbeiterinnen in einer Woche«, erzählt der Genosse. Vorausgegangen waren dem Kampf eine zehnprozentige Lohnkürzung Ende 2008, wochenlange Kurzarbeit bei gleichzeitigen Überstunden und schließlich Zwangsurlaub im Sommer 2009. Der Großteil der Belegschaft sind Frauen. Als sie für eine 36-Stunden-Woche mit Überstunden nicht mehr als für einen Monat Zwangsurlaub bezahlt bekamen, legten sie im September im Hauptwerk in Velenje die Arbeit nieder.

Zu Pierburg Neuss siehe die Buchbesprechung im Heft.

Der Kampf weitete sich auf andere Werke in Slowenien aus. »Obwohl Sie uns ständig Vorträge über die Rezession halten, arbeiten wir hart für schändlich niedrige Löhne«, steht in ihrem Brief an den Vorstand. Schändliche 400 netto standen bei einigen auf dem September-Lohnzettel – der gesetzliche Mindestlohn lag in der Hausgeräteindustrie 2009 bei 433 Euro. Das Management versuchte sich damit zu rechtfertigen, dass die ArbeiterInnen *durchschnittlich* 500 Euro verdienten. Half nix, 2000 Leute besetzten die Fabrik in Velenje und forderten 15 Prozent mehr Lohn und die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche, was 60 Euro zusätzlich ausmachen würde. Nach zwei Wochen hatten die Arbeiterinnen erkämpft: Auf den Vormonat angerechnete Erhöhung des Lohns um ein Viertel über dem gesetzlichen Mindestlohn auf 540 Euro netto, 150 Euro Einmalzahlung und Extrazuschläge für vier Monate in Höhe von 40 bis 90 Euro. Alles nach einem Halbjahresverlust des Konzerns von 18 Millionen Euro. Die 40-Stunden-Woche wurde mit 1. Oktober 2009 wieder eingeführt. Seitdem strukturiert der Konzern ununterbrochen seinen europäischen Produktionsverbund um und verlagert die hinzu gekauften nordeuropäischen Standorte vor allem nach Serbien, Teile nach Tschechien, aber auch nach Slowenien – von wo sie ebenso Teile nach Serbien verschieben. Zwei slowenische Fabriken (in Maribor und in Nazarje) wurden gerade an einen US-Investor verkauft.

Nicht nur dagegen nahmen Ende 2012 die Frauen den Kampf erneut auf. 1000 Arbeiterinnen skandierten im Hauptwerk »Gauner, Gauner!« und den Slogan der sich gerade am Höhepunkt befindenden Protestbewegung »Gotof si!«[5] in Richtung

[5] »Gotof si!«, zu deutsch: »Du bist fertig!«

Management, weil neben der drohenden Auslagerung das Weihnachtsgeld um die Hälfte auf 150 Euro gekürzt wurde. Diesmal war schon nach vier Stunden alles klar. Der Vorstand trat vor die aufgebrachten Frauen, die mit Generalstreik aller 4500 ArbeiterInnen drohten und verkündete, dass das Weihnachtsgeld und die ausständigen Überstunden in vollem Umfang ausbezahlt werden. Zusätzlich solle es keine Kündigungen wegen Streik oder Verlagerung geben. Die Arbeiterinnen ließen sich das schriftlich geben und hatten Anfang des Jahres ihr Geld. Und wie 2009: Das alles nach einem Konzernverlust in den ersten neun Monaten von 6,4 Millionen Euro. Endlich wieder Arbeiterinnen, die der »Ökonomie« trotzen und ihre Forderungen nicht am Gewinn/Umsatz oder an der »Gesundheit« des Unternehmens messen!

Ende Juli 2011 streikten im Hafen von **Koper** 380 Kranführer und 200 Arbeiter unterschiedlicher Subfirmen. Es wurden nur fünf Stunden pro Streiktag gearbeitet (bei normalerweise 24h-Betrieb). Die Firmenleitung wollte den steigenden Warenumschlag mit Arbeitsintensivierung und längeren Arbeitszeiten durchdrücken. Dabei kam es zu Arbeitsunfällen, weil die Sicherheitsstandards nicht mehr eingehalten wurden. Vor allem die migrantischen und überausgebeuteten Arbeiter bei den Subfirmen – Elf-Stunden-Schichten für zwölf Euro – bekamen die immer schlechteren Bedingungen ab. Die Kranführer konnten zwar einen Teil der neuen Arbeitsorganisation in dem achttägigen Streik nicht abwehren (drei wechseln sich an zwei Kränen ab statt wie bisher zwei an einem), doch alle zusammen konnten die Spaltung in Feste und Prekäre umdrehen und gegen die Firmenleitung, die den Streik zuerst für illegal erklären und Arbeiter entlassen hatte, die Lohnspaltung aufbrechen (und gegen die Gewerkschaft, die Unterschriften gegen den Streik sammelte). So werden jetzt alle Hafenarbeiter ungeachtet ihrer Firmenzugehörigkeit nach einem Kollektivvertrag bezahlt. Die entlassenen Kranfahrer wurden wiedereingestellt und sind nun zu 30 Prozent im Aufsichtsrat vertreten (ihr Argument: »nützlich für zukünftige Streiks«). Den Hafen-Manager konnten sie auch verjagen, allerdings verschlechtern sich die Bedingungen der Subfirmen-Arbeiter gerade wieder und ihr Streikführer klagt noch immer für seine Wiedereinstellung.

Der Aufstand von Maribor …

Wie so oft in letzter Zeit bei Aufständen feuert die staatliche Repression die Proteste nur weiter an. Alles, was die Herrschenden machen, wendet sich gegen sie. *Auslöser* der Revolte waren unzählige Radarkästen, die der Bürgermeister von Maribor, Franc Kangler, über *Private-Public-Partnership* installieren ließ. Das Geld wanderte in die privaten Taschen des Unternehmens, das die Kästen montiert hatte. Damit wurde der korrupte Hintergrund der Regierung öffentlich. Die *Ursache* ist die massive Arbeitslosigkeit, die in dieser ärmsten und am dichtest besiedelten Region zwischen 20 und 25 Prozent liegt. Der Nordosten war einmal ein industrielles Zentrum Jugoslawiens, bis Mitte der 90er Jahre arbeiteten Tausende in der Bus- und LKW-Fabrik *TAM* und der Textilfabrik *Mura*. Der EU-Beitritt hatte den Niedergang nicht gestoppt und die Leute hatten sich in immer höherem Ausmaß verschuldet. Nur ein Teil der Arbeitslosigkeit wird durch die Pendlerei nach Österreich abgefangen, wo vor allem die Facharbeiter aus den ehemaligen Metallfabriken das Doppelte verdienen. Sie können leider nur wenig erzählen, weil sie deswegen nicht am Aufstand teilnehmen.

Dafür aber viele andere Leute. Der Sturm ging los, als Kangler in den Regionalrat gewählt wurde und nun Immunität genoss. Am 26. November kam schon jeder zehnte aus Maribor zur zweiten großen Protestkundgebung auf dem Freiheitsplatz. Vor allem Ältere und in Maribor (Noch-)Beschäftigte versuchten, einen Demonstrationszug zum Rathaus zu organisieren, wurden aber von der Polizei mit Tränengas und mit Verhaftungen gestoppt. Am 3. Dezember konnten 20 000 – ein Fünftel der Stadt – das Rathaus erreichen und entglasen. »Gotof je!« – Kangler war fertig und kündigte seinen Rücktritt zum 31.12. an.

… weitet sich aus

Flankiert wurde der Aufstand ab 27. November von Demonstrationen im ganzen Land – in Städten, in denen noch nie eine Demo stattgefunden hatte und von Leuten, die noch nie auf einer waren. In den letzten fünf Wochen des Jahres waren in der Hauptstadt Ljubljana bis zu 10 000 auf der Straße, am 7. Dezember allein in der 20 000-Einwohner-Stadt Murska Sobota 3000 Leute, sowie regelmäßig bis zu 1000 Menschen in den Kleinstädten mit 20 bis 50 000 Einwohnern wie Celje, Jesenice, Krško, Ptuj, Novo Mesto. Ebenso in den »Hochburgen« der Wildcat-Streiks Koper (wo die Hafenarbeiter zusätzlich im Bus zur Demo nach Maribor fuhren) und Velenje (wo gerade die Gorenje-Arbeiterinnen streikten, s. o.).

Mit der räumlichen Ausweitung radikalisierten sich auch die Forderungen – von den jeweiligen korrupten Bürgermeistern hin auf die ganze slowenische Regierung. »Dauernd wurden neue Fragen aufgeworfen« sagt ein anderer Genosse. »Es ging sehr schnell um die soziale Situation und um die ganze politische Kultur.« Es bildeten sich Stadtteilversammlungen, die bis heute mit Blick auf »Porto Alegre«[6] diskutieren, wie eine alternative Verwaltung unter dem Schlagwort »direkte Demo-

[6] In der brasilianischen Stadt Porto Alegre wird seit 1989 ein »partizipatorischer Haushalt« versucht. Dabei entscheiden die BürgerInnen in Versammlungen, wohin wieviel Geld fließt, z. B. in Wohnbau, Schulen, Straßen, usw. Das Modell wird heute in vielen Städten weltweit als Alternative angesehen, weil »das Volk« und nicht irgendwelche abgehobenen, korrupten Politiker über die Stadtentwicklung entscheiden. Siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Bürgerhaushalt.

kratie« aussehen könnte. Die Forderungen beschränken sich nicht mehr auf Personen, sondern zielen gegen das ganze System und gegen die Ideologie der Transformation.

NSU auf slowenisch

Der Staat hatte in der Situation versucht, durch Wegsperren junger Demo-TeilnehmerInnen und die übliche Schlägertaktik die Leute zu schocken. Das machte sie nur noch wütender. In Ljubljana schickte der Staat slowenische *Blood & Honour*-Nazis auf die Demo, die randalieren sollten. Deren Vorsitzender ist Mitglied der damaligen Regierungspartei und arbeitet für den Geheimdienst. Die Straßenpolizisten waren nicht eingeweiht, also ging das daneben, weil sie die Nazis verhafteten. Erst in der Bullenstation kam der Befehl, sie wieder freizulassen.

Janša geht, Kapitalismus bleibt?

Anfang des Jahres beeindruckten vor allem die Zahlen: 100 000 im Ausstand beim Generalstreik am 23. Januar, 20 000 ArbeiterInnen auf der Demo in Ljubljana, 25 000 auf der Demo am 8. Februar – eine der größten Demos in der Geschichte der Stadt. Aber der Generalstreik stand gänzlich unter gewerkschaftlicher Kontrolle, und auch die Demos, woran sich sozialrevolutionäre Linke beteiligten, waren eher auf einen Tag beschränkte »Events«, die als Ventil funktionierten und unkontrollierte, von oben nicht geplante Proteste vereinnahmen und schließlich untergraben sollten. Ende Februar hatten die Gewerkschaften mit Hilfe der »Antikorruptionsbehörde« ihr Ziel erreicht. Janša wurde im Parlament das Misstrauen ausgesprochen, weil er die Herkunft von 210 000 Euro auf seinem Konto nicht erklären wollte. An seine Stelle trat Alenka Bratušek vom Finanzministerium, die kurz vorher in der linken Oppositionspartei ihren korrupten Chef abgelöst hatte.

Wie geht's weiter?

Einerseits mit den erwähnten BürgerInnen- und Stadtteilversammlungen, die die Statuten der Stadt Maribor und das Gesetz diskutieren. Das ist auch im Sinne der neuen Regierungschefin, die im Februar im Parlament sagte, nun müsse »der soziale Dialog [*sic!*] von den Straßen und Plätzen wieder an den Verhandlungstisch«.

Der Protest verliert seine anfängliche Dynamik (an der letzten Demo am 9. März in Ljubljana beteiligten sich deutlich weniger Leute) und droht. sich zu institutionalisieren, weil er sich auf das Terrain des Feindes einlässt und sich dort raushält oder zurückzieht, wo er was reißen kann: in den Betrieben und auf der Straße. Die Arbeitermacht, die der Straßenprotest so dringend braucht, um über das Stürzen von Regierungen hinauszukommen und die Fragen nach einer anderen Gesellschaft zu stellen, wird durch die gewerkschaftlichen Generalstreiks eher abgewürgt.

Dagegen zirkulieren die Erfahrungen der Arbeiterkämpfe von Gorenje und Koper. Genau das brauchen wir!

Andererseits: Was passiert, wenn die (Staatsschulden-)Krise die noch garantierten ArbeiterInnen wirklich trifft und ihr Lebensunterhalt nicht mehr sicher ist? Historisch kam hier als nächster Schritt fast immer die Selbstverwaltung, aktuell in Serbien und Griechenland, wobei auch in Frankreich (in der Reifenfabrik in Amiens) die ersten Arbeiter wieder davon reden.

Bisher bleiben die Kämpfe auf »ihren« Nationalstaat beschränkt. Vor allem in Maribor fokussieren AktivistInnen auf »lokale Ziele«, weil sie damit eine leichtere Erreichbarkeit assoziieren. Auch die Leute in Kroatien, Serbien, Bulgarien, Rumänien... kämpfen bis jetzt erst mal gegen die eigene Regierung, gegen das nationale System aus Sparpolitik, Korruption/Privatisierungen und steigender Arbeitslosigkeit.

Ob der Balkan ein neues Maghreb ist – diese Frage *ist* beantwortet! Aber wird daraus mehr? In den Kämpfen dort steckt auch deshalb so viel Sprengkraft, weil Osteuropa nicht nur eine *der* strategischen Regionen für den Warenstrom von Asien nach Westeuropa (und umgekehrt) ist, sondern in der auch alle westlichen und östlichen Konzerne in Produktionsbetriebe investiert haben. ■

Update 19.3.2013:
Gerade als wir in Druck gehen, kommen Meldungen über Fabrikschließungen: Die Snowboardfabrik in Kärnten, ein Werk vom slowenischen Sportartikel- und Yachthersteller *Elan*, sperrt zu. Elan gehört zu 100 Prozent einem slowenischen Staatsfonds, beschäftigt 800 ArbeiterInnen und hatte 2010 elf Mio. Euro Staatshilfe bekommen, die das Unternehmen nicht zurückzahlen kann. Ebenso schließt der Autozulieferer *Boxmark* im Norden Sloweniens, eine Lederfabrik mit 150 ArbeiterInnen – Grund: »die Talfahrt des europäischen Automarkts«.

Wirtschaftsblatt, 13./15.3.2013

»Hier gibt es keine Parteien, nur Arbeiter«

Marikana und die Streikwelle in Südafrika

Die Nachricht erreichte uns in Europa mitten in der Sommerpause: in Südafrika sind über 30 streikende Bergarbeiter erschossen worden! Die südafrikanischen ArbeiterInnen legten in den 70er und 80er Jahren den Apartheid-Staat lahm und halfen, den ANC an die Regierung zu bringen. Wie kann es sein, dass dieser Staat wieder ArbeiterInnen massakrieren lässt? Erst das Blutbad in Marikana machte uns darauf aufmerksam, dass die soziale Situation in Südafrika sehr zugespitzt ist und es schon seit Jahren wieder militante Streiks und Bewegungen gibt.

Südafrika wurde als einer der fünf aufstrebenden BRICS-Staaten gehandelt, die die Weltwirtschaft aus der Krise ziehen können. Bei genauerem Hinsehen stellt sich das als Illusion heraus.

Der ANC setzte nach dem Ende der Apartheid auf exportorientiertes Wachstum und verfolgte eine neoliberale Politik. Potentiellen Investoren wurde eine restriktive Haushaltspolitik versprochen, die der IWF kaum strikter hätte konzipieren können. Die Hoffnung auf ausländische Investitionen erfüllte sich dennoch nicht, stattdessen floss viel Kapital ins Ausland ab. Die Produktion entwickelte sich kaum; der Bergbau schrumpfte. Diese Probleme führten wie an so vielen Orten zu einer Flucht in Finanzprodukte und Kreditwirtschaft, die 2010 etwa 20 Prozent des BIP ausmachten.

Mit der Krise brachen die Exporte ein, die unter anderem von der Autoindustrie abhängen; die Industrie hat mit steigenden Kosten etwa für Energie zu kämpfen. Allein 2009 gingen eine Million Jobs verloren. Die Zentralbank versucht geldpolitisch gegenzusteuern, aber besonders die Armen und die boomenden Bergarbeiterstädte sind von der inflationären Preisentwicklung bei Grundgütern betroffen. Die Arbeitslosigkeit war schon vorher ein großes Problem, sie wird bei Schwarzen seit Jahren auf um die 40 Prozent geschätzt (60 Prozent bei unter-25-Jährigen).

Der Arbeitsmarkt wurde vom ANC dereguliert und ist heute von Leiharbeit und Auslagerung in jeder Form geprägt; es entstanden fast nur schlechtbezahlte Jobs im Dienstleistungsbereich. Die Regierung setzt auf die Förderung einer schwarzen Oberschicht, die angeblich irgendwann allen zugute kommen soll, bisher hat sie aber nur zu Vetternwirtschaft und Korruption geführt.

Die koloniale Rassenpolitik und die Apartheid schufen ein System der Arbeitsmigration, das über Zugangsverbote zu qualifizierten Jobs und das Einsperren von Schwarzen in Reservaten und »Homelands« sicherstellte, dass billige Arbeitskräfte zunächst für den Bergbau, später auch für Industrie, Landwirtschaft usw. zur Verfügung standen.

Arbeitslosigkeit und Armut sind in diesen Gebieten besonders hoch, 2006/7 hatten nur 16 Prozent der ländlichen Bevölkerung Arbeit. Die politischen Handlungsmöglichkeiten waren und sind auf dem Land sehr viel geringer als in den *Townships*, den urbanen Schwarzensiedlungen. Auch heute noch migrieren viele Männer und zunehmend auch Frauen aus den ehemaligen »Homelands« in andere Landesteile, ein großer Teil arbeitet traditionell im Bergbau. Viele halten die Bindung an ihre Herkunftsregion aufrecht und kehren für sechs Wochen im Jahr zurück.
Südafrika ist zudem das Ziel von MigrantInnen aus dem übrigen Kontinent, die zum Teil legal, zum Teil ohne Papiere arbeiten.

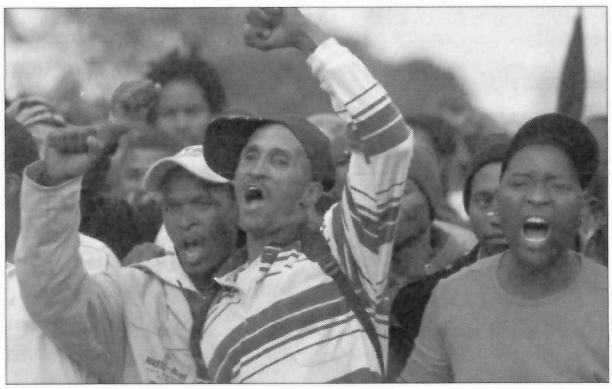
Nach 1994 wurde die Arbeiterklasse demobilisiert, sie sollte zu keinen unabhängigen Aktionen mehr fähig sein. Die ArbeiterInnen hatten über »Rassegrenzen« und alle Unterschiede hinweg gekämpft; im ANC-Staat wird diese Einheit durch Vereinzelung und fortdauernde Armut zersetzt.

Die Gesellschaft fällt auseinander und ist von Gewalt durchzogen; mithilfe politischer Propaganda leben ethnische Stereotypen und patriarchale Lebensmuster auf. Immer wieder ist es zu rassistischen Ausschreitungen gekommen; 2008 starben bei Pogromen in *Townships* und Hüttensiedlungen gegen arme schwarzen ArbeitsmigrantInnen über 60 Menschen, tausende mussten umsiedeln.

Sämtliche Geldbeträge werden in Rand angegeben, um die Relationen besser darzustellen. Als der Artikel geschrieben wurde, hatte ein Rand den Wert von acht Eurocent.

Marikana gehört zu Rustenburg, einem der Zentren der Platinindustrie. In Rustenburg und Region leben offiziell 350000 ArbeiterInnen und 160000 Arbeitslose.

Aus den ehemaligen Reservaten für die afrikanische Bevölkerung wurden ab den 1950ern zehn scheinunabhängige »Homelands« gemacht, deren BewohnerInnen in Südafrika als rechtlose AusländerInnen galten. Es gab dort kaum Arbeit und Entwicklung. An den Grenzen der »Homelands« wurde gezielt Industrie aufgebaut, um die billige Arbeitskraft auszubeuten. Die »Homelands« befanden sich in der östlichen Hälfte von Südafrika, die beiden größten »Homelands« *Transkei* und *Ciskei* wurden in die heutige Provinz *Ostkap* integriert. *Lesotho* und *Swaziland* waren nie offiziell Teil Südafrikas, aber völlig abhängig und Herkunftsort vieler ArbeitsmigrantInnen.



Die soziale Lage der schwarzen Bevölkerung hat sich seit 1994 verschlechtert, Südafrika ist immer noch eins der Länder mit der größten sozialen Ungleichheit weltweit. Aktuell leben 87 Prozent der Schwarzen von weniger als 1,60 Euro am Tag, 25 Prozent von weniger als einem Euro. Zwei Drittel der Bevölkerung überleben nur mithilfe staatlicher Geldzahlungen. Viele ArbeiterInnen haben außerdem Mikrokredite mit variablen Zinsen aufgenommen und wenden durchschnittlich 40 Prozent ihres Einkommens für die Ratenzahlung auf, die oft direkt vom Lohn abgezogen wird.

Der ANC lebt von der Mobilisierung im Kampf gegen die Apartheid und die Hoffnungen, die auf eine schwarze Regierung gesetzt wurden. Er war schon immer eine wirtschaftsnahe Partei der Elite, der es aber gelang, alle anderen oppositionellen Organisationen aufzusaugen und die Arbeiterklasse hinter sich zu bringen. Dafür war die Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei (SACP) und dem schwarzen Gewerkschaftsbund COSATU wichtig. Diese sogenannte *Tripartite Alliance* setzte sich nach der Regierungsübernahme durch den ANC fort, die SACP stellt beispielsweise keine eigenen KandidatInnen bei Wahlen auf. Auch wenn diese Beziehung nicht spannungsfrei ist, sorgt sie für die Einbindung kritischer Kräfte. SACP und COSATU haben Zuma als vermeintlich sozialen, auf die Arbeiterklasse orientierten Politiker ins Präsidentenamt gebracht. Die COSATU-Gewerkschaften haben sich schon fast als Personalmanagement für die Unternehmer etabliert und führen das Regiment über die Arbeitskraft; zugleich sorgen sie für die politische Einbindung der ArbeiterInnen.

Viele ArbeiterInnen wählen immer noch den ANC und drücken Unterstützung für die nationale Regierung aus, auch wenn sie vor Ort protestieren - das Ende der Apartheid ist erst zwanzig Jahre her. Aber bereits seit zehn Jahren gibt es heftige Proteste, der Prozess der Desillusionierung hat also schon lange begonnen.

Rebellion der Armen

Die Armut auf dem Land, in *Townships* und Hüttensiedlungen blieb nach Ende der Apartheid bestehen und wurde durch die Privatisierung und Kommerzialisierung von Strom- und Wasserversorgung und des Gesundheitssystems verschärft. Viele Haushalte sind bis heute nicht an Strom und Wasser angeschlossen; andere werden regelmäßig abgeklemmt. Die Immobilienblase führt dazu, dass Baukonzerne unnütze Wohnungen bauen, die in sich zusammenfallen. Unzählige Hüttenbewohner warten bis heute auf Häuser; regelmäßig werden Siedlungen in den Städten geräumt, die Bewohner an die Stadtränder vertrieben. Dort gibt es immer wieder Tote aufgrund von Hunger und Feuern, die Bedingungen sind unmenschlich: »*Wenn es regnet, ist alles nass - Bettdecken und Fußböden. Wenn es heiß ist, sind überall Mücken und Fliegen. ...Die Nacht ist eine Bedrohung... Die Leute bleiben wach und fürchten um ihr Leben... ihr müsstet die riesigen Ratten sehen... Ihr müsstet sehen, wie die Leute unter den Brücken schlafen, weil ihr Fußboden zu nass ist... Manche Leute bleiben die ganze Nacht lang stehen...*«

Seit 2004 gibt es eine steigende Zahl von Protesten für bessere Häuser und Grundversorgung, gegen Räumungen und Arbeitslosigkeit. Sie haben 2011 und 2012 nochmal kräftig zugenommen und werden damit zu einer regelrechten Rebellion der Armen. Diese Demos, Besetzungen und Straßenblockaden gehen mehrheitlich von Leuten in städtischen Gegenden und Hüttensiedlungen aus, weniger von den ärmsten Bevölkerungsteilen auf dem Land. Sie enden aufgrund der massiven Polizeigewalt häufig in Straßenschlachten. Auch die ›illegale‹ Beschaffung von Strom und Wasser wird gemeinsam organisiert.

An der Bewegung beteiligen sich viele junge Leute, die nicht mehr in der Tradition des ANC stehen und eher demonstrieren als wählen gehen: fast 75 Prozent der 20 bis 29-Jährigen haben sich nicht an den Kommunalwahlen 2011 beteiligt.

Während der Apartheid wurden Schwarze, *Coloured* und *Indians* gezwungen, in separaten Wohnsiedlungen oder *Townships* zu leben; auch heute noch lebt dort ein großer Teil der urbanen schwarzen Bevölkerung. Sie befinden sich meist am Rand der Städte, haben aber selbst das Ausmaß von Städten. Die Qualität von Häusern und Infrastruktur dort ist unterschiedlich - zum Teil aber sehr schlecht. Im Umfeld der *Townships*, aber auch in der Nähe von Bergwerken, Farmen usw. gibt es zudem zahlreiche und große informelle Hüttensiedlungen, weil keine anderen Wohnungen verfügbar sind.

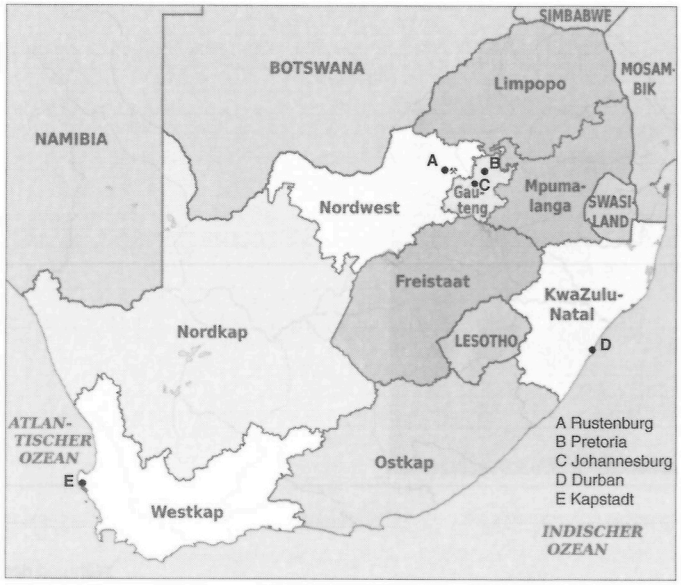
Die vier wichtigsten Platinkonzerne:
Anglo American Platinum (Amplat) stellt 38 Prozent der weltweiten Produktion her. Fast alle Bergwerke liegen im Norden Südafrikas.

Impala Platinum (Implat) produziert 25 Prozent des weltweiten Platins in Südafrika und Zimbabwe.

Lonmin ist der weltweit drittgrößte Platin-Produzent, gehört zu 80 Prozent Amplat und betreibt im Norden Südafrikas mehrere Platin-Bergwerke.

Aquarius Platinum besitzt Bergwerke in Südafrika und Zimbabwe und ist sowohl mit *Implat* als auch mit *Amplat* in einer strategischen Allianz.

Bei *Amplat*, *Implat* und *Aquarius* sind Ende 2012 die CEOs zurückgetreten, bei Lonmin hat sich der CEO am Tag nach dem Massaker in Marikana dauerhaft krank gemeldet.



Es gibt jeden Tag irgendwo solche Proteste, aber zwischen ihnen besteht relativ wenig Verbindung, auch mit anderen Kämpfen und Streiks verbinden sie sich selten. Es sind einige Organisationen entstanden, die eine klassenweite Bewegung nicht ersetzen können, die aber Erfahrungen weitertragen und Proteste koordinieren, wie die *Bewegung der Hüttenbewohner* (*Abahlali baseMjondolo*). Sie grenzen sich von Parteien und NGOs ab, und versuchen tägliche Militanz und Basisdemokratie weiterzuentwickeln, auch aufgrund frustrierender Auseinandersetzungen mit der Politik und Repression: *»Wir sind bereit zu reden, aber wenn das nicht funktioniert werden wir unsere Stärke nutzen. Wir werden tun, was immer es uns kostet zu bekommen, was wir für ein sicheres Leben brauchen. … Wenn du durch Demut und Respekt für die Autoritäten erreichen willst, was du willst und was legitim ist, wird dein Anliegen kriminell. Das zeigt unsere Erfahrung. Du wirst mehr als zehn Jahre betrogen, du wirst getäuscht und unterlaufen. Deshalb gehen wir auf die Straße. Wenn wir da zu Tausenden stehen, werden wir ernst genommen.«*

S'bu Zikode: *We are the third force.* Zeitungsartikel des ehemaligen Vorsitzenden von *Abahlali baseMjondolo* aus dem Jahr 2005, der viel Aufmerksamkeit erregte. Er antwortet auf die Propaganda, hinter den zahlreichen Protesten stecke eine »Dritte Kraft« wie ausländische Geheimdienste, diese »Dritte Kraft« sei die Wut der Armen. Zu finden unter www.abahlali.org/node/17

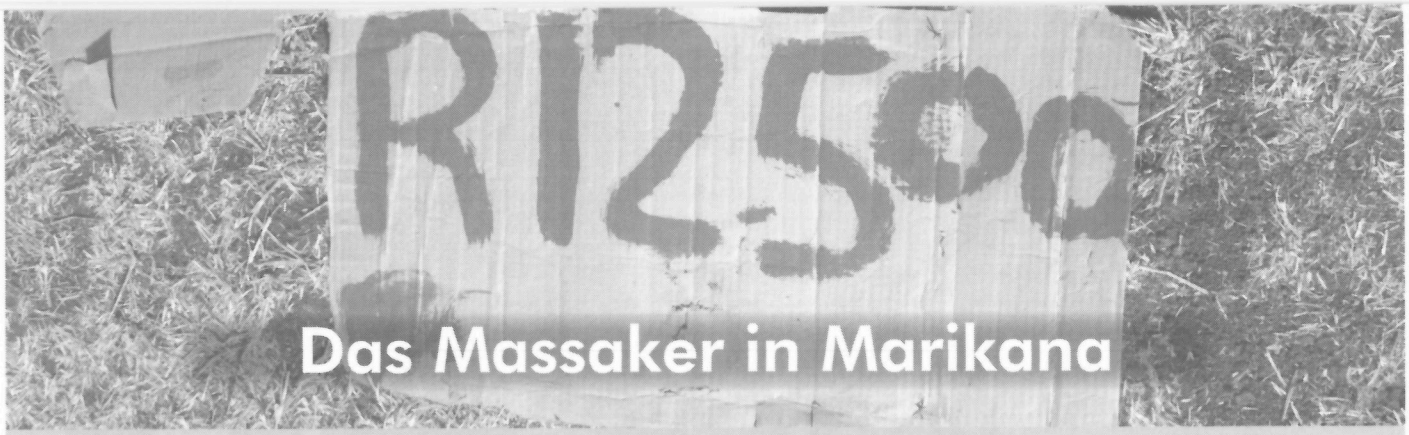
Vor diesem Hintergrund ereignete sich im August 2012 der wilde Streik im Platinbergwerk von *Lonmin* in Marikana, auf den Staat und Kapital mit einem brutalen Massaker reagierten. Die Ereignisse in Marikana machten den Bruch zwischen der schwarzen Arbeiterklasse und dem staatlichen Machtblock aus ANC und COSATU für alle sichtbar. Das Massaker selbst und die Entschiedenheit der ArbeiterInnen, trotzdem weiter zu streiken und *Lonmin* zum Nachgeben zu zwingen, führte zu einer landesweite Streikwelle vor allem im Bergbau, aber auch in anderen Sektoren. Dabei ist der Kampf in eine Vorgeschichte von wilden Streiks im Platinbergbau eingebettet, in denen sich die Organisierungs- und Kampffähigkeit der ArbeiterInnen schon deutlich zeigte.

Platinbergbau in der Krise

Im Bergbau als wichtigstem Wirtschaftssektor sind 500000 Menschen direkt angestellt, davon sind zehn Prozent Frauen, die vor allem in den höheren Lohngruppen arbeiten. Dazu kommen noch einmal 840000 Stellen, die vom Bergbau abhängen. Insgesamt werden davon geschätzte 13,5 Millionen Menschen ernährt. Es werden Gold, Diamanten, Platin, Chrom, Vanadium, Mangan, Uran, Eisenerz und Kohle abgebaut; der Bergbau macht etwa 60 Prozent des gesamten Exports aus. Gerade der Platinbergbau ist innerhalb der gesamten Energie- und Rohstoffindustrie Südafrikas wichtig, da Südafrika über 70 Prozent der weltweiten Platinvorkommen besitzt. Er leidet aber schon länger unter der zurückgehenden Produktivität der Bergwerke und den steigenden Löhnen. Mit den Produktionsrückgängen durch die globale Krise ist die Platinindustrie unter den Druck sinkender Nachfrage und Preise und steigender Fixkosten etwa für Strom gekommen. Diesem Druck zu entgehen ist nicht ganz einfach.

Die Personalkosten sind der größte Faktor in der Platinindustrie, eine stärkere Mechanisierung ist in den südafrikanischen Minen aufgrund der geologischen Gegebenheiten kaum möglich. Die Konzerne haben Arbeitsplätze abgebaut, sind dabei aber vorsichtig vorgegangen. *Amplats* hat in den letzten Jahren drei Schächte stillgelegt und seine Belegschaft von 80000 auf knapp unter 60000 verringert, vor allem über Rentenangebote und Versetzungen. Mittelfristig hofft die Industrie auf ein Ende der Krise und eine steigende Nachfrage nach Platin und versucht daher, möglichst viele Schächte in Betrieb zu halten und den Arbeitskräftemangel für bestimmte Jobs nicht zu verschärfen. Gerade die Position des Bohrhauers (*Rock Drill Operator*/RDO), der unter Tage die Löcher für die Sprengladungen bohrt, ist sehr unbeliebt, weil sie hart und mit dem größten Risiko verbunden ist. Das Durchschnittsalter der Bohrhauer steigt stetig, 2006 waren bei *Implats* 40 Prozent der Bohrhauer älter als 45.

Die Bergbauunternehmen haben nach der Streikwelle ziemliche Probleme gehabt, die ArbeiterInnen überhaupt wieder zum Arbeiten zu kriegen, teilweise gab es noch wochenlang hohe Krankenstände. Die Zwickmühle der Unternehmen ist durch die Streiks noch enger geworden. Sie haben Verluste gemacht und müssen höhere Löhne zahlen. Zudem müssen sie einen Umgang mit den immer noch mobilisierten und militanten ArbeiterInnen finden. *Amplats* versucht, beide Fragen durch die Entlassung von 14000 ArbeiterInnen in vier Schächten, die durch ihre Militanz aufgefallen waren, zu lösen. Gegen die ArbeiterInnen und gegen die Regierung Massenentlassungen durchzusetzen ist jedoch schwierig.



Das Massaker in Marikana

Der wilde Streik im August 2012 begann in den drei von *Lonmin* in Marikana bei Rustenburg betriebenen Bergwerken *Eastern*, *Western* und *Karee*. Schon vor dem Streik war die Situation aufgeheizt.

In *Karee* hatte es im Mai 2011 nach der Suspendierung eines Betriebsrats durch die NUM einen wilden Streik gegeben. Lonmin entließ daraufhin mit Unterstützung der NUM alle 9000 ArbeiterInnen, stellte aber fast alle direkt wieder ein. Die ArbeiterInnen traten aus der NUM aus und organisierten sich selbst über anonym angekündigte Versammlungen. Nach drei Monaten entschieden sie sich allerdings, in die NUM einzutreten.

Im Juli 2012 forderten die Bohrhauer in *Karee* eine Lohnerhöhung von R4000 auf R7500, weil sie dieselbe Arbeit wie in anderen Bergwerken mit weniger Leuten machen. Nach einer Massenversammlung am 1. August erhielten sie einen regelmäßigen Bonus von R750. Gleichzeitig erhielten auch die Bohrhauer in *Eastern* und *Western*, die nichts gefordert hatten, einen Bonus von R500.

Die Unzufriedenheit wurde dadurch nicht beruhigt und nun war klar, dass man auch ohne Gewerkschaft Lohnerhöhungen durchsetzten kann. Nun forderten die ArbeiterInnen in allen drei Bergwerken mehr Lohn. Am 6. August bildete sich ein informelles Komitee von Arbeitern aller Bergwerke und mobilisierte zu einer Versammlung am 9. August. Diese fand im *Lonmin*-eigenen Football-Stadion statt. Da es sich um einen Feiertag handelte, kamen einige tausend ArbeiterInnen. Sie beschlossen, ab dem nächsten Tag zu streiken, R12500 Lohn zu fordern und diese Forderungen ohne die NUM direkt ans Management zu stellen. Es wurde ein Komitee aus acht Arbeitern bestimmt, die alle Bergwerke und regionalen und kulturellen Herkünfte repräsentierten.
Am nächsten Morgen marschierten die ArbeiterInnen zum Büro des Managements, das unter Verweis auf die NUM das Gespräch verweigerte. Mehrere hundert ArbeiterInnen gingen daher am nächsten Morgen zum zentralen Büro der NUM (gleichzeitig auch das ANC- und SACP-Büro). Als die ArbeiterInnen nur noch 150 Meter entfernt waren, kamen die Betriebsräte und andere NUM-Vertreter aus dem Gebäude und schossen in die Menge, die floh. Dabei wurden zwei Arbeiter verletzt, von denen einer starb.

Trotz dieses Schocks sammelten sich die ArbeiterInnen wieder und bewaffneten sich mit traditionellen Waffen (Macheten, Speeren, Stöcken) und zogen sich auf den *Wonderkop Koppie* zurück, einen Hügel zwischen zwei Siedlungen, weil das Stadion jetzt von der Security abgesperrt wurde. Auf dem »Berg« verbrachten sie die nächsten Tage, sie wurden von Leuten aus den umliegenden Siedlungen mit Lebensmitteln unterstützt.

Die ArbeiterInnen schickten immer wieder Gruppen aus, um zu überprüfen, dass in keinem der Schächte gearbeitet wird, und um doch noch einen Gesprächspartner von Management oder Gewerkschaft zu finden. Dabei kam es wiederholt zu Konfrontationen mit Werkschutz und Polizei, bei denen am 12. und 13. August vier Arbeiter, zwei Bullen und zwei Securities starben; einige Arbeiter wurden verwundet oder festgenommen.

Vom 14. August an hatte die Polizei den »Berg« mit Einsatzkräften umstellt und versuchte mit den ArbeiterInnen zu verhandeln, was diese aber ablehnten. Sie blieben zu jedem Zeitpunkt geschlossen und beharrlich dabei, dass sie nur mit dem Management sprechen wollten. Trotzdem kamen sie der Forderung nach, fünf Vertreter zu wählen.

Außer Polizeivertretern kam der Präsident der NUM zu den Arbeitern und forderte die sofortige Beendigung des Streiks. Der Vorsitzende der AMCU bat die ArbeiterInnen nach einem Gespräch mit *Lonmin* auf Knien, den Berg zu verlassen, da die Polizei sie sonst töten würde. Dieser Bitte folgten aber nur wenige, die ArbeiterInnen waren sehr entschlossen und hatten keine Angst.

Eine halbe Stunde später begann das Massaker. Die Polizei schoss vom Boden und aus der Luft gezielt auf die ArbeiterInnen. 34 Arbeiter wurden erschossen, viele aus nächster Nähe, und 78 verletzt. 259 Streikende wurden festgenommen. Kein einziger Polizist wurde getötet. Den Polizisten war klar befohlen worden, scharf zu schießen und »alles Notwendige« zu tun; die Befehlsklette lässt sich mindestens bis ins Polizeiministerium nachvollziehen. Verschiedene Minister und Gewerkschaftsfunktionäre hatten sich über die Situation verständigt. Der damalige Lonmin-Aufsichtsrat und heutige ANC-Vizepräsident Ramaphosa hatte verlangt, die Proteste als Verbrechen einzuordnen und entsprechend vorzugehen. Frans Baleni, Generalsekretär der NUM, hat nach eigenen Angaben schon Wochen vor dem Massaker die Intervention von Spezialeinheiten in Rustenburg gefordert.

Die ArbeiterInnen waren geschockt, traumatisiert, mussten sich um Verletzte und Verhaftete kümmern. Hätten sie den Streik nun beendet, wäre die südafrikanische Arbeiterbewegung möglicherweise auf lange Zeit gelähmt gewesen. Trotz allem aber wurde der Kampf fortgesetzt, auch weil der Zusammenhalt durch die tagelange Diskussion und das gemeinsame Leben auf dem Berg gestärkt worden war. Zudem wuchs die Unterstützung von Außen nach dem Massaker.

Der Streik dauerte noch eineinhalb Monate und wurde dann mit einer Lohnerhöhung von 11 bis 22 Prozent beendet. Dieses Ergebnis wurde in einer Reihe von Schlichtungsgesprächen verhandelt, an denen neben Vertretern des Streikkomitees verschiedene Gewerkschaften, Politiker, Vertreter von Religionen und kulturell wichtige Personen beteiligt waren.

Bergbau-Gewerkschaften

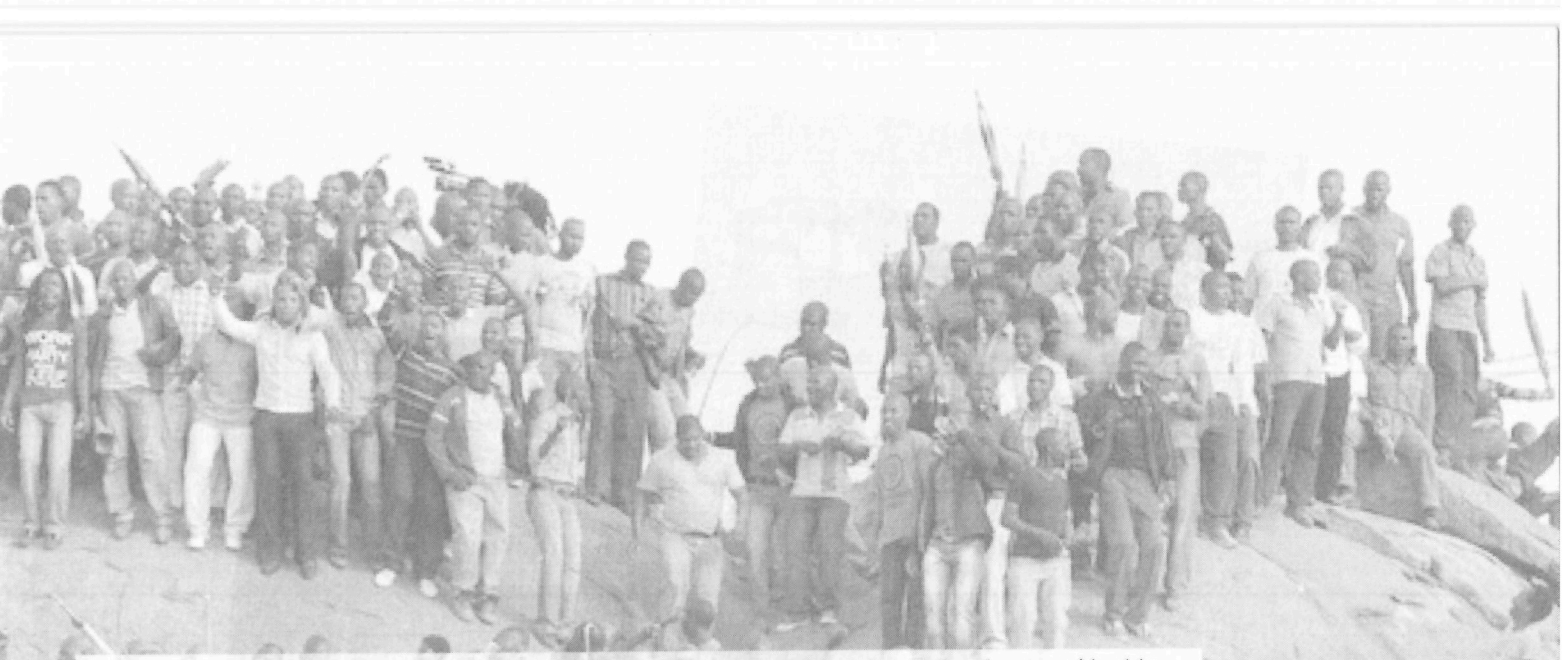
Die Frage der Gewerkschaft spielt im Bergbau eine große Rolle. In Südafrika werden die Gewerkschaftsbeiträge durch den Arbeitgeber direkt vom Gehalt abgezogen. Daneben kann eine Mehrheitsgewerkschaft, die über 50 Prozent der Belegschaft organisiert, mit dem Arbeitgeber ein Alleinvertretungsabkommen treffen. Durch dieses wird sie zum einzigen Verhandlungspartner und erhält von allen nicht bei ihr organisierten ArbeiterInnen einen monatlichen Verhandlungsbeitrag.

Die bis dato bedeutsamste Bergbaugewerkschaft (National Union of Mineworkers) wurde 1982 gegründet und ist die reichste und größte Gewerkschaft im COSATU. Durch den Kampf gegen die Apartheid war sie die Mehrheitsgewerkschaft in fast allen Bergwerken geworden; bis 2009 konnte sie ihre Macht kontinuierlich ausbauen und auch die Mehrheit der Angestellten organisieren. Aufgrund dieser Machtposition verzichtete die NUM darauf, Urabstimmungen durchzuführen oder die ArbeiterInnen überhaupt in Verhandlungen einzubinden. Ihre Kader leben in einer Welt weit weg von der Realität der normalen Bergarbeiter. Schon sobald man Betriebsrat ist, kann man sich einen völlig anderen Lebensstil leisten. *Lonmin* etwa zahlt den auf drei Jahre gewählten Vertretern ihr normales Gehalt plus einen Bonus von R14000 pro Monat, dazu kommen Vergünstigungen wie bezahlte Handys. Die höheren NUM-Funktionäre verdienen absurde Summen und bereichern sich noch zusätzlich. Das führt zu Entfremdung, Konflikten und Austritten. Außerdem versucht die NUM kaum, LeiharbeiterInnen zu organisieren, sie ist zu einer Organisation der Elite, von Angestellten und Technikern geworden. 2012 haben die Austritte massiv zugenommen, so dass die NUM die Mehrheit in vielen Bergwerken verloren hat. Durch die Krise der NUM hat sich generell der Anteil der unorganisierten Bergarbeiter deutlich erhöht, nicht alle sind in die AMCU eingetreten.

Die AMCU (*Association of Mineworkers and Construction Union*) entstand 1999 als Abspaltung der NUM. Sie wurde gegründet, weil ihr späterer Präsident Mathunjwa als Bertriebsratsvorsitzender eines Kohlebergwerks in einen Machtkampf innerhalb der NUM unterlag und entlassen wurde. Daraufhin besetzten die ArbeiterInnen das Bergwerk und erzwangen die Wiedereinstellung des charismatischen Anti-Apartheid-Kämpfers. Sie traten aus der NUM aus und gründeten die AMCU, die lange eine untergeordnete Rolle spielte und vor allem im Kohlebergbau aktiv war. Seit der Krise der NUM organisiert sie immer mehr ArbeiterInnen, auch weil sie ein besonderes Augenmerk auf die LeiharbeiterInnen legt. Sie ist bisher noch stärker basisorientiert als die NUM, gleichzeitig spielt ihr Präsident eine zentrale Rolle. Im Verlauf der Streiks und Konfrontationen hat die AMCU immer betont, für ein friedliches Vorgehen zu stehen und nicht an den wilden Streiks beteiligt zu sein. Sie ist eine normale Industriegewerkschaft, keine alternative oder syndikalistische Gewerkschaft. Sie betont, dass sie sich an Recht und Gesetzt hält und nennt sich selbst »unpolitisch«, was vor allem bedeutet, keine Beziehung zum ANC oder einer anderen politischen Partei zu haben.

Lebensbedingungen der Bergarbeiter

Der Bergbau ist immer noch stark durch das Migrationssystem der Apartheid geprägt, ein großer Teil der Bergleute sind BinnenmigrantInnen aus den ehemaligen »Homelands«; andere kommen aus den Nachbarländern wie Lesotho und Mosambik. Um sich zu verständigen sprechen die ArbeiterInnen untereinander meist *Fanakalo*, eine Mischung aus Xhosa, Zulu, Englisch und Afrikaans, die ursprünglich von den weißen Vorarbeitern eingeführt wurde, um mit den schwarzen Arbeitern zu sprechen. In den Bergwerken ist wie in den anderen Sektoren der Anteil der Leiharbeit hochgegangen, meist liegt er zwischen 40 und 60 Prozent.
Ein Bergarbeiter verdient zwischen R3000 und R5000 netto, dazu kommen manchmal noch Prä-



mien – die allerdings oft nicht ausgezahlt werden und LeiharbeiterInnen zum Teil ganz vorenthalten sind. Vor allem die in den Goldminen beschäftigten ArbeiterInnen leben teilweise noch in den vom Unternehmen bereitgestellten Wohnheimen, oft unter schlechten Bedingungen. Viele ziehen aber mittlerweile in die umliegenden *Townships* oder Hüttensiedlungen und erhalten einen Wohnungszuschuss von etwa R1800. Die Mieten in den informellen Siedlungen kosten zwischen R200 und R1200, dazu kommen noch die Kosten für Wasser, Licht oder Strom und Transport. Die meisten Arbeiter haben einen Haushalt inklusive Familie in ihrer Herkunftsregion und unterstützen mit ihrem Einkommen eine Vielzahl von Menschen; viele haben zusätzlich eine zweite Familie vor Ort. Der Großteil der Bergarbeiter ist hoch verschuldet, und diese Verschuldung spielt bei der Unzufriedenheit mit den Löhnen eine wichtige Rolle. Einer der wichtigen Anbieter von Mikrokrediten ist ausgerechnet die NUM-eigene *U-Bank*.

Die Bergwerke sind oft alt und in schlechten Zustand, deswegen ist die Arbeit sehr gefährlich und gesundheitsschädigend, es fehlt an Arbeitsschutz und sanitären Einrichtungen. In den letzten 20 Jahren ist die Arbeit härter geworden, weil kontinuierlich Stellen in den Bergwerken abgebaut worden, die Leistungsanforderungen aber gleich geblieben sind. Die Arbeitszeit beträgt eigentlich acht Stunden, tatsächlich werden aber 10-15 Stunden gearbeitet, dazu kommen lange Wege zur Arbeit und Samstagsarbeit.

Vorgeschichte: militante Platin-Streiks

Aus dieser Situation heraus ist es seit Ende 2008 zu einer kontinuierlichen Reihe von wilden Streiks im Platinbergbau gekommen; diese Streiks haben sich zumindest implizit aufeinander bezogen. Treibende Kraft waren die Bohrhauer. In vielen Fällen wurden die beteiligten ArbeiterInnen entlassen, die meisten aber direkt wieder eingestellt, manchmal allerdings zu schlechteren Bedingungen. Anfänglich konnten diese Streiks nicht viel erreichen, später haben sie in vielen Fällen bessere Abschlüsse zwischen NUM und Konzernen erwirkt.

Die ArbeiterInnen beschlossen eigenständig zu kämpfen und diskutierten gemeinsam ihre Forderungen und Mittel (Streik, Besetzung, Marsch etc.). Die prägende Organisationsform der ArbeiterInnen waren Massenversammlungen und immer wieder neu bestimmte Komitees für den Kontakt nach außen und die Organisation nach innen. Nach dem Abschluss der Kämpfe und Aktionen suchten sich die ArbeiterInnen allerdings in den meisten Fällen eine neue Gewerkschaft. Dafür gab es verschiedene Alternativen, in letzter Zeit hat sich allerdings die AMCU klar durchgesetzt. 2012 erreichte diese Streikwelle einen Höhepunkt, die Macht der ArbeiterInnen und ihre Fähigkeit autonom zu kämpfen zeigte sich deutlich. Außerdem manifestierte sich der Bruch zwischen den ArbeiterInnen und der NUM in erdrutschartigen Austritten und harten Konfrontation.

Zwei Kämpfe waren besonders wichtig: Anfang des Jahres streikten 17000 ArbeiterInnen des *Amplats*-Bergwerks in *Modikwa* wild. Dabei blockierten sie Straßen mit Barrikaden, um Streikbrecher am Zugang zum Bergwerk zu hindern; es kam regelmäßig zu Straßenschlachten mit Bullen und Security. Die ArbeiterInnen forderten die Auflösung der großen Unterschiede zwischen den Lohngruppen und erreichten tatsächlich eine Erhöhung des Grundlohns von R4000 auf R9500 in der untersten Lohngruppe – aber auch eine Angleichung der verschiedenen Löhne: die Löhne der Leiharbeiter und unteren Lohngruppen wurden stärker erhöht.

Ebenfalls Anfang 2012 wurde bei bei *Implats* in Rustenburg wild gestreikt. Hier gab es schon seit längerem Stress wegen der Ungleichbehandlung von LeiharbeiterInnen und Festangestellten. Viele ArbeiterInnen waren deshalb aus der NUM ausgetreten, die so die Mehrheit im Bergwerk verlor. Juristisch war sie trotzdem noch die Mehrheitsgewerkschaft. Zum Jahreswechsel stimmte die NUM einer Lohnerhöhung um 18 Prozent für die *Miner*

Auch hier wurde der Streik durch ein auf einer Massenversammlung gewähltes Streikkomitee koordiniert, in diesem war sogar eine Arbeiterin vertreten. Im Unterschied dazu erklärte eine Arbeiterin von *Lonmin* in einem Interview, dass sich dort keine Frau zur Wahl gestellt hätte aus Angst, nach dem Streik bestraft zu werden – Frauen seien aufgrund ihrer Minderzahl sichtbarer.

(entspricht etwa dem Steiger) zu. Wegen dieser Ungleichbehandlung traten tausende RDOs im Februar in einen wilden Streik, der sich schnell auf alle 17000 ArbeiterInnen ausweitete.

Die ArbeiterInnen stellten zwei Forderungen: eine Lohnerhöhung auf den Nettolohn der *Miner* für alle (R9000 Grundlohn); und dass keine Verhandlungen mit der NUM geführt werden. Es gab während des Streiks gewalttätige Auseinandersetzungen mit Werkschutz und Polizei, bei denen vier Menschen starben.

Implats entließ nach drei Wochen Streik alle 17000 ArbeiterInnen. Weitere drei Wochen später kehrten die ArbeiterInnen zur Arbeit zurück und wurden mit einem um zehn Prozent erhöhten Lohn eingestellt. Die Legitimität der NUM im Bergwerk war damit gebrochen, viele ArbeiterInnen traten in die AMCU ein. Im August 2011 hatte die NUM noch 70 Prozent der 28000 ArbeiterInnen organisiert, im Oktober 2012 waren es nur noch 13 Prozent. Die AMCU vertritt nun 12000 ArbeiterInnen, der Rest ist nicht organisiert. In der ersten Hälfte 2012 gab es noch weiter Streiks in Platinbergwerken, etwa einen wilden Streik bei *Aquarius* in Kroondaal, der den Unternehmer zwang, das von einem Subunternehmer betriebene Bergwerk wieder selbst zu betreiben und die ArbeiterInnen direkt einzustellen.

Diese drei Streiks machen die Stimmung klar: Zum tiefen Ärger über Arbeitsbedingungen, Lohn und Ungleichheiten kam eine wachsende Unzufriedenheit mit der gewerkschaftlichen Vertretung und dem politischen System insgesamt. Alle drei Punkte finden sich in den Ergebnissen der Streiks wieder. Bei *Implats* wandten sich die ArbeiterInnen von der NUM ab, bei *Aquarius* wurde die Festanstellung aller ArbeiterInnen erzwungen, bei *Amplats* die Angleichung der Löhne eingefordert.

Marikana und die Folgen

Im August 2012 begann dann der wilde Streik bei *Lonmin* in *Marikana*, in dem der Bruch mit der NUM und die kompromisslose Konfliktlage mit *Lonmin* deutlich wurde. Deswegen versuchte die Regierung, ihn durch ein Massaker zu beenden. (s. Kasten zum Massaker in Marikana)

Neben der direkten gewalttätigen Repression sahen sich die ArbeiterInnen einer Schmutzkampagne von Politik, Medien und Gewerkschaften ausgesetzt. Es wurden falsche Versionen der Ereignisse verbreitet, um sie politisch zu banalisieren und das Vorgehen der Polizei zu rechtfertigen. Die Eskalation wurde als Konflikt zweier Gewerkschaften dargestellt, als religiöser Extremismus von in den Stammeskulturen verwurzelten ArbeiterInnen, oder auf die Einwirkung fremder Kräfte zurückgeführt. Es dauerte einige Zeit, bis man langsam auch durch die Medien ein realistischeres Bild der Vorgänge erhalten konnte.

Die ArbeiterInnen formulierten in Marikana von Anfang an, dass sie ohne die Gewerkschaft kämpfen wollen. Sie haben deren Verhandlungsmacht gebrochen und selbst ihre Forderungen formuliert. Dabei gingen sie klar egalitär vor, der Unterschied zwischen LeiharbeiterInnen und Festangestellten wurde überwunden, die Forderung nach R12500 für alle ungelernten ArbeiterInnen dominierte. Auch die Ergebnisse der Streiks sind politisch wichtig: klare Lohnerhöhungen in einem von der Krise stark betroffenen Bereich.

Bei den Streiks ging es aber nicht nur um Fragen von Lohn und Arbeitsbedingungen, sie waren Ausdruck der Unzufriedenheit der schwarzen Arbeiterklasse mit ihren Lebensbedingungen, der Ungleichheit und Armut, der Politik »ihrer« Gewerkschaft und »ihrer« Partei. Sie funktionierten damit

Fotos:
Familien und *Community* protestieren nach dem Massaker in Marikana; demonstrierende FarmarbeiterInnen; Demonstration von BergarbeiterInnen in Marikana

wie ein Vergrößerungsglas auf die soziale Situation in Südafrika. Zumindest ein Teil der BewohnerInnen der informellen Siedlungen rund um die Bergwerke hat den Streik als eine Form von Protest für eine bessere Versorgung gesehen, den man unterstützen muss. In Marikana gab es im ersten Halbjahr 2012 mehrfach Unruhen in den Siedlungen, die teilweise sogar die Produktion bei *Lonmin* beeinträchtigten. Weil im Streik auch die Höhe des Wohnungszuschusses und die Zuständigkeit der Unternehmen für die Wohnbedingungen ein Thema war, konnte dieser Zusammenhang leicht hergestellt werden.

Die NUM reagierte auf das autonome Verhalten der ArbeiterInnen mit äußerster Härte: NUM-Leute waren die ersten, die streikende Arbeiter töteten, und bis zum Ende des Streiks blieb die Gewerkschaft auf der anderen Seite. Die NUM hat mittlerweile alle Platinbergwerke an die AMCU verloren, in den Goldbergwerken gibt es ähnliche Tendenzen. Der Bergbau wird damit nicht mehr länger von einer ANC-nahen Gewerkschaft kontrolliert, auch wenn sie noch die meisten Mitglieder hat (aktuelle Schätzungen zufolge hat die NUM 200000 Mitglieder und die AMCU 150000). Die in der Streikwelle entstandenen Streikkomitees dienen teilweise immer noch als Anlaufstelle und Koordinierungspunkt für Proteste der ArbeiterInnen. Es gibt aber bereits Bestrebungen, die Gründung und Etablierung neuer Gewerkschaften zu erleichtern, auch eine Abkehr vom Mehrheitssystem wird diskutiert. Diese Reform soll die NUM zumindest im Spiel halten und alle Arbeiteraktionen in gewerkschaftliche Bahnen lenken, gleich welcher Couleur.

Viele abgesetzte NUM-Betriebsräte sind formell noch für einige Monate im Amt und haben deswegen noch Büros in den Bergwerken. Diese Präsenz der NUM stinkt vielen ArbeiterInnen, es kommt häufig zu Auseinandersetzungen. Da die meisten ArbeiterInnen nun in der AMCU sind, verflachen diese Konflikte in der Wahrnehmung zu einem zwischen NUM und AMCU. Allerdings gibt es tatsächlich eine positive Identifikation mit der AMCU, und damit ist ein Ansatz dafür gegeben, die Militanz der ArbeiterInnen in den Aufbau einer neuen Gewerkschaft fließen zu lassen. Sollte daraus ein neues stabiles Arrangement werden, ist das eine klare Grenze der Streikwelle.

Streikwelle im ganzen Land

Die erfolgreichen Kämpfe im Platinsektor lösten eine landesweite Streikwelle aus und wurden zum Bezugspunkt für all diese Kämpfe. Nach dem Massaker fühlten viele Arbeiterinnen Wut und Hass auf das System. Gleichzeitig wurde durch die Berichte und Erzählungen über die Streiks klar, dass es trotz Krise möglich ist Lohnerhöhungen durchzusetzen.

In allen Sektoren des Bergbaus gab es wilde Streiks, die sich auf Marikana und die Lohnforderung von R12500 Lohn bezogen. Auf dem Höhepunkt waren 200000 Bergarbeiter im Streik; es streikten auch ArbeiterInnen in abnehmenden Industrien wie dem Goldbergbau oder in Branchen, die durch Tagelöhnertum und prekäre Arbeitsverhältnisse bestimmt sind, wie der Anbau von Tafeltrauben.

Auch wenn es in Südafrika jedes Jahr zahlreiche Streiks gibt, war ein deutlicher Zusammenhang und eine Eskalation zu sehen. Viele Streiks bezogen sich explizit auf Marikana. Die egalitäre Tendenz zur Angleichung von Löhnen und gegen Leiharbeit spielte in diesen Kämpfen eine große Rolle, und sie fanden in gespanntem Verhältnis mit oder gegen die Gewerkschaften statt. Die Forderungen der ArbeiterInnen gingen nach oben, Anfang März beklagt sich der CEO eines großen Unternehmens, dass die ArbeiterInnen »übertriebene« Löhne fordern: »*Man kann das den Marikana-Effekt nennen.*« Häufig wurde noch während der Laufzeit der oft mehrjährigen Tarifverträge gestreikt. Die Lohnforderungen wurden oft nicht erfüllt, die Arbeitgeber mussten häufig Gewalt anwenden oder ihre Leute entlassen, um die Lage in den Griff zu kriegen.

Foto:
Planung der Trauerfeier für die Toten von Marikana

Die rassistischen Pogrome, die im Frühjahr 2008 in Johannesburg ausbrachen, griffen auch auf die Gegend um *de Doorns* über, und auch in den folgenden Jahren gab es Übergriffe. Wie stark die Spannungen noch sind und ob der Kampf die Leute zusammenbringt, bleibt unklar, zumal die Saisonarbeiter stärker am Streik beteiligt sind als die stetigen ArbeiterInnen. Ein Beobachter beschreibt eine Kundgebung optimistisch: »*Obwohl Rassismus ganz klar ein Problem in der Gegend ist, hat die Kundgebung den Gemeinschaftssinn zwischen Xhosa, Farbigen, Sotho und Zimbawern gezeigt, die sich alle COSATU widersetzen und den Kampf weiterführen. Sie spiegelt den Streik als Ganzes*«.

Die COSATU versucht ziemlich verzweifelt, ein Ende des Streiks herbeizuführen: zurück zu lokalen Abmachungen und Aussetzung des Streiks, solange diese eingehalten werden. Beispielhafte Zusagen einzelner Farmen auf R105 werden hochgehalten. *De Doorns* wird von der Aussetzung aber gleich ausgenommen: die ArbeiterInnen dort wollen R150 und seien nicht kompromissbereit. Die Polizeigewalt ist hier besonders extrem, oft wird scharf geschossen. Auch das mag zur besonderen Entschlossenheit der Leute beigetragen haben.

Am 22. Januar erklärt COSATU den Streik ohne Ergebnis für beendet. Sie hoffte wohl auf die anstehende Festsetzung eines neuen staatlichen Mindestlohns auf R105, die im Februar auch erfolgt erfolgt ist. Viele Farmer beantragen nun, dass sie ausländische ArbeiterInnen beschäftigen dürfen, die weniger faul seien und weniger streiken.

Keine Aussicht mehr im System

Die Streiks trafen die Mächtigen unvorbereitet. Schon die Kämpfe im Platinbergbau im ersten Halbjahr 2012 machten den Herrschenden Angst, die Kontrolle zu verlieren. Die Streikdynamik und die Entfremdung der ArbeiterInnen von NUM und ANC brachten die angeknackste Stabilität des Machtdreiecks aus ANC, COSATU und Unternehmen weiter ins Wanken. Die Unternehmen sind durch die Krise in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt. Der ANC hat das Vertrauen seiner Basis verloren, die COSATU-Gewerkschaften verlieren massiv Mitglieder und die Kontrolle über die ArbeiterInnen. Vor diesen Angriffen durch ihre Basis versuchten sich ANC und NUM mit Gewalt und Repression zu retten. Aber die Niederschlagung des Bergarbeiterstreiks ist misslungen, er weitete sich stattdessen aufs ganze Land aus.

Die ArbeiterInnen zeigten in den eigenständigen und spontanen Kämpfen wieder ihre kollektive Macht. Diese Kämpfe zeichneten sich durch ihre Militanz aus und durch egalitäre Forderungen, sie thematisierten die Ungerechtigkeit der Lohnspreizung, zumindest vorübergehend wurden Spaltungen zwischen den ArbeiterInnen aufgehoben.

Die Herrschenden befinden sich in einer Situation der Unsicherheit, sie können ihr Handeln nicht mehr selbst bestimmen. Die Regierung musste sich zumindest rhetorisch an die ArbeiterInnen annähern und ihnen Verbesserungen versprechen, ihr fehlen dafür aber die Möglichkeiten. Eine wirkliche Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist beim Zustand der Weltwirtschaft kaum vorstellbar. Das verbindet die Situation in Südafrika mit der in Ägypten vor zwei Jahren, wo auch klar war, dass es keine wirkliche Chance auf materielle Verbesserungen in diesem System gibt. Die südafrikanischen ArbeiterInnen gleichen dabei vielen ArbeiterInnen auf der ganzen Welt, die mit diesem Problem konfrontiert sind und es in ihren Kämpfen angehen. In diesen Kämpfen entsteht aktuell eine globale Arbeiterklasse – darin liegt Sprengstoff. Jeder militante Kampf greift das gesamte System an – besonders wenn er eine solche Dynamik entwickeln kann wie die Streiks im Platin. Trotzdem ist auch für viele ArbeiterInnen unklar, wie es weitergehen kann, denn sie müssen zunächst ums tägliche Überleben kämpfen. Einen Ausweg gibt es aber nur kollektiv in den Kämpfen.

»I was arrested because I was hiding. You were shot at if you put up your hands.«

Peter Alexander, Thapelo Lekgowa, Botsang Mmope, Luke Sinwell, Bongani Xezwi:
»Marikana: A View from the Mountain and a Case to Answer«. Jacana Media, 2012.

Nun sollen die ArbeiterInnen selbst zu Wort kommen. Bereits im Dezember 2012 ist in Südafrika ein Buch erschienen, das einen Bericht und eine politische Analyse des Massakers enthält. Der Kern sind Interviews mit ungelernten BergarbeiterInnen (10 Männer, eine Frau). Das Buch wurde mit heißer Nadel gestrickt. Gerade die in einer Mischung aus Englisch, Zulu und Xhosa geführten Interviews hätten etwas besser editiert sein können. Es wird eine überarbeitete Zweitauflage herausgegeben, eine Übersetzung ins Deutsche ist geplant. Für uns war es hilfreich, um ein besseres Bild der Ereignisse, aber auch der ArbeiterInnen und ihres Lebens zu bekommen. Um dieses weiterzugeben, folgt eine Collage aus den Interviews. Die Zitate sind doppelt gekürzt, einmal durch die Herausgeber des Buches, einmal durch uns.

Herkunft, Arbeit, Lohn

»Ich komme ursprünglich aus dem Ostkap... Nachdem ich das zwölfte Schuljahr abgeschlossen hatte, kam ich hierher um zu arbeiten... Als ich hier ankam, suchte Lonmin nach ungelernten Arbeitern... so wurde ich eingestellt... Auch wenn ich mit dem Geld, das ich verdiene nicht zufrieden war, sorgte ich dafür, dass meine Frau ihre Ausbildung weitermachen konnte, damit wir uns gegenseitig helfen können... Südafrika ist ein demokratisches Land, aber wir Bergarbeiter sind davon ausgeschlossen. Zum einen werden Weiße hier im Bergwerk besser bezahlt als Schwarze, und sie werden eher befördert... Diese Zustände sind der Hauptgrund, der mich davon abhält meine Träume zu verwirklichen.« (Bergmann 1)

»Die Unfälle werden durch den hohen Druck verursacht... Unsere Chefs wollen, dass du gegen die Sicherheitsauflagen verstößt, sonst werden sie dich feuern oder verprügeln oder ähnliches... Im Bergwerk vertuschen die Chefs diese Unfälle meistens... Die NUM ist immer auf der Seite des Arbeitgebers und nicht der Arbeiter... Wenn jemand unter Tage stirbt, sind sich die NUM und die Bosse einig, dass man diese Person verstecken sollte... Wenn sich jemand hier untertage verletzt,... ändern [sie] die Geschichte und sagen, er hätte sich in seiner Hütte verletzt.« (Bergmann 8)

»Jeden Monat [schicke] ich von diesen R3000 R1500 nach Hause... Ich [zahle] keine Miete... [Ich gebe] ungefähr R600 für Lebensmittel und den Rest [aus],... R300 lege ich für den Arzt zur Seite. Und was dann noch übrig ist, ist Taschengeld. Ich wirke erstmal nicht, als hätte ich einen Job.« (Bergarbeiterin 7)

Streikkomitee und Verhandlungen

»Wir hatten zum ersten mal ein Komitee, weil die Gewerkschaft, von der wir dachten dass sie uns vertritt, nichts für uns tat. Da dachten wir, dass wir selbst einige unserer Arbeiter wählen sollten, um das zu tun, weil die Gewerkschaft ihre Aufgaben nicht mehr erfüllte.« (Bergarbeiter 3)

»Es ist so, wir können nicht alle gleichzeitig reden, aber wir können alle gleichzeitig singen. Deswegen entschieden wir, dass Leute gewählt werden sollen... um loszugehen und darüber zu reden, was passiert, genau. Also, du wirst nicht gewählt, weil du wer weiß wer bist oder wer weiß was hast... Sie haben Leute gewählt, die für ihre Verhandlungsfähigkeiten bekannt sind, die einiges an Durchhaltevermögen haben, so dass sie mit den Leuten kämpfen, sollte es keine Einigung geben. [Es gibt keine Frauen im Komitee.] Sie wären ohne Probleme gewählt worden, wenn sie uns nicht mit ihren Sprüchen verschreckt hätten: ›Du wirst gefeuert werden, du wirst gefeuert werden‹.« (Bergarbeiterin 7)

»Damals 2011 entschieden sich die Arbeiter, zehn Leute zu wählen, um mit dem Arbeitgeber zu sprechen. Aber diesen Leuten wurde mit Entlassung gedroht. Deswegen wählten die Arbeiter keine Komitees mehr. Am zehnten [August] wurde entschieden, dass alle RDOs in Lonmin losgehen und vor dem Arbeitgeber sprechen werden, weil man nicht so einfach alle RDOs feuern kann.« (Bergarbeiter 6)

Nach dem Massaker:

»Oh Mann, mein Kopf hat an diesem Tag nicht funktioniert, ich war völlig benommen und sehr nervös, weil ich Angst hatte. Ich kannte so etwas nicht. Ich wusste nur, was 1976 und 1992 passiert war. Ich kannte sowas aus der Geschichte, aber an diesem Tag kam es zurück.« (Bergmann 8)

»Das Management hielt es für besser, die Regierung zu rufen, um uns töten zu lassen... Niemand kann einfach so töten. Es muss einen Deal zwischen unserem Management und der NUM gegeben haben... Wir wollten nur, dass das Management sagt: »An dem und dem Tag werden wir euch euer Geld geben«, aber stattdessen holten die diese Bullen, um uns zu töten.« (Bergarbeiter 4)

»Und wir halten fest, dass wir nicht unter Tage gehen bis wir die R12500 bekommen, und wir gehen nicht unter Tage, während unsere Leute im Gefängnis für ihre Rechte kämpfen, und wir gehen nicht unter Tage, bis unsere Leute begraben sind... Hier sind die Arbeiter diejenigen, die im Krieg sind... Hier gibt es keine Parteien, nur Arbeiter... und die werden getötet von der NUM und dem Bergwerk und der Regierung, für die wir jeden Tag stimmen.« (Bergarbeiter 2)

»Diese Leute [die erschossen oder verhaftet wurden] arbeiten hier... Hat irgend jemand von euch je für R4000 gearbeitet? Von euch, die arbeiten und 100000 bekommen, weil diese Leute arbeiten. Warum gebt ihnen nicht, was sie wollen? [Stattdessen] wartet ihr ab, bis sie kämpfen. Niemand darf erschossen werden. Es herrscht jetzt nicht mehr die Apartheid. Die Polizei hat kein Recht sie zu erschießen... Jetzt wollen wir nicht mehr 5000, jetzt wollen wir 15000.« (Frau eines Bergarbeiters) ■

Griechenland

Kämpfe in der

Militante Generalstreiks, hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit und erstarkende Nazis – dieses Bild wird uns gewöhnlich durch die Medien vermittelt – und es ist nicht nur falsch. Griechenland wird unter Aufsicht der Troika »Arbeitsmarktreformen« unterzogen, die stark an die Agenda 2010 erinnern und in ihrer Konsequenz deutlich darüber hinausgehen. Während Linke in der BRD große Hoffnungen in politische Generalstreiks legen, sagt dieser Artikel eines Genossen aus Athen etwas anderes: weg von der abstrakten Politik, hin zu konkreten Aktionen am Arbeitsplatz und in den Stadtteilen. Die Illusion von der »großen Nacht«, die alles ändert, ist vorbei.

Der Zyklus der Generalstreiks in Griechenland ist vorbei

Die Generalstreiks von Mai 2010 bis Februar 2012 waren Ausdruck der diffusen Wut von unten. Doch was geschah vor solchen Streiks? Wurden sie vorbereitet? Zum Beispiel mit Versammlungen und Organisierung des Streiks? Welche Nachwirkungen für einen dauerhaften Kampf hatten die Generalstreiks? Haben all diese Streiks dazu beigetragen, dass die Leute miteinander in Kontakt kommen, um über ihre Probleme auf Arbeit zu diskutieren oder Strukturen aufzubauen?

Der Aufruf zu einem Streik lief meist über die Medien. Die Bürokratie des Gewerkschaftsdachverbandes GSEE rief von oben zu den Generalstreiks auf, die ArbeiterInnen waren am Beschluss kaum beteiligt; die Frage der Dauer und seiner Zielsetzung (ob er vielleicht die Regierugn stürzen sollte) wurde nie gestellt. Bisher liefen die Generalstreiks immer den Maßnahmen der Regierung hinterher. So funktionierten sie wesentlich als Ventil, um Wut abzulassen. Vor den Streiks gab es keine Intervention in Betrieben. Der GSEE vertritt keine breite Arbeitergemeinschaft (bzw. nur die bisherige Arbeiteraristokratie).

Bei neuen Generalstreiks sollte man die in der Krise neu zusammengesetzte Klasse und die politischen Erwartungen der Streikenden untersuchen. Die neue Klassenzusammensetzung ist das Ergebnis der immensen Erhöhung der Arbeitslosigkeit, des Zusammenbruchs der »Mittelklasse« und der Ausweitung der prekären Arbeitsverhältnisse. Auf die Straße gingen einerseits die Menschen, die sich an der Uni (Akademiker), in prekären Verhältnissen oder Arbeitslosigkeit bewegen, andererseits die Beamten und Gewerkschafter im öffentlichen Dienst. Letztere erleben den Abbau ihrer Rechte – der Angriff von oben zielt vorrangig auf sie. Trotz der großen Demo haben nur wenige wirklich gestreikt. Im Privatsektor ist Streiken praktisch »verboten«, sonst droht die Entlassung. In diesem Sinne waren die Generalstreiks Ausdruck der Wut – aber sie haben kaum die Produktion blockiert.

Sichtbar beteiligt an den Demos waren immer Basisgewerkschaften, kleine Betriebsgruppen, linke Parteien, politische Gruppen, Studentengruppen, Nachbarschaftsversammlungen mit ihren Transparenten. Aber aufgrund ihrer kurzen »Vorgeschichte« und ihrer beschränkten Kontakte in Betriebe hatten sie keine Möglichkeit, die Entwicklung zu beeinflussen; sie riefen halt zu selbstorganisierten Kämpfen und zum politischen Generalstreik (als Parole!) auf.

Besonders bei den Demos der letzten Generalstreiks war eine diffuse Enttäuschung und Perspektivlosigkeit der Leute sichtbar. Die Stimmung war flau und die Kampfbereitschaft sowohl der »politisierten« Leute als auch der »vereinzelten« Demonstranten war deutlich geringer. Man hatte das Gefühl, dass die Mehrheit der Leute den leichten Regen oder das Tränengas zum Vorwand nahm, um den Syntagma-Platz nach einem kurzen Steinwurf zu verlassen. Bewegungsroutine eben.

Anlass für die meisten Generalstreiks bisher waren neue Sparmaßnahmen; die Spitze der Mobilisierung fand am Tag der Verabschiedung der Gesetze im Parlament statt. Die Demonstranten hofften oder erwarteten, dass die Sparmaßnahmen zurückgenommen würden. Dieses sich wiederholende soziale Phänomen, diesen Protest – oft auch mit Straßenschlacht, Aufstandsklima (wie am 12.2.) und großer Beteiligung – können die Herrschen-

Krise

»Die BIOME Fabrik eröffnet und funktioniert in Arbeiterhand« Soli-Demo und -Konzert (11.2.). ERöffnung am 12.2.2013

den verwalten. Als die Sparmaßnahmen trotzdem jedes Mal verabschiedet wurden, gingen die Leute enttäuscht nach Hause. Alles zusammen erzeugte den Widerspruch oder das schizophrene Erlebnis, dass man sich als protestierende Masse auf der Straße stark fühlt, aber damit nichts erreichen kann. Die massenhafte Beteiligung der Leute am Sonntag, den 12.2.2012, wo es stundenlange Straßenschlachten gab, kam nach zwei schwachen und wenig lebhaften Streikdemos. Die Leute glaubten, dass sie den zentralen politischen Beschluss der Regierung blockieren könnten. Die einen meinten, dies durch ihre friedliche, massenhafte Präsenz erreichen zu können, die anderen (besonders die Metropolen-Jugend) durch Straßenschlachten.

Die Generalstreiks hatten somit einen politischen Charakter. Sie waren eigentlich eine Verabredung, ein Treffen, eine Hoffnung auf die »große Nacht«, die einen »neuen Tag« bringt. Auf den Protesten tauchten Bilder und Symbole anderer historischer Ereignisse auf (z. B. Argentinien, Hubschrauber für die Flucht der Regierung..., manche Leute trugen aus Protest solche T-Shirts). Als die Maßnahmen dann verabschiedet wurden, war die kollektive, gesellschaftliche Enttäuschung umso größer – eine Sackgasse. Die Grenzen dieser zentralen Mobilisierungen zeigten sich immer deutlicher.

Die entscheidende Frage hier ist nicht der politische Generalstreik, sondern dass die Logik bzw. die Vorstellung der »großen Nacht« gescheitert ist. Diese Vorstellung hat bei den Leuten leider zu einer bestimmten Interpretation der griechischen und globalen Krise geführt: dass sie nämlich eine Frage der politischen Macht, d. h. der Regierung sei und keine systemische, strukturelle Frage des Kapitalismus. Die linke Rhetorik, die heute auf eine Regierungsübernahme hofft, unterstützte viele Leute im Glauben daran, dass eine neue Regierung und die Blockade der Sparmaßnahmen zum Ende der Krise führen würde!

Während die ArbeiterInnen die materiellen Folgen der Krise im Alltag immer härter erleben, blieben der Protest bei Generalstreiks und der Widerstand gegen die alltäglichen Auswirkungen der Krise abstrakt. Die Krise ist natürlich eine politische Frage, aber nicht im Sinne von Parlament, Rechtsstaat, Abgeordneten, Wahlen, rituellen Generalstreiks, einer Regierungsübernahme usw. Die Krise ist vielmehr als politische Frage ein dauerhafter Klassenkampf, eine Frage der Kräfteverhältnisse zwischen Herrschenden und ArbeiterInnen. Dieser Kampf findet täglich an den Arbeits- und Reproduktionsstätten statt, in Vierteln und Nachbarschaften, wo die Kämpfe konkret werden, alltägliche Bedürfnisse betreffen, solidarische und gemeinschaftliche Strukturen aufbauen. Hier geht es darum, ob und wie die Kämpfe miteinander verbunden werden können.

Kämpfe in der Telekom-Branche

In den letzten Monaten gab es bei Telekomfirmen (Handynetze, Call Center) Kämpfe gegen Massenentlassungen und Lohnkürzungen. Der Angriff der Unternehmer zielt auf die Senkung der Arbeitskosten und eine Umstrukturierung der Arbeitsbedingungen. Waren diese schon immer flexibel und prekär, so werden sie mit dem Ausbruch der Krise immer schlimmer, weil hohe Arbeitslosigkeit, Entlassungen, verspätete Lohnzahlungen und Lohnsenkungen als Erpressungsmittel wirken. Hinzu kommen Neueinstellungen mit niedrigeren Löhnen und neuen Arbeitsverträgen gemäß den letzten Arbeitsmarktreformen.

Am 18. und 19.12.2012 legten ArbeiterInnen der Firma HOL (*Hellas On Line*) die Arbeit nieder. Die meisten von ihnen kamen aus der technischen Abteilung (z. B. Einrichter, Netzreparatur) und dem Kundenservice (Call Center). Das sind nicht nur die personalintensivsten Abteilungen, sie haben auch direkten Kundenkontakt.

Die Arbeit bei HOL soll intensiviert werden, im

Arbeitslosigkeit Dezember 2009-2012

	Dezember			
	2009	2010	2011	2012
Beschäftigte	4471420	4298356	3907686	3642102
Arbeitslose	383681	702732	1026373	1350181
Arbeitslosenquote	10,5	14,5	21,4	26,4

Arbeitslosenquote nach Geschlecht

	Dezember	
	2011	2012
Männer	18,0	24,0
Frauen	24,6	31,1
Insgesamt	21,4	26,4

Kundenservice soll die Gesprächsdauer gesenkt werden. Z. B. wird gemessen, wie schnell man ein Gespräch annimmt und einen Anruf beantwortet. Die Verwaltung verlangte im Sommer die Erhöhung der »Netto-Arbeitszeit« pro Person. Jede/r ArbeiterIn soll ständig die Zeiten optimieren und mit den Kollegen konkurrieren. Dabei hat die Arbeitsmenge schon drastisch zugenommen. Während der Schicht kann man kaum ausruhen, das führt zu körperlicher und seelischer Erschöpfung. Wegen der Menge von Anrufen wird man manchmal zu Überstunden gezwungen. Alle sollen für viele Aufgaben qualifiziert werden, damit sie überall eingesetzt werden können. Früher dauerte die Ausbildung der Neueingestellten nur ein paar Tage, heute dauert sie bis zu fünf Wochen.

Um möglichen Widerstand gegen Massenentlassungen zu vermeiden, entlässt die Firma nur nach und nach alte und erfahrene ArbeiterInnen. Die alte Belegschaft ersetzen sie durch Neueingestellte. Diese Politik funktioniert auch als Drohung für die restlichen KollegInnen. Der massive Angriff löst aber alle individuellen Illusionen der Beschäftigten auf eine bessere Zukunft in Luft auf. Mit dem familiären Klima auf Arbeit ist es schon lange vorbei. Die Unzufriedenheit unter den Kolleg Innen führte zu täglichen Debatten und zur Mobilisierung.

Auf der Vollversammlung, zu der die Gewerkschaft nach der Entlassung einer Arbeiterin aufgerufen hatte, wurde eine Arbeitsniederlegung am 18.12.2012 zwischen 8 und 12 Uhr beschlossen. Morgens wurde das Haupttor der Firma blockiert, um weitere KollegInnen zu überzeugen. An der Mobilisierung beteiligten sich auch Leute aus anderen Abteilungen. Vergeblich versuchten die Vorgesetzten, die Streikenden dazu zu bringen, an die Arbeit zu gehen. Danach wandten sie sich an die Neueingestellten. Nach diesen Einschüchterungsversuchen gab es wieder eine Vollversammlung im Hof, die beschloss, am nächsten Tag erneut die Arbeit niederzulegen.

Die Bosse versuchten am 19.12., die Mobilisierung zu sabotieren und die Präsenz von mehr Leuten bei der Blockade zu verhindern, indem sie den Schichtplan änderten und KollegInnen in andere Gebäude schickten. Trotzdem legten viele die Arbeit nieder, auch ohne bei der Blockade mitzumachen.

Es gab danach wieder Entlassungen, das Unternehmen geht zum Outsourcing über; weitere Streiks lehnte die Vollversammlung ab. Die Teilnahme an der Mobilisierung war sehr wichtig, um das Gefühl zu überwinden, dem Unternehmer ganz allein ausgeliefert zu sein. Die Unzufriedenheit brachte auch KollegInnen ohne politische oder gewerkschaftliche Erfahrung dazu, sich zum ersten Mal an einem kleinen Kampf zu beteiligen. Auch wenn man eine Niederlage erlebt, ist es immer besser, gemeinsam zu kämpfen, als sich ohne Kampf und Würde zu unterwerfen.

Quelle dieses Berichts: skya.espiv.net – Versammlung für die Zirkulation der Kämpfe

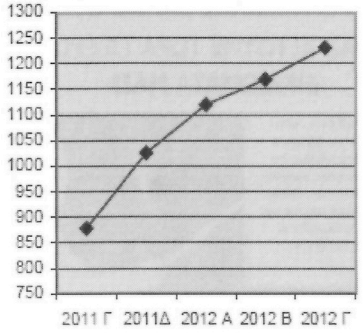
Das Ende der gewerkschaftlichen Vertretung?

Seit dem 15.2.2013 sind 42 Branchentarifverträge ausgelaufen, von denen 600 000 Lohnabhängige betroffen sind. Wenn in den kommenden drei Monaten (Übergangsphase) keine neuen Branchenverträge unterschrieben werden, können die jeweiligen Löhne bis auf 30 Prozent gesenkt werden, also bis zum Grundlohn (586 Euro brutto bzw. 510 Euro brutto für unter 25-Jährige, davon gehen 16 Prozent Steuern und Sozialabgaben ab, es bleiben also 492 bzw. 429 Euro). Der Arbeitgeber kann nun aus dem Arbeitgeberverband seiner Branche austreten und unter Ausschaltung der Branchengewerkschaft mit einer Arbeitnehmergruppe im Betrieb verhandeln. Das ist dem Wesen nach das Ende des »Dialogs« zwischen den Sozialpartnern: Gewerkschaften, Staat und Unternehmerverbände. Den Grundlohn kann der jeweilige Arbeitsminister per Gesetz festlegen. Der nationale Manteltarifvertrag wird nur noch grundlegende Arbeitsbedingungen festlegen (z. B. Pausen, Urlaub, Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit usw.), nicht mehr die Entlohnung.

Arbeitslosenquote nach Altersgruppen

	Dezember	
Altersgruppe	2011	2012
15-24	53,1	57,5
25-34	28,8	34,0
35-44	17,6	23,4
45-54	15,4	19,5
55-64	10,9	16,3
65-74	4,1	5,7
Insgesamt	21,4	26,6

Anstieg der Arbeitslosigkeit vom 3. Quartal 2011 bis zum 3. Quartal 2012



Damit erlangen individuelle Arbeitsverträge und Haustarifverträge Gültigkeit. Laut Angaben des Arbeitsministeriums haben bereits 60 Prozent der Beschäftigten im Privatsektor individuelle Verträge zu niedrigerem Lohn (durchschnittlich 22 Prozent weniger) unterschrieben. Es gibt nur noch vier Lohnzulagen und zwar für Berufserfahrung, Kinder, Studium und gefährliche Arbeit. Mit der letzten Arbeitsmarktreform wurde die Ehegattenzulage (beide bekamen zehn Prozent auf den Lohn hinzu) abgeschafft, die Überstundenzulage für bis zu 120 Stunden pro Jahr um 50 Prozent und die Entlassungsabfindung gekürzt.

»Gemeinnützige Arbeit«

Unter dem Vorwand der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden in den letzten Monaten neue Arbeitsbeschaffungsprogramme eingeleitet. In den Programmen für »gemeinnützige Arbeit« arbeiten ca. 57 000 Arbeitslose. Die Maßnahmen dauern fünf Monate, der Lohn beträgt 25 Euro am Tag (also bis zu 625 Euro pro Monat), es gibt weder Weihnachts- noch Urlaubsgeld, und keine der üblichen Lohnzulagen für mindestens dreijährige Berufserfahrung, Studium oder Spezialisierung des Arbeitnehmers. Die Versicherungsbeiträge bezahlt das Arbeitsamt (OAED), d. h. sie werden aus den Beiträgen der Beschäftigten finanziert. Gerade wurde beschlossen, die Dauer dieser Maßnahmen auf zwölf bzw. 24 Monate auszudehnen.

»Gemeinnützig« wird definiert als »zum Wohl der Gesellschaft«. Deshalb arbeitet man in Krankenhäusern, bei Stadtverwaltungen (z. B. Müllabfuhr, Protokollbüro), in Kindergärten und bei anderen staatlichen Dienstleistungen. Viele übernehmen dabei Tätigkeiten, die gar nicht in ihrem Arbeitsvertrag stehen, denn offiziell müssen sie ja »anderen Aufgaben« nachgehen. In Wirklichkeit arbeiten sie an grundlegenden, wichtigen Arbeitsstellen im öffentlichen Dienst.

Diese Arbeitsprogramme sind im Wesentlichen ein Pilotversuch, um eine neue Gruppe von Beschäftigten im öffentlichen Sektor zu formen. Diese »neuen« Beschäftigten haben keine (oder weniger) grundsätzliche Arbeitnehmerrechte und sind gefangen zwischen Arbeitslosigkeit und neuen Arbeitsbedingungen. Wer eingestellt wird, muss Arbeitsverträge unterschreiben, in denen er auf tarifvertraglichen Schutz verzichtet.

Die »gemeinnützige Arbeit« ist Leiharbeit, wobei die Arbeitgeber Nichtregierungsorganisationen sind (NGOs), die von jedem Arbeitnehmer fünf Prozent des Lohns kassieren. Den Lohn finanziert das Arbeitsministerium mit EU-Geldern. Die NGOs funktionieren als Subunternehmer und Leiharbeitsfirmen. Die billigen ArbeiterInnen dieser Arbeitsprogramme stopfen die »Lücken«, die der Stellenabbau im öffentlichen Sektor hinterlassen hat. Sie stehen zwischen ihrem direkten Arbeitgeber (NGO) und ihrem indirekten (öffentlicher Dienst).

In einigen Stadtverwaltungen werden die ArbeiterInnen unter Androhung von Entlassung zu Samstags- oder Sonntagsarbeit gezwungen. Sie bekommen für die Sechs-Tage-Woche aber auch bloß 625 Euro, obwohl der Arbeitsvertrag 25 Euro pro Tag vorsieht.

Die neue Arbeitsform wurde im Mai 2010 im Rahmen des ersten Memorandums mit der Troika verabschiedet. Sie ist eine »an Griechenland angepasste« Kopie ähnlicher »workfare«-Programme aus den USA und Großbritannien. Das Ziel der Projekte ist einerseits der Abbau öffentlicher Dienstleistungen, die jetzt »humanitäre« private Träger (NGOs) mit entsprechenden Arbeitsverhältnissen übernehmen oder kontrollieren. Zudem versuchen sie, den Begriff der Arbeit neu zu bestimmen. Zum Beispiel werden die Parkpflege und die Straßenreinigung, die früher Aufgabe der Stadtverwaltung waren, nun zur gemeinnützigen Tätigkeit einer NGO, die Arbeitslose durch ein Arbeitsangebot »unterstützt«. Dies führt zu einer Spaltung innerhalb der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und zur Schwächung der Gewerkschaften.

Eine der größten Leiharbeitsfirmen ist der Gewerkschaftsdachverband (GSEE), der über sein Berufsausbildungszentrum (KEK) des Arbeitsinstituts (INE/GSEE) 20 000 Leute bei Stadtverwaltungen in

Die Neuregelungen ausführlich auf Deutsch: ›Hire and Fire wird in Griechenland billiger‹. auf: www.griechenland-blog.gr

Einladung zu einer Versammlung gegen die »gemeinnützige Arbeit« (synekox.espivblogs.net)

ganz Griechenland beschäftigt. Im Namen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fördert der GSEE so die Ausweitung der Leiharbeit und den Abbau der gültigen Arbeitsbedingungen und des nationalen Tarifvertrags, für dessen Einhaltung er offiziell eintritt!

Vielleicht werden auch die Einzelgewerkschaften selbst künftig zu NGOs/Arbeitgebern (wie in Deutschland), um politisch zu überleben und ihre Vermittlerrolle zu behalten.

Andererseits wird die staatliche Subvention der Arbeitslosigkeit zur Subvention der Arbeit. Die Arbeitslosen sind gezwungen, die Maßnahmen anzunehmen: Viele sind verarmt, denn das Arbeitslosengeld wurde im letzten Jahr um 22 Prozent gekürzt. Es ist absehbar, dass zukünftig Arbeitslosen das Geld gestrichen wird, wenn sie die Stelle nicht annehmen. Die Arbeitsprojekte führen zum ständigen Wechsel und zur ständigen Suche nach Arbeitsstellen, aber auch zu unbezahlter Arbeitslosigkeit. Denn nach fünf Monaten Arbeit bekommt man in Griechenland kein Arbeitslosengeld. Man muss mindestens sieben Monate arbeiten, um fünf Monate lang Geld zu bekommen.

Seit September/Oktober 2012 haben ArbeiterInnen dieser Programme in Athen und anderen Städten Mobilisierungen und Versammlungen organisiert. Ihre Hauptforderung ist die pünktliche Lohnzahlung und die Einhaltung des Arbeitsrechts. Mobilisierungen und Proteste gab es bisher vor einigen NGO-Büros und Stadtverwaltungen. In Herakleion (Kreta) haben die »gemeinnützigen ArbeiterInnen« am 27. und 28.11.2012 gestreikt. Sie forderten die sofortige Zahlung des Lohns am Monatsende und die Anwendung des Arbeitsrechts in Bezug auf Überstunden, Lohnzulagen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaub, Spätschichtzulage, Pause usw. In Patras haben im September 420 befristete ArbeiterInnen für vier Stunden die Arbeit niedergelegt und das Rathaus besetzt. Damit erreichten die an verschiedenen Dienststellen der Stadtverwaltung Arbeitenden die Auszahlung ihres Lohns für die ersten zwei Monate ihrer Arbeit – sie hatten drei Monate lang keinen Lohn bekommen. Immerhin ein kleiner Sieg!

Es ist noch zu früh, um die Grenze und die Dynamik dieser Kämpfe einzuschätzen. Aber die Wut über nicht gezahlte Löhne hat schon griechenlandweit ArbeiterInnen dazu gebracht, Druck von unten auf die direkten und indirekten Arbeitgeber auszuüben. Aufgrund der kurzen Dauer der Arbeitsverträge (fünf Monate) ist es nicht möglich, lange Kämpfe zusammen mit denselben KollegInnen und Erfahrungen vor Ort zu führen und zu organisieren. Die Forderungen beschränken sich meist auf die Anwendung des geltenden Arbeitsrechts. Manche haben vielleicht noch die Illusion, dass sich ihre Situation stabilisiert: dass sie über diese kurze Arbeitserfahrung oder guten Kontakt zum Boss zu einer Festanstellung kommen. Darüber hinaus gibt es auch bei diesen Projekten Klientelismus, d. h. Familienmitglieder, Verwandte, Freunde usw. der Arbeitgeber kriegen eine befristete Arbeitsstelle.

Die Strategie der Bosse ist dagegen sehr deutlich erkennbar: ein Ausnutzen der Arbeitslosigkeit, »fünf Monate arbeiten, ein Jahr oder länger arbeitslos bleiben« usw. Doch die Bosse brauchen die ArbeiterInnen, also kann man dort neue Formen von Klassenkampf erfinden und organisieren, um die Räder der Produktion zum Stillstand zu bringen.

Neue vereinzelte Kämpfe in Betrieben

Trotz des Niedergangs der massenhaften Streikdemos entstehen seit Monaten an verschiedenen Arbeitsstätten Kämpfe – und zwar in Branchen oder Betrieben, die wenig oder gar keine Kampftradition haben. Sie sind häufig autonom/selbst organisiert, besonders dort, wo es keine gewerkschaftliche Vertretung gibt. Leute ohne politische oder gewerkschaftliche Erfahrung organisieren Basisversammlungen und bauen Kampfstrukturen auf. Manchmal treiben sie Betriebsräte oder Branchengewerk-

Mehr über die gemeinnützige Arbeit: synekox.espivblogs.net – »Versammlung von Arbeitslosen und Beschäftigten in der gemeinnützigen Arbeit« – und skya.espiv.net – Versammlung für die Zirkulation der Kämpfe. Beide befinden sich in Athen.

schaften in eine radikale Richtung.
Aus diesen Basisstrukturen heraus kommt es zu Arbeitsniederlegungen, lang andauernden Streiks (Stahlarbeiter), Betriebsbesetzungen (geräumte Stahlfabrik bis letzten August, Fintexport) und selbstverwalteten Fabriken (Vio.Me seit dem 12.2.2013 in Thessaloniki). An den Kämpfen beteiligen sich sowohl Stammbelegschaften als auch Saisonarbeiter, z. B. bei Call-Center-Firmen, bei IKEA in Athen, Gemeinden/Stadtverwaltungen (»gemeinnützige Arbeit« in NGOs), Regionalbehörden oder an der Uni in Thessaloniki (Beschäftigte bei Subunternehmern). Griechenlandweit gibt es womöglich ähnliche unbekannte »kleine« Arbeiterkämpfe, über die man keine Infos erhält.

Hauptgegenstand dieser Kämpfe sind a) die Lohnfrage: entweder die pünktliche Lohnauszahlung oder Widerstand gegen Lohnkürzungen, b) die Abwendung von Entlassungen, c) Widerstand gegen Arbeitsintensivierung und prekäre Bedingungen. Diese Kämpfe haben keinen Kontakt zur unteren GSEE-Bürokratie und noch weniger zu den Gewerkschaftsdachverbänden, von denen die Streikenden nichts erwarten. Die traditionellen Gewerkschaften sind unfähig (oder sie haben große Schwierigkeiten), solche Kämpfe zu kontrollieren. Auch als Klientelstruktur haben die Gewerkschaften ausgedient, ihre Vermittlungsrolle ist nutzlos für die Bosse. Staat und Kapital gehen in der sich vertiefenden Krise zunehmend totalitärer und gewalttätiger gegen Kämpfe vor.

Zwei wichtige Fragen stellen sich hier: a) die nach der Verbindung zwischen den einzelnen Kämpfen und b) die nach dem Kontakt zwischen »alten« und »neuen« Arbeitersubjekten in diesen Kämpfen. Warum gibt es kaum Verbindungen?

a) Viele Kämpfe blieben isoliert, sogar innerhalb derselben Branche. Sie konnten keine Verbindung herstellen zu ArbeiterInnen aus anderen Sektoren oder ihren »Kunden«. Beispiel: Als die U-BahnarbeiterInnen in Athen streikten, behaupteten die Herrschenden, dieser Streik sei gegen das Allgemeinwohl gerichtet – weil die Fahrgäste nicht befördert wurden (nicht zur Arbeit gehen konnten!). Streiks im öffentlichen Nahverkehr werden immer mit diesem Argument angegriffen.

Soli-Kampagnen von anderen Basisgewerkschaften, die nicht im Betrieb selbst vertreten sind, konnten bisher die Niederlage von Kämpfen nicht verhindern (z. B. im besetzten und später geräumten Stahlwerk in Athen).

b) ArbeiterInnen, die zu unterschiedlichen Bedingungen (siehe gemeinnützige Arbeit) an derselben Arbeitsstelle arbeiten und sich mobilisiert haben, haben bisher selten einen praktischen Zusammenhang entwickelt. Die Kämpfe in den Stadtverwaltungen zeigen diese fehlende Zusammenarbeit. Die Stammbelegschaft protestiert gegen geplante Entlassungen und Lohnkürzungen mithilfe der traditionellen Gewerkschaften, und auf der anderen Seite kämpfen die Saisonarbeiter selbstorganisiert für die Auszahlung ihrer Löhne. Eine Rolle spielt dabei möglicherweise, dass die älteren Beschäftigten andere existenzielle Probleme (z. B. Familie, Kredite) haben als die jüngeren.

Teile der Linken versuchen, die Kämpfe abstrakt zu vereinen, d. h. ohne praktische Vorschläge zu machen. Der Feind bleibt hier das Memorandum mit der Troika. Die Linke in der Opposition (Syriza) wiederum schlägt einen Sturz der Regierung durch Neuwahlen vor oder hofft vielleicht auf den Niedergang der GSEE-Bürokratie und eine Übernahme der Führung des Gewerkschaftsbundes, der noch von der sozialdemokratischen PASOK kontrolliert wird.

Die Verbindung der Kämpfe in der Reproduktionsphäre (Stromversorgung, Volksküche, Gesundheitsversorgung, antirassistische und antifaschistische Mobilisierungen) mit denen in der Produktion ist wichtiger als die rituellen und immer weniger mobilisierenden Generalstreiks. In manchen Stadtteilen werden solche Soli-Strukturen aufgebaut, die an den alltäglichen Bedürfnissen der Leute ansetzen, um z. B. den Strom wieder anzuschließen, oder eine Arztpraxis zu organisieren. Das hat erst in den letzten zwei Jahren begonnen. Sie sind jedoch zu minoritär, um angesichts der wachsenden Verarmung die Interessen und Bedürfnisse der Mehrheit der Arbeiterklasse zu befriedigen.

Sehr wichtig ist jetzt die Unterstützung der Kämpfe gegen Entlassungen und nicht gezahlte Löhne; dabei muss die Spaltung zwischen neuerer und älterer Belegschaft, zwischen Einheimischen und Migranten überwunden werden. All diese Kämpfe sind seit zwei Jahren mit Repression und ideologischen Angriffen von oben konfrontiert. Die Regierung benutzt eine Rhetorik der Polarisierung und des Bürgerkriegs, sodass auch Syriza seit Dezember von einer »Strategie der Spannung« spricht.*

Die Regierung stigmatisiert Mobilisierungen, Arbeiterkämpfe, besetzte Häuser und Freiräume bzw. erklärt sie für illegal. Zynisch fördert sie eine gewalttätige Atmosphäre bzw. ein autoritäres Klima in der Gesellschaft, um Angst zu verbreiten. Die Botschaft an alle ist »Null Toleranz«, jede illegale Tätigkeit oder der Widerstand von unten insbesondere gegen neue Investitionsprojekte wird angegriffen (z. B. gegen den Goldabbau in Chalkidiki: Anfang März marschierten schwerbewaffnete und Riot-Bullen in der Kleinstadt Ierissos auf und führten Hausdurchsuchungen durch). Die Leute sollen daran gehindert werden, Kontakt zueinander aufnehmen und gemeinsam zu kämpfen.** ■

* Ein paar Tage nach der stundenlangen Demo am 12.2.2012 in Athen, wo hunderttausende Demonstranten auf die Straße gegen die damals neuen Sparmaßnahmen gingen, »entdeckten« die Bullen am 25.2.2012 einen Brandsatz auf einem Sitz in einem Waggon in der U-Bahnstation von Aigaleo. Die Verbreitung solcher »Tatsachen« funktioniert als Vorbereitung des (tiefen) Staates für eine mögliche Strategie der Spannung oder zumindest als Politik der Angst im öffentlichen Nahverkehr. Dieses brutalisierte Klima dauert nun schon mindestens ein Jahr an.

** Am 13.2.2013 drangen zwei Polizeibeamten ins Gewerkschaftsbüro der lohnabhängigen Techniker ein (es war ein »Besuch«), wo die Koordinationsversammlung von Gewerkschaften aus dem öffentlichen und privaten Sektor stattfand. Sie wollten untersuchen, ob die öffentliche Ordnung und Sicherheit eingehalten wird! Nach der Versammlung protestierten die Gewerkschafter vor der nahegelegenen Polizeistation. Der zuständige Polizeioffizier sprach von einer »gewöhnlichen Kontrolle«.

Links = Rechts die Sicht des VS
Bitte beachten: Die verwendeten Zeichnungen stammen aus einem Video der Bundeszentrale für politische Bildung, das sich an Jugendliche richtet und die *Extremismus-Doktrin* erklärern soll. In ihm heißt es etwa: »*Es herrscht Bombenstimmung in Deutschland. Die Linken fackeln Luxuskarossen ab und die Rechten kontern mit den sogenannten Döner-Morden.*« Mittlerweile wurde es zurückgezogen, lässt sich auf youtube aber noch finden wenn man nach »Ahnungslos« und »Extremismus« sucht.

Abkürzungen:
VS = Verfassungsschutz
BfV = Bundesamt für Verfassungsschutz
MAD = Militärischer Abschirmdienst
BND = Bundesnachrichtendienst
UA = Untersuchungsausschuss
LIHOP = *Let it happen on Purpose*; die Geheimdienste wussten von den Anschlägen vorher und haben sie zugelassen
MIHOP = Make it happen on Purpose; die Geheimdienste haben die Anschläge aktiv geplant und veranlasst
NSU = Nationalsozialistischer Untergrund
B&H = Blood & Honour

Nach der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 war innerhalb von wenigen Tagen klar: Die Morde des NSU waren nur möglich, weil Teile des Staatsapparats sie haben gewähren lassen. Aber wie hängen diese »*Teile*« zusammen? Wie hoch reicht die Befehlskette beim Vertuschen? Waren die Morde *surprise*, *LIHOP* oder *MIHOP*?

Der folgende Artikel baut auf den beiden Artikeln in *Wildcat* 92 und 93 auf und versucht, diese Fragen zu beantworten. Er schlägt dazu den Bogen von den Mitte der 70er Jahren geborenen und in der »Asyldebatte« sozialisierten Faschos, über die Verbindungen ins Söldnerwesen und die Privatisierung der Kriegführung bis zum *Tiefen Staat* und Stay behind-Strukturen der NATO. Aus Gründen der Übersicht treten möglichst wenige Personen auf: ein halbes Dutzend Nazis, eine Handvoll Spitzel (bei der ersten Erwähnung fett markiert), vier Vertreter des *Tiefen Staats* – die Übergänge sind fließend, aber die Story ist spannend und noch nicht zu Ende.
Das ganze basiert nicht auf eigener Recherche sondern auf Zeitungsartikeln, Berichten aus Untersuchungsausschüssen und Büchern.

Es sind mehr als drei.

So wie beim Oktoberfestanschlag Köhler sollen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe als Einzeltäter hingestellt werden, um gesellschaftspolitische Zusammenhänge und die Verwicklung staatlicher Stellen zu vertuschen.

Die Nazis des NSU wurden politisch sozialisiert in der Asyldebatte Anfang der 90er Jahre, in einer Zeit, in der sie sich jede Schweinerei gegen Migranten und linke Jugendliche leisten konnten, ohne dafür vom Staat belangt zu werden. Sie merkten, sie konnten mit militanten Aktionen die Gesellschaft verändern.

Die organisatorischen Strukturen sind relativ klar: »freie Kameradschaften«, Thüringer Heimatschutz (THS), *Blood&Honour* und Ku Klux Klan. Die »Kameradschaft Jena« bestand aus Ralf Wohlleben, Holger Gerlach, André Kapke, Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe. Seit 1995 sind sie als »Rechtsextremisten« im VS-Informationssystem NADIS gespeichert. Organisiert im THS übten sie mit Sprengstoff, machten Schießübungen und die ersten Anschläge. Als das LKA im Januar 1998 in einer von Zschäpe angemieteten Garage Rohrbomben und Sprengstoff entdeckte, tauchten sie in die Strukturen hinein, die seit 1995 im NADIS gespeichert waren. Alle sechs blieben aktiv. Holger Gerlach z.B. stellte dem Trio Führerschein, Reisepass und Geburtsurkunde zur Verfügung, auf ihn wurden Wohnmobile angemietet, auch das beim Mord in Heilbronn verwendete. Kapke und Wohlleben beschafften Waffen und Pässe, organisierten das »Fest der Völker« und waren für internationale Kontakte zuständig. Wohlleben trat 1998 in die NPD ein und wurde dort zum stellvertretenden Landesvorsitzenden; er dürfte die wichtigste Figur der sechs »Kameraden« sein.

Zudem hatte Mundlos in der durchsuchten Garage zwei Adressenlisten mit 35 Namen zurückgelassen – darunter nach heutigem Kenntnisstand fünf V-Leute; zehn Telefonnummern waren aus Chemnitz, der Stadt des ersten Unterschlupfs, darunter sogar die Adresse ihres ersten Kontaktmannes dort. Der nach Thüringen geeilte BKA-»Experte für Rechtsextremismus« Brümmendorf erkannte, dass auf der Liste auch V-Leute waren und machte einen handschriftlichen Vermerk, diese Namenslisten seien »ohne Bedeutung«; gleichzeitig machte er aber einen Vermerk zu **Thomas Starke**, der ebenfalls auf der Liste stand: »Unterschlupf!?«. Und das war absolut richtig! Chemnitz war der erste Unterschlupf des Trios. Die Adressenlisten waren nicht »ohne Bedeutung«, sondern enthielten das bundesweite Netz des NSU in Chemnitz, Jena, Halle, Rostock, Nürnberg, Straubing, Regensburg, Ludwigsburg...

»Es dürfen keine Geheimnisse bekannt werden, die das Handeln des Staates beeinträchtigen«

Zwischenstand zum NSU-Komplex

V-Leute – der staatlich finanzierte Resonanzboden

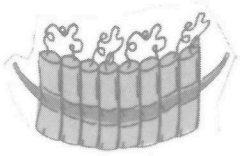
Nachdem spielende Kinder vor dem Stadttheater in Jena im September 1997 die von der »Kameradschaft« abgestellte Kofferbombenattrappe mit zehn Gramm TNT gefunden hatten, befragte ein Beamter MitarbeiterInnen des Theaters und kam zu dem Schluss, dass es sich bei ihnen um »linke Intellektuelle«, bei den Besuchern um »Multikulturelle« und bei einer Aufführung wenige Tage zuvor um laute Musik bis in die späten Abendstunden gehandelt habe, zu der »schwarzafrikanische Männer mit weißen Frauen getanzt« hätten. Den Koffer nahm er ohne weitere Spurensicherung einfach mit aufs Revier. Bullenrassismus.

Die wenigen Polizisten und noch weniger Geheimdienstler, die Faschos als Täter der Mordserie sahen, wurden in den Ämtern überhört, weggeschoben, gemobbt, psychiatrisiert, frühverrentet. Das wurde manchmal »von ganz oben« angeordnet; aber meist waren solche Anordnungen aufgrund der breiten – ideologischen und teilweise sogar organisatorischen – Überlappungen zwischen Staatsapparat und rechter Szene gar nicht nötig. Allein ein Dutzend Ba/Wü Bullen hatten Kontakt zum NSU-Umfeld; mindestens zwei Thüringer Polizisten waren nicht aus dienstlichen Gründen im THS; die Garage mit dem Sprengstoff hatte Zschäpe ebenfalls von einem Polizisten gemietet...

Dieser Graubereich sympathisierte mehr oder weniger offen, mehr oder weniger tatkräftig mit den Nazis. Auf diesem Resonanzboden verschwimmen individuelle Alleingänge und staatliche Strategien. Der hessische Verfassungsschützer Andreas Temme – Klein-Adolf – war beim Mord an Halit Yozgat in Kassel anwesend; Alleingang eines verbeamteten Faschisten oder staatliche Unterstützung des NSU? Temme war V-Mann-Führer eines *Blood&Honour*-Kaders.

Im Februar 1997 hatte das BKA in einem internen Papier die V-Leute der Geheimdienste als »Brandstifter« in der Naziszene bezeichnet. »Ohne die V-Leute – das lässt sich zumindest für Thüringen und Bayern 1:1 nachweisen – hätte es diese massive Entwicklung, den Grad der Organisation, den Grad der Struktur, aber auch die spontane Form von Aufmärschen, von Übergriffen und von Überfällen auf alternative Jugendliche und Migranten nicht gegeben.« stellte Heike Kleffner fest, Referentin der Linksfraktion für den NSU-UA im Bundestag.

Staatliche Stellen haben in den 1990er-Jahren aktiv zum Aufbau, zur Verfestigung und zur Radikalisierung der jugendlichen Neonaziszene beigetragen und sie damit schlagkräftig gemacht. Das ganze wurde zentral gelenkt, wie wir seit dem Auffliegen der *Operation Rennsteig* wissen.

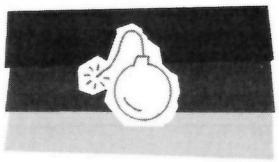


Operation Rennsteig – die staatliche Lenkung

Im Juni 2012 wurde bekannt, dass die Zusammenarbeit mit den Nazis direkt aus dem Bundesinnenministerium gesteuert war. Die Keimzelle des NSU, der THS, war nicht nur die am stärksten staatlich unterwanderte und somit bezuschusste Naziorganisation in den 90er Jahren, diese Unterwanderung war auch zentral koordiniert.

Aufgebaut hatte den THS als Nachfolger der *Anti-Antifa Ostthüringen* **Tino Brandt**, den der VS 1994 als 19jährigen rekrutiert hatte. Der THS begann 1996 mit 20 Leuten, auf seinem Höhepunkt waren von 140 Mitgliedern mindestens 40 V-Leute. Bereits im Oktober 1997 wurde bei einer Durchsuchung seiner Zentrale das größte Waffenlager in Thüringen seit 1945 entdeckt, trotzdem wurde er nicht verboten. Erst mit der Enttarnung Brandts als V-Mann 2001 stellte der THS seine Arbeit offiziell wieder ein – zuvor war nicht nur der Großteil der 200 000 Mark Honorar an Tino Brandt in diese Struktur geflossen.

Geheimdienstlich gesteuert wurde der THS seit 1997 durch die *Operation Rennsteig*. Hier arbeiteten das BfV, der MAD, sowie die Thüringischen und Bayerischen Landesämter für Verfassungsschutz zusammen. Unter anderem erstellten sie eine Liste von 35 potenziellen V-Leuten; davon heuerten sie



acht (andere Quellen sagen zehn) Führungskader an. Unabhängig davon hatten das LfV und der MAD eigene V-Leute in der Szene. Mehrfach taucht in den Akten die Situation auf, vier, fünf Nazis sitzen um einen Tisch rum und bereiten z.B. einen Hess-Gedankmarsch vor – und *alle* sind V-Leute! Die Untersuchungsausschüsse können die Geschehnisse dann aus fünf Perspektiven verfolgen.

Aus »operativen Gründen« wurde die Werbungsdatei der *Operation Rennsteig* nicht vorschriftsmäßig geführt, und manche V-Leute wurden gar nicht eingetragen. Trotzdem schredderte am 12. November 2011 ein Referatsleiter im BfV Akten über V-Leute beim THS – einen Tag, nachdem die Generalbundesanwaltschaft die Ermittlungen übernommen hatte. Offensichtlich war er nicht gründlich genug, denn auf Weisung des Bundesinnenministeriums (!) wurden wenige Tage danach nochmal Akten geschreddert, Computerdateien manipuliert und Handydaten von V-Leuten mit Kontakt zum NSU gelöscht.

Eine der größten Nebelkerzen nach dem Auffliegen des NSU war die Behauptung, die »mangelnde Koordinierung der Dienste« habe die Aufdeckung verhindert. Roewer und andere Figuren wurden als Bauernopfer dargeboten, um diese Version zu bekräftigen. Aber Geheimdienste, Innenministerien der Länder und des Bundes, sowie das BKA arbeiten seit dem 4. November genauso koordiniert daran, Spuren zu verwischen, wie sie vorher koordiniert das Auffliegen des »NSU« verhindert hatten. Bevor am 9. November öffentlich die Verbindung zwischen NSU und dem Banküberfall bekanntgegeben wurde, gab es am 8. eine Besprechung im Kanzleramt.

Escortdienste in den Untergrund

Die erste Verteidigungslinie »wir haben nichts gewusst«, war nicht lange zu halten. Nur ein paar Beispiele: Am 28. September 1998 hatte sich Bernd Stottmeyer bei Sprengstoffexperimenten in Jena selbst in die Luft gesprengt. Der Präsident des LfV Roewer rechnete ihn in einem Vortrag am 13. März 2000 zur Gruppe um die drei gesuchten Neonazis. Auch sein Nachfolger Sippel erwähnte bei einer Tagung zum »Rechtsterrorismus« beim BfV im Oktober 2003 die »drei Bombenleger von Jena« als potentielles Beispiel, 2004 wurden sie im Verfassungsschutzbericht erwähnt. Drittens: Der Vizepräsident des thüringer VS Nocken behauptete vor dem Untersuchungsausschuss, durch Brandts Enttarnung im Mai 2001 (!) sei »der Zugang zum Trio verschüttet« worden (s.u.) Tatsächlich hatte unter anderen der Spitzel Brandt Kontakt zu dem »untergetauchten Trio« gehalten; er telefonierte z.B. im März 1999 mit Böhnhardt, weil er ihnen im Auftrag des VS über Kapke und Wohlleben falsche Pässe zukommen lassen sollte.

Spätestens im Spätsommer 2012 brach auch die zweite Verteidigungslinie, und es wurde deutlich, dass VS und LKA aktiv mitgemischt hatten. Im September flog auf, dass auch Thomas Starke aus Chemnitz von 2000 bis 2011 V-Mann des LKA Berlin war. Starke war bereits in den 80er Jahren Stasi-Spitzel, in den 90ern war er ein Führungskader von *Blood&Honour*. Nach eigener Aussage war er zwischen 1996 und 1997 mit Zschäpe liiert. Er soll dem NSU Ende der neunziger Jahre Sprengstoff besorgt haben. Chemnitz war die erste Anlaufstelle des Trios im Januar 1998. Starke lieferte zwischen August 2001 und Dezember 2005 mindestens fünf Hinweise zu dem Trio und dessen Umfeld – denen offiziell »nicht nachgegangen« wurde. Das BfV hat Daten über ihn gelöscht und die Löschung vordatiert.

Ende Februar platzte eine weitere Bombe: **Thomas Richter** war seit 1994 18 Jahre lang als V-Mann »Corelli« für das BfV tätig. Er wurde mit 180 000 Euro bezahlt und erst im November 2012 abgeschaltet. Richter war Ende der 90er Jahre einer der führenden Neonazis Sachsen-Anhalts, u.a. Führungskader von *Blood & Honour* und eines von rund 20 Mitgliedern der *European White Knights of the Ku Klux Klan* (Verbindung zum Mord in Heilbronn!). 2002 hatte er das Nazi-Fanzine *Der Weisse Wolf mit* »Vielen Dank an den NSU« eingeleitet. Bis 2012 filmte und fotografierte er Linke und veröffentlichte die Bilder auf seiner Seite »Nationaler Demonstrationsbeobachter«. Auch sein Name stand auf der Adressenliste von Mundlos.

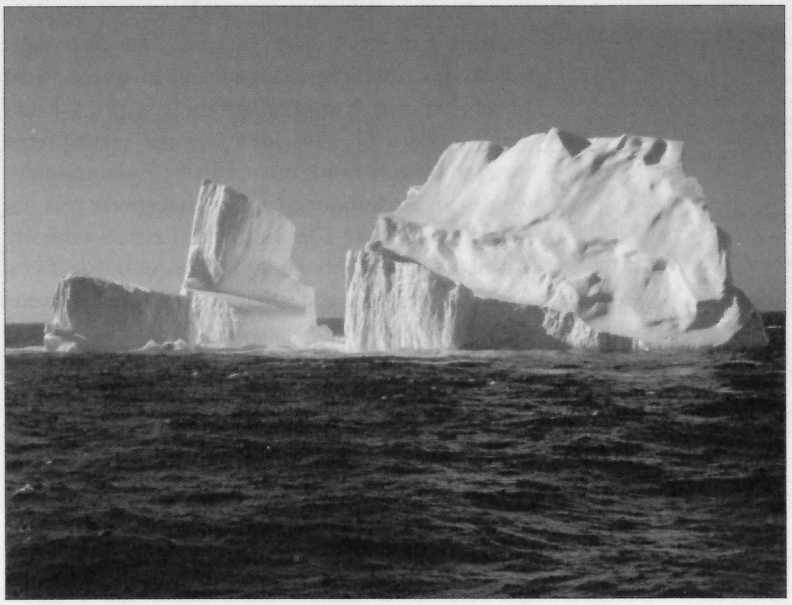
So wird klar, warum diese Adressenliste nicht »ausgewertet« werden durfte und soviel geschreddert werden musste, obwohl das mehrere Köpfe kostete und den Skandal ausweitete: Der Staatsschutz versuchte, bis zum Sommer 2012 alle Akten zu seinen *Verbindungsstrukturen* rund um den NSU zu vernichten, um dann auf die Untersuchungsausschüsse »zugehen« zu können. Das hat aber nicht vollständig geklappt.

Transformation der *Stay behind*-Strukturen

Spätestens seit den von Italien ausgehenden europaweiten Enthüllungen in der zweiten Jahreshälfte 1990 ist bekannt, dass sich die NATO bewaffnete, faschistische Gruppen als Eingreifreserve hält. Nur Staaten mit einer solchen *Stay behind*-Struktur wurden überhaupt in die NATO aufgenommen. Im Falle einer militärischen Besetzung durch die Rote Armee sollte diese als Guerilla hinter der Front kämpfen (daher der Name); sie sollte aber auch präventiv einen kommunistischen Wahlsieg oder gesellschaftliche Umwälzungen verhindern.

... weiter auf Seite 63!

Umschlagspunkte der Verkehrsentwicklung sind Umschlagspunkte in der Menschheitsgeschichte. Raumordnung und Verkehr drücken die »Tiefe« der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einer Zeit aus. Verkehrsinfrastruktur und -technik bezeichnen den Stand der gesellschaftlichen Kooperation. Der Sesshaftwerdung und Bildung bäuerlicher Gesellschaften entsprach die Domestizierung von Tieren als Packtiere für den Handelsverkehr. Spätere Erfindungen wie Rad und Speiche korrespondierten mit ähnlichen Sprüngen. Der Einsatz von Zugtieren revolutionierte Siedlungsformen und Verkehr. Wie keine andere Gesellschaftsform zuvor hat sich der Kapitalismus »Mobilität« auf die Fahnen geschrieben. Deshalb markieren spektakuläre Verkehrskatastrophen wie der Untergang der Titanic 1912, der Brand des Luftschiffs *Hindenburg* 1937, oder das schwere Unglück von Hochgeschwindigkeitszügen im Sommer 2011 in China tief gehende Erschütterungen im Glauben an seine Zukunftsfähigkeit.



Der Untergang der Titanic
und die Sperrung des Nord-Ostsee-Kanals

Staus spiegeln die strukturellen Krisen einer Produktionsordnung wider: Im selben Jahr als die Titanic sank, stürzte das Ruhrgebiet in eine Versorgungskrise, weil die Überlastung des kleinen Rangierbahnhofs Hohenhudberg eine Kettenreaktion auslöste; das Zugunglück in China ist Symptom einer Infrastrukturblase und der von China ausgehenden »globalen Staus«; usw. Im Folgenden entfalten wir deshalb den historischen Zusammenhang von Kapitalismus und Verkehr als Geschichte des Staus.

Den Kapitalismus zeichnete lange Zeit seine Fähigkeit aus, Verkehrsentwicklung durch eine Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung »nachhaltig« voranzutreiben – während etwa der Zusammenbruch des römischen Reiches zum Rückgang der Arbeitsteilung und Kollaps der Verkehrsinfrastruktur führte. »Erst wenn der Verkehr zum Weltverkehr geworden ist und die große Industrie zur Basis hat, alle Nationen in den Konkurrenzkampf hereingezogen sind, ist die Dauer der gewonnenen Produktivkräfte gesichert.« (Marx/Engels: *Deutsche Ideologie*)
Räder, Getriebe, Achsen machen die unproblematische, sozusagen »technische« Seite dieser Entwicklung aus; der Antrieb und der »Flächenverbrauch« stellen die problematische und umkämpfte Seite dar. Der Verbrennungsmotor steht für Lärm und Smog, Landnahme und Zersiedelung. Diesen Bereich musste immer der Staat subventionieren und mit Verkehrsregeln & Verordnungen, Gesetzen & Gewalt regulieren. Straßenbau war sehr lange Zeit nur mit Zwangsarbeit möglich. Der staatlich bezahlte Aufbau von Verkehrsinfrastruktur musste immer wieder eine privatwirtschaftliche Form annehmen, um zu florieren (früher Eisenbahnbarone, heute *Private Public Partnership*).

Der Kapitalismus entsteht mit dem Verkehr...
Der Überseeverkehr hat die Welt im 16. Jahrhundert großräumig für geldbasierten Warenaustausch erschlossen. »Die Manufaktur und überhaupt die Bewegung der Produktion erhielt einen enormen Aufschwung durch die Ausdehnung des Verkehrs, welche mit der Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Ostindien eintrat.« (Marx/Engels: *Deutsche Ideologie*) Aber die »Erschließung der Fläche« durch den Landverkehr und dementsprechende Siedlungsformen wurde erst durch die so genannte *industrielle Revolution* möglich. Ihr Überbau war die bürgerliche *Verkehrsordnung* zur Regelung der freien Zirkulation.

Editorische Notiz:
Aus Platzgründen mussten wir im Mittelteil des Artikels Abschnitte zu Autozyklus, Krise des Verkehrs/Zunahme des Verkehrs, *Postal Office*-Streik, Entwicklung der Paketdienste (Flugfracht, Digitalisierung), Debatte um alternative Antriebe herausschneiden. Wir werden sie in *Wildcat* 95 bringen.

Der »Postkutschenstau« vor der Französischen Revolution hatte die *soziale* Blockade der Feudalgesellschaft symbolisiert. Das Problem waren nicht so sehr zu viele Kutschen auf zu wenigen Chausseen, sondern die von »den Massen verstopften« Straßen im vorrevolutionären Paris. Es kam immer wieder zu Aufruhr, weil sich Privilegierte mit der Peitsche den Weg bahnten oder Leute totfuhren. Ausbau des Verkehrs findet im Spannungsfeld von Effizienzsteigerung des Transports und Abwendung von Aufständen statt. Engels hat wunderbar herausgearbeitet, wie Stadtplanung und Straßenbau dazu benutzt wurden, proletarische Viertel zu zerreißen. Diese Massenquartiere als Ort von Klassenidentität und -widerstand wurden aber nicht nur zerrissen, Wohn- und Arbeitsorte wurden aus den Städten nach außen verlagert. Und die damit verbundene *individuelle* Mobilität in allen vier Dimensionen (Bewegung von Menschen, Informationen und Gütern, sowie der individuelle soziale Aufstieg) war und ist das zentrale Versprechen des Kapitalismus. Freie Berufswahl und Reisen (sowohl in der Freizeit wie als Möglichkeit der Migration) einerseits, die weltweite Verfügbarkeit von Gütern (früher »Kolonialwaren« heute *H&M*) und unzensierten Informationen andererseits.

Es gibt eine »Wechselwirkung zwischen der Produktion und dem Verkehr« (Marx/Engels: *Deutsche Ideologie*). Ähnlich wie heute »Walmartisierung« und »Discounterisierung« die Jobs und das gesellschaftliche Zusammenleben verändern, hatten die rapiden Veränderungen in der Warendistribution an der Schwelle zum 20. Jahrhundert (Verpackungs- und Sortiermaschinen, automatische Qualitätssicherung, Zentralisierung des Einzelhandels, usw.) Rückwirkungen auf die Produktion, sowie auf Verkehrs- und Raumordnungspolitik. Ein Beispiel aus den 60er Jahren ist das Grillhähnchen, das auf Initiative der Filialketten »erfunden« wurde: ein komplett neues Produktions- und Liefersystem von der Mast über industrialisiertes Zerlegen, Kühlung bis hin zum neuen Elektrogrill.

... der Stau markiert sein Ende.

Es gibt wahrscheinlich keinen besseren Maßstab für die Krise eines Akkumulationsmodells als den Verkehr und seine Infrastruktur. So wie der Überseeverkehr für die Durchsetzung des Kapitalismus steht, die Eisenbahn den Sprung zum Industriekapitalismus verkörpert, Straßenbau und Auto seine Blütezeit, so steht die Krise des Autos für sein Ende. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur galt im Kapitalismus als Wechsel auf eine bessere Zukunft; eine Gesellschaftsordnung, die ihre Mobilitätsprobleme nicht mehr lösen kann, geht dem Ende entgegen – die DDR ist nicht zufällig an dieser Frage zusammengebrochen. Zwei Jahrzehnte danach steht jede/r Deutsche durchschnittlich 52 Stunden pro Jahr im Stau, wird räumliche Mobilität immer teurer, stehen die Chancen auf soziale Mobilität auf dem niedrigsten Stand seit 1945.

Nach Ansicht von Andreas Knie, dem Gründer des *Innovationszentrums für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel* in Berlin, steht das ganze Wirtschaftssystem »in einer ökonomischen Abhängigkeit zu funktionierendem Verkehr. Ist er nicht mehr gewährleistet, bricht der dynamische Kapitalismus in sich zusammen.« *Mobilität* ist wesentlich systemrelevanter als die Banken, und in den globalen Transportketten steckt mehr systemisches Risiko als in den internationalen Finanzströmen.

Kollaps oder Revolution?

Eric Hobsbawm hat herausgearbeitet, wie sich in der *long depression* die nationale Arbeiterklasse konstituierte. In der langen Krise seit 1973 entstand die *globale Arbeiterklasse*, in den Kämpfen seit Ausbruch der globalen Krise 2007/8 konstituiert sie sich. »Eisenbahn« und »Auto« stehen für hegemoniale Akkumulationsweisen, die am Ende von der jeweiligen Klassenzusammensetzung revolutionär herausgefordert wurden – Rätebewegung und Massenarbeiterkämpfe. Auch wenn es beide Male nicht zu einer Revolution kam, so machten die Bewegungen zumindest der jeweiligen Akkumulationsweise den Garaus. Die revolutionären Bewegungen des 20. Jahrhunderts setzten entweder auf Zentralismus und Eisenbahn (Bolschewismus), oder auf Syndikalismus und das Auto (hier geht ein Strang von den IWW bis zu den Jugendbewegungen der 60er Jahre). Seit vier Jahrzehnten sind beide Optionen überholt, heute stehen neue Fragen auf der Tagesordnung. Der Kapitalismus droht am Verkehr zu ersticken. Steht die Verkehrsblase am Ende des Kapitalismus, an dessen Anfang die Ausweitung des Verkehrs stand?

Marx und Engels fassten Kommunismus als »Produktion der Verkehrsform selbst«; er unterscheide sich »von allen bisherigen Bewegungen dadurch, dass er die Grundlage aller bisherigen Produktions- und Verkehrsverhältnisse umwälzt...« (*Deutsche Ideologie*). »Fortschritt« ging in der Menschheitsgeschichte einher und war gleichbedeutend mit dem Anwachsen der Städte. Wachsende Städte bedeuteten wachsenden Verkehr. Der Kapitalismus hat daraus ein Versprechen und ein Programm gemacht. Marx/Engels schrieben in der *Deutschen Ideologie*, der Kommunismus hebe die Teilung Stadt/Land auf; diesen Prozess hat der Kapitalismus auf globaler Ebene schon sehr weit getrieben. Sind in den globalen Produktions- und Transportketten auch die Kräfte gewachsen, die all dem ein Ende machen und die Sache in die eigenen Hände nehmen können?

Staus lassen sich eine lange Zeit mit technischen Mitteln hinausschieben, sie zeigen aber die sozioökonomischen Grenzen eines Verkehrssystems und somit der jeweiligen Vergesellschaftungsform an. Der »Postkutschenstau« symbolisierte das Ende des Feudalismus, der »Eisenbahnstau« in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts symbolisierte das Ende des Obrigkeitsstaats und den Aufstieg der Konsumgüterindustrie; der »Autostau« seit den 60er Jahren die Krise des *American way of life*. In den letzten Jahren haben Staus zum ersten mal eine globale Dimension erreicht, indem sich bspw. Verzögerungen in US-Häfen bis nach China auswirken und LKW-, Bahn- und Schiffsverkehr miteinander verknüpfen. Hinter dem »Postkutschenstau« standen die nicht mehr kontrollierbaren Massen [siehe *capital moves*], hinter der Transportkrise der Eisenbahn standen die Facharbeiter mit ihren rätekommunistischen Vorstellungen. Hinter der Krise der Autoproduktion stand der Massenarbeiter mit seinen neuen Kampfformen und Bedürfnissen. Hinter den aktuellen Staus (s.u. »der globale Stau«) steht die Macht der entstehenden globalen Arbeiterklasse.

Kapitalismus und Verkehr

Die Geschichte des Staus

Bis ins 19. Jahrhundert hinein fand auch der Binnenwarentransport vor allem auf dem Wasser statt. Getreide wurde u.a. über Ostsee und Flüsse transportiert, Bauholz auf Flößen; Gemüse über Flüsse und Kanäle aus dem Umland in die Städte gebracht. In der »canal mania« wuchs das englische Kanalnetz von 1760 bis 1830 auf nahezu 7000 km. Kurz danach gab es in Frankreich einen kapitalistischen Kanalboom, wobei etwa 8000 km Kanäle gebaut wurden. Der 1761 nach nur zweijähriger Bauzeit in Betrieb genommene *Bridgewater*-Kanal in England verband das Kohlerevier des *Duke of Bridgewater* mit den Flussläufen und somit mit dem Industriegebiet in Manchester. Dadurch sank der Kohlepreis in Manchester innerhalb eines Jahres auf etwa ein Drittel, was einen erheblichen Nachfrage*schub* auslöste. Der *Duke of Bridgewater* hatte ca. 200 000 Pfund in den Bau investiert und erlöste nun jährlich 80 000 Pfund aus dem Betrieb. Das löste ein *Spekulationsfieber* aus, überall im Land wurden neue Kanäle gebaut – sehr bald aber in der Hoffnung, die investierten Kosten durch rechtzeitigen Verkauf der Anteilsscheine vervielfacht wieder einstreichen zu können. Das Pyramidenspiel brach zusammen, viele Kanäle spielten nie ihre Investitionskosten ein, andere Projekte wurden nie fertiggestellt. Und mit dem Erscheinen der Eisenbahn ab 1830 war das Treideln von maximal 30 Tonnen Nutzlast auf den englischen Kanälen sowieso nicht mehr konkurrenzfähig. – Auf den Kanalbau gehen wir im Folgenden nicht speziell ein.

Staat ...

Die Versuche seit dem 15. Jahrhundert, den Straßenbau zu fördern, etwa indem Landesherren Steuern erhoben, führten zu keinen nennenswerten Erfolgen – der Verkehr nahm zu, aber auf den alten

Wegen, bis diese Infrastruktur zusammenbrach. Der Zentralstaat konnte die Einzelinteressen an maroden Straßennetzen nicht ausreichend kompensieren, etwa die Rechte der Landesherren an Gut, das aufgrund von Fuhrwerksbrüchen liegen blieb, oder das Einkommen des örtlichen Wagners oder Schmiedes. Weit stärker als Straßenbau und straßengebundener Güterverkehr wuchs in dieser Phase die menschliche Mobilität (Siedler, Saisonarbeiter, Soldaten ...).

Damals wie heute muss eine über einzelne Gemeinden und Städte hinausgehende Infrastruktur auch gegen Einzelinteressen durchgesetzt und koordiniert werden. Ein Streckennetz inklusive der notwendigen technischen Infrastruktur – Treibstoff- und Ersatzteilversorgung, Unterkünfte u.a.m. – muss zentral geplant, gebaut und überwacht werden. Heutigen Tankstellen- und Raststättennetz und der ADAC entprachen früher Poststationen, Schmiede, Futtermittellager usw. Infrastruktur und Technologie hängen zusammen; der Straßenbau ist am technischen Stand des vorherrschenden Fahrzeugtyps ausgerichtet.

Im 18. Jahrhundert spielten Straßenbau und industrielle Entwicklung zusammen. Einerseits waren befestigte Chausseen notwendig, damit die Technik der Fuhrwerke weiterentwickelt werden konnte: Federung zur verringerten Reibung, neue Geschirre der Zugtiere, neue Achsen und »Ausbüchsung« der Naben (damit Möglichkeit der Schmierung) oder die durch die Erfindung der Verkokung von Steinkohle verbilligten Eisenprodukte, wie z.B. langlebige Fahrzeugbestandteile. Andererseits benötigen neue Fahrzeuge oft neue Verkehrswege. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts brachte das Aufkommen des Autos eine allmähliche Umwälzung im Straßenbau mit sich (z.B. anderer Straßenbelag und gerader Straßenquerschnitt im Gegensatz zur geneigten Oberfläche der alten Chausseen).

... Kapital

Mit Beginn des 16. Jahrhunderts wurde in Frankreich wie in England das Kommunikationsnetz (Post) für den Verkehr und zur Nachrichtenübermittlung ausgebaut: ständige Poststationen zum Pferdewechsel, sowie ein regelmäßiger Verkehr (Fahrpläne) wurden eingerichtet, Verkehrsregeln aufgestellt. Aber zu einer wesentlichen Produktivitätssteigerung der Straßentransporte kam es erst im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem Ausbau der überregionalen Landstraßen und der Entwicklung neuer Straßenbautechniken. Ein guter Gradmesser ist die Steigerung der Produktivität des Straßentransports. So stieg in England zwischen 1690 und 1840 die Produktivität des Straßentransport für schwere Transporte über große Distanzen um das Zweieinhalb- bis Dreifache. Für kurze Distanzen wurde sogar eine Vervierfachung dokumentiert. Entsprechend sanken Frachtraten und Transportpreise. Allein zwischen 1750 und 1820 sanken diese um etwa 40 Prozent.

Warum konnte England in dieser Phase Frankreich überholen?

Der französische Zentralstaat gründete bereits 1747 eine staatliche Ingenieursschule, die »*École royale des ponts et chaussées*«, und sorgte so für eine systematische technische Forschung. Außerdem wurde der Straßenverlauf zentral festgelegt, die regionalen Fürsten waren lediglich für die Umsetzung der Vorgaben der Krone zuständig, die ohne Rücksicht auf Landbesitz erfolgten. Seit 1738 durften sie dazu mit der »*corvée royale*« (»königliche Fronarbeit«) direkt die ansässigen Bauern ausbeuten. Das Ergebnis war beeindruckend: in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde ein großer Teil des 25 000km langen Netzes von Landstraßen gebaut, das Paris mit den Hafenstädten, anderen Zentren wie Lyon und dem Osten verband. Allerdings war

das Straßennetz beim Ende der Monarchie schon wieder im Verfall – gerade die geschotterten Hauptstraßen bedurften einer ständigen Pflege, um nicht völlig unbefahrbar zu werden. Schuld daran war teilweise die Unfähigkeit der staatlichen Behörden, individuelle Interessen (bspw. der Ingenieure) einem »Allgemeininteresse« unterzuordnen (Brückenbau war z.B. wesentlich Karriere fördernder als Straßenbau, so dass – wie heute – manchmal beeindruckende Brückenbauten in der Landschaft standen – aber ohne Anbindung). Das eigentliche Problem lag aber in der fehlenden Kapitalbildung und mangelnder Kontrolle der Arbeitskraft. Zwar hatte man 1758 die *corvee royale* in eine Steuer für die bäuerlichen Straßenanrainer umgewandelt und konnte so vermehrt (produktivere) Lohnarbeiter einsetzen, aber eine *allgemeine* Steuer für den Straßenbau ließ sich nicht durchsetzen, auch Grundbesitzer und Adlige wehrten sich gegen den »Zwang der Krone«, der sie belastete – und mit dem Widerstand der Bauern und der Arbeiter konfrontierte. Wie auch in anderen Ländern gelang es dem französischen Zentralstaat nicht, entscheidende Schichten der Bevölkerung für den Straßenbau zu mobilisieren.

England hingegen setzte nach dem Bürgerkrieg um 1650 stärker auf Kapitalbildung. Der Straßenbau wurde seit 1707 von den sogenannten »*Turnpike Trusts*« vorangetrieben, vom Parlament autorisierte Gesellschaften aus zumeist örtlichen Landbesitzern. Im Gegenzug zur Verpflichtung, Straßen zu bauen und zu unterhalten, bekamen sie das Recht, Benutzungsgebühren zu erheben. Und vor allem konnten sie Kredite auf *zukünftige* Gebühreneinnahmen aufnehmen. Auch sie griffen zunächst auf Fronarbeit der Anwohner zurück, die auch hier im Laufe der Zeit durch Steuern ersetzt wurde. Parallel zu Frankreich wurde Verwaltung und Planung der Streckennetze zentralisiert. Der entscheidende Unterschied war, dass in England einer lokalen bürgerlichen Klasse Profitmöglichkeiten eröffnet wurden. Zwischen 1750 und 1760 erbauten 300 *Turnpike Trusts* 10 000 Meilen Straßen; in den 1830er Jahren unterhielt ihr Netzwerk 20 000 Meilen oder 17 Prozent des gesamten Straßennetzes, vor allem in den industriellen Ballungszentren wie Manchester und fast alle Ausfallstraßen Londons. Straßen wurden von den *Trusts* also dort gebaut, wo sich Industrie und Handwerk entwickelten.

Die *Trust Company* als Zusammenschluss selbstständiger Grundbesitzer-Unternehmer mit quasi-staatlichen Privilegien war keine Erfindung aus dem Straßenbau; zuerst waren solche Unternehmen im Bergbau entstanden, dann im großen Maßstab während der »*canal-mania*«. Sie transferierten die alten feudalen Beziehungen zwischen »Staat« und »Untertan« auf eine kommerzielle Ebene. Die Bauern mussten nun neben der Ableistung ihrer Pflichten für die »Allgemeinheit« zusätzlich als »Kunden« Entgelte für die Nutzung bezahlen. Durch die Kreditwürdigkeit der *Trusts* konnte weiteres Kapital mobilisiert werden. Das ermöglichte den im Vergleich zu Frankreich stärkeren Einsatz von Lohnarbeitern, die verlässlicher und produktiver und z.T. auch qualifizierter als die bäuerlichen Fronarbeiter waren. Sie hatten keine Verbindungen zum Ort, an dem sie arbeiteten und keine landwirtschaftlichen Verpflichtungen, die in Konflikt mit ihrem Einsatz geraten konnten.

Die in England weiter vorangeschrittene Proletarisierung hatte zwei Seiten: Es gab eine größere bürgerliche Klasse mit eigenen kommerziellen Zielen – es gab aber auch eine größere Lohnarbeiterklasse.

Eine Entwicklung von Maschinerie gegen die Widersetzlichkeit dieser Lohnarbeiter fand auch in England zunächst nicht statt.

Der Eisenbahnzyklus

Maschinen ...

Bei der Entwicklung des Verkehrs hatte der Antrieb eine besondere Bedeutung. Antrieb von Fahrzeugen und Antrieb von Produktionsmaschinen entsprechen sich: mit Kohle befeuerte Dampfmaschine in der Textilindustrie und Dampflok / Verbrennungsmotor und Diesellok bzw. Auto / Elektrizität ... Vor der Erfindung des motorischen Antriebs lohnte sich der Landtransport über große Distanzen nur für wertvolle Lasten; ein (Zug-) Pferd fraß über eine Distanz von 250 km so viel, wie es selber ziehen konnte (bei Traglast war das Verhältnis noch ungünstiger). Erst die Eisenbahn- und ihr Dampfantrieb machten den Transport von Massengut über lange Strecken rentabel.

Hier war der Staat noch stärker als beim Straßenbau gefragt. Ein großer Vorteil der Eisenbahn liegt im Eisenbahn*netz*. Die dafür erforderliche Koordination / Planung und Standardisierung der Technik musste staatlich durchgesetzt werden. Investitionen, etwa zur Einführung einer neuen Technik, sind jedoch extrem teuer. Sie ziehen sich über viele Jahre hin und werden meist erst wirksam, wenn das gesamte Netz umgebaut ist. Das bedingte einen sehr langsamen Fortschritt der Bahntechnik. Ein »Innovationszyklus« dauert hier 30 Jahre.

Literatur zum Weiterlesen:

Marx/Engels
Deutsche Ideologie
MEW 3

Friedrich Engels
Zur Wohnungsfrage
MEW 18

Eric Hobsbawm
Ungewöhnliche Menschen
Hanser 2001

John Holloway
Capital moves
www.wildcat-www.de/zirkular/21/z21hollo.htm

Ferruccio Gambino
Kritik am Begriff des Fordismus, wie ihn die Regulationsschule benutzt
www.wildcat-www.de/zirkular/28/z28fordi.htm

Edna Bonacich, Jake B. Wilson
Getting the Goods: Ports, Labor and the Logistics Revolution Ithaca: Cornell University Press 2008. - Ein unglaublich wichtiges Buch!

Dankwart Danckwerts
Logistik und Arbeit im Gütertransportsystem. Rahmenbedingungen, Verlaufsformen und soziale Folgen der Rationalisierung in Transport, Umschlag und Lagerei. Opladen: Westdt. Verl. 1991

Daniela Ahrens
Jenseits des Mythos vom »gläsernen Fahrer«: Die Rolle der Telematik im Transportprozess. In: »Digitalisierung der Arbeitswelt. Zur Neuordnung formaler und informeller Prozesse in Unternehmen« (2008)

Richard Vahrenkamp
Die logistische Revolution. Der Aufstieg der Logistik in der Massenkonsumgesellschaft. Frankfurt / New York: Campus, 2012

David Graeber
Hinter dem Mond statt auf dem Mars. Warum der Kapitalismus den Fortschritt bremst; Ebook, Campus 2012

Sergio Bologna:
»The shipping Tsunami«
www.albertoforchielli.com/2013/03/11/the-shipping-tsunami/

England: *Take off*

Der Aufbau von Verkehrs-Infrastruktur war und ist eine große gesellschaftliche Anstrengung, die sich nur in seltenen Ausnahmefällen finanziell lohnt. Der Bridgewater-Kanal ist eine solche Ausnahme – das Spekulationsfieber, das er auslöste, ist dagegen eher die Regel. Und diese »Regel« von Spekulationsfieber und Pleite wiederholte sich beim Eisenbahnbau. Die Eisenbahngesellschaften sammelten Kapital am Aktienmarkt ein, und schon in den 1830er Jahren begann eine Börsenspekulation.

Im Rahmen der napoleonischen Kriege war es zu enormen Preissteigerungen für Futtermittel gekommen. Die Grenzen des alten tierischen Antriebs (Pferdefutter war zu teuer geworden) beschleunigten den kommerziellen Betrieb der jungen Erprobungsstrecken der Eisenbahn und führten zu einem gewaltigen industriellen »Take off«.

Der Kanalbau hatte einen ersten Durchbruch im Massengütertransport zwischen den Ballungsgebieten in England und den Überseehäfen gebracht. Aber erst die Eisenbahn mit der Dampflok bewirkte einen gewaltigen Sprung im Steinkohlebergbau, einerseits durch eine enorme Absatzsteigerung für Steinkohle, andererseits durch die logistische Erschließung der Reviere. In der Folge wurde auch die Stahlerzeugung und -verarbeitung sehr viel profitabler – auch hier war die Eisenbahn Großabnehmerin. Zudem konnte das breite Wissen der Arbeiter aus dem Straßen- und Wegebau nun im Gleisbau eingesetzt werden (und die dabei entwickelten Techniken ermöglichten später wiederum die Weiterentwicklung des Straßenbaus; Bagger erschienen ab ca. 1850, Dampfwalzen um 1860).

Deutschland: Dominanz der Montanindustrie ...

Etwas später verlief dieselbe stürmische Entwicklung in Deutschland. 1835 wurde die erste Verbindung zwischen Nürnberg und Fürth eingeweiht, 1837 mit der Strecke Leipzig-Dresden die erste nur mit Dampflokomotiven betriebene Strecke. Bereits 1840 waren bei Bau und Betrieb der Eisenbahnen über 40 000 Menschen beschäftigt, mehr als im Steinkohlebergbau. 1846 waren es sogar fast 180 000 (25 000 im Betrieb, 155 000 beim Bau von Brücken, dem Verlegen der Trassen usw.). Gleisbau war nun endgültig keine Fronarbeit mehr, sondern Lohnarbeit, bei der industriell gefertigte Vorprodukte verarbeitetet wurden. Die Arbeiter waren oft verarmte Kleinhandwerker, Weber usw., also ländliches Proletariat – teilweise auch schon Arbeitsmigranten, etwa aus Italien.

Nun entwickelte sich auch der Lokomotivbau rasant; zu Beginn waren nahezu alle Lokomotiven aus England gekommen, zwischen 1850 und 1860 wurden schon über 3000 Stück in Deutschland gebaut, und Borsig in Berlin stieg zur weltweit drittgrößten Lokomotivfabrik auf. Der Eisenbahnbau wurde zum Zugpferd der deutschen Industrialisierung und besonders der Montanindustrie. In anderen Ländern war diese nicht so beherrschend; in England dominierte die verarbeitende Industrie (Textilherstellung) und in den USA kam eine bedeutende Landwirtschaft hinzu.

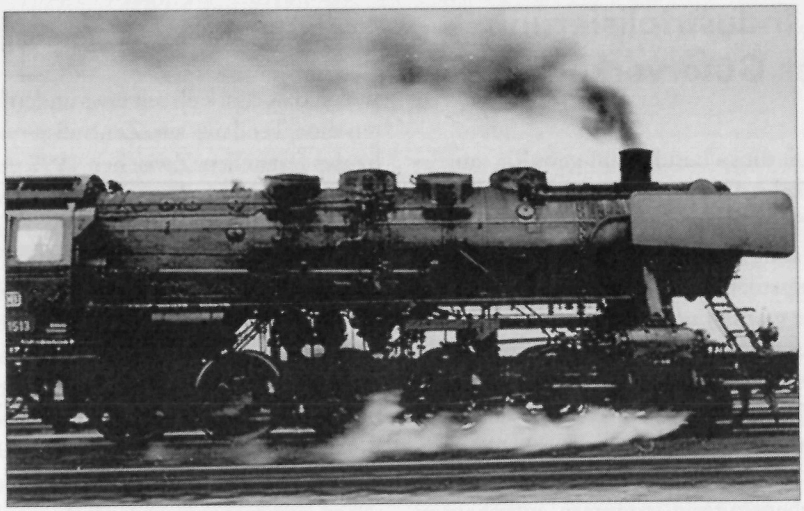
Erst mit der Eisenbahn konnten sich die Städte weiter ausdehnen. Innerstädtische industrielle Versorgungsbetriebe wie Bäckereien und Schlachthöfe konnten nun mit Massengut und Energie versorgt werden. Und die Arbeiter pendelten aus den neuen Vorstädten mit Straßenbahnen oder den umliegenden Dörfern mit dem Zug zur Arbeit. Nun konnten auch Industriekonglomerate wie das Ruhrgebiet entstehen, deren Rohstoffe (Eisenerz) in gewaltigen Massen herbeigeschafft werden mussten.

Dazu wurden Fernverbindungen in staatlicher Regie aufgebaut und nach der Reichsgründung 1871 fast alle Bahnen als Länderbahnen betrieben (entweder direkt vom Staat oder als Privatbahn unter Aufsicht einer Behörde). 1920 wurden die deutschen Bahnen unter der neuen Reichsbahn verstaatlicht. Angesichts der strategischen Bedeutung der Eisenbahn für die gesamte Wirtschaft übernahm der Staat auch Teile des Betriebs; Schrankenwärter und Streckenposten waren von Beginn an der Militärpolizei zugeordnet und somit Staatsbeamte. Im Laufe der Übernahme der Privatbahnen durch den Staat wurde das Beamtenverhältnis auf weitere Berufsgruppen ausgedehnt.

In nahezu allen Ländern wurde der Kernbereich der Bahnen staatlich betrieben oder war zumindest einer starken staatlichen Regulierung unterworfen: In den USA blieb die direkte Verstaatlichung eine kurze Episode zwischen 1917 und 1920, in Frankreich wurde mit der Gründung der SNCF 1937 eine staatlich kontrollierte privatwirtschaftliche Lösung gefunden (mit Minderheitsbeteiligung der bisherigen Anteilseigner der enteigneten Privatbahnen) und in England fand sie endgültig erst 1948 statt.

In den USA, wo der regionale Zubringerverkehr zu den Bahnterminals sehr früh vom Bahnbetrieb getrennt wurde, kam es seit den 20er Jahren zu sehr militanten Streiks der Fahrer / Fuhrunternehmer (z.B. *Minneapolis Teamster Strike* 1934).

In Deutschland waren im 19. Jahrhundert Streiks vor allem von Gleisarbeitern und Metallarbeitern in den Eisenbahnwerkstätten ausgegangen, z.B. 1845 in Riesa ein Streik von 1000 Bahnarbeitern, im Oktober 1848 ein Streik in den Dortmunder Werkstätten der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft für höheren Lohn und die Verkürzung



der Arbeitszeit. Ein halbes Jahrhundert später waren diese Facharbeiter in den Werkstätten des Eisenbahnzeitalters die Kerne der Rätebewegung. Aber nach der Verbeamtung der Eisenbahner gab es in Deutschland nur noch zwei große Bahnerstreiks: 1920 gegen den Kapp Putsch und 1922 gegen die stark gesunkenen / entwerteten Löhne und für einen automatischen Inflationsausgleich. Die Verbeamtung des fahrenden Personals hat im Grunde bis zum GdL-Streik 2007 für Ruhe gesorgt.

... Aufstieg der Konsumgüterindustrie und Krise der Eisenbahn

Die Effizienz des Eisenbahnnetzes liegt in seinen Knotenpunkten, Rangierbahnhöfen und Terminals für das Umladen und (Neu-)Zusammenstellen von Ladung. Diese »*Sammelladungen*« waren sehr zeitaufwändig, arbeitsintensiv und teuer; der Verkehr auf Pferdewagen / LKW zu den Bahnterminals musste organisiert werden (denn auch auf dem Höhepunkt des Streckenausbaus um 1930 waren zwei Drittel der Gemeinden nicht an das Eisenbahnnetz angeschlossen), dann musste umgeladen werden, man musste warten, bis ein Waggon voll war, und am Ende mussten die Waren vom Zielbahnhof aus wieder verteilt werden. Das führte zu Staus auf den Güterstrecken, Rangierbahnhöfen und den Terminals, die einen Transport vieler Waren (etwa frischer Lebensmittel oder Halbfertigwaren für die Weiterverarbeitung) erschwerte oder unmöglich machte.

»*Im Herbst des Jahres 1912 spitzte sich die Lage im Güterverkehr dramatisch zu einer Transportkrise im Ruhrgebiet zu, als ein Verkehrsstau am Rangierbahnhof Hohenhudberg eine Kettenreaktion auslöste und sich der Stau auf die Bahnhöfe der benachbarten Direktionsbezirke Elberfeld und Essen wochenlang ausbreitete. Die Bahnhöfe waren überfüllt, und für kurze Strecken benötigten Züge einen ganzen Tag.*« (Vahrenkamp, S.150)

Zwar arbeiteten noch Ende der 20er Jahre mehr als die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland in »eisenbahnaffinen« Industrien wie Kohle, Stahl und Chemie, gleichwohl hatte die Konsumgüter- und Montageindustrie in den 20er Jahren einen raschen Aufschwung genommen. Die Anforderungen dieser arbeitsteilig organisierten Massenproduktion trieben das Bahnnetz vollends in die Krise. »*Das Wachstum des Stückgutaufkommens in den 1920er Jahren erwies sich als Sprengsatz für die Eisenbahnlogistik (...) als durch die steigende Bedeutung der Fertigwarenindustrie der Stückgutverkehr der Reichsbahn von 14,6 Mio. Tonnen im Jahre 1925 auf 20,4 Mio. Tonnen im Jahre 1929 zunahm*« (ebenda, S.130f)

Trotz der ständigen Erweiterung der Rangierbahnhöfe konnten die Engpässe nicht beseitigt werden – ein Wettlauf, der an den Autobahnbau der 1970er Jahre erinnert. Die Eisenbahn stieß an ihre Grenzen bei der Versorgung der Großstädte. Diese »Transportkrise« setzte sich in den nächsten Jahrzehnten fort, sie konnte auch durch einen weiteren Ausbau des Streckennetzes nicht mehr gelöst werden: Das Problem lag dabei weniger im Verlegen von noch mehr Schienen, als im exponentiell steigenden Arbeitsaufwand an den Umschlagspunkten beim manuellen Umladen und beim Rangieren der Waggons. Hinzu kam, dass kaum grenzüberschreitender Verkehr mit der Bahn stattfand. Die Streckennetze waren national ausgelegt (unterschiedliche Spurweiten, Fehlen einer gemeinsamen Verkehrssprache, Personal muss gewechselt werden ...).

Die Industrialisierung des Güterverkehrs

Die »Globalisierung« beruhte auf gewaltig zunehmendem Verkehr: Die Auslagerung von Zulieferbetrieben nach Osteuropa bedingte Beschaffungsverkehre und neue Absatz- und Verteilungsverkehre (»Euro-Logistik«). Viele Betriebe der Konsumgüterindustrie wurden noch weiter weg nach Asien, Nordafrika, Südosteuropa usw. verlagert. In den großen Häfen Nordeuropas entstanden zentrale Lager der Handelsketten (Bsp. *Tchibo*). Die globale Produktion und Verteilung von frischen Agrarprodukten wäre ohne die von den kapitalstarken Monopol-Lebensmitteldiscountern aufgebauten spezialisierten Logistiksysteme nicht denkbar: Gemüse muss *just in time* geerntet, verpackt, gekühlt gelagert und transportiert werden.

Die Transportkosten verringerten sich: Zum einen verlagerte die Durchsetzung des Containers im See-Landtransport die Umschlagsarbeit vom Knotenpunkt des Kais auf vielerlei Packstationen im Binnenland. Damit wurde die Hafenarbeit stark rationalisiert und räumlich verteilt. Zum anderen wurden die Arbeitsprozesse in den Lager- und Distributionszentren umstrukturiert. »Industrialisierung der Arbeit im Gütertransport« meint den Übergang von der Einzelbehandlung der zu transportierenden Güter zur »verstetigten Serienbehandlung«. In der Maschinerie (bspw. einem automatischen Sortierband) wird das Erfahrungswissen der ArbeiterInnen objektiviert, Poren im Arbeitstag durch Standardisierung und Zerlegung der Arbeitsprozesse geschlossen. Gleichzeitig wird das Tempo der realen Güterbewegung durch die Maschine beschleunigt. »Dabei wird Transportarbeit sukzessive aus den unmittelbaren operativen Bereichen der Transport- und Logistik-Prozesse verdrängt.« Es kommt zu einer Verzahnung von Produktions- und Transportarbeit, in *»betriebsübergreifenden Kooperationen«* und *»prozessfunktionalen Ordnungssystemen«* (Danckwart).

Steigende Zuverlässigkeit bei sinkenden Kosten des Transports hat die globale Arbeitsteilung in der Produktion erhöht. Die vorerst letzte Stufe ist seit den 90er Jahren das *»supply chain management«*. Der nächste große technologische Angriff läuft schon, teilweise unter dem ideologischen Label *Green New Deal*. Unter dem Schlagwort *»green logistics«* wird an einer weiteren Rationalisierung gearbeitet, z. B. einer effizienteren Steuerung. Lagerarbeit wird automatisiert, etwa durch automatische Palettieranlagen, selbstfahrende Transportsysteme, Roboter, RFID, NFC usw. (Das alles dann mit Sonnenenergie betrieben, somit *»green«*.)

Neue Zentralisierung

In den USA lässt sich seit etwa anderthalb Jahrzehnten eine Tendenz zur Zentralisierung der Lagerhäuser feststellen. Zwischen 1998 und 2006 ist die Zahl der (statistisch erfassten, d.h. wahrscheinlich nur der fest angestellten) Beschäftigten im Lagerhausbereich von 120 000 auf 600 000 gestiegen, eine jährliche Zunahme von 22 Prozent. Die Steigerung fand vor allem im Bereich der *»mega distribution centers«* statt, das sind Einrichtungen mit mehr als 500 000 Fuß² und mehr als 100 Beschäftigten. Die Zahl der Betriebe mit weniger als 100 Beschäftigten hat sich zwischen 1998 und 2005 verdoppelt, die mit mehr als 100 haben sich in derselben Zeit mehr als verdreifacht, am stärksten nahmen die Betriebe mit 250 bis 499 Beschäftigten zu. *»Economies of scale«* heißt in diesem Fall vermehrter Einsatz von Technologie. Dazu passt, dass im selben Zeitraum sich das durchschnittliche Verhältnis von *»warehouse manager«* zu Arbeiter von 1:12 auf 1:32 verändert hat.

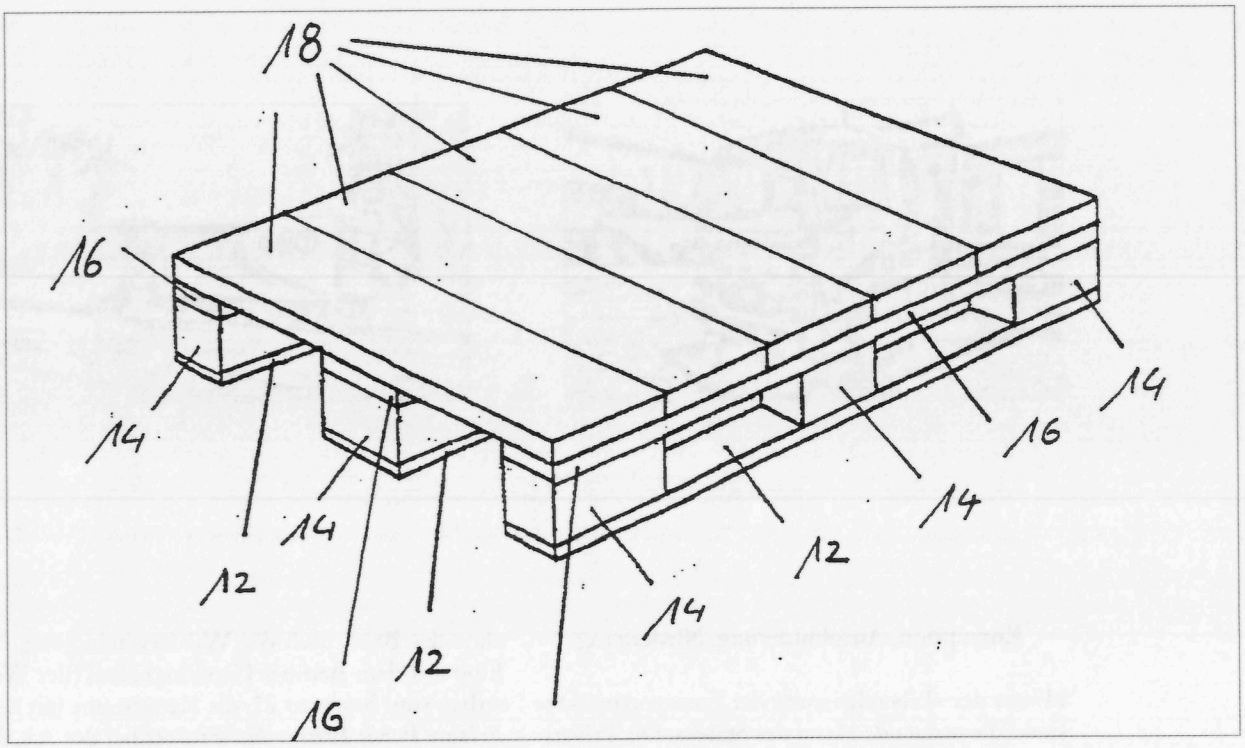
Der State-of-the-Art-Betrieb wird immer größer. 2006 lag ein Viertel aller Lager-Neueröffnungen in der Kategorie »100+«, während es 1998 nur ein Zwanzigstel war. Heute hat ein neu errichtetes Warenverteilzentrum typischerweise 700 000 Fuß2, beschäftigt 300 bis 400 ArbeiterInnen und kostet mehr als 100 Millionen Dollar. Lokale, nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeitskraft wird knapp.

Menschenleere Palettenlager funktionieren nicht, und im gleichen Maße, wie Arbeit durch Automatisierung eingespart wird, werden andere Arbeiten dazugeholt; im Fall der Einzelhandelslager Aufbereitung der Retouren, Montage, Verpacken, Auszeichnen usw.

Die räumliche Konzentration erhöht sich wieder; bei steigender Kapitalkonzentration betreiben z.B. die Logistikfirmen Produktionslager für mehrere Kunden; diese »Zwischenlager« in der Nähe der Produktionsbetriebe sollen Störungen durch Staus, Unfälle, Streiks etc. abpuffern.

Umkämpfte Mobilität

Entgegen den für den Kapitalismus unverzichtbaren Versprechungen predigt das Kapital seit vier Jahrzehnten die »natürlichen« Grenzen der sozialen und räumlichen Mobilität – dieser Spagat zeigt sich in einer zunehmenden Polarisierung zwischen einer weltweiten Verfügbarkeit von Gütern und Informationen einerseits, andererseits der Kontrolle der individuellen Mobilität (unbegrenzte Mobilität für Leute mit Geld vs. durch *Frontex* militarisierte Grenzen bzw. Einsperren von MigrantInnen wie in den Golfstaaten).



Dazu kommt, dass auch die Mobilität von Waren entgegen postmoderner Ideologien nicht körperlos ist und an »natürliche« Grenzen wie Erdöl und Flächenverbrauch stößt. Deutlicher als natürliche waren allerdings in den letzten Jahren soziale und politische Grenzen: Weltweit haben sich Bewegungen gegen große Infrastrukturprojekte gestemmt wie Flughäfen, Bahnhöfe, Autobahnen, Bahnstrecken und Kraftwerke zur Gewinnung der dafür notwendigen Energie. Diese Kämpfe richteten sich gegen die Wegnahme von Land und die Zerstörung bisheriger Reproduktionsgrundlagen, gegen die Verschmutzung von Wasser und Luft, gegen Lärm usw. In ihnen sind viele Menschen aktiv, die selber Erfahrungen im Güter- und Personentransport, in Lagerhaltung und Verkauf, in prekären Jobs und in der Zulieferindustrie gemacht haben, die erlebt haben, dass die heutigen Arbeitsbedingungen – wie Flexibilisierung, Ausweitung der Arbeitszeit, Verdichtung und Monotonisierung der Arbeit – der »Preis« der kapitalistischen Mobilität sind. Trotzdem haben sich diese Bewegungen lange Zeit neben der Situation auf Arbeit entwickelt, und fast nie diejenigen mit einbezogen, die immer stärker von sozialer und räumlicher Mobilität und öffentlicher Infrastruktur abgekoppelt werden. Ganz typisch der erfolgreiche Kampf gegen die neue Startbahn in München: die Leute wehrten sich als Häuslebauer gegen Fluglärm, waren aber als BMW-Arbeiter brav. Erste positive Überwindungen dieser Getrenntheit sehen wir vor allem in den Kämpfen an der US-Westküste (siehe Artikel im Anschluss), Kämpfe, in denen eine migrantische Klassenzusammensetzung ihre Erfahrungen in Gütertransport und Lagerarbeit mit der erlebten Zerstörung ihrer Umwelt zusammenbringt – und mit Aktivisten der neuen sozialen Bewegungen wie *Occupy* zusammenkommt.

Neben dem kollektiven Widerstand gegen Infrastruktur gibt es einen langfristigen Trend im individuellen Verhalten. Speziell in den Großstädten der Industrieländer nimmt seit knapp zehn Jahren die jährlich mit dem Auto zurückgelegte Strecke ab (»*peak travel*«); junge Leute machen immer später oder gar nicht mehr den Führerschein (»*peak car*«). Die Megastädte in den Schwellenländern wie Peking oder Jakarta versuchen gar nicht mehr ernsthaft, ihre Raumplanung dem Ausmaß der Autolawine anzupassen. Städtebaulich scheint das Ende der »Autostadt« erreicht. Wahrscheinlich wird der Autoabsatz an die Mittelschicht in diesen Ländern noch eine Zeitlang wachsen; dass diese Gesellschaften denselben Weg wie die alten Industrieländern zur *Massen*motorisierung gehen, ist aber nicht zu erwarten.

Die jahrhundertelange Tendenz zur Ausdehnung der Städte / Zersiedelung der Landschaft hat sich gedreht, es kommt zu einer Neuverdichtung der Großstädte. Das widerspricht nicht der Bildung neuer Agglomerationszentren in Asien oder Afrika, diese findet in erster Linie in den Subzentren auf dem Land statt.

Korruption, Ausplünderung, Niedergang

Hinter der »Liberalisierung der Transportmärkte« stand die ordnende Hand des Staates. Die Privatisierung des Öffentlichen Dienstes hat die Bastionen bei Bahn, Öffentlichem Nahverkehr und Post geschleift (Müllmänner, Busfahrer, Bahn- und Postangestellte ...). Die Deregulierung des Transportwesens (Abschaffung von Tarifen, Ausflaggung von Schiffen ...) hat dazu geführt, dass die Frachtraten in den Keller gingen und die Löhne und Arbeitsbedingungen im Transportbereich sich – bis auf wenige Ausnahmen – rapide verschlechterten.

Die enormen Kosten für den Ausbau z.B. der Hafeninfrastrukturen bezahlten die Staaten, während die Reedereien phantastische Gewinne einfuhren. Dies war typisch für die als »Globalisierung« bezeichnete Akkumulationsweise: Plündern der Infrastruktur und »Finanzialisierung« bei sinkenden Akkumulationsraten. Der Umbau der *Deutschen Bundesbahn* zur *Deutschen Bahn AG* verkörpert exemplarisch die Ausplünderung gesellschaftlich produzierter Gebrauchswerte – nämlich Infrastruktur – durch Privatunternehmer. Seit Jahrzehnten wird Verkehrsinfrastruktur nicht ausreichend gepflegt. Ein Beispiel aus der BRD: nach den gewaltigen Investitionen in S21 und -zig Kilometer langen Tunnels wird der Zug am Ende dann wieder so schnell von Stuttgart nach München fahren, wie er es in den 70er Jahren auch schon tat; zwischenzeitlich dauerte es immer länger, weil die Strecke nicht ausreichend gewartet wurde. Dabei ist der Verfall des Schienennetzes in der BRD noch recht bescheiden im Vergleich etwa zu den USA. Weitere Beispiele aus der BRD sind die vielen kaputten Autobahnbrücken oder das aktuelle Desaster mit dem Nord-Ostsee-Kanal.

In Italien sind Unternehmer, Mafia und Staat bei Verkehrsprojekten traditionell nicht voneinander zu unterscheiden. Das Beispiel von Roland Koch und dem Frankfurter Flughafen, die Neubaustrecken der Bahn nach der Wiedervereinigung, der Flop mit dem Berliner Großflughafen, (der Weiterbau von) Stuttgart 21, die Katastrophe mit dem *Private Public Partnership*-Projekt bei der A1, das Desaster mit dem Nord-Ostsee-Kanal, die gigantischen Fehlplanungen und Baumängel des *Jade-Weser-Ports* usw. usw. zeigen, dass sich dieser Filz auch in der BRD schon lange die Planung und den Bau von Verkehrsinfrastruktur zur Beute gemacht hat. Kostendruck zerstört den Gebrauchswert des Produkts, Profite sind staatlich garantiert, die beiden Seiten werden nicht mehr im Verwertungsprozess vermittelt. Was in England Anfang des 18. Jahrhunderts zusammenkam – Ausbeutung und privater Profit einerseits, Produktion von gesellschaftlichen Gebrauchswerten andererseits, ist so radikal auseinandergebrochen, dass es durch »mehr Geld« nicht mehr gekittet werden kann, die Milliarden versickern in Korruption und Finanzprodukten, ohne das Produkt zu verbessern, oder Innovation zu befördern. (Und auf der individuellen Seite ist ein Verkehrsteilnehmer gleichzeitig »Melkkuh« und »Kostenverursacher«.)

In allen Bereichen fehlen kapitalistische Innovationen (siehe Graeber; *Hinter dem Mond statt auf dem Mars...*), in der Verkehrsinfrastruktur bricht es so stark auf, weil sie am meisten den Zentralstaat bzw. den allgemeinen Konsens braucht, weil sie das Teuerste/Schwierigste/Notwendigste einer Gesellschaft ist, und deswegen hier »am meisten zu holen« ist. Während die Verkehrsinfrastruktur verfällt, steigen die Investitionskosten exponentiell an. Der Nationalstaat hatte Steuern erhoben, um die Straßeninfrastruktur zu finanzieren – wenn man das Modell auf »interkontinentale Verkehrswege« überträgt, bräuchte es einen globalen Überstaat.

Der erste globale Stau

Die immer weitere Ausdehnung der globalen Transportketten stößt tendenziell an Grenzen (was auszulagern war, ist ausgelagert; Arbeitsreservoirs sind erschlossen). Neue Strecken sind zuweilen schon jetzt flächenmäßig nicht mehr machbar. Ein noch größeres Problem ist aber die abnehmende Effizienz und steigende Anfälligkeit der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur. Hierfür werden zunächst »technische« Gründe genannt wie zunehmende Naturkatastrophen, hohe Energiepreise, veraltete Infrastruktur, Ungleichgewichte im Welthandel (Problem der Leercontainertransporte). Bei allen vier Gründen wäre einzuwenden, dass sie nur scheinbar »technisch« und auf wirtschaftliche und soziale Fehlentwicklungen zurückzuführen sind. Des Weiteren steckt hinter der abnehmenden Effizienz der Transportsysteme eine Arbeiterwidersetzlichkeit. Der dagegen laufende technologische Angriff geht teilweise ins Leere, was zu einer wachsenden Überakkumulation in der Transportbranche führt. Dieser Zusammenhang zeigt sich eindrucksvoll am »ersten globalen Stau«.

Er breitete sich im Herbst 2004 aus. Seit September hatte sich im südlichen Kalifornien etwas zusammengebraut, das die *Los Angeles Times* als »gewaltigen umlaufenden Verkehrsstau« beschrieb. Auf seinem Höhepunkt im Oktober stauten sich 94 Containerschiffe vor den Häfen von L.A., Straßen und Eisenbahnschienen im Hinterland waren blockiert. Er hatte sich immer weiter verschlimmert, weil an allen Ecken Arbeitskräfte fehlten – u.a. fehlten qualifizierte Stauer zum Schiffe Entladen, Trucker um die Container ins Hinterland zu bringen, Lokomotivführer zum Weitertransport. Der Mangel an LKW-Fahrern erklärte sich größtenteils damit, dass die Leute keinen Bock mehr hatten, ständig unbezahlt warten zu müssen, sich aber auch kein Unternehmen in der Lage sah, ihnen diese vielen Pausen zu bezahlen.

Die Schiffsgesellschaften machten riesige Verluste. Interessanterweise war der Stau von China ausgegangen und hatte sich über den Pazifik bis in die kalifornischen Häfen, ins kalifornische Hinterland, den Panamakanal und sogar bis in die europäischen Häfen ausgebreitet.

Die »Lösung« der Umschlagsfirmen bestand darin, gegen deren Widerstand Nachtschichten für die Hafenarbeiter an den Gates einzuführen und die Papierarbeit bei der Planung und Abfertigung zu digitalisieren (und anschließend tw. ins Ausland zu verlagern – siehe den Streik der ILWU-Angestellten in Los Angeles im Dezember 2012). Die Maschinisierung der Umschlagsarbeit wird durch immer größere und schnellere Kräne vorangetrieben (die heute bis zu sechs Container auf einmal heben können). Zudem wurde die Verbreiterung des Panama-Kanals und der Aufbau neuer Häfen an der US-Ostküste forciert, um den Flaschenhals Los Angeles zu umgehen. Auch der Bau immer größerer Schiffe liegt in dieser Logik begründet. Die Konzentration der Ladung in wenigen Großschiffen erhöht aber nur die Unstetigkeit des Arbeitsablaufs und an anderer Stelle die Komplexität der Abläufe im Umschlag – steigert also die Gefahr von »Staus«, wenn die ArbeiterInnen nicht mitspielen.

Die Tendenz zur Konzentration führt über die ganze Transportkette betrachtet paradoxerweise nicht zu einer Beschleunigung und Effizienzsteigerung. Im Gegenteil: Die durchschnittliche Geschwindigkeit im Schiffsverkehr ist inzwischen auf die von Segelschiffen gesunken – seit Mai 2012 sind *Maersks* Containerschiffe auf dem Rückweg (von Nordeuropa nach Asien) bis zu sieben Tage länger unterwegs, mit 14 Knoten, d.h. 25 km/h. Das erklärt sich zum Teil mit der globalen Krise, vor allem aber mit der stark überakkumulierten Schifffahrtsindustrie.

Immer mehr und größere Schiffe nutzen immer weniger ihre Kapazitäten aus: Aktuelle Containerschiffe können 36 000 Autos transportieren – zum Vergleich: In Spanien wurden im Februar 2013 weniger als 50 000 Autos verkauft; in ganz Europa 885 000; weniger als 25 Containerschiffe pro Monat würden reichen, selbst wenn in Europa kein einziges Auto mehr gebaut würde.

Aber da die Dinger nie voll sind, braucht man heute sowohl mehr Schiffe und Container als auch mehr LKW, um die gleiche Warenmenge zu bewegen. Aktuell sind zu jedem Zeitpunkt 20 Prozent aller auf See und auf der Straße bewegten Container / LKW leer. Die Frachtraten mögen durch den Preiskampf der Reedereien sinken, aber die Kosten pro befördertem Stück steigen. Ständig werden neue Gebühren erfunden, etwa Zuschläge für Leercontainertransporte, die aber die steigenden Kapitalkosten und die für Kredite notwendige Rendite nicht einspielen können.

Seetransport (ab Juni 2013 startet der Einsatz von *Maersks* Triple-E-Klasse mit Stellfläche für 18 000 Container), Straßentransport (*Gigaliner*) oder Lufttransport (immer größere Flugzeuge und Flughäfen): Die organische Zusammensetzung im Transportsektor hat sich seit den 80er Jahren enorm erhöht und steigt immer schneller an. Das würde sich nur rechnen, wenn die Umschlagszeit verkürzt, die Arbeit »dequalifiziert« und damit die Ausbeutung der Arbeit erhöht wird. Aber im Gegenteil sinkt trotz zunehmendem Einsatz von Technologie die Effizienz. Sie schaffen es nicht, die ArbeiterInnen dazu zu bringen, diese Technologie zu »benutzen«. Die Datenverarbeitung im Transport dient wesentlich zur Kontrolle. Zum Beispiel kann der Disponent via GPS den Standort des LKW mit Motordaten und Informationen über den Ladungsstatus zusammenbringen – und womöglich ließe sich noch der einfache Teil des Fahrzeugführens automatisieren. Aber der entscheidende Teil der Tätigkeiten, in denen der Fahrer spontan auf unvorhergesehene Probleme reagieren, neu entscheiden und sich mit anderen Arbeitern organisieren muss, ließe sich nur dann »automatisieren«, wenn zuvor der Fahrer dazu gebracht worden ist, alle Infos in den Computer in der Fahrerkabine einzugeben. Und hier liegt seit Jahren der Knackpunkt: die Fahrer tun das nicht und finden sich lieber via Funk und Handy zurecht (vgl. Daniela Ahrens: Jenseits des Mythos ...). Somit behalten sie ihr »Prozesswissen« für sich. Ähnliches ließe sich für die Versuche, Lagerabläufe zu automatisieren, beschreiben. Das Wissen um die Abläufe ist ein kollektives, dessen Überführung in Technologie davon abhängt, dass die Arbeiter auch bereit sind, mitzuspielen und sich auf die neuen Technologien »produktiv einzulassen«.

Schifffahrtskrise – eine neue Runde der globalen Krise?

Es gibt auch eine finanzielle Seite der Überakkumulation in den globalen Transportketten. Mitte März warnte Bundesbank-Vorstand Andreas Dombret »vor den maritimen Risiken für die Finanzwirtschaft«; es gebe ein »beträchtliches Risiko im Bankensektor«, deutsche Banken könnten »kentern« (die Nord/LB, die HSH Nordbank, mit einem Kreditvolumen von mehr als 30 Milliarden Euro lange Zeit weltgrößter Schiffsfinanzier, sowie die teilverstaatlichte Commerzbank).

Seit Ausbruch der globalen Krise geht es für die Schifffahrtsindustrie nach unten, die Frachtraten decken zum Teil nicht mehr die Spritkosten, zwei Drittel der deutschen Flotte soll kein Geld mehr haben, um den Treibstoff zu bezahlen. Der *New ConTex-Index*, der die Charter-Raten für Containerschiffe abbildet, liegt heute bei einem Drittel des Wertes vor der Krise. Aber warum stehen deutsche Banken im Zentrum dieser heraufziehenden Krise? Das hängt, wie so oft, mit der rot-grünen Regierung zusammen. Sie hat Reeder und Schiffsfinanzierer aus industriepolitischen und geostrategischen Gründen durch weitgehende Steuerfreiheit begünstigt. Dadurch ist die BRD in den ersten zehn Jahren des Jahrhunderts zu einer führenden Seemacht geworden, deutsche Reeder sind vor allem bei Containerschiffen weltweit die Nummer eins – jedes dritte Schiff gehört deutschen Financiers.

In diesem Zeitraum brach sich die Tendenz zur »Schiffsgigantomanie« Bahn: immer neue Bestellungen von immer größeren Schiffen. In einem Artikel vom 11. März (»*The shipping Tsunami*«) arbeitet Sergio Bologna heraus, dass der Antrieb dazu nicht aus der realen Handelsentwicklung, sondern aus dem Finanzierungsmodell kam: die Reedereien sind massiv abhängig von Bankkrediten; die Banken bewerten ihre Kreditwürdigkeit v.a. anhand der »Effizienz« der Flotte, Marktanteil ist dabei der wichtigste Parameter. Riesige Schiffe finanzieren somit riesige Schiffe. Ein Teufelskreis, der sich immer mehr beschleunigt hat – »rationale« Erklärungen wie steigender Transportbedarf o.ä. gibt es nicht. Diese bereits bestehende Blase wurde durch die Art, wie man die Schifffahrtsindustrie in der globalen Krise nach 2008 rettete, stark aufgepumpt – sie steht nun kurz vor dem Platzen. Denn die Preise der Schiffe selber sind im freien Fall. Bereits im Juli berichtete die FAZ, dass neue Containerschiffe mittlerer Größe zum »Verschrottungspreis« verkauft werden. Somit bricht der Kreditkreislauf auseinander, denn die Schiffe sind als Sicherheit bei den Banken »hinterlegt«. Bis zu 1000 Schiffsfonds – ein Viertel der deutschen Flotte – stehen vor dem Bankrott, den Anlegern droht der Totalverlust ihres eingezahlten Kapitals.

Allerdings sind die großen Reedereien »*too big to fail*«. Der Staat wird sie retten – und nach dem Modell der »Rettung« von Griechenland und Zypern das Geld dafür bei den ArbeiterInnen holen. Sergio Bologna weist in seinem Artikel auf viele Parallelen zur »*subprime*«-Immobilienkrise hin – aber auch auf einen wichtigen Unterschied: 2008 wurde nur die »Zirkulation virtuellen Geldes« unterbrochen, diesmal wäre die »Zirkulation materieller Waren betroffen.« ■

Fotos: Protestierende LagerarbeiterInnen in Piacenza und Bologna

Umschlagspunkte

Wir haben eine jahrzehntelange Zunahme des Verkehrs gehabt. Und wir erleben seit mindestens zwanzig Jahren, dass diese Zunahme unsere Arbeitsbedingungen verschlechtert – und so etwas wie »Arbeiterklasse« immer unsichtbarer macht.
Nun aber legen Security-Leute Flughäfen lahm, in den USA streiken die Walmart-Arbeiterinnen und die HafenarbeiterInnen blockieren die Häfen an der Westküste, sogar der Unfall der Costa Concordia vor einem Jahr machte die »Massenarbeit« im Bauch der Luxusschiffe deutlich – was ist los? *Revival* der Arbeiterklasse? Überall kämpfendes Proletariat? Historische Trendwende?

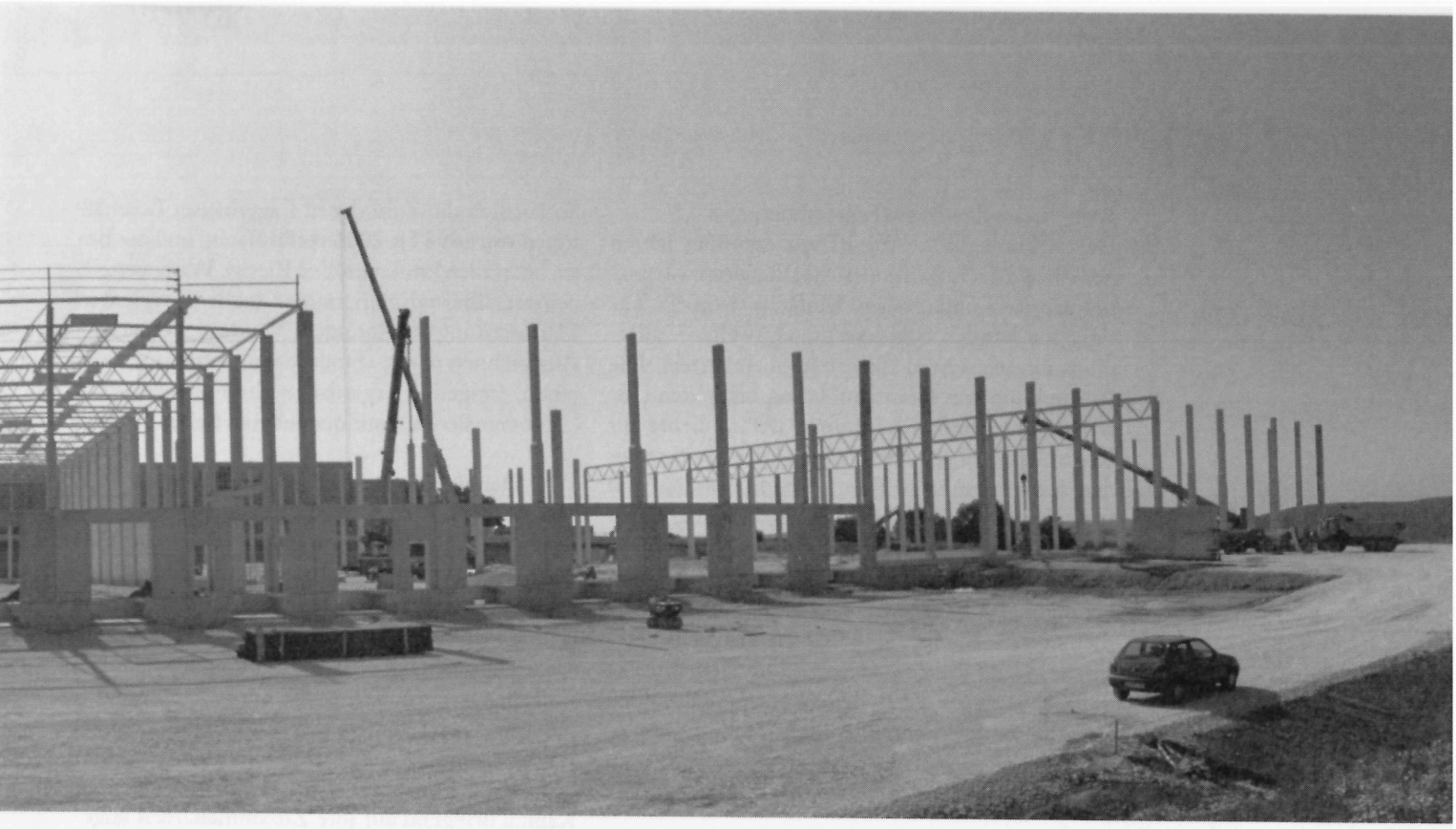
Neues Proletariat

Auch in der BRD sind in den letzten fünfzehn Jahren immer mehr Menschen aus dem System tariflich abgesicherter Arbeitsverhältnisse und der in die Sozialversicherungssysteme (Altersversorgung, Krankenversicherung und staatliches Bildungssystem) integrierten Verhältnisse herausgefallen – inklusive der Vertretung durch die Gewerkschaften.

Die Hartzgesetze haben diese Entwicklung massiv verschärft – mehr als eine Million Menschen sind seit Anfang 2005 durchgängig auf HartzIV, 320 000 davon arbeiten Vollzeit. Zwar hatte die Einführung der Hartzgesetze für einen kurzen historischen Moment dazu geführt, dass Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung zur zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzung wurden (»Montagsdemos« im Osten): unter welchen Bedingungen leben, arbeiten und wohnen wir in dieser Gesellschaft? Die radikale Linke stand aber zu lange abseits, die DGB-Gewerkschaften (unter deren Mithilfe die Hartzgesetze zustande gekommen waren), blockten massiv ab – der historische Moment war vorüber. Seit der Zuspitzung der globalen Krise thematisierte fast nur Sarrazin dieses neue Proletariat – als migrantisch, doof und arbeitsscheu.

Neue Massenarbeit

Dabei arbeiten die allermeisten. Gerhard Schröder stellte auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2005 die Hartzgesetze in den richtigen Zusammenhang: »Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.« – Und der sich massiv ausgeweitet hat: von prekären Jobs (es gibt z.B. knapp 1 Million LeiharbeiterInnen) und Tagelöhnerei über Kleinselbstständigkeit und Kleinunternehmertum, bis zu nicht als



Lohnarbeit definierter Arbeit im Rahmen staatlicher Transferleistungen (etwa 1€-Jobs oder »Freiwilligen«- / »Bürger-«arbeit gegen Aufwandsentschädigung) und »Zwangsarbeit« im Knast. In diesem »Niedriglohnsektor« gibt es große »Taschen« von (industrieller) Massenarbeit, flexible und lange Arbeitszeiten, viele MigrantInnen. Neben den steigenden Exporten sind diese sogenannten »einfachen«, manuellen und repetitiven, schlecht entlohnten Jobs das einzige in der BRD, das »boomt«. Und sie machen einen der zentralen Vorteile der deutschen Exportindustrie aus: Die Lohndifferenz zwischen festangestellten Facharbeitern und Leiharbeitern in der BRD ist die höchste in der EU.

Branchenübergreifend und global

Die neue Massenarbeit ist ein Proletariat an vielen Orten der globalen Produktionsketten, darunter auch an zentralen Schnittstellen. Sie ist gerade *kein* Sektor, sondern branchenübergreifend, zwischen ungelernten Produktionsarbeiten, Büro- oder Kassierertätigkeiten und manuellen Tätigkeiten in der Logistik. Statistisch schlagen sich diese Verhältnisse zumeist als »Dienstleistungsarbeit« nieder. Zwar dürften die größten Bereiche noch immer die klassischen Branchen wie Pflege, Einzelhandel und Gastronomie sein – viel stärker *angewachsen* sind in den letzten Jahren aber die sogenannten »produktionsnahen Dienstleistungen« wie Produktionsarbeit im Gewand der Zeitarbeit, sowie »Logistik« als Schnittstelle zwischen Produktionsbetrieben und Transportarbeiten (Logistikbetriebe übernehmen z.B. die Vormontage). »Dienstleister« bedeutet im VWL-Neusprech einfach Zulieferer, inzwischen sogar oft einfach »manuelle ArbeiterInnen«.

Vervielfachung und Industrialisierung der Transportarbeit

Die großen Produktionsbetriebe, die Hochburgen der Macht des Massenarbeiters, sind in den letzten Jahrzehnten zergliedert worden. Das war nur möglich durch die Vervielfachung des Transports. Im Transportbereich hat es seit den 80er Jahren immer wieder Kampfwellen von »Berufsgruppen« gegeben. Im Kern waren es die Kontrolleure (Fluglotsen und Vorfeldlotsen), die »Fahrzeugführer« (LKW, Lok, Flugzeug – weniger Schiff) und die Großgerätefahrer in den Häfen, die immer wieder zeigten, dass sie die Transportketten durchaus lahmlegen können. Sie haben aber die Grenzen ihrer Berufsgruppe nicht überwinden können, bzw. nicht überwinden müssen. Das gilt für LKW-Fahrer (bei denen noch das Kleinunternehmertum als Problem hinzukommt) genauso wie für Lokführer, Piloten usw.; zunächst wurde ihre Machtposition durch Just in time und »Rollende Läger« gestärkt – bereits kurze Arbeitsniederlegungen hatten massive Auswirkungen, und oft genügte schon die Androhung

eines Streiks für weitere Lohnerhöhungen.
Der technologische Angriff seit den 80er Jahren hat diese Machtpositionen qualifizierter »Transportarbeiter« untergraben. Einfache manuelle Tätigkeiten wurden stattdessen ausgeweitet – allerdings in einer ersten Phase räumlich verteilt. Die Ausbreitung von Kommunikationstechniken (Internet, Datenfunk, Mobilfunk, GPS ...) diente zur Kontrolle dieser verteilten Arbeit. Gleichzeitig wurden vordem exklusive Berufe wie Stewardess und Lokführer zu Anlernjobs. Die Arbeitsbedingungen im Transport- und Lagerbereich haben vorweggenommen, was inzwischen die allgemeinen Arbeitsbedingungen des »neuen Proletariats« sind. Nehmen nun die Kämpfe in diesem Bereich eine allgemeine Trendumkehr vorweg? Die GDL-Streiks 2007/8 waren jedenfalls die ersten »proletarischen Lokführerstreiks« seit einem Jahrhundert.

Der staatliche Angriff

Die schlechteren Arbeitsbedingungen entstanden nicht im »freien Spiel des Marktes«. Als Ronald Reagan im August 1981 streikende Fluglotsen in Handschellen und Fußfesseln abführen ließ, blies er zum Angriff auf diese »Berufsgruppen« – und markierte die Tendenz, von nun an Polizei/Militär gegen streikende »Verkehrsarbeiter« (Trucker, Hafenarbeiter, S-Bahn-Fahrer, Fluglotsen ...) einzusetzen. In den letzten Jahren wurde in Europa das Militär gegen Streiks in Griechenland (LKW-Fahrer, U-Bahn, Fähren) und in Spanien (Fluglotsen) eingesetzt. Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom August 2012 ist auch bei uns der Einsatz der Bundeswehr im Inneren legal.

vgl. »Die Militarisierung des Arbeitskampfes«
Direkten Aktion 214
www.direkteaktion.org

Unterhalb dieser militärischen Drohung haben Arbeitsamt und Staat einen boomenden Leiharbeitssektor aufgepäppelt und treiben den Warenverteilzentren die billigen Arbeitskräfte zu.

Zentralisation ohne Konzentration – die Trendwende?

Im Rahmen der »Globalisierung« wurden riesige Konzerne geschaffen (Zentralisation), ohne dass auf Arbeiterseite neue Orte massenhafter, direkter Kooperation entstanden (Konzentration). Die gewohnten Mechanismen auf Arbeiterseite (Beschäftigte einer Firma, oder Berufsgruppen wehren sich) liefen ins Leere. Das systemische Risiko in den globalen Transportketten blieb zunächst eine leere Drohung.

In den USA, die bei diesen Prozessen einige Jahre voraus sind, dreht sich diese Entwicklung seit etwa anderthalb Jahrzehnten, und es entstehen wieder größere Arbeiterkonzentrationen an einem Ort. So hat sich die Zahl der in Lagerhäuser Beschäftigten von 1998 bis 2006 verfünffacht, und die Betriebe werden immer größer. Riesige Warenverteilzentren übernehmen immer mehr Tätigkeiten (Aufbereitung der Retouren, Montage, Verpacken, Auszeichnen usw.); »Funktionenhäufung« auf der einen, steigende organische Zusammensetzung (Automatisierung) auf der anderen Seite.

Der globale Stau – der Kampf beginnt

Auch hinsichtlich der Kämpfe dreht sich die Tendenz, in den letzten Jahren kam es zu einem Aufschwung in den riesigen Montagezentren in China (Foxconn) und im globalen Transportsektor. Der »erste globale Stau« 2004 war der Wendepunkt. Die MalocherInnen haben es satt, durch ständiges Improvisieren und längere Arbeitszeiten die kaputte Infrastruktur und schlechte Organisation auszubügeln. In einem historischen Moment, in dem das Kapital dringend auf ihre Zusammenarbeit angewiesen ist, verweigern die ArbeiterInnen diese Zusammenarbeit. Nur wenn es dem Kapital gelänge, das Wissen und die Fähigkeiten der lebendigen Arbeit in einen technologischen Sprung zu übersetzen, könnte es die Überakkumulationskrise auflösen. In einem System, das zunehmend allen nur als Kontrolle der individualisierten Arbeit und Zwang erscheint, mangelt es an der Bereitschaft zur »Kollaboration«. Der Stau ist davon erstmal nur negativer, »technischer« Ausdruck. Aber weil in der gegenwärtigen historischen Konstellation das Kaptal gezwungen ist, die Dezentralisierung wieder zurückzunehmen, steckt in ihm die Potenz der globalen Arbeiterklasse. Daher unser Augenmerk auf Umschlagzentren und deren räumliche Konzentration wie im *Inland Empire* (s. S. 53).

Das Ende des Traums

In der Phase der »Globalisierung« nahm die weltweite Verfügbarkeit von Gütern und Informationen weiter zu, aber der soziale Gehalt des kapitalistischen Mobilitätsversprechens schrumpfte: Arbeitsmigration wird teilweise militärisch bekämpft; immer mehr Menschen sind vom sozialen Aufstieg ausgeschlossen. Räumliche Mobilität wurde ökologisch anrüchig und tendenziell immer teurer, die Ausdehnung des Verkehrs stößt inzwischen auch an »natürliche« Grenzen, und in den alten Metropolen sinkt die individuelle Mobilität noch aus anderen Gründen (»peak travel«, »peak car«).

Die kapitalistische Mobilität wird seit Jahren auf globaler Ebene zunehmend von Bewegungen gegen große Verkehrs-Infrastrukturprojekte und Kraftwerke herausgefordert. Zwar haben sich historisch gesehen die Kämpfe in Krisenphasen zunächst

immer aus der Produktion in die »Zirkulation« verlagert. Wir sehen in diesen Bewegungen aber kein Pendel auf die andere Seite schwingen, denn schon jetzt ist die Transportbranche nach dem Öffentlichen Dienst der Sektor mit den zweitmeisten Streiks weltweit. Bewegungen gegen Verkehrsprojekte finden auch deshalb so großen Zulauf, weil die Leute ihre eigenen Arbeitsbedingungen – wie Flexibilisierung, Ausweitung der Arbeitszeit, Verdichtung und Monotonisierung der Arbeit – als »Preis« dieser kapitalistischen Mobilität erleben, es aber erstmal einfacher finden, auf der Straße zu demonstrieren, als sich auf Arbeit zu wehren. Insofern gibt es die materielle Chance, dass »Bewegung« und »Arbeiterkampf« zusammenkommen. Die USA zeigen, wohin der Weg gehen kann: die Mobilisierungen der *Troqueros*, die Streiks in den Häfen, die Aktionen von Lagerarbeiterinnen – und die Aufmerksamkeit von *Occupy Wallstreet* diesen Kämpfen gegenüber sind Vorboten (siehe den Artikel im Anschluss).

Klasse!

Diese Bewegungen, Mobilisierungen und Kämpfe suchen nach dem Hebel, mit dem sie wirklich was ändern können. Einiges sind Umwege (Gewerkschaft mit Klasse verwechseln), einiges sind Sackgassen (Forderungen an den Staat), aber es sind Schritte über den Paternalismus des Organinizing und Kümmerns von oben hinaus.

In den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts war die gängige Meinung, nun gäbe es keine Arbeiterklasse mehr – Ende der 60er Jahre hätte das niemand mehr behauptet. Drei Jahrzehnte später war dieselbe Behauptung wieder zum *Mainstream* geworden. Das ist nicht so sehr ein soziologisches Problem, sondern die Frage danach, ob es eine Kraft gibt, die alles umstürzen kann. Denn wenn nicht, wären wir tatsächlich auf den Staat angewiesen, um unser Leben zu verbessern.

Die aktuellen Entwicklungen als »Erosion der Mittelschicht« zu verstehen, führt zu Sozialdarwinismus à la Sarrazin. Sie als »wachsenden Niedriglohnsektor« zu betrachten, führt zu Forderungen nach staatlicher Regulierung wie Mindestlöhnen oder Existenzgeld, allgemeiner Krankenversicherungspflicht usw. Man sucht den Konfliktort nicht »an der Basis«, sondern in der politischen Arena und hat Mitleid mit den »armen LeiharbeiterInnen bei Amazon«.

Wir wollen die Perspektive umdrehen und im neuen Proletariat das historische Subjekt sehen. Alquati wies Anfang der 60er Jahre darauf hin, dass die Facharbeiter den Montagearbeiter gar nicht als »richtigen Arbeiter« betrachteten: nicht qualifiziert, kein Klassenbewusstsein, nicht von der Lehre bis zur Rente in der Fabrik ... – die Arbeiterrevolten Ende der 60er Jahren gingen aber weitgehend von den Montageabteilungen aus. Ganz ähnliche Prozesse erleben wir heute.

Die Automatisierung lässt noch mehr »unqualifizierte Jedermannstätigkeiten« entstehen. Die Abgrenzung zwischen »Kern-« und »Randbelegschaften« bröckelt durch die »Prekarisierung« der Arbeit auch von ehedem Festangestellten.

Technologischer Angriff und Neuzusammensetzung

Überakkumulationskrise. Die Leute werden mit immer mehr Kapital, mit immer größeren Schiffen, größeren LKWs, mehr Kontrollelektronik umstellt – und trotzdem sinkt die Effizienz. Auch hier nochmal die Rückschau um mehr als ein halbes Jahrhundert: In der Olivettiuntersuchung sagten die frisch in die Fabrik rekrutierten ArbeiterInnen: »man könnte auf die Idee kommen, bei Olivetti wird die Desorganisation studiert ...«, und Alquati arbeitete heraus, dass es von dieser Beobachtung aus einen Weg ins kapitalistische Labyrinth der Verbesserungsvorschläge, der Beteiligung an der Produktivitätssteigerung und letztlich zur Vorstellung von Selbstverwaltung gibt – dass sie aber davon ausgehend auch ihre Macht zum revolutionären Bruch erkennen können.

Proletarisierung. Migrantische Arbeitskraft, die einerseits sehr viele Fähigkeiten hat (mehrere Sprachen und Kulturen, Umgehen mit modernster Kommunikationstechnik), andererseits immer stärker die »Lücken im Plan« stopfen muss – gleichzeitig aber immer mehr als »unqualifizierte« Arbeitskraft auf Abruf ausgebeutet wird.

Konzentration. Das Geheimnis der kapitalistischen Konterrevolution der letzten Jahrzehnte war die Zerlegung der großen Belegschaften, die Sub-Sub-Sub-Ketten. So konnten die ArbeiterInnen immer weiter gedrückt werden. Das geschah nicht ohne Widerstand, aber an keinem Punkt entstand daraus eine massenhafte Front, oder auch nur »Öffentlichkeit«. Was die BRD betrifft, lässt sich hier seit etwa sechs Jahren eine Trendwende feststellen: Streikenden schlägt mehrheitlich Sympathie entgegen, sie werden tendenziell als jemand gesehen, der / die für »unser aller Interesse kämpft«. Dies könnte im Zusammenhang mit der erneuten Konzentration der Ausbeutung zu einem qualitativen Sprung führen, wenn Streikende in der Öffentlichkeit als Kraft wahrgenommen werden, die unser aller Leben ändern kann. Dann kann Arbeiterkampf wieder zu revolutionärem Kampf werden. Und er wäre diesmal wirklich global. ■

USA

Erste Schritte des neuen Blaumanns

Die USA waren ab 2007 der Ausgangspunkt der globalen Krise und die ArbeiterInnen dort haben seither relativ am meisten verloren. Schon im Aufschwung davor waren zum ersten Mal in der Geschichte die Reallöhne während eines Konjunkturaufschwungs gesunken. Viele Proleten hatten sich verschuldet, um ihren Lebensstandard einigermaßen halten zu können. Der Zusammenbruch des Immobilienmarkts hat auch diesen Weg versperrt. In den USA ist eine soziale Polarisierung in Gang, die das seit Ende des Zweiten Weltkrieges gültige Koordinatensystem erschüttert. Der erneute Zuwachs der Verbraucherkredite um 150 Milliarden Dollar im letzten Jahr bestand zur Hälfte aus Studentenkrediten und zur anderen Hälfte aus sog. »Ninja-Krediten«, d. h. ungesicherten Krediten zu hohen Zinsen.
Vor diesem Hintergrund haben sich seit 2011 Bewegungen auf verschiedenen Ebenen entwickelt, die eine seit Jahren andauernde Blockade aufgebrochen haben.

»Mittelschicht« – Begriffsgeschichte?

Die Militanz der Arbeiterkämpfe der 30er Jahre wurde nach dem Krieg produktivistisch-gewerkschaftlich in steigende Löhnen und sozialer Absicherung für einen Teil der Arbeiter kanalisiert. In den 50er und 60er Jahren zogen viele (weiße) Arbeiter raus aus den Innenstädten nach »Suburbia«. Dies und die partielle Entkopplung von Lohn und Konsum schlug sich in einer verbreiteten Selbstzuschreibung als »Mittelschicht« nieder. Wer nicht zur »Mittelschicht« gehörte, war »Unterschicht« oder (ethnische) »Minderheit«.

Die sehr militanten Arbeiterkämpfe Anfang der 70er Jahre fanden nur selten aus diesem Spannungsfeld, zugleich »Arbeiter«, als auch »Minderheit« zu sein, hinaus. Die jungen Rebellen in den Autofabriken Detroits organisierten sich vor allem als »revolutionary *black*« worker (oder hispanisch oder arabisch oder...). Die von der Bürgerrechtsbewegung »erkämpfte« Quotenpolitik (*affirmative action*) hat die rassistische Segregation der Gesellschaft nur noch steigen lassen.

Seit den 80er Jahren führte die als »De-Industrialisierung« erfahrene Rationalisierung und Auslagerung von Industriearbeit und der Zustrom von Millionen lateinamerikanischer MigrantInnen zu einer steigenden Polarisierung zwischen gut ausgebildeten »Gewinnern« der Rationalisierung, den stetig kleiner werdenden gewerkschaftlich abgesicherten Bastionen und der Masse unregulierter sogenannter Dienstleistungsarbeit – und (versteckter) Massenarbeitslosigkeit. Statistisch sind seit 1973 die Reallöhne vor allem der Masse der Arbeiter und nicht-leitenden Angestellten gesunken. In den Haushalten wurde dieser Lohnverlust lange Zeit dadurch ausgeglichen, dass immer mehr Frauen erwerbstätig wurden – wo vor 40 Jahren in der Regel ein Arbeitseinkommen den Haushalt bestritt, sind es heute mindestens zwei (oder drei, oder vier, wenn die Leute mehrere Jobs machen, um über die Runden zu kommen). Insofern trifft es der Begriff »Blaumann« aus der Überschrift nicht, aber wir haben noch keinen anderen: »Massenarbeiter« wäre zutreffend, der Begriff ist aber historisch bereits vergeben.

Im selben Zeitraum verfünffachte sich die Inhaftierungsrate – vor allem traf dies die »Minderheiten«, d. h., Schwarze (vor allem männliche Jugendliche, aber auch zunehmend Frauen) und Latin@s.

Seit Mitte der 2000er Jahre erreicht die Polarisierung allerdings ein Maß, das als »Kollaps der Mittelschicht« und »Ende des amerikanischen Traums« thematisiert wird. Dieser Prozess wurde durch die Krise massiv verschärft – aus einer anderen Perspektive betrachtet, bedeutet er eine Tendenz zur Angleichung von Lebenserfahrungen. Auch für viele junge und akademisch Gebildete wird es normal, auf unabsehbare Zeit in schlecht bezahlten Dienstleistungsjobs neben MigrantInnen hängen zu bleiben. Das spiegelt sich in der Entwicklung der Protestwellen wider (siehe unten).

In den USA wird unterschieden zwischen dem ausbezahlten Lohn (»wage«) und den Sozialversicherungsbeiträgen (»workers compensation«)

Der durchschnittliche Nominallohn von nichtleitenden Arbeitern und Angestellten beträgt heute etwa 18 Dollar – tatsächlich verdienen neue ArbeiterInnen auch bspw. in der Autoindustrie deutlich darunter. Nach einer Gallup-Umfrage verbuchte das eine Prozent der Reichsten nach der Krise Anfang der 90er ca. 40 Prozent aller Einkommenszuwächse für sich; im Boom nach der IT-Rezession zehn Jahre später bereits 65 und 2010 schon 93 Prozent... Die geringfügig steigenden Lohnkosten

der Unternehmer in den letzten zwei Jahren sind fast ausschließlich auf steigende Sozialversicherungsbeiträge zurückzuführen, während die ausbezahlten Löhne stagnierten.

Der Zusammenbruch des Häusermarktes ließ das Vermögen der »Mittelschicht« um 40 Prozent sinken. Das trieb viele in die Obdachlosigkeit. Aber auch diejenigen, die ihr Haus zunächst noch halten konnten, verloren durch den Wertverlust an Kreditwürdigkeit. In der darauf folgenden Rezession wurden massiv Arbeitsplätze abgebaut, besonders sogenannte »middle-class-jobs«: Ca. 40 Prozent der zwischen 2008 und 2010 gestrichenen Stellen waren überdurchschnittlich bezahlt. Nur ca. 15 Prozent in dieser Kategorie wurden nach der Krise wiederbesetzt, in den von der Rezession am meisten getroffenen Branchen Bauwirtschaft und der verarbeitenden Industrie verschwanden in der Krise ein Drittel bzw. 17 Prozent aller Stellen. Bei drei Viertel aller nach der Krise neu entstandenen Jobs beträgt der Stundenlohn weniger als 15 Dollar. Auch in den Bereichen, die für einen neuen Boom der amerikanischen Industrie stehen, sind die Kernbereiche mit Aufstiegsmöglichkeiten sehr klein; so sind 2011 offiziell 150 000 Arbeitsstellen in der boomenden Öl- und Gasindustrie geschaffen worden – 115 000 davon für Verkäufer, Trucker, Lehrer.

Oder anders: Im August 2012 waren nach Angaben des US-Arbeitsamts ein Drittel aller neuen Stellen Jobs für Kellner und Barkeeper, ein Fünftel niedrig bezahlte Jobs in den ambulanten Gesundheitsdienstleistungen und der häuslichen Pflege, dann kommt der Einzelhandel.

Was ist also Obamas »Re-Industrialisierung«? Die Regierung subventioniert massiv die Ansiedlung von neuen Industrien und einer entsprechenden Logistik-Infrastruktur vor allem im Süden der USA; dabei entsteht eine Mischung aus High-Tech-Industrie (etwa Chip-Fertigung) und Massenarbeit (etwa Autozulieferer). Die Verhältnisse sind deutlich: Wenigen gut bezahlten Kernen steht ein »neuer Blaumann«, ein neuer Massenarbeiter entgegen.

Die unteren Löhne sind in der Krise relativ stabil geblieben, obwohl das Obama-Regime auch hier die Axt anzulegen versucht. Sie erweiterte dazu die Möglichkeit eines legalen Saisonarbeiterstatuts.

Das *H-2B* genannte Visum orientiert sich an den Erfahrungen der arabischen Staaten am Persischen Golf: Es ist an einen Arbeitsvertrag mit einer amerikanischen Firma gebunden, ein Wechsel des Arbeitgebers ist nicht möglich. Die Firma legt die Visagebühren und die Kosten für die Einreise aus, die Arbeiter müssen das abbezahlen. Dieses System ist für den Niedriglohnsektor in der Industrie (besonders in der Nahrungsmittelindustrie) und im Dienstleistungsgewerbe (z. B. Hotels) ausgelegt.

Auch im Gefängnissystem ist seit etwa 2000 eine Änderung zu beobachten: Die Inhaftierungsrate ist nach wie vor die höchste der Welt, und die »Minderheiten« sind deutlich übermäßig betroffen. Aber die Verhältnisse beginnen sich anzugleichen: Die Inhaftierungsrate von schwarzen Männern ist

Verschiedene juristische Möglichkeiten eines temporären (Saison-)Aufenthaltes in den USA, z.B. H1–Visa für Hochqualifizierte, H2-A für unqualifizierte Arbeiter in der Landwirtschaft und H2-B für ebensolche außerhalb der Landwirtschaft, z.B. Tourismus, Dienstleistungen, Bauwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie. Daneben gibt es auch Visa für Studenten, die Arbeitsmöglichkeit beinhalten

Studie des »Sentencing Projects«:
African American Incarceration Rates Falling
http://thinkprogress.org

in den letzten zehn Jahren um zehn Prozent gesunken, während die von weißen Männern um 8,5 Prozent gestiegen ist (bei Frauen ist es noch deutlicher: minus 30 Prozent bei schwarzen, und plus 47 Prozent bei weißen Frauen).

Occupy und die Hafenarbeiter

Während »unten« ein neues Proletariat entsteht, hat die alte Industriearbeiterklasse in den gewerkschaftlich regulierten Fabriken versucht, ihre Arbeitsstellen und ihren Lohnstandard zu halten – allerdings fast immer erfolglos. Trotz z. T. lang andauernder Streiks wurden Betriebe dicht gemacht oder dramatische Lohnkürzungen von 50 Prozent und mehr durchgesetzt.

Der Öffentliche Dienst wurde ebenfalls enorm zur Ader gelassen; seit 2009 wurden hier etwa eine halbe Million Stellen abgebaut.

Die verschiedenen Bewegungen nach der Krise waren teilweise von dieser Ohnmacht geprägt – neben Kämpfe, die den Status quo verteidigten, traten jedoch zunehmend Aktionen einer »neuen Arbeiterklasse«. Den Auftakt machte die – noch regional beschränkte – Bewegung im Bundesstaat Wisconsin im Februar 2011. Ausgangspunkt war der Versuch von Gouverneur Walker, das Tarifrecht der Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst einzuschränken. Er richtete sich explizit gegen Lehrer- und KrankenpflegerInnen und versuchte, »hart arbeitende Feuerwehrleute und Polizisten« gegen sie auszuspielen. Zehn Jahre zuvor hätte es vielleicht in der Öffentlichkeit noch funktioniert, Neid auf scheinbar »privilegierte Angestellte des Öffentlichen Dienstes« zu lenken. Inzwischen nehmen aber viele Menschen sie als normale Lohnabhängige wahr. Außerdem solidarisierte sich der gesamte Öffentliche Dienst. Auf dem Platz vor dem Capitol trafen somit Krankenschwestern, LehrerInnen und Müllarbeiter auf SchülerInnen und Studierende.

In den Häfen der US-Westküste haben die Arbeiter tatsächlich keinen Arbeitsvertrag mit den Unternehmern, sondern sie werden über die Gewerkschaft vermittelt. Wenn sie sich weigern, eine Streikpostenkette (anderer ArbeiterInnen) zu überschreiten, kann nur die Gewerkschaft belangt werden, nicht sie persönlich. Auf diese Weise funktionieren bisher die häufigen Streiks.

Im Juli und September folgten zwei Wellen von Hungerstreiks in den Isoliertrakten der Knäste.

Im Oktober trat *Occupy Wall Street* (OWS) auf die Bildfläche. Initiiert hatten es seit Juli AktivistInnen und NGOs über soziale Netzwerke; sie wollten den Schwung der Aufstände in Nordafrika in die USA tragen. *Occupy* war eine sehr heterogene, aber massenhafte Bewegung, die sich über die ganzen USA verbreitete und an fast 600 Orten manifestierte, darunter viele Gegenden und Gemeinden ohne Protesttradition. Nur selten kam es zu dauerhaften Massencamps. Themen waren Arbeits- und Obdachlosigkeit, fehlende Krankenversicherung und oft die »Perspektivlosigkeit« gut Ausgebildeter. War der Auftakt von professionellen Medienakteuren orchestriert, so entwickelte sich daraus schnell eine Bewegung mit Eigendynamik, die sich zunehmend auch auf Arbeiterkämpfe bezog. In New York fand ein »Gewerkschaftsmarsch« mit etwa 10 000 TeilnehmerInnen statt. *Occupy* solidarisierte sich unter der Parole »*Occupy Wall Street*! *Occupy Verizon*! *Occupy* Everything!« mit Beschäftigten des Telekommunikationsunternehmens *Verizon*, wo die Gewerkschaft CWA zwei Monate vorher einen Streik ohne Ergebnisse abgebrochen hatte.

Gleichzeitig eskalierten vor allem in den Hafenstädten der Westküste gewerkschaftliche Kämpfe. Im Sommer 2011 wurde ein neues Getreideterminal des Konsortiums EGT im Hafen von Longview fertiggestellt. Der Hafenarbeitergewerkschaft ILWU gegenüber wurde die Zusage zur Anerkennung als Tarifpartner zurückgezogen und eine andere Gewerkschaft, die »*General Construction and Operating Engineers*« als Verhandlungspartner anerkannt. EGT wollte damit das Monopol der ILWU bei der Gestellung von Arbeit brechen (ein Prozedere, bei dem laut EGT»Seniorität vor Qualifikation« gehe), Streiks verhindern und einzelne Arbeiter disziplinieren.

Das zuständige *Local 21* der ILWU mobilisierte daraufhin zur Blockade des Terminals. Anfang September eskortierte die Bereitschaftspolizei einen Getreidezug zum Terminal. Einen Tag später stürmten viele hundert Hafenarbeiter das Terminalgelände und zerstörten die Getreidelieferung. Am selben Tag solidarisierten sich Hafenarbeiter in fünf benachbarten Häfen, unter anderem in Seattle (Washington) und in Portland (Oregon) durch wilde Streiks mit ihren Kollegen in Longview. Im Lauf der nächsten Wochen wurden 220 der 225 Mitglieder des *Local 21* festgenommen.

Occupy hatte zunächst mit diesen Arbeitskonflikten nichts zu tun; ausgehend von Oakland wurde an der Westküste am 2. November zu einem »Generalstreik« und einer Blockade des Hafens auf-

gerufen – die »Radikalen« wollten die Wirtschaft lahmlegen und angesichts der De-Industrialisierung die »1%« treffen; ihnen ging es weniger um konkrete Arbeiterkämpfe. Hier kam es erstmals zu Konflikten; während bei *Occupy* politisch aktive Arbeiter und Gewerkschafter die Aktion mittrugen und versuchten, bei Hafenarbeitern (Umschlagsarbeitern und Truckern) Verständnis für die *Occupy*-Aktion zu gewinnen, stieß dies bei manchen Arbeitern und vor allem im Funktionärsapparat auf Kritik: das sei eine Instrumentalisierung der Arbeiter. Diese Kritik trug dazu bei, dass sich *Occupy* bei einem Konflikt zwischen (nationaler) Führung und (lokaler) Basis der ILWU im Sinne der »militanten, klassenkämpferischen Basis« positionieren konnte. Aus den Reihen von *Occupy* wurde ab November zur Unterstützung der ILWU aufgerufen und eine Blockade an der gesamten Westküste für den 12. Dezember geplant.

Bei aller Widersprüchlichkeit (Unterstützung einer Gewerkschaft, die vor allem ihre juristische Anerkennung durchsetzen wollte und deshalb in der Sache eine Niederlage schluckte) hatte die Auseinandersetzung von Linksradikalen mit konkreten Arbeiterkämpfen eine wichtige Grundlage gelegt. In einigen Städten versuchten Leute von *Occupy*, Kontakt zu Gruppen aus den verschiedenen *Communities* aufzubauen und so unterschiedliche »Lebensrealitäten« zusammenzubringen: Daraus entstanden Aktionen gegen Zwangsräumungen überschuldeter Hausbesitzer, gegen Polizeigewalt in »schwarzen« Ghettos und Knästen – und auch Streiks. Im Frühjahr 2012 unterstützte z. B. das *Black Orchid Collective* einen Streik von ostafrikanischen Hafentruckern in Seattle; in Oakland bildete sich unter Mitarbeit der Gruppe *Advance the struggle* eine Versammlung von Hafenarbeiterm verschiedener Berufe und Betriebe heraus usw.

Die *Occupy*-Bewegung hat zu einem Klima beigetragen, in dem sich ArbeiterInnen nach den (individuellen und kollektiven) Niederlagen der letzten Jahre wieder trauen, zu kämpfen.

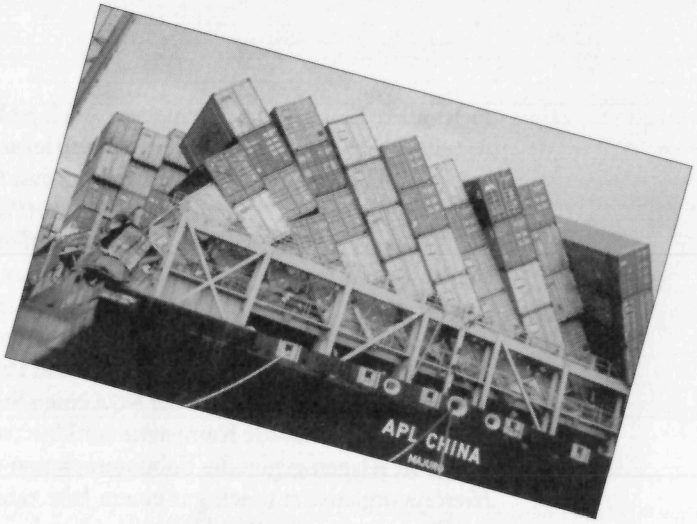
Das Jahr 2012 war besonders von zwei Formen von Auseinandersetzungen geprägt:

Zum einen bemerkenswerte Streiks von vergleichsweise gut verdienenden Berufsgruppen wie z. B. den LehrerInnen in Chicago im September und von Angestellten im Hafen von Los Angeles im Dezember. Zum andern von einer Vielzahl kleiner und zum Teil spontaner Streiks von prekären und schlecht bezahlten Arbeitergruppen.

Zwischen den Kämpfen der LehrerInnen und der Angestellten gab es große Unterschiede: Der Streik der LehrerInnen war ein über mehrere Wochen andauernder Massenprotest gegen die Privatisierung der öffentlichen Schulen mit 25 000 Leuten auf der Straße. Diese Mobilisierung brachte die vorgesehene Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des Lehrpersonals mit der gesellschaftlichen Armut zusammen. Eine Armut mit rassistischer Komponente: 85 Prozent der SchülerInnen, deren Schulen geschlossen werden sollten, sind Schwarze oder Latin@s. Fast alle von ihnen bekommen in den Schulen preisreduzierte oder kostenlose Verpflegung. Mehr als die Hälfte der zu entlassenden Lehrer sind ebenfalls Schwarze. Der gesellschaftliche Rassismus war auch Thema, nicht aber das bestimmende. Bezeichnenderweise kamen zu Streikversammlungen der LehrerInnen auch Hunderte von Leuten, die von Chicago aus einen Streik von einigen Dutzend Lagerarbeitern in einer 30 km entfernten Kleinstadt unterstützten (siehe unten, »Streiks in den Lagerhäusern«).

Der Streik von 800 SachbearbeiterInnen im Hafen von Los Angeles gegen die Verlagerung ihrer Bürojobs nach Übersee warf dagegen mal wieder so was wie strukturelle Macht in die Waagschale. Diese drückte sich vor allem durch die Solidarität ihrer Kollegen im Umschlag aus, die auch sehr dünn besetzte Streikpostenketten nicht überschritten. Gemeinsam war den beiden Kämpfen, dass die Beteiligten offensiv vertraten: »ja, wir verdienen relativ gut – aber es geht uns nicht um Lohnerhöhungen für uns, sondern darum, dass gut bezahlte Jobs in den USA bleiben und der Staat gegen die Armut vorgeht!«. Wichtiger als die schwer zu beantwortende Frage nach unmittelbarem »Erfolg« (es wurden umstrittene gewerkschaftliche Kompromissformeln gefunden) ist diese »Botschaft« der Streiks.

Parallel zu diesen großen und spektakulären Kämpfen gab es eine Vielzahl von kleineren und z. T. spontanen Streiks. In Häfen der Westküste legten verschiedene Arbeitergruppen mehrfach die Arbeit nieder – hier war entscheidend, dass sich immer



Die ILWU vermittelt den Hafenbetreibern und Reedereien verschiedene Kategorien von »Clerks« (Angestellte); in diesem Streik ging es vor allem um die befürchtete Auslagerung von Tätigkeiten wie die Planung der Beladung der Schiffe und Güterzüge.

Das von Obama verkündete »race to the top« im Bildungswesen bedeutet zweierlei: Zum einen eine drastische Schließungswelle von Schulen in armen *Communities* und zum anderen einen massiven Angriff auf die Organisationsmacht der staatlichen LehrerInnen. Die mit hohen Steuerbeiträgen geförderten privaten Schulen zahlen sehr viel geringere Löhne.

auch andere Beschäftigte anschlossen. Auch prekäre ArbeiterInnen (z. B. SaisonarbeiterInnen) leisteten vereinzelt Widerstand – hier war wichtig, dass Organisationen wie die *National Guestworker Alliance* (NGA) das öffentlich machten und große öffentliche Resonanz fanden. Bereits ein Jahr vorher, im August 2011, hatten 400 ausländische Studierende, die als VerpackerInnen für einen Subunternehmer in einer Süßwarenfabrik von *Hersheys* in Pennsylvania arbeiteten, mit Hilfe der NGA einen Streik und eine anschließende Kampagne zur Unterstützung von Klagen gegen die Subunternehmen und *Hersheys* organisiert (nach gut einem Jahr zahlten die Firmen über 200 000 Dollar an ausstehenden Löhnen). Im Juni 2012 streikten acht mexikanische Arbeiterinnen mit einem *H-2B*-Visum bei einem *Wal-Mart*-Zulieferer aus Louisiana, die dort Krabben pulen mussten. Sie streikten, nachdem ihnen der Unternehmer gedroht hatte, gegen ihre Familien in Mexiko vorzugehen, sollten sie mit ihren Beschwerden an die Öffentlichkeit gehen.

Ähnliche Auseinandersetzungen wurden von ArbeiterInnen in Lagerhäusern, Angestellten von Fast-Food-Ketten, Taxifahrern und Beschäftigten des Einzelhandels geführt. Auch hier versuchten Bündnisse von gewerkschaftsnahen Vereinigungen, die vereinzelten Kampf- und Organisationsexperimente in große, bundesweite Kampagnen münden zu lassen: Für den »*Black* Friday« Ende November 2012 wurde auf einen USA-weiten Boykott von *Wal-Mart* mobilisiert. Dieser hat ebenso wenig wie eine sich anschließende Streikkampagne in Fast-Food-Niederlassungen in New York im Sinne der Entfaltung von »Arbeitermacht« funktioniert. Aber es war einer von mehreren Versuchen, die gemeinsame Erfahrung von Ausbeutung zum Thema zu machen. Im Mittelpunkt der Mobilisierung bei *Wal-Mart* stand keine spezifische gewerkschaftliche Forderung für diese oder jene Beschäftigtengruppe. Stattdessen ging es um sich verallgemeinernde Bedingungen, wie beschissene Löhne, prekäre Arbeitszeiten, krankmachende Arbeitsbedingungen und Arbeitsunfälle.

OUR Wal-Mart (*Organization United for Respect at Wal-Mart*), eine gewerkschaftliche Kampagne, mobilisierte für den Protesttag gegen *Wal-Mart* am 21.11.2012. In über 100 Städten gab es Aktionen, teilweise mit mehreren hundert Teilnehmern. Viele *Wal-Mart*-Angestellte kamen allerdings in ihrer Freizeit – direkte Arbeitsniederlegungen gab es kaum.

Ein Anfang

Die den Protest von prekären und oft migrantischen ArbeiterInnen organisierenden Vereine und »*Workers Center*« werden in den allermeisten Fällen von Gewerkschaften und auch z. T. von einzelnen Politikern und Mandatsträgern der Demokratischen Partei finanziert. Insofern sind sie an den Staat gebunden und keine »revolutionäre Klassenorganisation«. Aber sie basieren sehr stark auf dem Engagement der Basis. Insofern sind sie »authentischer« Ausdruck von ArbeiterInnen in vereinzelten Dienstleistungsjobs. John Garvey schrieb in den *Insurgent Notes*, viele der engagierten *Organizer* in den *Workers Centers* seien »viel näher an den Hoffnungen und Träumen« der ArbeiterInnen als die radikale Linke. Oft gingen Linke zu Streiks und hätten dann nichts Gescheites zu sagen. »Ein Grund dafür ist, dass wir die Zeit und die Mühe unterschätzen, die es braucht, wirkliche Kenntnis der Umstände zu erlangen, mit denen die ArbeiterInnen es zu tun haben.« Die in Berichten der verschiedenen *Workers Centers* in den Logistikzentren von Kalifornien, Chicago und New Jersey zusammenfassend dokumentierten jeweils Hunderte von Interviews machen deutlich, was John Garvey meint: Die Leute untersuchen, bevor sie intervenieren; viele aus der radikalen Linken hoppen stattdessen zu aktuellen Streiks und kritisieren – zu recht – die Begrenzungen der Organisationen: die Abhängigkeit von einzelnen Mandatsträgern, das Vertrauen auf den Durchsetzungswillen des Staates z. B. bei Mindestlöhnen und arbeitsrechtlichen Standards. Aber viel wichtiger ist zu gucken, was die ArbeiterInnen selber an Gedanken entwickeln. Sind es ihre Illusionen oder die der vertretenden Institutionen?

Die Kämpfe in den Häfen, Lagerhäusern und Klitschen bewegen sich auf dem Terrain des »neuen Blaumanns« – der Massenarbeit, deren Ausbeutung die industrielle Wiedergeburt der NGA hervorbringen soll. Wenn die Arbeiterkonzentrationen in den riesigen Lagerhauskomplexen in Bewegung kommen, werden sie die paternalistische Betreuung durch Gewerkschaften und Staat abschütteln. ■

John Garvey, »The New Worker Organizing«; *Insurgent Notes*, 11. März 2013 http://insurgentnotes.com/

Erkundung im Inland-Empire

Dieser Bericht eines gewerkschaftlichen Organizers (»Während der letzten zwei Jahre habe ich zu einer Gruppe von Gewerkschaftern und Sozialarbeitern gehört, die bei der Arbeit in der Region nach Antworten auf die Frage gesucht hat«, wie die Transportarbeiter zu organisieren sind) ist im Frühjahr 2010 erschienen – wie schnell sich alles ändert!! Die Leute, die dort arbeiten, »sind kaum sichtbar und bleiben der Wahrnehmung entzogen« – das ist seit den Streiks deutlich anders geworden.

Wer an einem klaren Tag von Osten her Los Angeles anfliegt und ungefähr zwanzig Minuten vor der Landung hinab blickt, sieht, wie Wüste und Berge zurückweichen und einer ausgedehnten Bebauungszone Platz machen, die sich von der Senke, in der Los Angeles liegt, landeinwärts erstreckt. Unter einer Smogwolke kräuseln sich Baukomplexe um Schneisen, soweit der Blick reicht, begrenzt von den Bergen. Dann ein Erguss großer weißer Quadrate und Rechtecke, gehäuft um den Schnittpunkt von drei breiten Autobahnen. Dieses übergroße Schachbrett bildet das Herz des *Inland Empire*, der umfangreichsten Konzentration von Lagerhäusern und Verteilzentren der Erde. In den riesenhaften Bauwerken, die meisten mit Flächen um hunderttausend Quadratmeter – siebzehn amerikanische Fußballfelder aneinandergelegt – sortiert und verpackt ein Heer von Arbeiterinnen und Arbeitern einen großen Teil der Verbrauchsgüter des Landes und schickt sie auf den Weg zu den Regalen der Supermärkte. Das *Inland Empire* funktioniert als Herz im System der Schlagadern für die weltgrößten Einzelhandelsfirmen: *Home Depot*, *Target* und vor allem *Wal-Mart*.

Die weltumspannende Lieferkette

Die Arbeiter, die in den Hallen des *Inland Empire* Waren sortieren – mehr als hunderttausend in gut dreihundert Gebäuden – sind Teil einer ausgedehnten Lieferkette, die in Südost-Asien beginnt und sich bis in jede amerikanische Stadt vorstreckt. Fast die Hälfte aller Importgüter der USA kommt in Containern aus chinesischen Häfen zu den gigantischen Hafenanlagen von Los Angeles und Long Beach in Kalifornien und wird dort auf LKW`s und Güterzüge verfrachtet, die sie in die Lagerhäuser des *Inland Empire* rollen.

Das Zusammenspiel der Dynamiken aus Container, Auslagerung der US-amerikanischen Industrieproduktion, Öffnung Chinas und Digitalisierung des Warenaustauschs stellt in mancher Hinsicht ein technisches und organisatorisches Wunder dar. Aber die Menschenwesen, auf denen ihr Funktionieren beruht, sind kaum sichtbar und bleiben der Wahrnehmung entzogen. Besonders für sie haben die Dynamiken der Logistik-Industrie unerträgliche Arbeits- und Lebensbedingungen geschaffen.

Während der 1990er Jahre, als die Mega-Konglomeration der Warenlager von *Inland Empire* Gestalt annahm, strömten hunderttausende ArbeiterInnen auf der Suche nach Beschäftigung in die Region. Sie kamen aus ärmeren Stadtvierteln von L.A., aus von Depression gezeichneten Landstrichen des Südwestens, sowie aus Mexiko und Zentralamerika. Ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen sind kümmerlich, und ihre Chancen, sich dem amerikanischen Traum zu nähern, bleiben schmal. Im Unterschied zu den anderen Arbeitern, die der Lieferkette zum Rundlauf verhelfen – den Seeleuten und Hafenarbeitern –, hat die große gewerkschaftliche Organisierungswelle der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts sie nicht erfasst.

Der folgende Text ist eine Teilübersetzung von »Exploring The *Inland Empire*. Life, Work, and Injustice in Southern California's Retail Fortress« von Nicholas Allen; erschienen in New Labor Forum 19(2), Spring 2010

Knochenmühle Leiharbeit

Die Mehrzahl der ArbeiterInnen im Lagerhaus werden von Zeitarbeitsfirmen und Agenturen befristet eingestellt. Einem Bericht von Edna Bonacich und Juan David de Lara zufolge ist der Anteil der befristeten Beschäftigungsverhältnisse zwischen 1990 und 2007 um erstaunliche 575 Prozent angestiegen.

Wer als Leiharbeiter seinen Lebensunterhalt verdienen muss, für den beginnt der Tag früh. Man telefoniert die verschiedenen Zeitarbeits-Agenturen ab 5.00 Uhr an und fragt, ob es Arbeit gibt. Wenn eine Agentur sich positiv äußert, geht man hin und wartet vor der Tür, in der Regel gemeinsam mit vielen Anderen. Etwas später wird eine bestimmte Anzahl von ihnen für den Einsatz ausgewählt, was Arbeit für einen einzigen Tag oder für ein paar Monate bedeuten kann. Manchmal gibt es auch gar keine Arbeit, weil die Agenturen mehr Arbeiter als angefordert geschickt hatten.

Ein System wie damals auf den Docks, bevor die Hafenarbeiter sich gewerkschaftlich zusammengeschlossen hatten. Bei Arbeitskräfteüberangebot – wie in der gegenwärtigen Rezession – ergibt dies ein Umfeld, in dem ArbeiterInnen fast jede Entwürdigung schlucken, um Arbeit zu finden: Keine günstigen Bedingungen für's Widersprechen und Organisieren. Kaum erstaunlich, dass hier die Arbeitskräfte mit Lohnraub in unendlichen Variationen Bekanntschaft machen. Klagen über Unterbezahlung, mangelnde Entlohnung für Überstunden und über nötige Schmiergelder an Kontraktagenturen sind verbreitet.

Die Einzelhandelsmonopole, besonders aber *Wal-Mart*, haben in der Logistik-Industrie eine Vielzahl von Kontraktfirmen geschaffen, die wesentliche Funktionen für sie übernehmen, aber im technischen Sinn nicht zu einem Teil des Unternehmens werden. Ein typischer Lagerhaus-Arbeiter tritt z.B. als Beschäftigter der Firma *Select Staffing Services* auf, arbeitet im Verteilzentrum von *Schneider*, wo er Pakete ablädt, die *Maersk* bringt und bewegt dabei Güter, die nach Bestimmung und Eigentum *Wal-Mart* gehören. Befragt, wo sie arbeiten, bleiben die meisten Beschäftigten im *Inland* verständlicherweise unpräzise. »Im Lagerhaus«, ist die verbreitete Antwort, ganz als ob diese dreihundert Gebäude im Grunde austauschbar wären.

Anatomie der Arbeitskraft

Die Güter landen zu jeder Tages- und Nachtzeit im Warenlager an. Dort werden sie in einem hochkomplizierten System weiterbearbeitet, das trotz zunehmender Automatisierung arbeitsintensiv bleibt. Die Arbeiter, welche die Versandcontainer entladen, sind die Stauer. Sie werden oft in Gruppen unter Vertrag genommen und pro Container bezahlt. Bis zu vier Stauer teilen sich um die 85 Dollar. Bei drei Stunden Entladezeit rutscht der Lohn gefährlich nah an den staatlich (in Kalifornien) festgesetzten Mindestlohn von 8 Dollar. Der Inhalt eines Containers besteht oft einfach aus nicht palettierten Kartons, was Entladen von Hand auf Paletten nötig macht. Fortgebracht wird die Palette von einem Gabelstapler und seinem Fahrer – in der Arbeitshierarchie ein relativer Aristokrat, der zehn bis zwölf Dollar verdienen kann – zu einem Fördersystem, wo die Stücke mit einer Laserpistole gescannt, nach Barcodes registriert und dann zu kurzer Reise auf einen Regalboden oder eine

Expeditionspalette verschickt werden. Ein Stück mit Bestimmungsort Regal wird von einem Kommissionierstapler auf bis zu zehn Meter hohe Regalböden verfrachtet. Später holt ein menschlicher »Picker«, der bei höheren Regalen an der Plattform angegurtet sein muss, das Objekt wieder herunter und legt es auf ein Förderband. Die PickerInnen der Standard-Stufe, oft Frauen, die acht oder neun Dollar pro Stunde verdienen, schaffen in fließbandähnlichen Korridoren, wo sie nach Vorgaben von computerisierten Aufträgen – nach Wunsch per Headset in einer Sprache eigener Wahl – Kartons von Regalböden greifen und transportieren. Am Ende des Fördersystems, das sich durch das Verteilzentrum schlängelt, steht eine Mannschaft von Packern und Verladearbeitern, die alle Güter auf Sattelschlepper der Expedition laden.

Fast sämtliche ArbeiterInnen im Lagerhaus werden weit unterhalb der Lebenshaltungskosten entlohnt, die im *Inland Empire* bei ca. 17 Dollar die Stunde liegen – ausreichend, um einer vierköpfigen Familie Nahrung, Kleidung und ein Dach über dem Kopf zu geben. Was hinzukommt: Die Zeitarbeitsagenturen kümmern sich nicht um Krankenversicherung, Rentenversicherung oder um überhaupt irgendeine Versicherung. Dabei ist die Arbeit laut, schmutzig und gefährlich. Fördergurte surren, Pakete zischen auf dem Weg zu ihrem Ziel vorbei, Gabelstabler schießen vorwärts und rückwärts, beladen mit Paletten, die tonnenschwer sein können. Rückenverletzungen und Probleme wegen Überbeanspruchung durch repetitive Arbeitsbewegungen sind weit verbreitet, ernstere Verletzungen nicht ungewöhnlich...

Einwanderung

Rund die Hälfte der Arbeitskräfte in den Lagerhäusern ist eingewandert, die andere Hälfte in den Vereinigten Staaten geboren. Ca. 80 Prozent haben lateinamerikanischen Hintergrund. Ein Teil von ihnen lebt zweifellos ohne Papiere hier, doch viele arbeiten ganz rechtmäßig in den USA. Aber selbst diese legalen Arbeiterinnen und Arbeiter erdulden unerhörte Schikanen von Seiten der Grenzwache (*Border Patrol*) und der Vollzugskräfte der Zuwanderungskontrolle (*Immigration Control Enforcement* - ICE), einem Arm der *Homeland Security*. Nicht ungewöhnlich ist der Anblick von Straßensperren (was ich an der Ostküste nie erlebt habe) an wichtigen Kreuzungen im Lagerhaus-Distrikt, wo jeder durchfahrende Wagen geprüft wird. Sieht die Person am Lenkrad lateinamerikanisch aus, prüfen die Vollzugskräfte den Führerschein. Kann der Fahrer keine Fahrerlaubnis vorweisen, wird der Wagen in ein mit Zelten und Flutlicht ausgestattetes Areal geleitet, das gleich neben einem Parkplatz in der Nähe aufgeschlagen ist. Bleiben beim *Einwanderungs*status des Kontrollierten Unklarheiten, so wird er in einen Bus verfrachtet und zur Deportation weitergeleitet.

Umweltverschmutzung

Ein weiteres Problem für die ArbeiterInnen und ihre Familien ist die Luftverschmutzung. Der massenhafte LKW- und Diesellok-Verkehr im Tal erhebt das Gebiet zur am meisten mit Dieselruß verschmutzten Region in den USA, weltweit steht es an vierter Stelle der Luftverschmutzung – hinter – Kalkutta, Djakarta und Bangkok. Die meisten Bewohner ertragen stoisch den Umstand, dass sie Gift einatmen um des Vorzugs willen, Niedrigstlohn-Arbeitsplätze in der Nähe zu wissen und dort zu arbeiten, doch die Folgen sind ernst: Die Verbreitung von Asthma ist extrem hoch. Erkrankungen der Atemwege und vorzeitiger Tod gehen direkt auf den Ausstoß von Dieselruß-Partikeln zurück ■

Fotos:
Proteste gegen EGT im Hafen von *Longview*, USA

Der neue Blaumann: Zeitarbeit, Armut auf Dauer und das amerikanische Lagerhaus

Der nächste Text bringt Auszüge aus einer sehr ausführlichen und lesenswerten Dokumentation der *Huffington Post* vom 20.12.2011. Wir haben sie komplett übersetzt, wer es auf Deutsch lesen möchte, soll uns eine Mail schreiben. Der Artikel macht nebenbei auch deutlich, dass die öffentliche Diskussion in den USA ein paar Jahre der hiesigen voraus ist.

»temp agency« haben wir im folgenden manchmal als Zeitarbeits-/ Leihfirma und manchmal als Jobvermittlungsagentur übersetzt.

Für viele Güter, die die USA über das *Inland Empire* erreichen, ist der nächste Stopp *Joliet*, eines der größten Bahndrehkreuze, von dem aus zwei Drittel des Landes innerhalb eines Tages erreichbar sind. In den letzten 15 Jahren ist *Joliet* mit seinem Umland *Will County* südwestlich von Chicago zu einem der weltgrößten *Inland*häfen gewachsen – einem Haupt*hub* für Konsumartikel, die für Supermärkte im Mittleren Westen und weiter weg bestimmt sind. In *Joliet* gibt es zwei große Intermodalterminals – über Schiene und Straße werden die Waren von der Westküste in die Lagerhäuser der Gegend und von dort zu Läden in den ganzen USA gebracht.

Vom Wachstum der Logistikindustrie in *Will County* versprach sich ein ehemaliger Trucker, der seit einem Jahr arbeitslos war, ein Ticket zurück in die Mittelklasse. Der in *Joliet* geborene Mittfünfziger meldete sich letztes Jahr auf eine Stellenanzeige in einem Lokalblatt; eine Zeitarbeitsfirma suchte Arbeiter, um Waren für einen großen Einzelhändler auszufahren (aufgrund laufender Rechtsstreitigkeiten nennen wir weder den Arbeitnehmer noch die Unternehmen). Er wurde sofort eingestellt, wahrscheinlich wegen seiner einschlägigen Arbeitserfahrung und dem, was er als seine größte Stärke herausstellt: »Ich bin nie krank!«

Dass sich dieser Mann nun als Zeitarbeiter in einem Lagerhaus wiederfand, spricht für seine schwindenden Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Er hatte zwölf Jahre als Trucker gearbeitet. LKW für eine Großbäckerei gefahren, die geschlossen wurde; danach für eine Abfallfirma, die auf die andere Seite von Chicago verlagert wurde, zu weit zum Pendeln. Ähnlich gut bezahlte Jobs sind heute schwer zu finden. Bis auf die heiß begehrten Jobs in den verbliebenen Raffinerien sieht er wenig Arbeitsmöglichkeiten in der Gegend – außer in den neuen Lagerhäusern. »Das ist alles, was es hier gibt!«

Seine Erfahrung als Trucker brachte ihm im Lagerhaus einen relativen Zuckerjob ein. Er arbeitete in erster Linie als »*Spotter*«, d. h., er fuhr beladene LKW von den Ladebuchten auf den Parkplatz, wo sie von Fahrern übernommen wurden, die sie zu kleineren Verteilzentren fuhren. Er bekam anfangs zwölf Dollar die Stunde, etwa einen Dollar mehr als die anderen Neuen. Obwohl es ein befristeter Job war, fühlte er sich glücklich. »Ich mochte den Job, er war nicht schlecht.«

Aber nach sechs Monaten kapierte er langsam, wie das Arbeitssystem funktionierte. Er war über die hohe Fluktuation bei den Lagerhausarbeitern schockiert, ständig sah er neue Arbeiter kommen und (unter schlechten Bedingungen) gehen. Er schätzt die durchschnittliche Verweildauer eines Arbeiters auf drei Monate. Wie in vielen anderen Lagerhäusern von *Joliet* arbeiteten er und seine Kollegen unter einem Punktesystem. Sie bekamen Strafpunkte, wenn sie zu spät kamen, Schichten verpassten oder ihr Pensum nicht erfüllten. »Mit zehn Punkten bist du draußen«, sagt er. Seiner Ansicht nach ist das System darauf ausgelegt, dass die Arbeiter nicht länger bleiben. Neue Arbeiter sind in der Regel billiger. Es werden vor allem kleine, wenig bekannte Zeitarbeitsfirmen beauftragt, um die Konkurrenz anzuheizen.

»Das ist Teil des Systems – so viele Mittelmänner wie möglich zwischen die Einzelhändler und die wirklichen Arbeiter zu schieben, so dass sie nichts mit den tatsächlich Arbeitenden zu tun haben. Damit sind sie diese Kopfschmerzen los… Sie schieben die Leihfirmen zwischen sich und die Arbeiter.«
Die Aufgaben des früheren Truckers im Lagerhaus änderten sich, am Ende musste er Onlinebestellungen von Privatkunden bearbeiten, die ihre Ware direkt nach Hause bekommen. In einer Zwölf-Stunden-

Schicht musste er nach einer Auftragsliste 500 Kartons packen – schwer, aber machbar. Das Problem, sagt er, ist, dass die Waren manchmal nicht an ihrem Standort sind, was seine Produktivität beeinträchtigte. Von ihm wurden hundert Prozent erwartet, aber wenn er die Waren erst suchen musste, sank seine Rate manchmal auf nur 90 Prozent.

Nach einem Jahr wurde er gefeuert: er hatte dreimal hintereinander seine Rate verfehlt und damit drei »Abmahnungen« kassiert – ein Entlassungsgrund. Wirklich überrascht war er nicht. Nach einem Jahr wäre sein Stundenlohn auf 14 Dollar gestiegen – zu teuer nach den Maßstäben der Logistikindustrie. Ein Lohn, der für einen guten Lebensstandard nicht reicht, aber mehr als viele Stauer je verdienen werden.

***

Wer in *Joliet* schlechte Jobaussichten hat. landet irgendwann im Lager – wie Uylonda Dickerson: »Ich brauchte einfach irgend einen Job«, sagt die 38-jährige Alleinerziehende. Die vielen tausend Jobs in den neuen Verteilzentren werden oft von Afro-AmerikanerInnen wie Dickerson gemacht, oder von ImmigrantInnen aus Mexiko und anderen lateinamerikanischen Ländern. Meist sind sie weder bei den großen Unternehmen, deren Produkte in den Lagerhäusern gelagert werden, noch bei den Logistikfirmen, die die Lager betreiben, beschäftigt, sondern bei Leihfirmen. *Wal-Mart* hatte für den Betrieb des Lagers die Firma *Schneider Logistics* unter Vertrag genommen. *Schneider* wiederum hat Verträge mit Firmen, bei denen Dickerson angestellt war. Der Lagerhausboom ist der Hauptgrund dafür, dass *Will County* mit die höchste Dichte an Leihfirmen im Mittleren Westen hat.

Dickerson wurde als »Stauer« eingesetzt, das heißt, den ganzen Tag LKW be- und entladen. Sie entdeckte rasch, dass die Arbeit nicht leicht ist – und dass es manchmal gar keine gab. Jeden Morgen meldete sie sich im Lager in der Hoffnung, einem LKW zugeteilt zu werden und einen Tageslohn zu verdienen. Aber an manchen Tagen wurden sie und viele andere Zeitarbeiter ohne Bezahlung wieder nach Hause geschickt; an anderen wurde ihr mitgeteilt, dass es keine leichten Ladungen für Frauen gebe. Aber an den meisten Tagen ist das Lagerhaus voller Stauer, die T-Shirts in den Farben der Agentur tragen, für die sie arbeiten. Dickerson arbeitete in einem Jahr für zwei verschiedene Agenturen im selben Lagerhaus.

Der Zufall entscheidet darüber, wie schwer die Stauerarbeit ist. Wer einen Container mit Kartons voll Kleenex oder Stofftieren bekommt, hat Glück – Pech hat, wer einen Container mit Kinderswimmingpools oder 200 Pfund schweren Trampolins entladen muss. Für die schwersten Sachen bekommt Dickerson einen Partner zugeteilt, mit dem sie sich den Stücklohn für den Hänger teilen muss.

Der Job ist hektisch und stressig. Dickerson sagt, dass die Vorarbeiter ständig an den Ladebuchten vorbeigehen und sich den Fortschritt der Ladearbeiten notieren. Diese Aufseher schnauzen sie oft an, schneller zu arbeiten, wenn sie nochmal bestellt werden wollen. Die örtliche Arbeitslosenrate von elf Prozent macht entsprechend Druck. »Am Feierabend tut dein Körper einfach nur weh. Du sagst ihnen, dass du diese Arbeit am nächsten Tag nicht mehr durchhältst… sie sagen dir einfach, dass sie vier Leute in Reserve haben, die deinen Job machen wollen!«.

Eine Zeit lang arbeitete Dickerson auf Stücklohn pro LKW. Ein äußerst stressiges Lohnsystem, das sie antreiben soll, immer noch schneller zu arbeiten. Jede Lohnabrechnung ist anders als die vorige, und die meisten sind enttäuschend niedrig. In ihrem Jahr in den Lagerhäusern hat Dickerson nie Krankenversicherung, bezahlte Krankentage oder Urlaub erhalten. Wenn sie keine Container entlud,

erhielt sie kein Geld. »Es ist wie ein Rennen; du rennst, um den einen LKW fertig zu machen, um den nächsten zugeteilt zu bekommen. Wenn du das nicht tust, bekommst du nicht genug Geld.«

Eine Lagerhalle ist kein einladender Ort für eine Frau. Als eine der wenigen weiblichen Stauer musste sie oft rüde Anmache ihrer männlichen Kollegen abwehren. Und dann war da das Problem mit der Toilette. Neben der Mittagspause gibt es zwei 15-minütige Pausen, aber die Lagerhalle ist immens groß, da braucht man schon mal fünf Minuten, um nur an die frische Luft oder zur Toilette zu kommen, dann bleiben gerade noch fünf Minuten Pause. Besonders schwierig war es, wenn sie ihre Regel hatte. Sie wurde gerügt, dass sie zu viele Pausen mache. Aus Angst um den Job zwang sie sich, nicht zur Toilette zu gehen, bis sie schließlich eine Blasenentzündung bekam. Physisch und psychisch am Ende, hörte sie Anfang des Jahres mit der Arbeit im Lagerhaus auf. »Mein Körper ist nicht mehr derselbe. Ich habe ständig starke Schmerzen. Ich habe durch den Stress auf Arbeit Migräne bekommen.«

Dickerson lebt nun in einem Haus, in dem Strom und Wasser abgeklemmt sind und teilt sich ein Telefon mit ihren Nachbarn. Sie ist auf die staatliche Krankenversicherung angewiesen – wie während ihrer Zeit in den Lagerhäusern. Und sie lebt von Essensmarken. Der einzige Laden, in dem sie ihre Marken nie eintauscht, ist *Wal-Mart*.

***

Der letztendliche Nutznießer von Dickersons Schweiß war *Wal-Mart*, aber für ihren geringen Lohn oder ihren schmerzenden Körper war der Konzern nicht direkt verantwortlich. Das ist einer der vielen Vorteile von Auslagerung und Subunternehmertum: Die Firma an der Spitze befreit sich dank der kleinen Firmen in der Mitte der Kette selbst von der Verantwortung. Dies nutzen viele amerikanische Firmen, mit weitreichenden Konsequenzen für die Zukunft der *Blue-Collar*-Arbeit. ArbeiterInnen wie Dickerson werden nicht mitgezählt, wenn *Wal-Mart* verkündet, dass über die Hälfte der Belegschaft Zuschüsse zur Krankenversicherung erhält.

Je mehr Fabrikarbeit nach Übersee verlagert wird, desto mehr brauchen die Amerikaner neue Branchen, die gute und »Mittelklasse«-Arbeit für Millionen bereitstellen. In der »Konsumgesellschaft« könnten die Handelsketten solch ein Bereich sein. Aber viele ArbeiterInnen, die überhaupt einen Job gefunden haben, verdienen Armutslöhne. Sie werden im Namen niedrigerer (Verbraucher-)Preise ausgequetscht – wovon die Konsumenten letztlich nicht profitieren. Egal wie man zählt, die Mittelklasse in den USA schrumpft – und das nicht nur wegen der großen Rezession. Es gibt heute einfach weniger Jobs mit guten Löhnen. Mehr als 46 Millionen AmerikanerInnen (d. h. etwa jede/r sechste) leben in Armut. Selbst von 2001 bis 2007 hat die Armut unter Menschen im erwerbsfähigen Alter zugenommen – das erste Mal während eines Konjunkturaufschwungs. Insgesamt verdienten ArbeiterInnen am Ende des Booms weniger als zu seinem Beginn.

In der Logistikindustrie, in der dauerhaft arbeitende »*Temps*« üblich geworden sind, kommen viele ArbeiterInnen, die die schwierigsten Jobs machen, nie in den Genuss einer Festanstellung. Ein Unfall oder das Älterwerden bringt vielen von ihnen die Kündigung – ohne Abfindung.

»Wir erleben die Re-Industrialisierung von Amerika in seinen Warenverteilnetzwerken«, sagt Lichtenstein (Professor für *American labor history* an der *University of California*, Santa Barbara). »Sie sind ein boomender Sektor unserer Wirtschaft. Die Arbeit, die sie machen lassen, ist Fabrikarbeit, und die Arbeiter sollten gute Löhne mit Sozialbeiträgen verdienen. Stattdessen sind sie prekär und mies bezahlt. … Das ist die Arbeiterklasse, die die Stahlarbeiter ersetzen soll.«

***

Da die meisten Einzelhändler ihre Waren aus denselben Ländern (d. h. Asiens) beziehen, ist die Transportkette eine der wenigen Stellschrauben, an denen sie im Konkurrenzkampf drehen können. Die Konkurrenz hat zu einem enormen Druck geführt, die Waren so schnell wie irgend möglich zu transportieren. Das Wort »Lagerhaus« hat seine eigentliche Bedeutung verloren: Es geht nicht mehr darum, Güter zu »lagern«, sondern sie in Bewegung zu halten, vom Hafen zur Bahn zum LKW in den Laden. Viele Lagerhäuser sind heute »*cross docks*«: Die Ware wird auf einer Seite angeliefert und auf der anderen Seite der Halle umgehend wieder ausgeliefert, sie berührt kaum den Boden.
Ungeachtet moderner Automatisation benötigen die meisten Lagerhäuser vor allem Arbeitskraft, und der Druck, die Waren immer schneller zu bewegen, lastet am meisten auf den Arbeitern ganz unten.

Die zigtausend Lagerhausjobs des *Inland Empire* werden bald zu einer großen Belastung für die öffentliche Gesundheit. Wo vor zwei Jahrzehnten noch Gemüsefelder und Weinberge waren, reihen sich nun endlos Lagerhallen aneinander. Eingeklemmt zwischen Bergen im Norden und Osten und in der Windrichtung der Abgase aus Los Angeles, ist das *Inland Empire* mit einem geologischen Geschenk gesegnet, das eine besonders starke Anreicherung verschmutzter Luft bewirkt. Das Gebiet hatte schon vor dem Logistikboom eine der höchsten Luftverschmutzungen im Land – nun ist es noch schlimmer geworden.

Mira Loma Village, eine Gemeinde mit etwa 100 Stadthäusern aus der Jahrhundertwende, die zum großen Teil von Latino-Familien bewohnt werden, ist von allen Seiten durch Lagerhäuser eingeschlossen; zusätzlich rollen Tausende von Trucks jeden Tag durch die Siedlung. Nach einer Studie der *University of Southern California* haben Kinder in Mira Loma ein abnormal geringes Lungenvolumen und langsames Lungenwachstum. Und weitere Lagerhäuser sind im Bau…

»Ich sehe es. Ich schmecke es. Ich kann es fühlen«, sagt Laura Borrayo (42), eine Bewohnerin von Mira Loma, deren Hinterhof oft von einer Rußschicht aus dem LKW-Verkehr bedeckt ist. Sie sagt, dass einige der Kinder aus der Nachbarschaft aufgrund der schlechten Luft an Asthma erkrankt sind.

Weil Mira Loma von der schlimmsten Dieselverschmutzung im Land betroffen ist, haben die Bewohner eine Klage gegen das neueste Logistikprojekt eingereicht – 24 neue Lagerhäuser, die 1,4 Million Quadratfuß bedecken sollen und die zusätzliche 1500 LKW-Fahrten pro Tag erwarten lassen. Dieses Projekt würde die letzte Pufferzone zwischen der Siedlung und den Lagerhäusern beseitigen und ihnen den letzten Blick auf die Berge nehmen. Die Klage hat das Projekt für den Moment aufgeschoben.

Unter den Bewohnern Mira Lomas, die sich gegen noch mehr Lagerhäuser zur Wehr setzen, ist auch Terkelson, der bei *Costco* angestellt ist. »Ich lebe seit Jahren hier. In meiner Kindheit war das eine wunderschöne Gegend. Aber dann ging alles den Bach runter. Die Leute wissen nicht mal mehr, was sie alles einatmen. Der ganze Ruß, es ist so schlimm. Ich wasche mein Auto nicht mehr, es hat keinen Sinn.«

In der Vergangenheit hatten die Bewohner wenig Aussicht, die Lagerhäuser zu verhindern. Man warf ihnen vor, gegen die dringend benötigten Jobs zu sein. *Riverside County* hat eine Arbeitslosenrate von 14 Prozent. Aber die Art von Jobs, die die Lagerhäuser bereitstellen, sind die Kosten nicht wert. ■

Streiks in den Lagerhäusern

Elwood ist ein Nachbarstädtchen von *Joliet*. Hier erklärten am 2. Oktober 2012 drei Dutzend Lagerhausarbeiter eines Subunternehmens von *Wal-Mart*, dass sie sich im Streik befinden. Sie waren wegen der Übergabe einer Petition gegen Arbeitsschutzverletzungen auf der Stelle suspendiert, d. h., für den Rest des Tages unbezahlt nach Hause geschickt worden. Nachdem sie auf einer öffentlichen Streikversammlung der LehrerInnen davon berichtet hatten, kamen viele Menschen aus Chicago zu ihrer Unterstützung. Vier Tage später blockierten mehrere hundert Unterstützer die Einfahrt des Unternehmens – das daraufhin eine spezielle überregionale polizeiliche Sondereinheit zur Aufstandsbekämpfung anforderte.

Nach 21 Tagen erreichten die ArbeiterInnen die Zusicherung, dass in Zukunft niemand mehr wegen Beschwerden über Arbeitsbedingungen diszipliniert wird und eine rückwirkende Bezahlung der Streiktage. Es war kein Anerkennungsstreik für die Vertretung durch eine Gewerkschaft, sondern eine öffentliche Skandalisierung der Suspendierungen, vertreten durch die (von Gewerkschaften gesponsorte) »NGO« *Warehouse Workers for Justice* (WWJ).

Die Aktion in Elwood war inspiriert durch einen kurz zuvor nach demselben Muster durchgeführten »Streik« in einem Lagerhaus im *Inland Empire*. Unter Verweis auf die Verletzung von Arbeitssicherheitsvorschriften und die Disziplinierung bei Beschwerden hatten dort ein paar Dutzend ArbeiterInnen die Arbeit niedergelegt. Zwischen dem 13. und dem 18. September marschierten sie mit Unterstützern die 50 Meilen von Mira Loma ins Zentrum von Los Angeles. Auch sie hatten Erfolg: Weiterbeschäftigung und Zusicherung zu verbessertem Arbeitsschutz. Organisatorischen Rückhalt gab ihnen die *Warehouse Worker United* (WWU), ein von Gewerkschaften getragenes *Workers Center* in Mira Loma. Ähnlich wie die WWJ versteht sie sich nicht als klassische Gewerkschaft, sondern als Organisation, die vor allem in der *Community* Bildungsarbeit leistet und beim Aufbau von innerbetrieblichen Safety Commissions hilft, Rechtsberatung (hunderte von Gerichtsverfahren wegen Verletzungen von rechtlichen Mindeststandards wurden in den letzten Jahren angestrengt) und Öffentlichkeitsarbeit macht, und die auch als Verhandlungspartner mit *Wal-Mart* auftritt, um sie zu zwingen, ihre Subunternehmer auf die Einhaltung von Standards zu verpflichten. ■

Migrantische Transport-ArbeiterInnen haben in Norditalien in harten Streiks deutliche Verbesserungen erkämpft. Auch sie sind gewöhnlich nicht direkt angestellt, sondern über Subunternehmer, die als »Kooperativen« angemeldet sind. Mit dieser Organisationsform haben die ArbeiterInnen keinerlei soziale Sicherheit, wenig Lohn und keine feste Arbeitszeiten.
Bekannt geworden ist vor allem der Streik im größten europäischen Lager von Ikea in der Nähe von Piacenza, unter anderem deshalb, weil linke Gruppen und soziale Zentren der Umgebung die ArbeiterInnen bei der Blockade unterstützten.

»Revolution« bei Ikea

Italien: »Kampfzyklus von Logistik-ArbeiterInnen«

Die MigrantInnen-Revolution

Italienische Originalversion hier: http://www.uninomade.org/la-rivoluzione-nei-poli-della-logistica/)
ungekürzte deutsche Übersetzung hier: http://www.wildcat-www.de/aktuell/a095_tnt-streik_italien.htm

Mohamed Arafat aus Ägypten arbeitet seit sechs Jahren bei TNT und ist eine wichtige Bezugsperson im Warenverteilzentrum Piacenza. Er hat den Kampf organisiert. Und er hat gewonnen. Vor sieben Jahren war er nach einem Studienabschluss in Sozialarbeit nach Italien gekommen, hatte in einer Orangenfabrik in Sizilien gearbeitet und war von dort nach Piacenza gegangen. Er ist nicht ausgewandert, um dem Elend zu entfliehen: »Mein Vater ist Ingenieur, meine Mutter Lehrerin. ... Ich dachte, hier wäre das Paradies. Stattdessen habe ich in Süditalien brutale Ausbeutung und Hunger kennengelernt. Und im Norden ist es nicht anders, siehe TNT: Du kommst, um acht Stunden zu arbeiten, und nach zwei Stunden schicken sie dich nach Hause; am Monatsende hast du 200 bis 300 Euro.«

Im Sommer 2011 begannen die Kämpfe bei TNT. »Als erstes mussten wir Einigkeit unter allen Arbeitern im Betrieb herstellen und die Angst besiegen. ... Sie haben uns gegeneinander ausgespielt, Italiener gegen Ausländer (90 Prozent der Belegschaft), Ägypter gegen Marokkaner: ‚Wenn du brav bist, bezahl ich dir mehr, misch dich nicht ein, der da ist ein Spitzel, usw.'. Das Misstrauen, das der Chef über die Jahre aufgebaut hat, haben wir in wenigen Monaten des Kampfs überwunden, im Kampf sind die Spaltungen aufgehoben worden. Ein Marokkaner hat zu mir gesagt: ›Ich hätte nie gedacht, dass ich einem Ägypter trauen würde.‹... Im Kampf ist eine Familie entstanden: Wenn sie einem etwas antun, dann tun sie das allen an. Langsam ist auch der Italiener ein Immigrant geworden, auch die Italiener verdienen inzwischen das gleiche...«

Wie waren die Arbeitsbedingungen vor dem Kampf?

Jeder einzelne stand unter Druck, immer schneller zu arbeiten. 200 Leute mussten die Arbeit von 500 machen... Die Chefs haben Riesenprofite gemacht, aber die Arbeiter wurden nur schlecht behandelt und wurden krank. Sklavenhaltermethoden!

Bei TNT wie bei anderen Logistikfirmen übt ein Konsortium von Kooperativen die Kontrolle über die Arbeit aus ...

Zuerst waren es vier, jetzt noch zwei. Das System der Kooperativen ist ein großes Problem: Alle zwei Jahre ändern sie ihren Namen. Auf diese Weise zahlen sie keine Abgaben und betrügen die Arbeiter. Seit 10 bis 15 Jahren ist das Konsortium bei TNT immer dasselbe, aber unter unterschiedlichen Decknamen, 80-jährige Strohmänner, die juristisch nicht verfolgt werden können, fungieren als Eigentümer. Außerdem sind unsere Arbeitsplätze in Ge-

Fotos: Protestierende LagerarbeiterInnen in Piacenza und Bologna

fahr, wenn die Kooperative wechselt. Wir wollen v. a. das System der Kooperativen abschaffen. Es ist besser, direkt mit der Firma zu tun zu haben.

Wie habt Ihr Euch konkret organisiert?
Es begann damit, dass 20 von insgesamt 380 Arbeitern sich als Gruppe zusammenschlossen. Wir gingen von Haus zu Haus und erklärten, wie der Vertrag funktioniert, wie sie uns ausbeuten und seit Jahren betrügen; und dass wir das nicht länger akzeptieren dürfen. Ich habe anfangen, die Arbeiter zu schulen, ich habe jedem eine Aufgabe gegeben, um die Gruppe zu vergrößern. Ich habe 50-60 Leute zu Hause besucht, und dann war das bei TNT wie eine Lawine. So viele sind zu mir gekommen, um mir zu sagen, dass sie auch unter der Ausbeutung leiden und sich am Kampf beteiligen wollen. Damit die Organisation wächst, muss man ab und zu eine »Lüge« erzählen, um Mut zu machen: Als wir zwanzig waren, habe ich gesagt, dass die anderen, auch wenn sie nicht mitmachen, auf unserer Seite sind, dass wir hundert sind. Und zwei oder drei Tage später waren wir wirklich hundert!

Es war keine Lüge, nennen wir es eine Vorwegnahme...

Man muss an das, was man macht, glauben und ehrlich sein, keine persönliche Interessen dabei haben.

Um streiken zu können, habt Ihr Euch auf die Suche nach einer Gewerkschaft gemacht...

Bisher hatten wir uns nur an die Gewerkschaft gewandt, um die Erneuerung unserer Aufenthaltserlaubnis zu regeln, um ein Formular auszufüllen usw., sie war für uns eine Dienstleistungsagentur. Wir haben uns nie ans sie gewandt, um Rechte einzufordern, denn wenn man sich beklagt, sagen sie: »Halt den Mund und arbeite«. Also haben wir uns auf die Suche nach einer Gewerkschaft gemacht, die bereit ist, uns beim Kämpfen zu unterstützen, also beim Kämpfen, wie wir es verstehen: streiken und Streikposten aufstellen, um den Unternehmer zu treffen. Im Juli 2011 haben wir uns mit *Si Cobas* [Sindacato Intercategoriale Cobas – Lavoratori autorganizzati] getroffen. Ich habe erklärt, dass wir innerhalb einer Woche eine Torblockade auf die Beine stellen könnten. Sie zeigten ihre Bereitschaft, wir haben angefangen, und wir haben gewonnen.

Was hat Euch der Sieg bei TNT gebracht?

Die Anerkennung des nationalen Tarifvertrags, Lohnerhöhungen (vorher war der Grundlohn sechs Euro pro Stunde), dreizehnten und vierzehnten Monatslohn, Urlaub und Freistellungen. Und wir haben unsere Würde erhalten, was noch wichtiger ist als Geld. Vorher sind wir zur Arbeit wie in den Knast gegangen, jeder Tag war schlimmer als der davor. Jetzt haben wir die Angst überwunden, die der Unternehmer benutzt hatte, um jeden Kampf zu ersticken. Heute wissen wir: Wenn wir nicht selber kämpfen, um unser Leben zu ändern, wird es niemand für uns tun; wir selber schaffen unsere Zukunft. Nach dem Kampf bei TNT machen wir in Piacenza alle zwei Wochen eine Demo. So sollten es auch die Italiener machen, denn wenn die Lage sich verschlechtert, wird der Immigrant weggehen, aber die Italiener werden bleiben! Alle müssen sich am Kampf beteiligen.

Haben die arabischen Aufstände die Entschlossenheit der Arbeiter beeinflusst?

Ja, sie haben uns gezeigt, dass nichts unmöglich ist, dass man siegen kann. In Ägypten wurde Mubarak nach 30 Jahren an der Macht verjagt, das hätte niemand mehr für möglich gehalten. Das ist auch bei TNT geschehen, deshalb haben wir nicht von Streik, sondern von *Revolution* gesprochen. Für uns war es wie in Ägypten: die Revolution bei TNT.

Im Juni 2012 beginnen die Kämpfe gegen die Kooperativen des globalen Riesen IKEA...

Bei IKEA arbeiten Leute aus etwa 30 Ländern, die Arbeiter von TNT kommen vor allem aus Ägypten, Marokko, Tunesien, es gibt Nigerianer, Senegalesen, Inder... Angefangen haben wir mit zwei Marokkanern, wir sind Tag für Tag hingegangen, um einen nach dem anderen zu überzeugen. Nach einigen Monaten hat die Kooperative versucht, zu den Bedingungen vor dem Streik zurückzukehren. Sie wollten die Anzahl der Paletten im Schnitt fast verdreifachen; sie haben die Arbeitszeit der meisten Beschäftigten auf vier Stunden gekürzt, so dass sie zwangsweise zwei Tage die Woche zuhause bleiben mussten und nur noch 400 Euro im Monat verdienten. Als die Produktivität zurückging, mussten alle Überstunden machen. Im Oktober haben sie etwa 90 ArbeiterInnen draußen gehalten, zwölf haben sie entlassen, von denen konnten wir drei durch Kampf wieder reinkriegen, also waren noch neun entlassen. Wir haben nun jeden Tag die Tore blockiert. Am 2. November hat die Polizei am Tor 9 extrem brutal zugeschlagen, es gab 20 Verletzte und 30 Anzeigen, ich hab sechs Anzeigen gekriegt. Ich weiß nicht, ob ich deshalb zukünftig Probleme mit meiner Aufenthaltsgenehmigung kriege, aber ich weiß, wenn ich kämpfe, dann bringt das gewisse Risiken mit sich, das Wichtige ist doch, dass der Kampf sein Ziel erreicht.

Wir haben uns mehr als einmal mit der Firma getroffen, aber dabei kam nie etwas heraus. Am 18. Dezember haben Studenten, politische Gruppen und soziale Zentren aus Bologna zusammen mit den IKEA-ArbeiterInnen eine schöne Streikpostenkette vor dem IKEA-Kaufhaus organisiert. Die Kunden haben solidarisch reagiert, weil sie genauso ausgebeutet werden wie wir. In den letzten Tagen hat IKEA schließlich nachgegeben, die neun Entlassenen werden wieder eingestellt. Der Unternehmer hat kapiert, dass der Schaden für ihn sonst noch viel größer sein wird. Der Unternehmer sieht nur sein eigenes Interesse, und genau da müssen wir ihn treffen.

... ein Streik, der dem Unternehmer weh tut und siegreich ist, weil er die strategischen Punkte des Produktionssystems trifft. Wie wichtig war für Euch die genaue Kenntnis des Produktionszyklus?

Wenn wir die Tore blockieren, suchen wir uns die Tage aus, an denen die Firma den größten Schaden hat. Man muss den Zeitpunkt und den Ort wählen, wo man die Interessen des Unternehmers tatsächlich trifft, damit es ihm nicht gelingt, den Schaden wieder reinzuholen, den wir ihm zufügen. Zuschlagen, wenn es möglich ist, und die Beschäftigten der verschiedenen Firmen vereinigen. Wenn du mit der Fahne kommst und einen traditionellen Streik anfängst, wenn du aufs Dach steigst, dann kannst du dort auch dein ganzes Leben lang bleiben, du wirst nichts ändern. Schluss mit Hungerstreiks oder Sachen dieser Art! Der *Unternehmer* muss hungern! Uns reicht schon das tägliche Leiden auf der Arbeit. ■

Zwischenstand zum NSU-Komplex ... Fortsetzung

In der BRD wurde die entsprechende Struktur (*Technischer Dienst*) von Kriegsverbrechern wie Barbie unter amerikanischer Führung aufgebaut. Sie flog bereits 1952 zum ersten Mal auf (siehe dazu ausführlich bei Daniele Ganser: *NATO-Geheimarmeen in Europa*).

»Seit den Notstandsgesetzen erfolgen ›Vorbereitungen für den Verteidigungsfall‹ in Zusammenarbeit mit dem BND, in allgemeinen Fragen in Übereinstimmung mit dem Kanzleramt.« Das sagt einKurzbericht der Bundesregierung vom Dezember 1990, in dem sie die Existenz dieser Strukturen zugab. In den 70er Jahren bekam die *Wehrsportgruppe Hoffmann* Waffen von Heinz Lembke, der ebenfalls Teil solcher Strukturen war. Seine riesigen Waffendepots in der Lüneburger Heide – Sprengstoff, Handgranaten, Panzerfäuste, Munition usw. – wurden 1981 durch Zufall von Waldarbeitern entdeckt. Lembke erklärte, über seine Hintermänner aussagen zu wollen, und wurde in der Nacht danach erhängt in seiner Zelle gefunden.

Offensichtlich haben diese Strukturen in den 70er und 80er Jahren ihren Charakter verändert (in Italien wurden sie *Gladio* genannt und mischten von 1969 bis 1980 bei etwas mit, das sie als »Bürgerkrieg« empfinden mussten). In den 90er Jahren änderten sie ihre Ausrichtung erneut, nun war der Islamismus der Hauptfeind (am 26. Februar 1993 war der erste Anschlag auf das *World Trade Center* verübt worden) – aber eine Konstante zieht sich durch: faschistische Gruppen als Eingreifreserve.

Auch beim NSU gibt es Hinweise zu Verbindungen ins internationale Söldnerwesen, und es kam heraus, dass der MAD seit 1995 zumindest sehr nahe dran war. Beim Mord in Heilbronn waren amerikanische Geheimdienstler in der Nähe, NATO-Stellen könnten ihre Finger im Spiel haben, wie wir am nächsten Spitzel sehen:

Der Brandenburger Nazi **Carsten Szczepanski** versuchte in den 90er Jahren, einen deutschen Ableger des Ku Klux Klan aufzubauen; außerdem hatte er eine Wehrsportgruppe nach dem Vorbild von »*Combat 18*«. Als der neue VS-Präsident Brandenburgs, Förster, 1996 erkannte, dass dieser Verbrecher offiziell seit 1994 »sein« V-Mann »Piato« war, wollte er ihn abschalten und besprach das mit seinem SPD-Innenminister Alwin Ziel. Beide mussten aber »ganz oben« nachfragen – wo man ihnen beschied, Szczepanski weiter zu beschäftigen, für 1000 DM im Monat plus Material und Spesen. Unter anderem belieferte Szczepanski wohl den NSU mit Waffen, gab aber auch Hinweise, wie das Trio zu finden sei. Als er im Jahr 2000 enttarnt wurde, stattete ihn der VS mit neuer Identität aus und brachte ihn ins Ausland. Zur Frage im UA, wer diese Person »ganz oben« war, hatten Förster und Ziel keine Aussagegenehmigung.

»Nick Wolfgang Greger, der sich als Paramilitär unter anderem in Liberia, Namibia und Südafrika, Malta, Uganda, Dänemark herumtrieb, erinnert sich in seinen »*Niemandsland*«-Erinnerungen genau an Szczepanski: »Dann baute Szczepanski eine Wehrsportgruppe auf und suchte nach geeigneten Leuten. ... Ich baute eine zündfähige Rohrbombe, der andere organisierte ein Präzisionsgewehr mit Zielfernrohr, Schalldämpfer und 300 Schuss Munition. Szczepanski vermittelte die Kontakte und koordinierte... Szczepanski unterbreitete uns den Vorschlag, die »Kriegsspiele« mit der Wehrsportgruppe zu vergessen und stattdessen einen deutschen Ableger (von) »*Combat 18*« ins Leben zu rufen ... Wir wollten zwar alle im Rahmen von paramilitärischen Übungen für den Ernstfall proben, waren jedoch der Ansicht, dass der Zeitpunkt, um mit Bomben und Gewehren auf den Feind loszugehen, noch nicht gekommen sei. Sczcepanski passte unser Einlenken überhaupt nicht in den Kram... Als er bis Anfang Juni mehr und mehr erkennen musste, dass seine Versuche, uns zu terroristischen Anschlägen zu bewegen, fürs Erste gescheitert waren, wurde unsere Gruppe von einer Welle von Hausdurchsuchungen und Verhaftungen überrollt.« (René Heilig: »V-Mann als Terrorführer« in: *Neues Deutschland* 30. Januar 2013)

Daniele Ganser *NATO-Geheimarmeen in Europa*. Zürich 2008; 24.95 €
Das Buch beschäftigt sich mit den geheimen Streitkräften der NATO-Staaten von 1947 bis 1991. Es ist die Doktorarbeit von Ganser, eine Fleißarbeit von 400 Seiten. Nach drei einleitenden Kapiteln kommen 14 Kapitel zu einzelnen Ländern. In seinen politischen Aussagen ist es schwach, aber so vermeidet es verschwörungstheoretische Kurzschlüsse. Ganser hält den Bericht des hessischen Landtags von 1953 für die beste Dokumentation über *Stay behind*-Strukturen.

Geheimdienste und Nazis im Krieg

Kritiker, die den VS abschaffen wollen, bezeichnen ihn gern als »Relikt des Kalten Kriegs«. Sie vergessen, dass sich die BRD seit Mitte der 90er Jahre durchgängig im Krieg befindet und Geheimdienste dabei bedeutender werden. Es funktioniert nicht, gegen Nazis kämpfen zu wollen und die Kriege der BRD zu unterstützen (wie es z.B. die Chefin der *Antonio Amadeu*-Stiftung tut); die Nazis sind in diesen Kriegen fett geworden!

Seit 2006 heißt die Bundeswehr »Einsatzarmee«, seit Juli 2011 ist sie faktisch eine Berufsarmee, die auch im Innern eingesetzt werden kann. »Seitens des politischen Personals in diesem Land (noch mit Ausnahme der Linken) ist die Option auf einen dauerhaften Krieg in einem globalen Ausmaß gestellt.« (Markus Mohr). Vor allem mit den Bundeswehr-Einsätzen seit 1995 in Jugoslawien und seit Anfang 2002 in Afghanistan kommt den Geheimdiensten die Aufgabe zu, das Gebiet der BRD gegen Angriffe aller Art zu sichern, die innenpolitische Opposition (gegen den Krieg) in Schach zu halten, die Bundeswehrsoldaten zu kontrollieren. Das schließt auch nachrichtendienstliches Vorgehen gegen Kriegsgegner, Infiltrieren von islamistischen Gruppen und die Zusammenarbeit mit neofaschistischen Söldnern und Bundeswehrsoldaten ein.

Hanning – in den 90er Jahren zunächst im Bundeskanzleramt, dann Chef des BND – erklärte vor dem Untersuchungsausschuss, dass man seit Mitte der 90er Jahre gegen die Islamisten kämpfte – und die Nazis machen ließ. Man habe sich in Bosnien auf die »Präsenz von Al Kaida-Terrorgruppen« konzentriert, nicht auf die rechtsextremen Terroristen (diese Aussage verschleiert natürlich, dass man zuvor die islamistischen Milizen massiv unterstützt und aufgebaut hatte, man nannte sie damals noch nicht »Al Kaida«).

In den jugoslawischen Bürgerkriegen kämpften deutsche und österreichische Nazis vor allem auf der Seite Kroatiens. Organisiert wurde das aus dem FAP-/ Kühnen-Umfeld unter Mitwissen der deutschen Regierung (Genscher hatte frühzeitig entgegen dem offiziellen Embargo Waffen und Militärausbilder nach Kroatien geschickt). Die *Connections* liefen hauptsächlich über die Miliz der faschistischen Partei Kroatiens, HOS, die sich auf die historische *Ustascha* beruft.

Auf serbischer Seite kämpften neben Russen und Rumänen seit 1993 einige hundert Griechen, u.a. aus der *Goldenen Morgenröte.*

Die Nazis wurden in der Regel nicht entlohnt, sondern durften Beute machen. Sie wurden für »ethnische Säuberungen« eingesetzt. D.h., die reguläre kroatische Armee und professionelle Söldner (besonders bei der Eroberung der Krajna waren US-Firmen maßgeblich beteiligt) eroberten Ortschaften, markierten Häuser von »Serben« und ließen den Nazis freie Hand beim Morden und Plündern. Manche wurden dabei reich und haben nach ihrer Rückkehr Firmen u.ä. aufgebaut (und Führungspositionen bei der NPD und anderen Organisationen eingenommen).

Bisher hatte die BRD bei der »Privatisierung des Kriegs« zur unkontrollierten Kriegsführung wenig Kampferfahrung zu bieten. Inzwischen hat die Bundeswehr dieses »Manko« beseitigt und baut auch mit Unterstützung der Bundesanstalt für Arbeit eigene privaten Schattenarmeen auf (die Anstalt finanziert die Ausbildung und »Zertifizierung von Sicherheitspersonal für Auslandseinsätze«).

Transformation des Rassismus

Rassismus ist keine biologische Konstante, er nimmt in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu oder ab, er ändert Charakter und Form, und: er hängt an einer staatlichen Logik.

Die sogenannte Asylantendebatte beginnt in der alten BRD Anfang der 80er Jahre. Durch den Zuzugsstopp konnte man nur per Asylantrag legal in die BRD einreisen – und nun passte es gut in die einsetzende Krisenpolitik, gegen die »Asylantenschwemme« zu hetzen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre startet die CDU mit der »Asyldebatte« den Versuch, das Recht auf Asyl im Grundgesetz abzuschaffen – schon damals war das flankiert von Nazi-Anschlägen. Diese »Debatte« kulminiert nach der Wende im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen. Keine vier Monate danach, am 6. Dezember 1992 einigen sich SPD und CDU auf den sogenannten »Asylkompromiss«, die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl. Am selben Tag findet die erste Lichterketten-Demo statt (400 000 in München).

Damit beginnt eine neue Phase: Das Ayslrecht ist abgeschafft, die wichtigsten Naziorganisationen wie *Wikingjugend* und *B&H* werden verboten, die Zivilgesellschaft gestärkt (u.a. mehr Geld für antirassistische Initiativen). Der neue »*Zero-Tolerance*«-Innenminister Kanther kämpft nicht mehr gegen Zuwanderer an sich, sondern gegen »Zwangsprostitution und Menschenhandel«, oder wie die Nazis sagen »gegen kriminelle Ausländer«, oder wie der nächste Innenminister Schily sagte »gegen Parallelgesellschaften«. Öffentlich kulminierte diese Phase im »Aufstand der Anständigen« von Kanzler Schröder (Oktober 2000) – selbst den ersten Einsatz deutscher Bombenflugzeuge seit 1945 (»Kosovokrieg«) anderthalb Jahre zuvor hatte die rot-grüne Regierung »antifaschistisch« begründet. In der »*out of area*«-Debatte zwischen 1990 und 1994 war die Vorbereitung zum Krieg fast parallel zur Asyldebatte gelaufen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 machte solche Bundeswehreinsätze dann möglich.

Erst in der beginnenden Aufarbeitung des NSU haben wir verstanden, dass die Geheimdienste in dieser neuen Konstellation (Asylrecht abgeschafft, die Lichterketten stiften einen neuen gesellschaftlichen Konsens, wichtige Nazi-Organisationen werden verboten) ihre Schäfchen ins Trockene brachten – und gleichzeitig ihr Pulver nicht mehr nur trocken hielten.

Seit Beginn der globalen Krise verschärft die sogenannte Sarrazin-Debatte die Tonart und bringt den Sozialrassismus auf den Punkt »gegen Kopftuchmädchen, HartzIV-Empfänger und faule Griechen«. Der ehemalige SPD-Finanzminister im rotroten Berliner Senat dichtet Muslimen eine genetisch bedingte Minderwertigkeit an. Die Nation als »Leistungsgemeinschaft« müsse gegen solche »unproduktiven Elemente« und »Kostenfaktoren« vorgehen. Dieser Sozialdarwinismus ist der ideologische Überbau zu den Hartzgesetzen. »Der Rassismus, mit dem wir es heute zu tun haben, ist ein kühl kalkulierter Rassismus ... ein Erzeugnis des Staates. ... (er ist) vor allem eine staatliche Logik und keine Leidenschaft des Volkes. Diese Staatslogik wird in erster Linie nicht von irgendwelchen

rückständigen sozialen Gruppen getragen, sondern zu einem Großteil von der intellektuellen Elite.« (Jacques Rancière in einem Vortrag von 2010; zitiert nach *ak* 555 vom 19. November 2010) – Außer ihnen selber hält wohl niemand die Antideutschen für eine intellektuelle Elite. Aber faktisch waren sie Teil der staatlichen Strategie, sie propagierten Bombenkriege gegen die Menschen in Asien und Afrika, und beteiligten sich mit ihrem Kampf gegen Multi-Kulti *ganz konkret* am Kampf von Schily und Sarrazin »gegen die Parallelgesellschaften in unserer Mitte«.

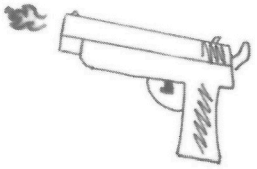
Strategie der Spannung

Spätestens seit Schily 1998 Kanther als Innenminister ablöste, wurde die Bekämpfung ungewollter Zuwanderung und die Auflösung der »Parallelgesellschaften in unserer Mitte« zu zwei Hauptaufgaben des Staatsschutzes. Während das Schröderregime verbal eine zuwanderungsfreundliche Politik betrieb, 2000 das Staatsbürgerschaftsrecht reformierte, und Schröder sich sogar als »die bessere Antifa« positionieren konnte, drückte Schily drastische Verschärfungen gegen MigrantInnen sowie gewaltige »Sicherheitspakete« durch. Der 11. September 2001 »bestätigte« diese Frontstellung, die polizeiliche, militärische und geheimdienstliche Überwachung der Gesellschaft wurde massiv verschärft.

In dieser historischen Konstellation verband die NSU-Mordserie vier Elemente:

- die Morde selber terrorisierten die Angehörigen und die *Communities*;
- die aggressiven polizeilichen Ermittlungen schüchterten sie ein und demütigten sie;
- die Medienhetze (»Dönermorde«, gegen die »Blumenmafia«, die »Kurdenmafia« usw.) setzte genauestens Schilys Vorgaben um;
- die BOA *Bosporus* nutzte die Morde zur größten Rasterfahndung und elektronischen Durchleuchtung von Migranten-*Communities* in der Geschichte der BRD. In ihr arbeiteten 160 Personen, vier davon ermittelten in Richtung Faschos. Der Rest piesackte die Angehörigen, baute falsche Dönerbuden, um ihr Umfeld zu durchleuchten, verkleidete sich als Privatdetektiv oder Journalist, um sie auszuhorchen und gegeneinander zu hetzen usw. Außerdem wurden über 20 Millionen Funkzellendatensätze zu 13 842 Personen zugeordnet und mit Geldüberweisungen, Hotelbuchungen, Mietwagennutzungen usw. abgeglichen. – Laut Auskunft des Innenministeriums waren diese Daten im Oktober 2012 noch immer gespeichert.

Polizei und Medien vervollständigten das Werk des NSU. Eine »Strategie der Spannung« ist (fünftens) besonders effektiv, wenn gelingt, den Feind, den sie bekämpft, auch zu *schaffen* (im Extremfall: Islamisten reagieren mit Anschlägen; bei der Sauerlandgruppe ja ebenfalls unter staatlicher Bewachung und mit Hilfestellung). Der Terror samt politisch/polizeilich/medialem Begleitprogramm führte dazu, dass sich Migranten*communities* abkapselten. Viele berichten, dass sie sich seit dem Auffliegen des NSU zum ersten Mal als »Türken« sehen. Bereits in den 90er Jahren hatten nach dem Mordanschlag von Solingen zum ersten Mal türkische Fahnen die Demos bestimmt. Eine Entwicklung, die neben vielen anderen Konsequenzen auch dazu führte, dass die Angehörigen mit ihren Protestdemos gegen die NSU-Morde 2006 von der deutschen Linken weitgehend allein gelassen wurden – das wäre in den 80er Jahren undenkbar gewesen.



Kontinuitäten I: »operative Kerne« und Kontrolle von oben

Der »tiefe Staat« hat nicht nur '33 *und* '45 in den Repressionsorganen überlebt. Die Nazis konnten nach ihrem Machtantritt die (kommunistische) Opposition schnell ausschließen, weil die politische Polizei vorher extrem fleißig Akten angelegt hatte und diese der neuen Regierung sofort zur Verfügung stellte. Und nach 1945 machten die Geheimdienste, Polizei- und Verwaltungsapparate im wesentlichen mit demselben Personal weiter; der BND und die *Stay behind*-Strukturen wurden sogar komplett mit alten Nazis aufgebaut. Dieser »tiefe Staat« wurde nie angetastet und hat alle Skandale überdauert. Entsprechend arrogant treten seine Akteure vor die Untersuchungsausschüsse »was wollt *IHR* denn? Hat doch alles funktioniert!«. Vorneweg Schäuble, der BKA-Chef Ziercke, der hessische Ministerpräsident Bouffier... Im folgenden ein paar Schlaglichter auf vier weniger bekannte, aber operativ sicherlich wichtigere Figuren:

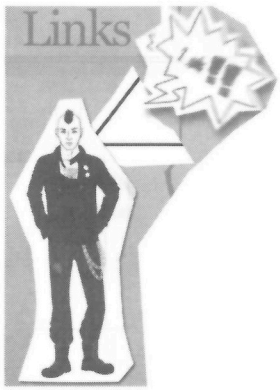
August Hanning. Von 1986 bis 1990 Geheimschutzbeauftragter der BRD in Ost-Berlin, in dieser Funktion u.a. für den Häftlingsfreikauf zuständig. 1990 wechselte er zurück zum Bundeskanzleramt, 1996 wurde er dort Abteilungsleiter. 1998 wurde er Präsident des BND. Ende 2005 wurde er Staatssekretär im Innenministerium unter seinem Förderer Wolfgang Schäuble; seine Zuständigkeitsbereiche waren u.a. Polizeiangelegenheiten, Innere Sicherheit, Migration, Krisenmanagement. Man sagt, er habe »zwei Jahrzehnte deutscher Sicherheitspolitik geprägt« – und dabei mehrere Skandale überlebt (u.a. Murnaz). Im NSU-UA am 30. November 2012 erklärte er: »Die Sicherheitsstruktur Deutschlands hat sich bewährt« – und: »Bei neun toten Polizisten gäbe es keinen Ausschuss.«

Klaus-Dieter Fritsche, CSU seit 2009 Nachfolger von Hanning als Staatssekretär im Innenministerium; »Deutschlands mächtigster Beamter«, man nennt ihn den »heimlichen Innenminister«. Davor war er von 1993 bis 1996 Büroleiter des bayerischen Innenministers Beckstein, dann bis 2005 Vizepräsident des BfV und von 2005 bis 2009 Geheimdienstkoordinator im Bundeskanzleramt. Vor dem NSU-UA sagte er: »Es dürfen keine Geheimnisse bekannt werden, die das Handeln des Staates beeinträchtigen könnten. ... Das Staatswohl ist wichtiger als parlamentarische Aufklärung«, daher wäre es legitim, dem UA Informanten im Umfeld des NSU zu verschweigen.

Peter-Jörg Nocken. Von 1997 bis 2001 Vizepräsident des thüringischen VS; reaktivierte nach dem Abgang von Roewer den NPD- und THS-Funktionär Tino Brandt als V-Mann. MAD-Akten beweisen, dass dieser den THS ausforschte und Nocken regelmäßig darüber informierte; beim thüringischen VS finden sich aber kaum Eingangsakten.

Nocken war seit Mitte der 70er Jahre beim hessischen VS und wechselte mit weiteren Beamten aus Hessen als geschlossene Gruppe nach Thüringen (»Nocken-Brigade«).

Vor dem NSU-UA bezeichnete er Tino Brandt als die »wichtigste Quelle«; durch seine Enttarnung sei »der Zugang zum Trio verschüttet« worden. Brandt wurde im Mai 2001 enttarnt – Monate nach dem ersten Mord! Nocken hielt eine so abstoßende Rechtfertigungsrede – Tenor: der VS hat alles richtig gemacht – dass ihn der Ausschuss vor die Tür setzte. Wenn es eine Stelle im Staat gibt, die das Trio tatsächlich geführt hat, dann stehen die Chancen sehr hoch, dass es Nocken oder seine Brigade war.



Thomas Sippel, ebenfalls aus Hessen; von 1987 bis 2000 beim BfV tätig, u.a. als Referatsleiter für Rechtsextremismus, seit 1998 Leiter der Referatsgruppe »Zentrale Fachfragen«; von 1999 bis 2000 am NATO *Defence College* in Rom. Danach Nachfolger von Helmut Roewer als Präsident des Thüringer VS. Gegenüber dem *Focus* sagte er, er habe bei seinem Amtsantritt prüfen lassen, ob der VS »das Trio« als Informanten führte. In seine Amtszeit fällt u.a. die Anwerbung des Spitzels Trinkaus und die Fortdauer der *Operation Rennsteig.* Als diese aufflog, wurde er am 3. Juli 2012 in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Aussage vor dem NSU-UA: »Ich kenne den Ermittlungsstand nicht.«

Alle diese Leute sehen sich als Elite, die ihr Handeln nicht rechtfertigen muss, weder sozial noch den Parlamenten gegenüber. Ihre Methoden *lassen* sich aber auch »demokratisch« nicht rechtfertigen, weder so noch so. Z.B. hatte der thüringer VS den NPD-Funktionär **Kai-Uwe Trinkaus** als Spitzel angeworben und gegen die PdL und DGB-Gewerkschaften eingesetzt. Trinkaus hatte außerdem von seinem V-Mann-Führer Namen, Adressen und Fotos von elf Antifas bekommen und diese auf seiner Website online gestellt. »Der Feind steht links« – und die Aufrüstung der Rechten ist eins der besten Mittel dagegen. In Thüringen haben die jeweiligen Innenminister – egal ob von der SPD oder der CDU – in Zusammenarbeit mit dem VS Aktivitäten gegen Rechts ausdrücklich bekämpft.

Korruption, Privatisierung – neues Akkumulationsregime

Korrupte Geflechte sind weder auf die *Public Private Partnership*-Projekte der Verkehrsinfrastruktur beschränkt (siehe Artikel im Heft), noch auf Sachsen (»Sachsensumpf«) oder Thüringen (Verfassungsschutz, Roewer). Dass einige Personen (Bouffier, Schäuble...) sowohl vor Ausschüssen zu Spendenaffären, wie auch jetzt zum NSU aussagen mussten, wirft Licht auf mögliche Zusammenhänge.

Mit der Deregulierung der Finanzmärkte, der Privatisierung von Infrastruktur, Altersvorsorge usw. entstanden Milliardenvermögen. Maschmeyer ist ein bekanntes Beispiel, sein »Hannover-System« wurde beim Rücktritt von Wulff ein Stück weit bekannt. Dem entsprechen bei den Großunternehmen die achtstelligen Jahresgehälter oder die Bonuszahlungen bei den Banken.

Zur neuen »Akkumulationsweise« gehört eine neue »Regulationsweise« aus Korruption/Erpressung, Überwachungsstaat und Mafiastrukturen. Das wachsende Bedürfnis nach »Sicherheit« wird von einem boomenden *Security*-Gewerbe befriedigt. Dieses Milieu aus Finanzbranche und Immobilienspekulation mit Verbindungen ins Rotlichtmilieu steuert politische Entscheidungen (EnBW-Skandal), schaltet per Justiz und Psychiatrie eventuelle Störer aus (Mollath-Skandal) und bedient sich der Dienste rechtsradikaler Rocker und organisierter Nazis. 2003 wies ein *telepolis-Artikel* darauf hin, dass private Sicherheitsfirmen immer mehr Nazis einstellen. *Security*-Firmen sind stark gewachsen und decken immer mehr Bereiche ab (Kontrolle der Innenstädte, der Einkaufszentren, der Industriegebiete, von Flüchtlingslagern (!) über militärische Objekte bis zur Bewachung von PolitikerInnen). Im Februar 2013 wurde es zu einem kleinen Skandal, als bekannt wurde, dass Amazon seine ausländischen LeiharbeiterInnen ebenfalls durch Nazi-*Security* kontrollieren und belästigen ließ.

Die Einbindung der rechten Szene in das Wachschutzgewerbe sowie die Zusammenarbeit zwischen *Security*-Firmen und Bundeswehr hat sehr stark zugenommen. Die Verquickung von organisierten Neonazis, Wachdiensten und Faschos beim Bund zeigt den Zusammenhang zwischen Waffen- und Sprengstoffdiebstählen bei der Bundeswehr und der Bewaffnung der rechten Szene.

Dies ist natürlich nicht auf die BRD beschränkt. Ende Februar wurde z.B. bekannt, dass das spanische Innenministerium einen verurteilten neofaschistischen Verbrecher bei der Schulung von Polizisten und Soldaten einsetzt. Auch in Griechenland werden die Verbindungen zwischen Mafiastrukuren und Faschisten seit Ende der 90er Jahre immer wichtiger. Ihre Geschäftsfelder sind wie in der BRD Drogen, Waffen, Schutzdienst, *Trafficking* und als griechische Spezialität: Treibstoffschmuggel... Auch hier benutzt der Staat diese organisierte Kriminalität dort, wo staatliche Repressionapparate nicht selber direkt eingesetzt werden können. Griechische Genossen benutzen dafür den Begriff »Verstaatlichung des Verbrechens«.

Seit längerem wird auch im Kampf gegen MigrantInnen auf »Privatisierung« und Faschos gesetzt. Seit 2004 kämpft das Privatunternehmen *Frontex* gegen Leute, die nach Europa einwandern wollen. Und ganz offen wird in EU-Ländern der Straßenterror von Nazis zur Abschreckung gegen Einwanderung eingesetzt.

LIHOP oder MIHOP

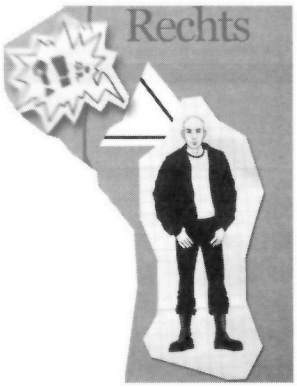
Bereits die Anfänge des NSU lassen sich nicht nur mit »Thüringen« (rassistische Polizei, die Nockentruppe hielt ihre schützende Hand drüber usw.) erklären. MAD, BfV (»Operation Rennsteig«) und das BKA (»Adressenliste«) begleiteten das Trio in den Untergrund. Der Verfassungsschutz wusste *vor* dem sogenannten Abtauchen, was sie machten, und hatte mindestens die ersten drei Jahre *danach* Kontakte zu ihnen, unterstützte sie und schützte sie vor Entdeckung. Es *kann* sein, dass die Kontakte danach kurzzeitig abrissen... – wurde die *Operation Rennsteig* tatsächlich 2003 eingestellt? warum? – aber man hatte Tipps von V-Leuten, wo das Trio zu finden war.

Seit 2003 (da waren bereits vier Morde passiert) wird es zunehmend schwieriger, die Sache unter dem Teppich zu halten; Hinweise von eigenen Ermittlern und von außen häufen sich (das FBI verwies auf »Rechtsextremisten« als mögliche Täter; im März 2003 gab der italienische Geheimdienst dem VS Hinweise auf ein Netzwerk europäischer Nazis, die Morde an Immigranten vorbereiteten). In der Vertuschung dieser Informationen sieht Hajo Funke den »Kern der Sicherheitskatastrophe«. Das ist die denkbar vorsichtigste Interpretation, »*surprise*«: Der VS wurde überrascht von den Morden, tat dann aber alles, um es zu vertuschen – und ermöglichte so die weiteren Morde.

Moralisch macht es keinen Sinn, zwischen »surprise«, LIHOP und MIHOP zu unterscheiden. Staatliche Stellen haben faschistische Strukturen aufgebaut und geschützt, die in den letzten Jahrzehnten sehr viel mehr als zehn Menschen umgebracht haben. *Juristisch* wäre es wohl ein Unterschied, ob man beim Versuch, solche Strukturen unter Kontrolle zu halten, »nur« hin und wieder wegschaut, oder ob man Waffen und Sprengstoff an eine faschistische Organisation liefert, die einen bewaffneten Kampf führt. *Das* wusste aber der Staatsschutz Ende 1999 definitiv. Und da zu diesem Zeitpunkt »der Zugang« ja noch nicht »verschüttet« war, ist die *mindeste* Variante LIHOP: Sie hätten die Morde verhindern können, aber sie ließen es geschehen, weil das politisch wunderbar in den Kram passte. Dafür musste in der Öffentlichkeit unbedingt der richtige Zusammenhang vertuscht werden (siehe Nagelbombenanschlag in Köln) – diejenigen, denen der Terror galt, verstanden die Botschaft bereits durch die Ceska (immer dieselbe Waffe).

Politisch ist die Abwägung LIHOP oder MIHOP nicht entscheidend. Viel wichtiger ist, Illusionen in den Staat radikal abzulegen. Auch wenn in den nächsten Monaten noch weitere Unterstützungsleistungen ans Licht kommen – ein direkter Mordbefehl durch staatliche Stellen wird sich nicht finden; denn ein solcher wurde nie gegeben. Es ist gerade der Vorteil von faschistischen Reservegruppen, von Privatisierung des Kriegs, von Mafia, dass diese Strukturen Dinge tun können, die der Staat in direkter Befehlskette nicht tun kann. Der Staat hat sich eine Struktur gegeben, wo man für konkrete Aktionen nicht mehr »den Staat«, manchmal nicht einmal mehr »staatliche Stellen« verantwortlich machen kann, aber es war/ist der Staat!

Der heutige Staat integriert nicht mehr die Interessen sozialer Gruppen (»Parteienstaat«), sondern staatlicher Rassismus (»wir dürfen nicht zum Sozialamt der Welt werden«) suggeriert die sozialpolitische Versorgung der Deutschen. Die »Funktionseliten« des Kontroll- und Überwachungsstaats sehen sich nicht mehr im Kalten Krieg, sondern in einem globalen Krieg. Dabei arbeiten sie mit faschistischen Kernen operativ zusammen, die sie fallweise benutzen, abschalten oder stärken. Und mit denen sie relative breite ideologische Übereinstimmungen haben; das Transparent, das Zschäpe auf der letzten Demo vor ihrem Untertauchen trug »Nationalismus, eine Idee sucht Handelnde«, sprach inhaltlich sicherlich auch Hanning und Fritsche aus dem Herzen.



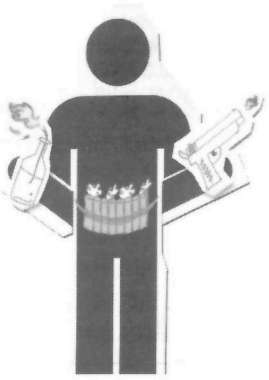
Hajo Funke *Versagen, Aufklärung und Konsequenzen – Im Wahljahr*,16.1.2013
www.bit.ly/110RyzE

Carmela Negrete
Mörder im Staatsdienst
junge Welt, 28.02.2013
www. bit.ly/YABoK1

Birgit Gärtner
Gute Zusammenarbeit
telepolis, 27.02.2013
www. bit.ly/Z3nNMY

Helmut Lorscheid, Andrea Röpke *Neonazis in Securityfirmen*
telepolis, 03.03.2003
www. bit.ly/15UowV8

Tendenziell muss sich jede große Bewegung mit diesen Strukturen auseinandersetzen (selbst die gegen Stuttgart 21). Die größte Grenze der Linken ist ihr Missverständnis, in einer Parteiendemokratie zu leben (»wenn wir nur lautstark genug die Interessen von möglichst vielen Menschen vertreten, müssen die Parteien sich dafür einsetzen«; »wenn prominente Parteienvertreter auf unseren Kampf aufmerksam werden, können wir was erreichen«); die größte Chance liegt darin, dass die Bewegungen ihre Sache in die eigenen Hände nehmen. Diese Lernprozesse werden blockiert von einer intellektuellen Linken, die sich in den Dialog mit dem Verfassungsschutz begeben hat.



»Antifaschistische Jugend«; Ende der 80er Jahre, einer Organisation von jungen Leuten der zweiten Generation von ImmigrantInnen aus der Türkei. Sie brachten politischen Kampf gegen Nazis, sozialen Selbstschutz und offensive Aktionen zusammen. Nachdem bei einer Aktion im April 1992 der Nazi Kaindl getötet wurde, benutzte der Saatsschutz das, um *Antifaşist Gençlik* aufzumischen.

Verfassungsschutzisierung der intellektuellen und Ohnmacht der praxisorientierten Linken

Warum hat die Antifa die Mordserie nicht aufgedeckt? Sie hatten doch in der zweiten Hälfte der 90er Jahre den THS sowie *Blood&Honour* recherchiert und durchleuchtet? Sie hatten das abgetauchte Trio auf dem Schirm – und sie wussten von der *Combat18*-Strategie des führerlosen, bewaffneten Kampfs. Warum hat niemand 1 und 1 zusammengezählt? – Diese Frage bleibt stehen. Wir können sie nicht beantworten.

Aber warum gab es *nach der Aufdeckung* der NSU-Morde keinen massenhaften Aufschrei wie Mitte der 60er Jahre gegen die Notstandsgesetze? Oder wie nach Rostock-Lichtenhagen? Und warum erfassen große Teile der Linken noch immer nicht die Reichweite des Skandals?

Die Überzeugung, nur der Staat könne die Nazis kleinhalten, markiert eine nicht ausgesprochene Kontinuität von Mielke zur Antifa. Aber die Aufdeckung der staatlichen Verwicklungen in den NSU-Terror macht klar, dass die intellektuellen Linken, die in den letzten Jahren auf Verfassungsschutz-Podien gekrochen sind, nicht nur analytisch und politisch aufs völlig falsche Pferd gesetzt haben – sondern damit zum Teil der »Extremismusprävention« geworden sind. Das zuzugeben, wäre mit einem hohen Schämfaktor verbunden und hätte letztlich auch finanzielle Konsequenzen, also hält man lieber das Maul. Uns ist erst bei der Recherche zu diesem Artikel klar geworden, wie viele Leute, die sich für Linksradikale und Antifas halten, sich in den letzten Jahren »*diskursiv*« mit dem Verfassungsschutz eingelassen haben. Wir würden solche Leute gerne rechts liegen lassen, aber sie verfügen innerhalb der linken Szene über mediale Macht und ideologischen Einfluss.

Die praktisch orientierten Antifas würden sich nie und nimmer vom Staatsschutz als V-Leute anwerben lassen. Aber Recherche-Antifas meinen, den Staat »benutzen« und ihn mit Infos und Öffentlichkeitsarbeit *zwingen* zu können, gegen Nazis vorzugehen. Oft merken sie nicht, dass sie dabei selbst *benutzt* werden – nicht unbedingt im direkten Sinn, aber politisch. Führt der NSU-Skandal nun zu einem Umdenken und einer genaueren Frontstellung?

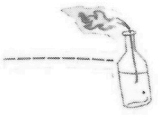
Es gibt auch einen theoretischen Grund, dass Staatskritik zum blinden Fleck geworden ist. Die (Antifa-)Linke redet meist nicht mehr von Faschismus, sondern von Rassismus und Antisemitismus. Und beim allseits beliebten Schlagwort vom »Rassismus in der Mitte der Gesellschaft« kann sich jede/r selber aussuchen, was darunter zu verstehen sei. Das reicht nicht aus als Analyse. Man kann nicht gegen Faschismus kämpfen, und den Staat außen vor lassen! Und genausowenig kann man gegen Faschismus kämpfen, und den Kapitalismus außen vor lassen. Wer gegen ethnischen Rassismus in allen seinen Schattierungen zu kämpfen versucht, aber die Dimension des sozialen Rassismus weglässt, bleibt im besten Fall zahnlos, im schlimmsten Fall wird er zum Erfüllungsgehilfen des Staatsrassismus. Rancière kommt in der oben zitierten Rede zu dem Schluss, dass die »linke« Kritik, indem sie von »derselben Spielanordnung« wie die Rechte ausgeht (»Rassismus sei eine Leidenschaft des Volkes«, gegen die der Staat mit immer härteren Gesetzen durchgreifen muss), eine »neue Form des Rassismus« konstruiert: »Staatsrassismus und intellektueller ›linker‹ Rassismus«.

Faschismus lässt sich nicht mit Antifaschismus bekämpfen. Wie es gehen *kann*, zeigt die zeitweise erfolgreiche Arbeit von *Antifaşist Gençlik*. Nur in einer sozialen Perspektive, die über den Staat rausgeht, kommen wir aus der Defensive raus. Dazu reicht die links-rechts-Kategorie nicht aus, es gibt auch ein oben und unten. Klar sehen staatliche Institutionen auf dem rechten Auge schlecht und auf dem linken messerscharf. Damit lässt sich aber höchstens die Vorgeschichte des NSU und nicht die Mordserie selber erklären. Hätte der NSU Politiker, Manager, Bankiers ermordet, wären alle Register bis hin zum Notstand gezogen worden.

Wir müssen selber Hand anlegen.

Es darf nicht beim »antifaschistischen Tsunami« bleiben, wie der Faschist Roeder die Aufregung nach der NSU-Enttarnung genannt hat. Und dafür gibt es ein paar Chancen:

*Untersuchungs*ausschüsse sind mit ihrer Reinigungsfunktion systemstabilisierend, indem sie auch heftigste politische Skandale nicht zur Bedrohung



des Systems werden lassen. Ungewöhnlich ist diesmal, dass die UA dem Kleinkrieg des tiefen Staats, einer »Art verdecktem permanenten kleinen Staatsstreich«, einigermaßen standhalten und als »Dampfkessel« immer neue Wahrheiten über den Staat zutage fördern, wie Thomas Moser in der *kontext* Wochenzeitung schrieb. Trotz Geheimhaltungspflicht dringen immer wieder Informationen und Details an die Öffentlichkeit, mit denen wir uns selber ein Bild über den Staat machen können. Warum ist das so? Ist der Abgrund so tief, dass überzeugte Demokraten *den Staat selbst* in Gefahr sehen? Reagieren diese *deshalb* stärker als die angeblich radikale, aber staatsfixierte Linke? Und können *wir* diese Linke, die noch immer nicht die Tragweite ausspricht, zu einem *reality check* zwingen? Die Chancen sind gar nicht so schlecht.

Wahrscheinlich haben die Untersuchungsausschüsse ihre beste Zeit hinter sich; im Verhalten der Mitglieder macht sich der nahende Wahlkampf bemerkbar, und mit dem Prozess in München und dem Gemache um das NPD-Verbot sollen die Koordinaten wieder auf Staat und Recht eingenordet werden. Der Prozess soll das politische Konstrukt von der einzelnen Zelle mit einer Handvoll Unterstützer zementieren und die Einsicht vergessen machen, dass der NSU zwar ohne die NPD denkbar ist, »nicht aber ohne die finanzielle, logistische und geheimdienstliche Unterstützung des Verfassungsschutzes.« (Wolf Wetzel) René Heilig schrieb am 11. März in *Neues Deutschland*, die Bundesanwaltschaft und das Gericht bereiteten ein Verfahren vor, an dessen Ende »die Erkenntnis stehen könnte: Es gibt keinen Rechtsterrorismus, es hat ihn nie gegeben.« In der Zeugenliste tauchen kaum Nazis aus dem NSU-Umfeld auf. Nicht einmal der Waffenbeschaffer Jan Werner oder Carsten Szczepanski sind geladen.

Denn der Strafprozess in München könnte für den Staat riskant werden, wenn eine schlaue Verteidigung z.B. die Rolle der V-Leute in den Vordergrund stellt. Und »das Ausland« wird ihn sehr aufmerksam beobachten. Medienguerilla-Aktionen könnten »deutliche Akzente« in der internationalen Öffentlichkeit (türkisches Fernsehen!) setzen. Aber nicht alle Terrains eignen sich gleich gut zum Kämpfen. Wichtiger sind sicherlich Demos und Flugis, Veranstaltungen mit Migrantengruppen, direkte Kontakte.

Der Verfassungsschutz steckt in seiner tiefsten Legitimationskrise seit seinem Bestehen. Er geht zur Zeit auf Propagandatour durch Ortsteil-Beiräte, Vereine und Initiativen, sitzt als Teilnehmer auf Podien und kümmert sich um die »Weiterbildung« von Lehrern. Der Geheimdienst versorgt die »Zivilgesellschaft« mit den Bedrohungsszenarien von »Extremismus«, »Islamismus« und »Salafismus«, die sein Fortbestehen rechtfertigen sollen. Das sollten wir nicht unwidersprochen lassen. Auf keinen Fall sollten wir die Gelegenheit auslassen, die Blamage der Geheimdienste und der Polizei zu einer Legimitationskrise des Staates zu machen.

Das ist umso nötiger, als dieser Staat bereits wieder zündelt...

Kontinuitäten II: Neues Zündeln...

Die Represssion gegen die Nazis fiel nach der Selbstenttarnung des NSU viel schwächer aus als nach Hoyerswerda/Rostock/Mölln. Damals war das Asylrecht erfolgreich abgeschafft, die vielen Flüchtlinge nach dem Jugoslawienkrieg mussten sich unter viel schlechteren Bedingungen (auf dem Arbeitsmarkt) zurechtfinden. Diesmal ist der Job noch nicht getan. Kurz vor der Aufdeckung des NSU war die »Sarrazin-Debatte« auf dem Höhepunkt, unmittelbar danach hetzte Innenminister Friedrich gegen »Integrationsverweigerer«. Aktuell wird eine neue Hetze gegen »Armutszuwanderung« hochgezogen – und Antifas, die sich Faschoaufmärschen wirklich in den Weg stellen, werden kriminalisiert und teilweise hammerhart verknackt.

Die aktuelle Konstellation gegen Roma in NRW ist der Situation in Ostdeutschland Anfang der 90er verdammt ähnlich: »Minister Friedrich will gegen Armutszuwanderung vorgehen«, »Überfüllung«, »Müll«, »es stinkt«, »Polizei ist überfordert«. Innenminister Friedrich spricht von »Ansturm auf den deutschen Sozialstaat«, »Sprengsatz« und »Flächenbrand«; ihm ist dabei völlig egal, ob die Zahlen stimmen! Die meisten Leute aus Rumänien und Bulgarien malochen hier, nur 11 606 (!) sind aktuell arbeitslos gemeldet. Aber am 1. Januar 2014 würde auch für Leute aus Bulgarien und Rumänien die volle Freizügigkeit in der EU gelten – und hier müssen abschreckende Tatsachen geschaffen werden. Und zwar wieder auf die deutsche Art! Der französische Staat hatte im Spätsommer 2012 Romalager brutalst räumen lassen – im Gegensatz dazu wird bei uns wieder über Bande gespielt: »überforderte Anwohner«, *Pro*-NRW und militante Nazis. Dazu Medien und Justiz – alles wie gehabt: Mitte März stellte die Ausländerbehörde Passau eine Ausweisungsverfügung für einen Sprecher der Flüchtlingsproteste aus; sie wolle damit »eine abschreckende Wirkung auf andere Ausländer erzielen«, hieß es im Bescheid.

Und wenig verwunderlich berichtete der Antiterrorismuskoordinator der EU, Gilles de Kerchove, am 8. März von einer »erhöhte(n) Terrorgefahr in Europa durch Mali-Einsatz«, die Sicherheit der EU sei »direkt bedroht«. ■

Literatur:
Zeitungsartikel von Andreas Förster (FR, Freitag) Thomas Moser (Kontext), René Heilig (Neues Deutschland) und Claudia Wangerin (junge Welt); diverse Berichte aus den Untersuchungsausschüssen; empfehlenswert ist die Website von Hajo Funke: www.bit.ly/Z7JgCD

»Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal«, VSA 2012 224 Seiten Nur noch als eBook für 9,99€ erhältlich. Ein wichtiges Buch, das den Kenntnisstand im Frühjahr 2012 zusammenfasst. Beiträge von Paul Wellsow, Katharina König, Andrea Röpke, u.a. Man kann die staatstragenden Beiträge zu Beginn unter der Parole »Vertrauen in den Rechtsstaat wieder herstellen« überschlagen und sich dann recht gut in die einzelnen Aspekte reinlesen. Es nervt halt manchmal, dass diese PDS-Leute die ganzen Fakten kennen, viele Jahre lang vom VS bespitzelt und bekämpft wurden – und dann doch von »Versagen« reden und staatsfixiert bleiben. Man hat den Eindruck, je mehr sie in den Ausschüssen erfahren, desto stärker nehmen sie ihre politische Analyse zurück. Trotzdem: Leseempfehlung!
Im Mai kommt das neue raus: Bodo Ramelow (Hrsg.) *»Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen«* VSA, 224 Seiten, 12.80 Euro
Bis dahin eine ganz gute Zusammenfassung des Wissenstands von Anfang Januar: Bodo Ramelow *Staatsgeheimnisse um* NSU junge Welt, 09.01.2013

In letzter Sekunde erreichte uns die Ankündigung eines weiteren Buches zum NSU: Wolf Wetzel, *Der NSU-VS-Komplex. Wo fängt der Nationalsozialistische Untergrund an, wo hört der Staat auf?*, April 2013, Unrast, ca. 150 Seiten, ca. 13 Euro

Frauenbewegungen und -organisationen in Indien haben wiederholt ihre Stimme erhoben gegen »Ehren«-morde, Brautgeld, die Tötung weiblicher Föten und Säuglinge, das Schlagen von Frauen und andere Praktiken im städtischen und ländlichen Indien. Sie haben gegen Polizei und Militärangehörige gekämpft, die wegen sexueller Belästigung und Vergewaltigung angeklagt waren, oder Kämpfe gegen sie unterstützt.

Die EinwohnerInnen der Staaten, die die Unabhängigkeit vom indischen Bundesstaat fordern, sind tagtäglich brutaler Repression ausgesetzt. Vergewaltigung und Belästigung ist eine der vom Militär am häufigsten eingesetzten Formen von Repression. Manorama Devi wurde im Jahr 2004 von Angehörigen der paramilitärischen Einheit der 17 Assam Rifles in Manipur entführt, brutal gefoltert, vergewaltigt und ermordet und wurde so zum Opfer von *custodial rape* (Vergewaltigung von Schutzbefohlenen). Die Leute dort fordern und kämpfen weiter für Gerechtigkeit. Das ist nur eine von Millionen Geschichten der Brutalität und Unterdrükkung durch das Militär. Der Zorn und die Wut, die die Frauenbewegung 1974 zum Ausdruck brachte, als ein Adivasi-Mädchen von Polizeibeamten im Staat Maharashtra vergewaltigt worden war, führten in Indien zu Veränderungen in der Definition des Begriffs »rape« und die besondere Berücksichtigung von »Vergewaltigung von Schutzbefohlenen«, wobei diese heute wie folgt definiert wird: »Vergewaltigung von Schutzbefohlenen ist eine Vergewaltigung in Gewahrsam oder unter der Aufsicht und Kontrolle einer Person entweder in Polizeigewahrsam, unter der Aufsicht eines Gefängniswärters oder eines Heimaufsehers oder in Untersuchungshaft«.

Es ist wichtig, die Bewegung und die Forderungen auf rechtlichem Gebiet als Teil der Frauenbewegung in Indien anzusehen; gleichzeitig erkannte aber die Bewegung, dass sexuelle Gewalt nicht Frauensache, sondern Sache der ganzen Gesellschaft ist.

Das Richter-Verma-Komitee und der Kampf für Gesetzesänderungen – Zeit zu verhandeln und Kompromisse zu schließen?

»Wir sind davon überzeugt, dass es die Pflicht des Staates und auch der Zivilgesellschaft ist, das Paradigma von Schande und Ehre in Verbindung mit einem Vergewaltigungsopfer abzubauen und aufzulösen. Vergewaltigung als eine Form von sexueller Gewalt fällt genau wie jedes andere Verbrechen gegen den menschlichen Körper unter das Strafgesetzbuch (IPC).«

Empfehlung des Richter-Verma-Komitees

Anfang Januar hatte die Regierung eine Kommission unter der Leitung von Richter Usha Mehra eingesetzt, die die Vergewaltigung vom 16. Dezember 2012 untersuchen sollte. Außerdem wurden alle Leute aufgefordert, Kontakt aufzunehmen und Beschwerden gegen die Polizei oder andere verantwortliche Behörden einzusenden und Vorschläge zu machen. Eine weitere Kommission namens Richter-Verma-Komitee sollte die Gesetze zu sexueller Gewalt prüfen mit dem Ziel, die gerichtlichen Verfahren zu beschleunigen und diesbezüglich Empfehlungen aussprechen. Diese Kommission fordert ebenfalls die Bevölkerung auf, Vorschläge zu machen.

Die Empfehlungen für Änderungen im Strafgesetz, die am Ende gemacht wurden, werden als revolutionär in der indischen Rechtsgeschichte angesehen. Vergewaltigung wird darin als Ausdruck einer Machtbeziehung definiert und nicht mehr als »Verbrechen aus Leidenschaft«. Das indische Strafgesetzbuch hält in seiner Definition von Vergewaltigung klar fest, dass eine Ehefrau ihren Ehemann nicht wegen Vergewaltigung anzeigen kann. Anders gesagt wird eine Frau bei der Heirat zum Eigentum ihres Mannes und darf ihm keinen sexuellen Akt verweigern. Das Richter-Verma-Komitee empfiehlt, Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen. Des Weiteren geschieht es in Indien sehr oft, dass Frauen Belästigungen durch Polizeibeamte ausgesetzt sind, wenn sie eine Anzeige aufgeben; viele Frauen gehen deshalb nicht aufs Polizeirevier, um Belästigungen zu vermeiden. Auch hier wird in den Empfehlungen ernsthaft versucht, Abhilfe zu schaffen, indem Belästigungen durch die Polizei thematisiert werden. Weiterhin halten die Empfehlungen unsensible Ärzte und ärztliche Untersuchungsmethoden für die Tatsache verantwortlich, dass sich viele Frauen weigern und Angst davor haben, Anzeige zu erstatten. Außerdem wird die sexuelle Belästigung thematisiert, der Frauen durch paramilitärische Kräfte ausgesetzt sind, und dass Frauen sexueller Gewalt in Konfliktgebieten und während lokaler Unruhen aufgrund ihrer Identität begegnen. Es wird in den Empfehlungen festgehalten, dass paramilitärische und Polizeikräfte für solche Akte von sexueller Belästigung und Vergewaltigung haftbar gemacht werden sollten.

Es ist jedoch nicht überraschend, dass die Strafgesetzordnung (*criminal law ordinance*) die meisten »kontroversen« Empfehlungen nicht mitaufnimmt, da viele der Punkte einen direkten Angriff auf die patriarchale Gesellschaft und die Staatsmacht darstellen, die das Gesetz aufrechterhalten muss. So wird Vergewaltigung in der Ehe nicht anerkannt; ebenso werden Polizisten, Soldaten und andere Amtsinhaber grundsätzlich nicht haftbar gemacht – und vieles andere mehr.

Die Bewegung begann mit viel Wut und Leidenschaft, viele Entwicklungsmöglichkeiten und Richtungen standen offen. Aber heute ist der Fokus der Mobilisierung die Durchsetzung der Richter-Verma-Empfehlungen – unter der Führung der *All India Progressive Women's Organisation* und der *All India Student' Association (CPI (ML) Liberation women' and student's front)*. Darüber hinaus gibt es Diskussionen zwischen Frauenorganisationen und Anwälten über sprachliche Abänderungen in manchen Empfehlungen, um sie weniger »radikal« erscheinen zu lassen, damit sie eher vom Parlament angenommen werden. (Der Gesetzentwurf wird angenommen, sobald ihn der indische Präsident unterzeichnet hat, und muss innerhalb von sechs Monaten vom Parlament verabschiedet werden). Obwohl die Treffen mit den Anwälten öffentlich sind, gibt es bei ihnen keine Anzeichen von »Öffentlichkeit«. Die Organisationen dealen darüber, was verhandelt werden kann und was nicht; eine Empfehlung wie die Verurteilung militärischer Besetzung in Konfliktgebieten muss deshalb unterdrückt werden, weil diese Forderung zu »radikal« ist.

Noch vor einem Monat war die Innenstadt von Delhi erfüllt von Stimmen, Schreien, Wut, Parolen und Freiheitspoesie. Während die Beschäftigung mit dem Gesetz und rechtlichen Angelegenheiten zwar von großer Bedeutung ist, ist die Artikulation dieser Gefühle nur noch eine Erinnerung geblieben, die die Gesetzbücher nicht enthalten werden. Pessimismus?

Fragen, mit denen wir uns näher befassen müssen

Die Auswirkungen der Bewegung und die »Kultur« der Vergewaltigung

Eine der Nachwirkungen der Bewegung war die gegen den populären und sehr beliebten Dichter und Sänger Yo yo Honey Singh wegen seiner ›obszönen und vulgären‹ Texte gerichtete Verbotsforderung. Yo yo Honey Singh (»Snoop Dogg« oder »Usher of India«), der vor kurzem im Musikgeschäft Indiens auftauchte, ist schon an verschiedenen Orten in Delhi und anderen Städten in Indien aufgetreten. So zum Beispiel in der Universität von Delhi, wo Fans und ZuhörerInnen von Yo yo Honey Singh in großer Zahl zusammenkamen und ihre Lieblingslieder hören wollten.

Wir müssen jedoch seine Musik und Texte in der Gesellschaft selbst verorten, die dieses Business nicht nur unterstützt, sondern auch hervorbringt. Diese populäre Kultur spiegelt Ideen und Gedanken wider, die bereits in der Gesellschaft existieren, und trägt so weiter zur Reproduktion dieser Gesellschaft bei. So ist zum Beispiel Honey Singh in seinen Songs und Texten keine fiktive Figur. Ich sage nicht fiktiv, weil dieser Typ eine vorherrschende Form von nordindischer Männlichkeit verkörpert. Ashly Tellis schreibt in ihrem Artikel »Studiert Honey Singh, statt ihn abzuschalten«:
»Eine Untersuchung seiner Texte, seiner Videos, seiner Rolle, seiner Einstellungen und seines Körpers können uns viel über den Typus nordindischer Männlichkeit sagen, die politische Ökonomie des Punjab, die Koordinaten der Punjab-Oberschicht/ihrer höheren Kasten

www.sify.com/news/study-honey-singh-don-t-shut-him-down-news-columns-nbfbT-wihfcc.html

und die Spannungen und Widersprüche, die in ihrem Unterbewusstsein wüten.«

Wir verurteilen und widersetzen uns zwar der Gewalt gegen den weiblichen Körper und die weibliche Psyche, die dort formuliert, gesungen und vom Publikum begeistert aufgenommen wird. Doch man muss trotzdem das Verbot auch hinterfragen, für das Yo yo Honey Singhs Musik willkürlich herausgegriffen und als obszön und vulgär abgestempelt wurde. Wir unterstützen kein Verbot, wenn es bloß eine Säuberung der Gesellschaft von ›obszönen und vulgären Verunreinigungen‹, also Zensur, bedeutet. Wir unterstützen kein Verbot einer Musik, die Frauen erniedrigt, die angeblich nur geschmückt und wie eine Göttin verehrt innerhalb ihrer vier Wände Wertschätzung verdienen sollen. Wir unterstützen ein Verbot von Musik, Pornografie, Filmen, Werbung, Fernsehprogrammen usw., die Produkte des Kapitalismus sind, weil sie den weiblichen Körper zur Ware machen, indem sie ihn auf dem Markt zum Verkauf ausstellen. Wir unterstützen einen Zusammenbruch dieser Gesellschaft und Kultur selbst, die diese Industrie hervorbringt. Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Vermarktung des weiblichen Körpers und den vier Wände ihres Hauses. Denn diese sind ein Symbol für den Schutz, der Frauen auferlegt wird seitens einer kapitalistischen und einer feudalen Gesellschaft, die die Disziplinierung und Zähmung des weiblichen Körpers predigt. Diese vier Wände, die Privatsphäre, halten eine Unzahl von Akten von Erniedrigung, Missbrauch und Vergewaltigung bereit, die vom Mann gegenüber der Frau ausgeübt werden. Die vier Wände bezeichnen die Privatsphäre zweier Liebender, die eine Beziehung haben oder verheiratet sind, definieren aber auch die oben genannten Akte als Privatangelegenheit, in die sich ein ›Außenstehender‹ nicht einmischen darf. In Indien kennt das Gesetz Vergewaltigung in der Ehe nicht; nur die Vergewaltigung einer Frau, die nicht die Ehefrau des Vergewaltigers ist, wird als solche anerkannt. Bloße Gesetzesänderungen aber werden das Ende der Gewalt gegenüber den Unterdrückten nicht herbeiführen.

Sind Gesetze die einzige Lösung?

In der Beschränkung auf den rechtlichen Bereich sehen wir keine Lösung, da das Gesetz letzten Endes ein Instrument des Staates ist. Eines Staates, dessen Soldaten die Lizenz zum Vergewaltigen und Belästigen von Frauen in vielen Teilen der Welt besitzen. Wir fordern diesen Staat auf, Gesetze zu erlassen, um die Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, wir fordern den Staat auf, seine Polizei- und Militärangehörigen zu bestrafen für die vielen Fälle, in denen sie angeklagt werden. ›Gendersensible‹ Gesetze, ein Muss für eine gendergerechte und demokratische Gesellschaft, sind ein Weg, durch den unsere kapitalistische Gesellschaft den vielen protestierenden Stimmen entgegenkommt. Die Gesellschaft wird auch weiterhin ihre Gesetze immer dann ändern, wenn sie ›obsolet‹ geworden sind. Während aber das Gesetz zum Schutz von Frauen gegen sexuelle Gewalt am Arbeitsplatz demnächst verabschiedet wird, sind ungleiche Löhne für Frauen, was laut Gesetz illegal ist, noch eine Realität in Indien und anderen Teilen der Welt

Vergewaltigung, körperliche und psychische Gewalt gegen Frauen

Während uns die Vergewaltigung einer Frau in Delhi veranlasst hat, uns an viele andere entsetzliche Fälle von Vergewaltigung zu ›erinnern‹, versäumen wir es, uns an die Frauen zu ›erinnern‹, die von ihren Partnern oder Ehemännern vergewaltigt und missbraucht werden. Was hindert uns daran? Dass durch die Verletzung des Körpers die Gewaltausübung offensichtlich wird? Bestimmen der Grad der körperlichen Gewalt und die Art, wie die Gewalt auf den Körper ausgeübt wird, den Akt und das Maß der Gewalt? Die Gesellschaft mit ihren rechtlichen und politischen Institutionen definiert Gewalt, indem sie zwischen Gewalt gegen Genitalien und psychischer Gewalt unterscheidet. Weiter übernimmt sie die Aufgabe, die Genitalien der Frauen zu schützen. Wobei der Angriff auf die Genitalien als Schändung bezeichnet wird und die ›Hüter‹ und ›Besitzer‹ der Vagina, der Vater, Bruder, Ehemann und andere Verwandte, der Gesellschaft mit gesenktem Kopf gegenübertreten, weil das Gewicht der Schande zu groß ist!! Die zum Opfer Gemachte muss ihre ›Unschuld‹ gegenüber der Gesellschaft beweisen (obwohl dies in einem Gerichtsprozess nicht von ihr verlangt wird), wobei es für eine Ehefrau oder eine Prostituierte schwer zu beweisen ist, dass eine Vergewaltigung stattgefunden hat, weil in diesem Fall ihr Einverständnis vorausgesetzt wird. (Im Fall der Ehefrau wird die Vagina zum Eigentum des Mannes,

infolgedessen braucht es keine Zustimmung.)

Diese Stadt, die kürzlich Zeuge einer großen Anzahl protestierender Menschen auf der Straße wurde und immer noch ist, schützt jedoch auch eine wachsende Leihmutterschafts-Industrie, in der Frauen ihren Unterleib gegen Lohn vermieten, ohne etwas über die damit verbundenen gesundheitlichen Gefahren zu wissen. In Unkenntnis der kurz- und langfristigen vielschichtigen Probleme erhalten diese Frauen aus der Arbeiterklasse eine ›gesunde‹ Ernährung für eine ›gesunde‹ Produktion. Viele von ihnen haben schon mehrere Schwangerschaften hinter sich gebracht, denn dies sichert ihr Überleben. Die Frauen geben ihre Zustimmung (die allerdings auf unvollständiger Information beruht) und sind frei, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Viele Frauen ›wählen‹ diesen Job statt eines Fabrikjobs, weil der tägliche körperliche und seelische Missbrauch in einer Fabrik weit schlimmer ist. Andererseits gibt ihnen die Leihmutterschafts-Industrie wie auch andere Industrien bis zu einem gewissen Grad die Freiheit von finanzieller Abhängigkeit vom Mann. Der Markt arbeitet nach diesen Prinzipien von Freiheit, das heißt, die ArbeiterInnen sind frei, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, und erhalten dafür einen Lohn. So wird die Ausbeutung, welche die kapitalistische Produktionsweise mit der mechanischen Natur der Arbeit verknüpft, als natürlich und unvermeidbar angesehen. Es ist also natürlich für ArbeiterInnen, Überstunden zu machen und Mehrarbeit zu leisten. Die Gewalt gegen Körper und Psyche ist nicht brutal, sondern wird verstanden als Natur der Arbeit selbst. Die Frauen, die ihren Unterleib verkaufen, unterziehen sich dieser Gewalt, aber dies wird als Teil des Jobs angesehen, den die Arbeiterinnen sich selbst aussuchen.

Während der Bewegung haben wir uns mit Fremden ausgetauscht

Viele sprachen und sprechen über diese Dinge, solange die Bewegung aktiv ist. Viele haben über ihre Erfahrungen von sexueller Belästigung im öffentlichen Raum oder zuhause durch Onkel oder Vettern gesprochen, viele äußerten sich und viele bezogen sich auf sie. Viele sprachen von ihrer Unabhängigkeit. In einem Gespräch in Jantar Mantar betonte eine Hausfrau aus der Mittelschicht ihre Bewegungsfreiheit, als sie sagte: »Ich lasse mich nie von meinem Mann am Bahnhof abholen«. Später fügte sie hinzu: »Etliche Fälle von sexuellem Missbrauch und Belästigung finden zuhause statt, über sie wird nicht berichtet«, und räumte ein, dass sie unter anderen Umständen nie daran gedacht hätte, mit uns zu sprechen, die wir doch Fremde sind, über

Die Anna-Hazare-Bewegung war eine starke »Volksbewegung« gegen Korruption in Indien im Jahr 2011. Benannt ist sie nach einem Bürgerrechtler, der schon 1991 eine Bewegung gegen Korruption gegründet hatte. Im April 2011 trat er in einen Hungerstreik und löste damit eine Massenbewegung aus, die sich u. a. im Internet organisierte. Auf den Straßen war vor allem die neue Mittelklasse.

solche Themen, über die man normalerweise nur im Privatbereich unter Nachbarn, Freunden oder in der Familie spricht. Ähnliche Szenen gab es während der Anna-Hazare-Bewegung, wo viele herauskamen und ihre täglichen Erfahrungen mit Korruption diskutierten; Geschäftsleute, Hausfrauen, Studenten, Fabrikarbeiter, Lehrer usw.

Das Potential der Räume, die von diesen Bewegungen geschaffen wurden, ist gewaltig. Die Leute sprachen mit Menschen, die sie kannten, aber auch mit solchen, die sie nicht kannten; sie bauten einen solidarischen Zusammenhalt auf, basierend auf Meinungen und Erfahrungen. Die Leute sprechen jedoch nicht nur über ihre Erfahrungen von sexueller Belästigung, sondern zum Beispiel auch über eine ›westliche‹ Kultur, die verantwortlich sei für solche ›Akte von Barbarei‹. Wenn wir die geschaffenen Räume betrachten, müssen wir uns auch ansehen, welcher Klasse und welchem Geschlecht diejenigen angehören, die sich in diesen Räumen aufhalten. Hat es einen Einfluss, dass sie einer bestimmten Klasse oder einem bestimmten Geschlecht angehören? Unsere Aufgabe besteht nicht nur darin, Räume zu schaffen, wo wir miteinander reden können, sondern auch darin, Räume zu zerstören und zu bekämpfen, wo Faschismus entsteht und wo eine bourgeoise Sichtweise überwiegt. Wir müssen aber auch darüber hinausgehen und Räume schaffen als ein Mittel zur Organisierung und um die Polizei, das Gesetz, die gesellschaftlichen Normen, in anderen Worten: den Staat herauszufordern! ■

Dieser Artikel wurde mit der Intention geschrieben, die Aufmerksamkeit NICHT auf einen besonderen Fall von Vergewaltigung in Indien zu lenken, sondern auf jegliche andere Form von sichtbarer und unsichtbarer Gewalt an Frauenkörpern und -psychen überall auf der Welt.

Eine Genossin aus Delhi

Das Begehren, anders zu sein...

Anne Seeck (Hg.), *Das Begehren, anders zu sein - Politische und kulturelle Dissidenz von 68 bis zum Scheitern der DDR*, 2012, Unrast, 304 Seiten, 18 Euro.

»Es war von vorne bis hinten zum Kotzen, aber wir haben uns prächtig amüsiert.« Diese Aussage eines fiktiven Jugendlichen aus dem bekannten Roman *Am kürzeren Ende der Sonnenallee* stellt die Herausgeberin Anne Seeck in ihrer Einleitung dem Sammelband über »Kulturelle und politische Dissidenz von 1968 bis zum Ende der DDR« voran. Und tatsächlich ist in dieser Aussage ein wichtiger Grundtenor des Buches zusammengefasst: Es geht hauptsächlich um das Grenzen sprengende Begehren unangepasster Jugendlicher, die in sämtlichen Lebensbereichen mit einem engen, kontrollierenden, gängelnden und tristen System konfrontiert waren. Nach der Lektüre des Buches, für das linke Wissenschaftler der DDR-Geschichte und AktivistInnen aus subkulturellen, linken und gewerkschaftlichen Milieus Beiträge verfasst haben, steht eine »Es war ja nicht alles schlecht«-Haltung, die nach wie vor in Teilen der Linken in Hinblick auf die DDR grassiert, ziemlich blamiert da. Denn bereits in ihrem Einleitungsartikel zeigt die Herausgeberin, dass das Erziehungs- und Bildungssystem der DDR zwar gratis, allerdings von umfassender Militarisierung geprägt war, dass es zwar Arbeitsplatzsicherheit gab, allerdings mit dem absurden Resultat, dass Arbeit simuliert wurde, »genauso sinnlos, wie heute in vielen Beschäftigungsmaßnahmen für Erwerbslose«. Pünktliches Erscheinen war erwünscht, obwohl nichts zu tun war. Viele Beschäftigte vertrieben sich die Zeit mit ›Einkaufen gehen‹ und ›Kaffeeklatsch‹. Das führte natürlich dazu, dass nicht wenige sich in ihrer Arbeit unterfordert fühlten.« (S. 18)

Seeck macht auf das Recht auf Wohnen in der DDR aufmerksam, das es bei gleichzeitiger Wohnungsnot gab. Unter Honecker wurden 1973 Wohnungsbauprogramme beschlossen, die zu den bekannten Plattenbauten führten, die Seeck als »Arbeiter-Schließfächer« bezeichnet, die jedoch bei der Bevölkerung beliebt waren, weil sie Heizung und Bad hatten. Natürlich wurden alternative Wohnformen nicht gefördert, sondern kleinfamiliäre Strukturen einer spießigen Lebenswelt konserviert. Besonderes Augenmerk legt Seeck auf die repressive Behandlung der Unterschicht. So wurden unangepasste Jugendliche als »Asoziale« verfolgt und in Heime und Jugendwerkhöfe eingewiesen; und wer mit der Begrenztheit des Realsozialismus kollidierte, konnte schnell in der Psychiatrie oder im Knast landen. Alkoholismus und Selbstmord waren selbstzerstörerische und von der DDR-Elite ebenfalls tabuisierte Formen, mit denen einige auf den DDR-Alltag reagierten – der eben nicht nur von Solidarität und kleinen Freiheiten, sondern von Enge und Spitzelwesen geprägt war.

In den folgenden Abschnitten des Buches wird die politische und kulturelle Dissidenz beschrieben, der Eigensinn in der Arbeitswelt und (leider etwas kurz) die Migrationserfahrung von KontraktarbeiterInnen. Die Situation der VertragsarbeiterInnen aus »befreundeten sozialistischen« Staaten war zum einen von Ausbeutung und Abgrenzung von der DDR-Bevölkerung geprägt, aber ein mosambikanischer Vertragsarbeiter erklärt auch: »Die DDR war okay. Wir haben zwar auch Streit gehabt, aber an so direkten Rassismus kann ich mich nicht erinnern. Das kam erst nach der Wende«.(S. 288) In Hinblick auf die VietnamesInnen in der DDR kommt die Autorin Uta Beth allerdings zum Ergebnis, dass diese sehr häufig in den zwei bis drei Jahren vor Zusammenbruch der DDR für die schlechte wirtschaftliche Lage des Landes von der Bevölkerung als Sündenböcke verantwortlich gemacht wurden. Die Regierung unternahm aller Parolen der »Völkerverständigung« zum Trotz dagegen nichts.

Bernd Gehrke zeigt, dass die DDR 1968 zwar von dem großen weltweiten Revoltezyklus etwas abgeschnitten war, es aber dennoch als ein Jahr außerordentlicher Proteste zu begreifen ist. Ähnlich wie im Westen gab es bei einigen »Kindern der Intelligenz«, aber auch unter Arbeiterjugendlichen eine

Die verwendeten Fotos stammen aus einem Artikel über DDR-Punk des Webzines *Kalashnikov Collective*: *www.bit.ly/YkGssO*

Fehlrezeption des Maoismus: er wurde als wirklich spontaneistischer, nicht-bürokratischer Sozialismus begriffen, mit demonstrativem Zeigen des Mao-Konterfei konnte auch in der DDR provoziert werden. Die Niederschlagung des »Prager Frühlings« war entscheidendes protestauslösendes Moment, an dem sich unterschiedliche Gruppen der DDR-Gesellschaft beteiligten: »Nimmt man eine kleine, aber bisher nicht quantifizierte Gruppe von Arbeitern aus, die versuchten, in den Städten heimlich Flugblätter und vor allem Losungen wie ›Dubcek‹ und ›Svoboda‹ zu verbreiten, so lassen sich die Proteste im Wesentlichen auf drei Typen zurückführen. Zum einen handelte es sich um eine kleine politisierte Gruppe der jungen Intelligenz, die u.a. für das Gros der verbreiteten Flugblätter verantwortlich war... Eine zweite Akteursgruppe beschimpfte oder provozierte spontan und offen, zum Teil alkoholisiert, Angehörige der Polizei und sonstige Angehörige der Staatsgewalt oder der sowjetischen Truppen... Eine dritte Gruppe verband sich mit jenen mündlichen Protesten, als in den Betrieben und den ihnen angeschlossenen Berufsschulen (aber auch anderen Institutionen) die Lawine der Abpressung von Zustimmungserklärungen (zur Prager Intervention) herabrollte und viele ArbeiterInnen sich dagegen zur Wehr setzen. (S. 56) Unmittelbar mit diesen Protesten (vor allem der zweiten Gruppe) war die Subkultur und die Beat-Musik verbunden, so dass sich kulturelle und politische Dissidenz nur schwer voneinander trennen lassen.

In einem kurzen Ausblick schreibt Gehrke, dass ab 1971 eine »sozialpolitisch flankierte Pazifizierungsstrategie« unter Honecker um sich griff, die nun auch »kleine Freiheiten eines ›peripheren Fordismus‹ offerierten«. Die Datscha und die Reise an den Balaton versüßte den Arbeitern ihr Schweigen, das in den 70er Jahren »nun endgültig zum großen Schweigen der Bevölkerungsmehrheit für zwei Jahrzehnte« wurde (57 f.). Hier knüpft Thomas Klein mit seiner Darstellung der DDR-Opposition der achtziger Jahre an. Er weist vehement die geschichtsfälschenden Darstellungen antisozialistischer und totalitarismustheoretischer Historiker zurück, die Oppositionsgruppen seien einem westlichen Demokratieverständnis gefolgt, vermerkt aber auch kritisch: »Themen wie Frieden und Antimilitarismus, Ökologie, Dritte Welt, gerechte Weltwirtschaftsordnung rangierten ... in der Mehrheitsbevölkerung eindeutig hinter den Themen Reisefreiheit, Versorgungssicherheit und materieller Wohlstand.«

Ludvik Svoboda wurde im Prager Frühling am 30. März 1968 zum Staatspräsidenten gewählt. Nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts am 20./21. August 1968 verweigerte Svoboda die Zusammenarbeit mit der von der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzten Regierung

Die Opposition erkannte den tatsächlichen Inhalt der ›sozialen Frage‹ in der DDR nicht.(S. 67) In diesem Kontext ist nicht unwichtig, dass zwei Beiträge detailliert die Ausreisebewegung unter die Lupe nehmen und in der Präsentation der Vielfalt der Motivlagen das gerne (gerade auch bei traditionellen Linken) anzutreffende Vorurteil dekonstruieren, den Ausreisenden sei es nur um Wohlstand und Konsum gegangen. Die perfide »Zersetzungsarbeit« gegen politische Gegner, aber auch gegen unliebsam gewordene DDR-BürgerInnen, eine polizeiliche und geheimdienstliche Arbeit, die auf die Zerstörung von Biografien und sozialen Zusammenhängen abzielte, ließ oftmals nur noch den Schritt zur Ausreise aus der DDR.

Für einige Vertreter subkultureller Gruppen wie Beat-Fans, Hippies und Punks gab es die Möglichkeit unter der Repression abzutauchen, wenn sie sich in Aussteigerjobs flüchten konnten wie beispielsweise Erntehelfer, Garderobiere, Pförtner oder bei der »Volkssolidarität«; Arbeiten, die eine halbwegs selbstbestimmte Erwerbsbiografie in der DDR ermöglichten. Andere – denen dies nicht gelang – wurden als »Asoziale« verfolgt, landeten in Heimen oder im Knast. Das Buch zeigt insgesamt eine faszinierende Bandbreite von kulturellem dissidenten Verhalten, wie die Prenzlauer-Berg-Connection, die recht eindrucksvoll von Bernd Papenfuß im Interview beleuchtet wird. Der Herausgeberin ist es hoch anzurechnen, dass sie wirklich alle subkulturellen Wege nachzeichnet, von Szenen und Mili-

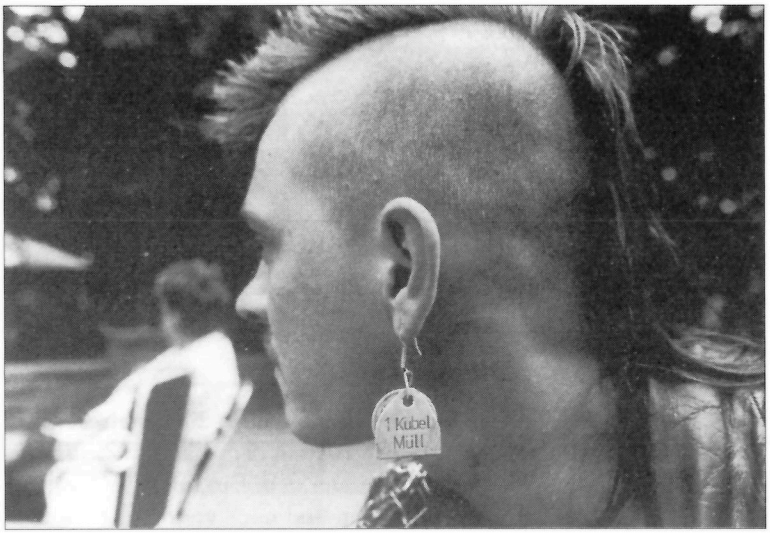
eus, die sich selbst auch im Angesicht von Ausspionieren (von Papenfuß rückblickend ironisiert »Petzen« genannt) durch Freunde und enge Bekannte nicht haben zerstören lassen, bis zu der zerbrochenen Biografie eines Punks der schließlich zum Hardcore-Alkoholiker wurde.

Interessant und erhellend sind auch die Beiträge zum Ende der DDR. Es wird deutlich, dass in der Friedhofsruhe eine subkulturelle Szene entstand, die (sehr oft) in den zweckentfremdeten Räumen der staatsgeduldeten Kirchen ihrem Treiben nachgehen konnten (z.B. Bluesmessen) und in der Gruppen eine umfassende Demokratisierung forderten und dabei eine Sprache pflegten, die derjenigen der »Neuen Sozialen Bewegungen« in der BRD ähnelte. Bernd Gehrke und Renate Hürtgen betonen die wichtige Rolle der Betriebsbelegschaften in der »demokratischen Revolution in der DDR«. Die Gründe, die zu Unmut bei den ArbeiterInnen der DDR führten, waren nicht vulgär-operaistischer Art (»Kampf gegen die Arbeit«), es ging um die Unmöglichkeit, gut zu arbeiten und zu verdienen.

Sie waren frustriert von einem bürokratischen Kapitalismus, der sie gängelte und zu unproduktivem (aber trotzdem den Tag klauenden) Arbeiten zwang. Facharbeiter wussten, dass ihre Maschinen Weltspitze waren und auf dem Weltmarkt gefragt, wie z. B. Planeta-Druckmaschinen. Die Linken unter ihnen hatten wohl tatsächlich die Vorstellung von einem Facharbeiter-Sozialismus, der produktiv ist und auch anständigen Konsum bietet. »Das Dilemma, in dem sich diese Beschäftigten befanden und das keinen unerheblichen Anteil an ihrer revolutionären Energie im Herbst 1989 haben sollte, drückte sich darin aus, dass diese Hochqualifizierten in einer zunehmend veralteten und immer schlechter funktionierenden Wirtschaft arbeiten mussten... Die Unmöglichkeit, ›ordentliche‹ und leistungsgerecht entlohnte (!) Arbeit verrichten zu können, wurde deshalb im Herbst 1989 zu einer der wichtigsten Triebkräfte bei der betrieblichen ›Wende‹«. (S. 237 f.)

Die AutorInnen konstatieren eine relative Distanz zwischen DDR-Opposition und den Belegschaften. Die meisten Leute, die die Initiative für Unabhängige Gewerkschaften ins Leben riefen, deren Erklärung am 4. November 1989 von Heiner Müller auf der Kundgebung auf dem Alexanderplatz verlesen wurde, waren (›kaltgestellte‹) Intellektuelle und keine Arbeiter, sie hatten alle möglichen dissidenten Schriften des westlichen Marxismus gelesen, von dem Rätekommunisten Cajo Brendel bis zu Trotzkisten.

Die basisdemokratischen Ansätze wurden sehr rasch von der »Wende in der Wende« überrollt, der Option »Deutschland – einig Vaterland«, die von SPD, CDU und Modrow-SED ausgegeben und von einer Massenbewegung in Form der Parole »Wir sind ein Volk« aufgegriffen wurde. Gehrke und Hürtgen beschreiben klar, dass es aufgrund der Entpolitisierung und jahrzehntelangen stalinistischen Repressionspolitik keine politische Kraft– auch und gerade nicht auf Betriebsebene – für die Massen und im Massenbewusstsein gab, die eine konkrete Alternative darstellen konnte zu: »Bundesrepublik. Demokratisch. Reich. Und sozial-staatlich flankiert.« (S. 257)
Tatsächlich suchten auch einige AktivistInnen der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, beispielsweise mit ihrem Manifest für Arbeitszeitverkürzung, Anschluss an die Bedingungen, die es im Westen damals noch gab. Viele DDR-ArbeiterInnen und –Angestellte wären auch einverstanden gewesen, mehr für Fahrkarten und Miete zu zahlen, wenn dafür die Züge sauberer und moderner gewesen wären und die notwendigen Reparaturmaßnahmen an Wohnungen ergriffen worden wären. Dass sie kurze Zeit später mehr als das drei-



ßigfache zahlen mussten, konnten sich viele nicht vorstellen.

Der Sammelband, der hier nur kurz vorgestellt werden kann, verdient es ausführlich gelesen und diskutiert zu werden. Er könnte einige Fragen provozieren, wie zum Beispiel: Warum haben die linken Oppositionsgruppen, die sich von Klassen- und sozialen Fragen abgewendet hatten, die leisen Töne des Unmuts in den Betrieben vor 1989 (Pazifizierungsstrategien hin oder her) nicht wahrnehmen können oder wollen? Oder: Speist sich die Anti-Arbeiter-Haltung und die Verachtung der Prolls, die die deutsche Linke lange Zeit nach 89/90 nicht nur in ihrer antideutschen Fraktion so entscheidend prägte, aus der unaufgearbeiteten Wendezeit, in der tatsächlich das Verhalten der DDR-ArbeiterInnen und -Angestellten das Ende der realsozialistischen DDR besiegelte?

Die Linksradikalen haben es immer noch nicht geschafft, eine gemeinsame Diskussion über die DDR als vergangenes Herrschaftssystem und das Scheitern einer emanzipatorischen Wende zu führen. Das zeigt die Tatsache, dass linke DDR-Blätter wie *Telegraph* oder *Der Gegner* kaum von Westlinken wahrgenommen werden. Auf der anderen Seite hat es ein Buch wie das hier rezensierte, das keinerlei Versöhnungsangebot mit der herrschaftlichen DDR-Geschichte macht, nach wie vor in einer legitimierenden und relativierenden Linken schwer, die am Bild der angeblich immerhin antifaschistischen DDR krampfhaft festhalten will. Nur so kann man erklären, dass sowohl in der *jungen Welt* (wenig verwunderlich), aber auch in *analyse und kritik* das Buch mit dem Hinweis abgeschmettert wird, es argumentiere neoliberal und die Niederlage des deutschen Faschismus, Weltkrieg, Vernichtungskrieg im Osten und Schoah würden darin keine Rolle spielen. Um mit Bordiga zu enden: Antifaschismus als großes Alibi? ■

Präsenz statt Protest

Asef Bayat
Leben als Politik. Wie ganz normale Leute den Nahen Osten verändern. 2012. Assoziation A, Hamburg/ Berlin, 256 Seiten, 18 Euro. (*Life as Politics. How Ordinary People Change the Middle East*, Stanford University Press, 2010)

Asef Bayat hat seine zwischen 2000 und 2007 verfassten Aufsätze 2010 in dem Band *Life as Politics* veröffentlicht – unter dem Eindruck der »grünen« Bewegung im Iran und noch vor den Revolten in Tunesien, Ägypten, Libyen, Jemen und Bahrain, deren Heftigkeit und Ausmaß ihn überrascht hat. Für die deutsche Ausgabe hat er ein Nachwort verfasst und die Aufsätze überarbeitet.

Das »stille Vordringen«

Zentrales Thema des Buches ist »die Herausbildung von Handlungsfähigkeit und Veränderung im Nahen Osten« (S. 8) und insbesondere, wie »ganz normale Menschen« (Subalterne, städtische Enteignete, muslimische Frauen, globalisierte Jugendliche und andere Graswurzelgruppen) durch ihre alltägliche Lebenspraxis, ihre Präsenz, Gesellschaften verändern. In den Kapiteln »Die Kunst der Präsenz«, »Feminismus des Alltagslebens« oder »Die (Zurück)Eroberung von Jugendlichkeit« argumentiert er, dass sich soziale Bewegungen klassischen Musters mit politischen Forderungen und Anführern unter den autoritären Regimes nicht entwickeln konnten. Deshalb seien die wichtigsten Kräfte des sozialen Wandels die »kollektiven Aktionen nicht-kollektiver Akteure«, Bayat nennt sie »soziale Nicht-Bewegungen«. Das Muster nennt er *quiet encroachment* (stilles Vordringen) des Alltäglichen: die ersten leer stehenden Wohnungen werden besetzt, zuerst zapfen nur wenige die Stromleitungen an, dann immer mehr. Die Armen sickern in den öffentlichen Raum ein, sie unterminieren die öffentliche Ordnung durch ihre massive Präsenz auf den innerstädtischen Plätzen, vor den Werkstoren und Einkaufszentren, sie bilden »passive Netzwerke« – bis zum Punkt, an dem die staatlichen Repressionskräfte zurückschlagen. In dem Moment formiert sich die »Nicht-Bewegung« zur kollektiven Aktion.

Subalterne – Arbeiterklasse

Seit den 1980er Jahren beschreibt Bayat Proletarisierungsprozesse im Nahen Osten, z. B. in seiner 1987 veröffentlichten Dissertation *Workers and Revolution in Iran. A Third World Experience of Workers' Control.* Drei Monate nach der Revolution war er in den Iran zurückgekehrt und dort auf das Phänomen der Shuras (Räte) gestoßen. Er änderte sein Dissertationsthema und machte Interviews mit mehr als 120 Arbeitern und besuchte zahlreiche Fabriken. Auch wenn er die Arbeiterräte »nur« als Organe zur Kontrolle und Übernahme der Produktion ansah, dokumentierte er doch die bedeutende politische Rolle der Arbeiterklasse in der *iranischen Revolution* (»The February Revolution of 1979«, ebenda S. 77). In den 1990er Jahren redete er – wie im akademischen Milieu üblich – nur noch von der *islamischen Revolution* – statt der Durchsetzung einer islamischen Konterrevolution!

Straße statt Fabrik

Auch heute noch schildert er die Prozesse der Proletarisierung, ordnet sie jedoch politisch mit Begriffen wie *Street Politics* ein (so sein gleichnamiges Buch von 1997). Die Arbeiterklasse / der Arbeiterkampf (womit meist gewerkschaftliche Kämpfe gemeint sind!) sei in den 60er und 70er Jahren wichtig gewesen, heute aber arbeite die Mehrheit der Menschen »informell«, ohne die Möglichkeit, durch Streiks Macht zu entwickeln. Dabei erfährt man nicht, wie diese Menschen ihre Lebensbedingungen produzieren, wie sie arbeiten. Er trennt die Sphären von Produktion und Verteilung, um dann die »Informalität« als die Gemeinsamkeit zu setzen, in der Land- und Stadtteilbesetzer, Straßenverkäufer, Migranten, Arbeitslose und die ›arme Mittelschicht‹ auf der »Straße« zusammenkommen. Wenn sich »die politische Gelegenheit« ergibt, schließen sie sich »den inzwischen postideologisch geprägten politischen Kämpfen« an (S. 231), die von politischen Aktivisten getragen werden. Diese kommen aus der stark angewachsenen ›armen Mittelschicht‹, einer Klasse, »die eine Schlüsselrolle bei den Revolten im Jahre 2011 spielen sollte« (S. 230). Hier liest er selber »die Geschichte rückwärts« (was auf S. 8 kritisiert wird!): die Initiative, der Motor des Aufstands in Mahalla 2008, komme nicht von streikenden Arbeiterinnen, sondern von der Facebook-Initiative *6. April*, die zur Unterstützung aufrief. (S. 221)

Refo-lution?

Bayat geht (im ganzen Buch) davon aus, dass »der politische Islam [...] in die Krise geraten« ist und

Bücher

die Menschen im Nahen Osten heute keinen islamischen Staat wollen, sondern einen »Postislamismus«, der »nach einer gläubigen Gesellschaft innerhalb eines zivilen (säkularen) demokratischen Staat strebt«. (S. 225) Als Beispiel führt er die AKP in der Türkei an. Es gehe um einen längerfristigen »demokratischen Wandel«, um Reformen, nicht um eine Revolution. Die Entwicklungen in Ägypten und Tunesien nimmt er als Beleg; denn im Gegensatz zum »eindeutig revolutionären Krieg« in Libyen (Bayat lässt offen, ob er mit »revolutionär« nur die objektive Tatsache des rigorosen Regimewechsels beschreibt oder sich positionieren will) finde dort eine Refo-lution statt: »die Revolutionäre [wollten], dass die Institutionen des amtierenden Regimes, in Ägypten zum Beispiel das Militär, die wesentlichen Reformen im Namen der Revolution durchführen«. (S. 243/45)

Die Beteiligten an den revolutionären Ereignissen betrachtet er recht undifferenziert – offensichtlich bestimmen ja unterschiedliche Klasseninteressen die Situation bis heute (auch finden die Kämpfe eine Fortsetzung, siehe z. B. Port Said). Merkwürdig auch, dass Bayat bei seiner Analyse die globale Krise völlig ausblendet, obwohl er beiläufig die steigenden Nahrungsmittelpreise 2008 erwähnt. Die Kämpfe haben für ihn anscheinend keine »globale Dimension«.

Im Kapitel »Das stille Vordringen des Alltäglichen« (ursprünglich 2000 verfasst) tastet Bayat »Sichtweisen« und Begriffe wie »Subproletariat«, »Kultur der Armut«, »Marginalisierte« oder »Multitude« auf ihre Anwendbarkeit auf die islamisch geprägten Gesellschaften des Postkolonialismus und Postislamismus ab. Er kritisiert einerseits die Rede von den passiven Armen, die »nur« ums Überleben kämpfen, aber auch die Ausuferung des Begriffs »Widerstand« in poststrukturalistischen Diskursen, die den einst ignorierten »passiven Armen« bemüht Handlungsmacht zuschreiben. Diese Literatur beschreibe ziellose Widerstandsakte in einem ambivalenten Universum von Machtbeziehungen, die häufig in einem Arrangement mit der Macht endeten; sie hätten keine Theorie des Staates: Viele Staaten förderten die Selbsthilfe, weil sie selbst keine Strukturen bereitstellen können. Bayat wirft wichtige Fragen auf: Wo ist die Abgrenzung zwischen »Überlebensstrategie« und »Widerstand«, zwischen verbreitetem individuellem Handeln und kollektivem Handeln etwa beim Stromklauen in den Slumsiedlungen? Widerstand kann nicht allein im Kopf stattfinden, sondern drückt sich in Handeln aus, aber ist es immer ein bewusster Akt? Eine interessante Auseinandersetzung – sein Gegenentwurf hinterlässt einen allerdings etwas ratlos, etwa wenn er selbst den »Nebenjob neben der formalen Beschäftigung« oder die »Ökonomie der Parkplätze« (S. 67ff) als Widerstandshandlung einordnet .

Es gibt viele lesenswerte Abschnitte im Buch, z. B. über die NGOisierung der Gesellschaft, die entpolitisiert und zu neuen Klientelstrukturen führt. An entscheidenden Stellen aber kann oder will Bayat keine klaren Aussagen treffen. Er fragt immer wieder, wie Kämpfe politisch werden können, verbindet dies mit der Frage der Kollektivität, aber gerade die von ihm thematisierten Kämpfe der »Subalternen« fasst er doch sehr funktionalistisch: zur gesellschaftlichen Kraft werden sie aufgrund ihrer Menge (»kumulative Zahl«, z. B. S. 71), politisch wirksam können sie nur im Bündnis mit »breiteren sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen werden«, so das vage Ende des Kapitels *Politisch werden*. (S. 73ff)

Die Übersetzung der verschiedenen Kapitel scheint nicht optimal abgestimmt und enthält Ungenauigkeiten, z. B. sind sicherlich nicht ein Drittel der iranischen Bevölkerung »Studierende« (S. 175), sondern vielleicht SchülerInnen und StudentInnen. LeserInnen, die ein Buch mit vielen Interviews (wie in *Street Politics*) erwarten, werden enttäuscht sein. In den Aufsätzen steht die akademische Begriffsbildung im Mittelpunkt, insofern löst er den ersten Teil seiner Ankündigung aus dem Vorwort – einen empirischen Beitrag zu bringen – nur bedingt ein. Sein zweites Vorhaben – einen »kritischen Beitrag zur Gesellschaftstheorie im Allgemeinen« - findet sich am deutlichsten im zweiten Kapitel. Diese Debatte wird durch die vielen Überschneidungen und Wiederholungen im Buch leider erschwert. ■

Nach dem neuesten Aufruhr in Port Said mit mehr als 40 Opfern zog die Polizei aus der Stadt ab. Die zumeist von streikenden ArbeiterInnen gebildete »Volkspolizei« kümmert sich um die Sicherheit der Stadt. Der (bestreikte) städtische Hafen wird von Soldaten überwacht. Man spricht von der »Commune von Port Said«: Nachbarschaftskomitees, öffentlicher Unterricht, die Solidarität der Ärzte, Bäcker... Gleichzeitig finden andere wichtige Streiks statt, z. B. die zweiwöchige komplette Lähmung des Hafens von Ain Sokhna. Ebenfalls in Mahalla, Mansoura und Suez. Das Foto oben ist bei einer Demonstration in Port Said aufgenommen.

Der Siegeszug des Liberalismus

Immanuel Wallerstein: *Der Siegeszug des Liberalismus (1789-1914). Das moderne Weltsystem IV,* aus dem Englischen von Gregor Kneussel, 2012, Promedia Wien, 416 Seiten, 29,90 Euro

Das empfiehlt auch Hans-Heinrich Nolte, dessen Rezension eine ausführliche Zusammenfassung enthält: http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2012-4-038

Bücher

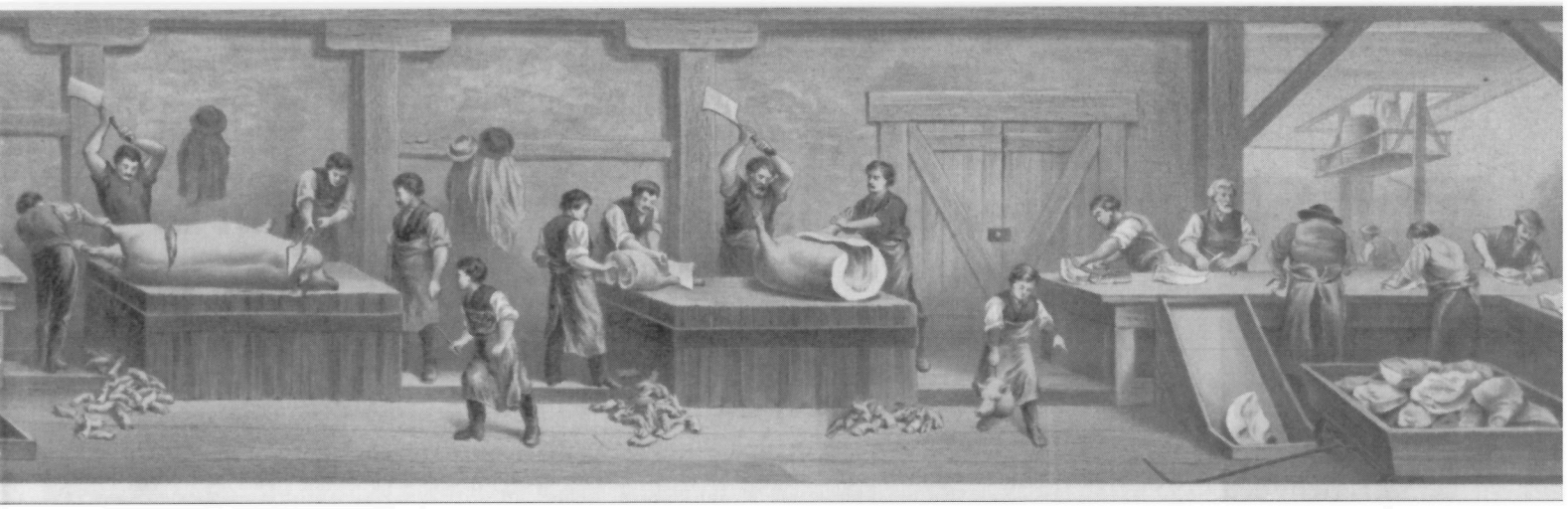
Immanuel Wallerstein konzipiert sein 1974 begonnenes Hauptwerk »*Das moderne Weltsystem*« inzwischen auf sechs Bände - »wenn ich so lange durchhalte« – wobei es im letzten Band um die strukturelle Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft und den Übergang in ein neues System gehen wird. Im nun in deutscher Übersetzung erschienenen vierten Band konzentriert er sich ganz auf (West-)Europa und die politisch-ideologische Seite. Er analysiert, wie sich nach der Französischen Revolution der »zentristische Liberalismus« durchsetzte und zur vorherrschenden Doktrin einer »Geokultur« des Weltsystems wurde. Für seine Argumentation hat er Unmengen zeitgenössischer Schriften verarbeitet – die vielen Fußnoten machen die Lektüre etwas mühsam, allein die (leider nicht ganz vollständige) Bibliographie am Ende des Bandes umfasst 78 Seiten. Man kann sie aber zunächst überlesen und sich ganz auf den Erzählstrang einlassen. Wer mit dem dreiseitigen Schlusswort beginnt, versteht besser, worauf der Autor hinaus will.

Wie immer wendet er sich gegen gängige Vorstellungen, wonach die »Moderne« als Ergebnis einer »industriellen Revolution«, einer wissenschaftlich-technischen Revolution oder gar einer »bürgerlichen Revolution« im 19. Jahrhundert entsteht. Die Französischen Revolution 1789 sieht er zum einen als »antisystemische« bzw. »antikapitalistische« Revolution (also keine rein »französische« Angelegenheit), die scheiterte (S. 319-322), zum andern als letzten Versuch Frankreichs, England im Kampf um die Hegemonie zu besiegen. Nach Napoleons Niederlage in Waterloo 1815 und dem Massaker an selbstorganisierten ArbeiterInnen in »Peterloo« 1819 ist Englands Hegemonie unumstritten – und der Weg frei für die »Entente cordiale«.

Aber 1789 hatten die Massen die politische Bühne betreten. Im gesamten Weltsystem waren zwei Dinge nicht mehr auszulöschen: dass Veränderungen »normal« sind und dass die Souveränität beim Volk liegt. In den Jahrzehnten danach wurde darum gekämpft, wie »das Volk« trotzdem von der Macht weg gehalten werden kann. Dieser politische Prozess ist das Hauptthema des Buches.

Die Kapitel 2 (»Der Aufbau des liberalen Staates (1815-1830)« und 3 (»Der liberale Staat und die Klassenwidersprüche (1830-1875)«) sind am interessantesten, denn hinter den eher unscheinbaren Überschriften verbirgt sich ein Parforce-Ritt durch die wichtigsten Klassenauseinandersetzungen des Jahrhunderts. Wallerstein setzt sich ausführlich mit den »antisystemischen Bewegungen« (Arbeiterbewegung, Frauenbewegung, Minderheiten- bzw. nationale Bewegungen) und ihrer Zerschlagung bzw. Integration auseinander. Auch hier versucht er eine Sicht auf das Weltsystem als Ganzes einzunehmen, etwa wenn er über die »erste Weltrevolution des modernen Weltsystems« 1848, die Aufstände der ArbeiterInnen, die Frauenbewegung und die Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei schreibt. Vor allem setzt er sich mit den Ereignissen in Europa auseinander. Mit dem Streik- und Organisationsverbot 1791, der Niederschlagung des Aufstands der Seidenweber in Lyon und des proletarischen Aufstands im Juni 1848 in Paris wurde die Arbeiterklasse zunächst besiegt, bis 1871 mit der Pariser *Commune* »zweifellos der bedeutendste Arbeiteraufstand in der Geschichte Westeuropas« (S. 161) stattfand. Die Debatte über Frauenwahlrecht, Frauenbeschäftigung, Familienlohn und »Schutz«-gesetze zwischen (männlich dominierten) Gewerkschaften und Frauenorganisationen dokumentiert die Niederlage der Frauenbewegung; zur kulturell bestimmenden Figur wird die bürgerliche Hausfrau. Aus dem Kampf für gleiche Rechte wird eine Bewegung für das allgemeine Wahlrecht – das erst gewährt wurde, als es nichts mehr ausrichten konnte.

Von den drei aus den Revolutionen hervorgegangenen politischen Strömungen – Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus – setzte sich der Liberalismus als Sieger durch in Form eines »zentristischen Liberalismus«: »Die große politische Errungenschaft des Liberalismus von 1830 – 1870 [war] die Bändigung der gefährlichen Klassen.« (S. 169) Während er sich anti-staatlich gebärdete, setzte er nach 1848 auf ein neues System des autoritären Staats mit bezahlten Beamten. Übrig blieb von den Freiheitsidealen der Französischen



Revolution 1789 vor allem das Konzept der Nation und das der Staatsbürgerschaft, das von Anfang an ausschließend war: wer die volle Staatsbürgerschaft haben wollte, musste männlich sein, Steuern zahlen und über Schulbildung verfügen. »Ungleichheit ist ein grundlegendes Element des modernen Weltsystems« (S. 169), doch im Unterschied zu allen bekannten historischen Systemen erkläre der Liberalismus Gleichheit zu seinem Ziel, ja zu seiner Errungenschaft. Diesen Widerspruch zwischen Rhetorik der Gleichheit und zunehmender Polarisierung in Einklang zu bringen, war grundlegend für die Konstituierung des liberalen Staates und der Konstruktion der »Staatsbürgerschaft«. »Die entscheidende Gemeinsamkeit aller Arbeiter- und sozialen Bewegungen war letztlich ihr Streben, Teil der Nation zu sein.« (S. 213) Dies galt für die Sozialdemokratie, aber auch für die Frauenbewegung und die Bewegungen der Schwarzen. Der Integration dieser Bewegungen in den Staat und ihrer Beschränkung auf »Sozialpolitik« ist das vierte Kapitel (»Der Bürger im liberalen Staat«) gewidmet.

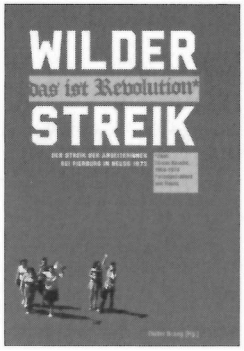
Um die Ungleichheit zu legitimieren, bedurfte es neuer Ideologien, zu ihrer Aufrechterhaltung neuer Herrschaftsmethoden, die nicht allein auf Repression setzten. So entstanden die »historischen Sozialwissenschaften« als Herrschaftswissenschaften für die moderne Gesellschaft: »Geschichte« zur Erfindung von Tradition und nationaler Identität im »Zentrum«, »Völkerkunde« zur Untersuchung der »geschichtslosen« Kulturen, »Ägyptologie« und »Indologie« zur Untersuchung der ehemals kulturell hochstehenden, aber »erstarrten« Kulturen – allesamt Kolonialwissenschaften. Zuletzt entstanden Soziologie und Politikwissenschaft aus sozialreformerischen Vereinigungen, die eine Revolution verhindern/eindämmen wollten; sie wurden dann als »wertfreie« Wissenschaften institutionalisiert und dienten schließlich der Ausbildung von neuen Kadern für Staat und Unternehmen. Die Herauslösung der »Ökonomie« aus der Geschichte und ihre Beschränkung auf allgemeine Theorien zum Warentausch und zur Preisbildung hatte schon früher stattgefunden. (Dieses fünfte und letzte Kapitel sei allen jungen Studierenden ans Herz gelegt)

Wallerstein hat sein eigenes strenges Koordinatensystem, um die Fülle von Material zu bewältigen. Er teilt die Geschichte des Weltsystems in zyklische Prozesse: das Wachstum und die Stagnation der Wirtschaft verläuft in Kondratjew-Zyklen von 60-70 Jahren Dauer, die Geschichte des Staatensystems in viel längeren Prozessen von Aufstieg und Niedergang von Hegemonialmächten. Seine Analyse sucht nicht nach»Brüchen«, sondern beschreibt sich überlagernde längere Prozesse. Dabei misst er einzelnen »Ereignissen« eine weniger große Bedeutung zu.

Er spricht zwar immer von »Weltsystem«, in dem es z. B. »keine getrennten ›industriellen Revolutionen‹ in verschiedenen Ländern geben [konnte]. Hätte es eine »industrielle Revolution« gegeben, so hätte sie ein Phänomen der kapitalistischen Weltwirtschaft als Ganzes gewesen sein müssen.« (S. 11) Darin schreibt er aber den »Nationen« und ihrem Kampf um die »Hegemonie« einen hohen Stellenwert zu, wobei sich Hegemonie auf die »Stärke« eines Staates gründet; sie ist »nicht das Ergebnis modernerer Wirtschaftsstrukturen, (wie meist behauptet wird) sondern eine Folge dessen, dass der britische Staat stärker war als der französische Staat (im Gegensatz zu den herkömmlichen Darstellungen).« (S. 11) Nach der Lektüre wird klarer, dass nicht nur militärische Stärke gemeint ist, sondern wirksame, politische Macht im Innern, die in der Lage ist, »anti-systemische« Bewegungen niederzuschlagen oder zu integrieren.

Es geht im gesamten Band also vorrangig um Politik und den Kampf um Hegemonie. Staaten werden darin tendenziell zu Subjekten der Geschichte, die Kämpfe der »antisystemischen Bewegungen« sind nicht aus den spezifischen kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen entwickelt. Wallerstein steuert in beeindruckender Weise *straight* durch 125 Jahre Weltgeschichte. Seine Begriffe und Analyseeinheiten lassen einige wichtige Fragen offen – aber in einem anregenden Sinn, als Einladung und Herausforderung weiterzudenken.

■



Dieter Braeg (Hg.): *Wilder Streik – Das ist Revolution. Der Streik der ArbeiterInnen bei Pierburg in Neuss 1973*, 2012, Die Buchmacherei, 176 Seiten plus DVD *»Ihr Kampf ist unser Kampf«*, 15 Euro

P.M.: *Kartoffeln und Computer. Märkte durch Gemeinschaften ersetzen*, 2012, Nautilus Flugschrift, 78 Seiten, 6,90 (D) bzw. 7,20 (A) Euro

Wilder Streik beim Autozulieferer

In der BRD gab es im Gefolge der 68er Revolte zwei historische Streikwellen: Die Septemberstreiks 1969 und die Flut an militanten Kämpfen der migrantischen und größtenteils weiblichen Massenarbeiter im Jahr 1973. Im August 1973 befanden sich 70 000 MetallarbeiterInnen im Streik. Im Zentrum standen dabei die ArbeiterInnen der Autoindustrie, die in Bochum, Köln und Mannheim (John Deere) streikten. Einer der schlagkräftigsten Kämpfe in dieser Situation war der einwöchige Streik der 2000 ArbeiterInnen der Neusser Vergaserfabrik »Auto- und Luftfahrt-Gerätebau KG A. Pierburg«, »allen voran [die] 900 Griechinnen, 500 Türkinnen, 200 Italienerinnen, Spanierinnen und Jugoslawinnen«.(S. 15) Nachdem sie sich drei Jahre zuvor aus der untersten Lohngruppe 1 heraus kämpften, gelang ihnen unter der Parole »Eine Mark mehr!« die Abschaffung der Lohngruppe 2 und damit Stundenlohnerhöhungen von 53 bis 65 Pfennig.

Das Buch von Dieter Braeg, beim Streik aktiver Betriebsrat und seit jeher Gewerkschaftsaktivist in der IG Metall, dokumentiert Beiträge aus der unmittelbaren Zeit nach dem Streik, die schon in anderen Schriften veröffentlicht wurden. Neu sind nur die Einleitung von Peter Birke und ein Beitrag der damaligen Jugendvertreterin in der Fabrik. Braeg will mit dieser (Wieder-)Veröffentlichung vorschlagen, »eine Diskussion über jene Demokratie zu führen, die endlich nicht an den Betriebstoren enden, sondern gesellschaftsverändernd in die Betriebe zurückkehren muss.« (S. 9)

Das gelingt nur ansatzweise. Erstens ist es mehr als schade, dass keine einzige streikende Arbeiterin selbst zu Wort kommt (außer in vereinzelten Zitaten; der auf DVD beiliegende Film ist in der Hinsicht viel besser und zu empfehlen). Zweitens, weil Braeg nur schwer aus der Rolle eines mit Funktionärsarbeit überschütteten Organisators heraustreten kann (siehe sein Tagebuch, S. 79ff) – obwohl er selber sehr klar über die »Abschaffung der Arbeit« nachdenkt.(S. 118f) Dieses *Organisieren der Organisation* verhindert, über die offensichtlichen Grenzen der institutionellen Strukturen der Arbeitervertretung hinauszutreten. Aber genau das haben die Arbeiterinnen getan!

So ist seine Beschreibung der gewerkschaftlichen Strategie zwar sympathisch. »Es gehört mit zur Planung und Strategie [der Gewerkschaft/des BR], … dass sich der Arbeitgeber rechtsbrecherisch verhält. Man muss ihm nachsagen können, dass er tarifvertragliche oder gesetzliche Bestimmungen missachtet«.(S. 45) Sie bleibt aber oberflächlich. Die tägliche Ausbeutung in der Produktion, der ungleiche Tausch zwischen Kapitalist und Arbeiter, der länger arbeitet, als für ihn notwendig, verstößt bekanntlich gegen kein Gesetz. Es war weniger der kämpferische Betriebsrat in Neuss, der sich zweifellos besonders schlau auf dem feindlichen Terrain des Rechts bewegt hat, sondern die kollektive Macht der weiblichen Massenarbeiter, die ihre deutschen Facharbeiterkollegen mitreißen konnten, was den Streik so effektiv machte. Genau *darauf* müssen wir hinweisen, wenn wir »gesellschaftsverändernd in die Betriebe zurückkehren« wollen, aber Braeg und auch Birke binden von heute aus den Kampf wieder in die gewerkschaftliche Logik ein. Unglaublich ärgerlich!

Heute gibt es zwar keine (Frauen-)Lohngruppe 2 mehr, aber nach wie vor sind uns »viele der Punkte, die 1973 auf der Tagesordnung standen, leider allzu bekannt … die Niedriglohngruppen haben sich mittlerweile in einen veritablen Niedriglohnsektor verwandelt.« (Birke, S. 14) Und gerade dabei haben die Gewerkschaften und Betriebsräte dem Kapital assistiert. Höchste Zeit also, den Pierburg-Frauen, »die [1973] noch immer nach den Prinzipien von Ford und Taylor ausgebeutet wurden« (S. 7), in ihrem Kampf zu folgen, die Spaltungen im Betrieb in den Blick zu nehmen und Mut zu fassen. Wir ArbeiterInnen [werden 2013] »noch immer nach den Prinzipien von Ford und Taylor ausgebeutet« - lassen wir uns von den Pierburg-ArbeiterInnen inspirieren! ■

Gefährliche Utopistik

»Die Gemeinschaft ist ›in‹«, so hatten wir in der Wildcat 92 das Resümee unseres Schwerpunkts zur »Commons-Debatte« überschrieben. Sie bleibt ›in‹: Kommunen, Kongresse, Publikationen, Heftschwerpunkte, Alternativbetriebe, Genossenschaften, Produktion in Eigenregie... Die konkreten Aufhänger sind unterschiedlich, gemeinsam ist die Absicht, in die wieder breiter geführte Debatte um die Überwindung des und Alternativen zum Kapitalismus einzugreifen. Und wie immer kommt dann P.M. ums Eck und liefert eine griffig geschriebene Utopie, die dazu einladen will, das eigene Tun in den Zusammenhang des skizzierten »commoning« zu stellen. Vor dem Hintergrund der Krise kann es anregend sein, über Möglichkeiten einer anderen Vergesellschaftung nachzudenken. Nach Jahrzehnten der Erfahrungen mit Alternativbetrieben, Kommunen, lokalen Gemeinschaften... wären ein paar Gedanken hilfreich gewesen, wo Grenzen und Möglichkeiten der Projekte liegen. So kommt P.M. ganz ohne die Frage danach aus, wie *Kämpfe* zusammenkommen und was eine (radikale) Linke dabei für eine Rolle spielen könnte. Sein »Übergang« kommt sowieso ganz ohne Bezug auf *Kämpfe* von ArbeiterInnen aus. Gegen Ende, wenn der Staat als »politischer Mediator« gewünscht wird, ist seine Utopie angesichts der Ereignisse von den USA bis Griechenland mindestens naiv, wenn nicht gefährlich bis zynisch.

P. M. hält sich nicht mit der Analyse der kapitalistischen Krise auf: Es sei bewiesen, dass dieses »Wirtschaftssystem« nicht funktioniert, selbst Kapitaleigner klagten über negative Zinsen und niedrige Profitraten. Gegen diese Ökonomie sollten wir auf die »Commons« setzen, definiert als »Arrangements zur Herstellung und Erhaltung gemeinsam genutzter Ressourcen«, die er den zwei Abteilungen Kartoffeln (Nahrung, Land) und Computer (Wissen, Produktionsmittel) zuordnet. Diese Gemeinschaften reichen von der kleinsten Einheit mit 500 Menschen, eine Art »Großhaushalt«, der mittels städtischem Mikrozentrum (Großküche etc.) und eher ländlichem Agrozentrum mit »arbeitsintensiver, lokal angepasster Landwirtschaft« die unmittelbare Reproduktion gewährleistet, bis hin zu den »subkontinentalen Zweckverbänden« am anderen Ende einer Wirtschaftsweise, die P.M. »industrielle Subsistenz« nennt. Die »Commons« umfassten drei »Kooperationskreise«: »allgemeine Dienstleistungen« (Industrie, Grundversorgung, gesellschaftliche Dienste); »kreativ/kooperative Initiativen (Handwerk, leichte Gewerbe und Dienste, Kunst) und Landwirtschaft. Von rechts als Sozialstaat, von links als Polizeistaat verpönt, sei der »Staat« (Anführungszeichen im Original) keine »brauchbare politische Kategorie mehr«. Aber aus Gründen der »ökologischen Effizienz« müsse ein Großteil der »allgemeinen Dienstleistungen« in diesem Rahmen organisiert werden.

Wie kommen wir nun dahin? Der Wandel müsse im »Zentrum der kapitalistischen Globalisierung seinen Anfang nehmen, in den USA«, aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen gäbe es sonst wenig Aussicht auf Erfolg. Der Verlauf der Krise in den USA und vor allem *Occupy Wallstreet* hätten diese Option überhaupt wieder denkbar gemacht. P.M. schlägt einen »Green New Deal 2.0 vor, made in USA« – wobei er sich mit dem »2.0« von Obamas vorgeschlagenem Deal absetzen will. Dazu will er »die Unternehmen, die Gewerkschaften und den Staat an einen Tisch bringen.« (S. 58) Die nötigen vier Billionen Dollar für den Übergang (Gründung der Nachbarschaften, Quartierzentren...) könnten mit einem Abschlag von zehn Prozent aus den laufenden Lohnzahlungen finanziert werden.

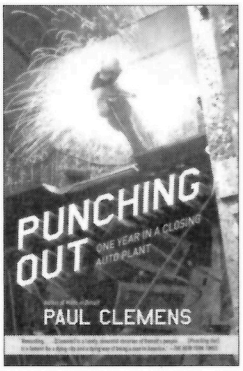
Dieser »Global Green New Deal« wäre als Kompromiss von Parteien und Verbänden kaum vorstellbar, »aber die Volkslobby der Bürgerinitiativen wird die Politiker unter Druck setzen, sich in die gewünschte Richtung zu bewegen... Trotz aller Bewegungen darf die politische Mediation, so mangelhaft sie auch ist, nicht übersprungen werden.« (S. 64)

In seinem »Ursprungstext« Bolo'bolo hatte P.M. 1983 eine ähnlich gestrickte Utopie vorgelegt.[1] Damals setzte er auf die »neuen sozialen Bewegungen« bzw. »neuen Identitäten«. Die »subjektiven Kräfte« fasste er in den Kategorien A, B, C (A = wissenschaftlich-technische ArbeiterInnen / Ingenieure, B = FacharbeiterInnen / Massenarbeiter, C = GelegenheitsarbeiterInnen, KleinbäuerInnen), die alle drei mittels »Deals« eingebunden seien.[2] Diese »halbe Klassenanalyse« war schon 1983 nur soziologisches Beiwerk. In Wirklichkeit setzte Bolo'bolo auf »unsere Schattenwirklichkeit gegen die Maschine« - irgendwas in uns kämpft gegen diese »planetare Arbeitsmaschine«, wie das ganze 1983 hieß (heute ist es eine »Wirtschaftsmaschine«). Dieser Kampf gegen die »Arbeitsmaschine« hatte am Arbeitsplatz allerdings keinen Raum (aus Bolo'bolo).

Trotz dieser Kritik hatte die Utopie von 1983 noch eine Ahnung davon, dass sich in den Kämpfen nicht »nur« die Frage nach der Macht für einen Bruch oder auch »Übergang« stellt, sondern dass dabei Erfahrungen entstehen, der Wille und – wer mag – auch das Bewusstsein für Umwälzungen und Alternativen. 2012 sind die Kämpfe nur noch Druckmittel, um Politiker an den Tisch zu bringen. »In unseren komplexen sozialen Systemen sind Revolutionen nur noch im Kopf machbar« (S. 62), schreibt der Autor. Schwer zu sagen, ob Revolutionen im Herzen oder Kopf beginnen, aber hoffentlich enden sie nicht als schlechte Planspiele. ■

[1] Den Text von 1983 findet ihr unter *www.geocities.ws/situ1968/bolo/bolobolo.html*

[2] Eine Kritik an dieser »Theorie der Deals« findet ihr unter *www.wildcat-www.de/wildcat/66/w66markt.htm*



Paul Clemens *Punching Out – One Year in a closing Auto Plant* [»closed« wäre richtiger!], 2011, Anchor Books, 288 Seiten, 12,99 Euro
Der Titel ist keine Anspielung auf Martin Glabermans Pamphlet Punching Out von 1952.

1. In der NY Times wurde kritisiert, dass Clemens sich nie nah genug an die Arbeiter heranwagt. Gegenüber den »harten Männern« sei er ein Yuppie: *www.nytimes.com/2011/01/19/books/19book.html*

2. *labornotes.org/2011/08/next-low-wage-haven-usa*

3. Bellofiore/Halevi: Ein Minsky-Moment? Die subprime-Krise und der neue Kapitalismus, 2008. Sie beziehen sich auf Alan Greenspan, der in den 90ern vom »traumatized worker« redete: Arbeiter, die in einem unsicheren Umfeld (steigende Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung/Verlagerung) bereit sind, niedrigere Löhne zu akzeptieren.

Bücher

»Ruin porn« in Detroit: Ein Presswerk wird zerlegt

Die jüngere Krisendynamik der US-Autoindustrie lässt sich grob in drei Phasen einteilen: Einbruch 2006 bis 2008, »Marktbereinigung« 2009, Boom seit 2010. Paul Clemens' Buch erschien im Boom, spielt aber im Einbruch. Zu erwarten wäre, dass es verstehen hilft, warum das Kapital den US-(Auto-)ArbeiterInnen historisch einmalige Zugeständnisse abringen konnte (*tier-2* Lohnsystem, Pensionsraub, Arbeitsplatzabbau). Leider ist das nicht der Fall. Nur in Ansätzen und mit dem Verweis auf andere Literatur lassen sich Vermutungen anstellen.

In der Phase der »Marktbereinigung« verloren 200 000 AutoarbeiterInnen ihren Job. Als Symbol für den Niedergang der Arbeiterklasse steht Detroit, »world capital of closed auto plants« (S. 6), in dem das Presswerk stand. Paul Clemens ist ein Kind dieser Arbeiterklasse, seine Mutter arbeitete in einer Reifenfabrik und seine Familie wuchs nahe dem Presswerk auf. Es liegt zwischen zwei großen Montagewerken von Chrysler und GM und beschäftigte zu Blütezeiten 10 000 Leute. Vor der Schließung waren es gerade noch 350. Die Hallen sind knapp 90 Jahre alt: 1919 errichtet, in den 70ern von Thyssen gekauft, 2002 in *ThyssenKrupp Budd Company* umbenannt, von 2007 bis 2008 wurde die Fabrik zerlegt. Im Buch geht es leider nicht, wie der Titel es vermuten lässt, um die Begleitung der letzten Arbeitstage der Belegschaft, sondern um die mit der Demontage der Maschinen beschäftigten Arbeiter in der schon stillgelegten Fabrik. Die Pressen wurden auf Auktionen versteigert und gingen dann nach Indien, Brasilien und Mexiko.

Der Autor gesellt sich als sentimentaler und vorsichtiger Beobachter[1] zu einer aus den verschiedenen Winkeln der USA und des Erdballs (Bosnien, Italien, Mexiko, Japan…) stammenden Belegschaft, mit denen er fragmentarische Gespräche über Politik, Gewerkschaften und über die alltäglichen Sorgen einer Arbeiterklasse führt, die scheinbar ihren Kampfgeist verloren hat und weiß, dass es ihren Kindern schlechter gehen wird.

Dramatisch beschreibt Clemens diese Transformation. Die USA habe mittlerweile »mehr Choreografen als Gießer, mehr Leute, die in Kasinos Karten ausgeben als Dreher und fast drei Mal mehr Wachleute als Maschinenführer« (alles eigene Übersetzungen, S. 7). Und ein Arbeiter »kann mittlerweile mehr bei der Verlagerung einer Autofabrik verdienen, als wenn er – neu eingestellt – in einer arbeitet« (S. 145). Historisch erschütternd, weil »diese Arbeiterklasse für Detroit das ist, was Immigranten für New York, Goldgräber für Kalifornien und Häftlinge für Australien sind: Diejenigen, die das Land aufgebaut haben« (»the people who put the place on the map«, S. 7). Clemens tut es im Herzen weh, was passiert, aber zwischen Melancholie und romantischer Nostalgie sucht er auch nach Erklärungen – die er in der zunehmenden internationalen Konkurrenz und in der Automatisierung ausmacht. Detroit hätte Löhne wie z. B. in Mexiko eben nicht unterbieten können.

Clemens' Trauer (oder Trauma?) blockiert die Diskussion aktueller Entwicklungen, die er hätte einfließen lassen müssen. Nicht nur der Süden der USA ist mittlerweile ein »next low-wage haven«[2], wo VW- und BMW-Arbeiter zwischen 12 und 15 Dollar die Stunde verdienen. Auch im Norden, etwa in Fords *Dearborn* Truckfabrik oder bei GM-Zulieferern in Michigan, verdienen Arbeiter, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, zehn Dollar – zwar immer noch doppelt so viel wie in mexikanischen Autofabriken, aber die Transportkosten (Sprit, Stau, streikende Transportarbeiter) fressen einen Großteil des »Kostenvorteils« auf. Das bleibt natürlich genauer zu untersuchen!

Wenn man Clemens' Buch als Erzählung über die »traumatisierten Arbeiter« fasst, scheint sich die These zu bestätigten[3]. Die Arbeiter im Buch murren, empfehlen die Bibel, sind Alkoholiker oder streifen mutlos durch die USA, um Touristen die nächste Industrieruine vor die Linse zu stellen (»ruin porn«, S. 34).

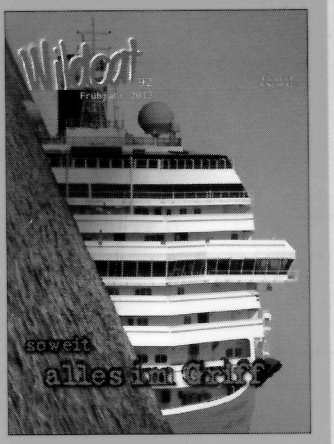
Da kommt der Kampfzyklus der US-Transportarbeiter und die Streiks bei *Walmart* (siehe Artikel im Heft) gerade rechtzeitig, um vom Trauma in den Klassenkampf überzugehen und es damit zu überwinden. ■

Wildcat

Back Issues.

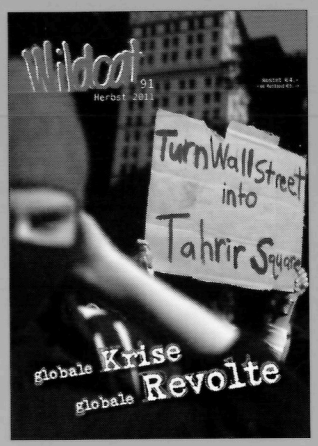
Wildcat 93 (Herbst 2012)

Der NSU und der Staat
Auto Slaves: Die Krise der Auto-Gesellschaft
Der deutsche Sonderboom am Ende
Bergarbeiterstreik in Spanien
Alles Lüge! Bolivien, Frühjahr 2012
Mursis Zeitbombe – Ägypten nach den Wahlen
Neues aus der weißen Fabrik
Beilage:
Materialien gegen die Individualisierung – Betriebserfahrungen von den 70er Jahren bis heute



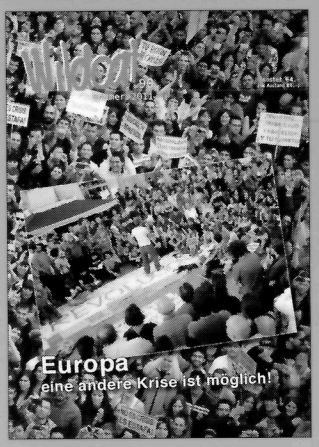
Wildcat 92 (Frühjahr 2012)

Heimatschutz: Unsere Staatsnazis
Ägypten: Schritt für Schritt
MigrantInnen: Kämpfe in den Golfstaaten
Krise in Eurpa – Rückkehr des Klassenkampfs
Griechenland: Fortgesetzte Angriffe, Riots, Streiks
China: Das war das Jahr des Hasen
Indien: Kampf bei Maruti Suzuki
Commons-Debatte
Kasachstan: Frühling in der Steppe
aktuelle Buchbesprechungen



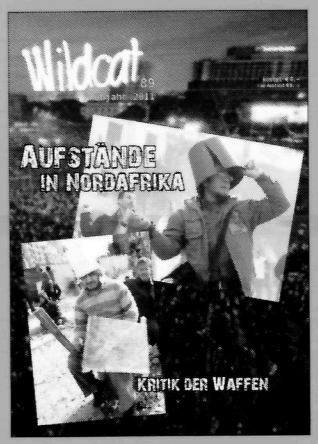
Wildcat 91 (Herbst 2011)

Krise: Private Laster, öffentliche Tugenden
Eurokrise, Eurobonds, Kampf um die Schulden
Griechland: Einheit und Spaltung
USA: Hungerstreik in US-Knästen
Indien: Kampf bei Maruti Suzuki
Iran: Streik der Petrochemiearbeiter gegen das Leiharbeitssystem
Italien: Selbstorganisierter Streik der Tagelöhner
Occupy! (Frankfurt, Oakland, Israel)
Texte zur Situation in Ägypten, Spanien, England



Wildcat 90 (Sommer 2011)

On the road to nowhere – Thesen zur Krise
Portugal: Musterschüler geht pleite
Österreich: Proteste gegen Sparpolitik
UK: Unbegrenzte Haftung oder Nichts zu verleihen
Bewegung in Spanien: Plötzlich wurde alles real
Weiße Rose aus Athen: Zerbricht die EU?
Weltweite Streikwelle
Krise, Migration, Aufstände, Militarisierung – Wie weiter im Nahen Osten?
Bauernkämpfe in Indonesien: Wem gehört das Land?

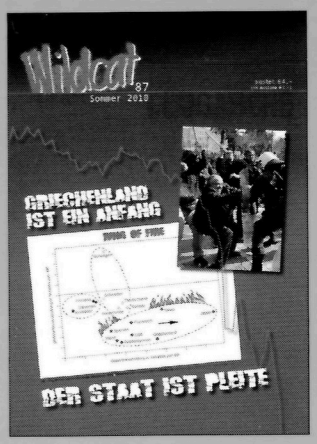


Wildcat 89 (Frühjahr 2011)

Ägypten: Vom Aufstand zur Revolution?
Die Ölrente läuft aus
USA: Mubarak for Governor!
Italien: Unmut wird Wut – Bewegungen gegen die Krise
Landflucht und Food Riots: Keine Agrarrevolution
Global Labor History: Theologie vs. Teleologie?
Tschechien: Angriff auf die Klasse ohne Antwort
Arbeiter und Arbeiterklasse im heutigen Indien
Die Politik des Hungers

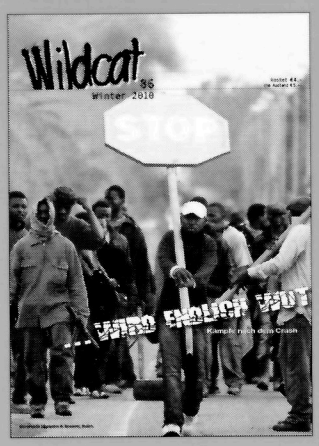
Wildcat 88 (Winter 2010)

Liberalismus am Ende
England: Krise kriegen in Hackney
Frankreich: Mobilisierung gegen die Rentenreform
Spanien: Generalstreik als Ventil
Griechenland: Kein heißer Herbst?
Commons, Common Wealth, Commonismus:
Was war die Allmende?
Kampf um Wert oder Klassenkampf?
Vom Empire zum Commonwealth
Stuttgarter Momente



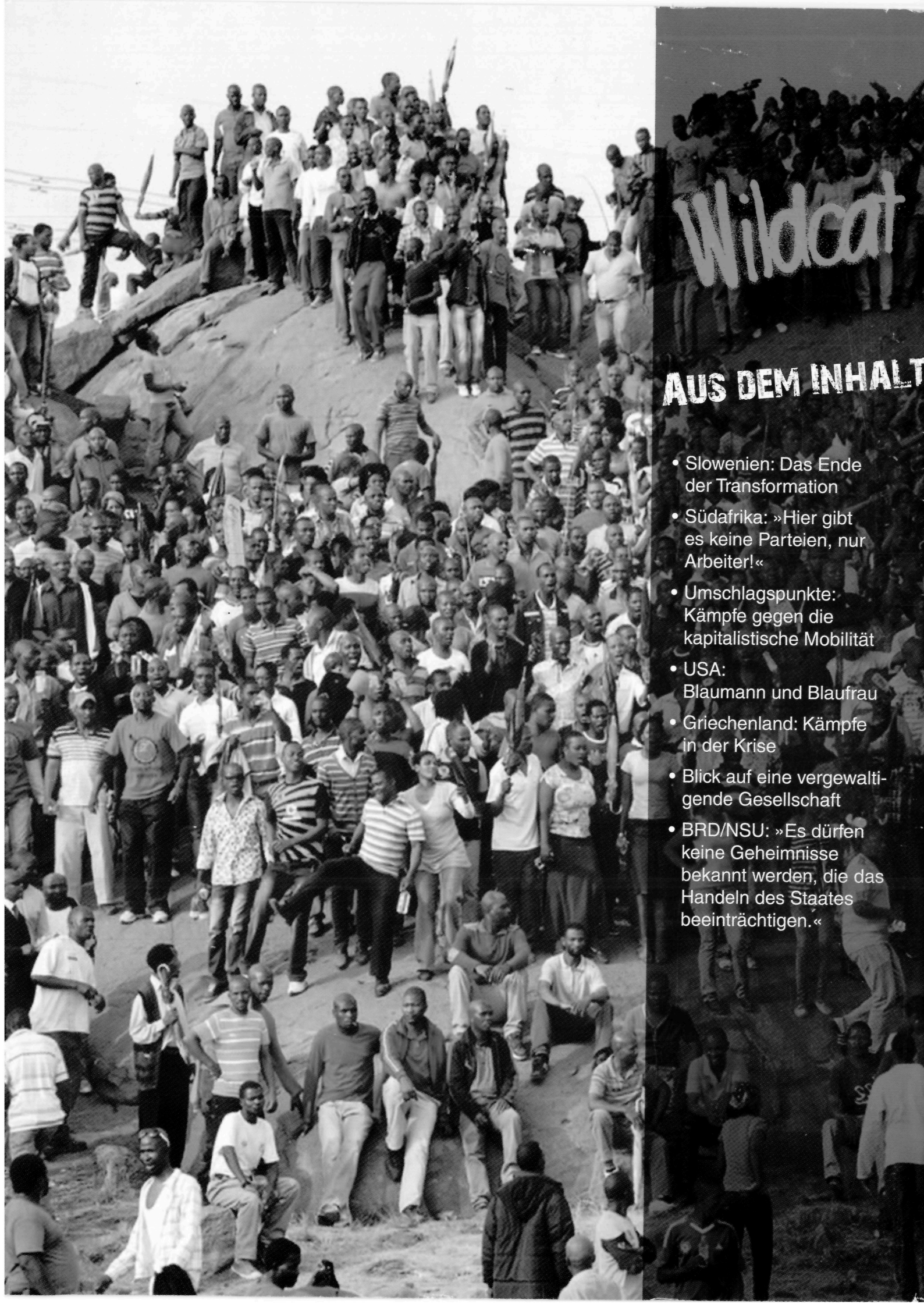
Wildcat 87 (Sommer 2010)

Griechenland: Krise, Sparpolitik, Revolte
Staatsschuldenkrise – Euro-Krise
Indien: Strategie der Strohhalme
Großbritannien: Im Vorhof der Hölle
Leiharbeit ist Scheiße
Der iranische Aufstand vom Februar 1979
Lieber arbeitslos in Irland als Arbeiter in Polen
Flashmobs, Blockaden, Aktionen in Bremen
Buchbesprechungen:
Robert Brenner, George Caffentzis, Raúl Zibechi, …



Wildcat 86 (Frühjahr 2010)

Krise: Rückblick und Ausblick
Die iranische Revolution 1979
Autoindustrie: Hybridmotor oder Klassenkampf
Das Ende des Massenarbeiters im Stuttgarter Raum
Rosarno: Der Rassismus und die `Ndrangheta sind Alibis
Südafrika: Der ANC greift die Bewegungen der Barackenbewohner an
Privatinitiative! – Gespräch mit Aktivisten aus dem Bremerhavener Komitee
Rückkehr des Klassenkampfs in Tschechien



Wildcat

AUS DEM INHALT

- Slowenien: Das Ende der Transformation
- Südafrika: »Hier gibt es keine Parteien, nur Arbeiter!«
- Umschlagspunkte: Kämpfe gegen die kapitalistische Mobilität
- USA: Blaumann und Blaufrau
- Griechenland: Kämpfe in der Krise
- Blick auf eine vergewaltigende Gesellschaft
- BRD/NSU: »Es dürfen keine Geheimnisse bekannt werden, die das Handeln des Staates beeinträchtigen.«